

LANDKREIS
HAVELLAND

Beteiligungsbericht 2023 des Landkreises Havelland

Anlage zum Jahresabschluss 2022 des
Landkreises Havelland

Herausgeber:

Landkreis Havelland

Dezernat I

Platz der Freiheit 1

14712 Rathenow

Redaktionelle Bearbeitung: Dezernat I, Kämmerei, SG Beteiligungsmanagement/Grundsatzfragen

Lesehinweise:

Die Tochtergesellschaften des Landkreises Havelland bzw. die unmittelbaren Beteiligungen werden in den nachstehenden Tabellen durch Fettdruck von den mittelbaren Beteiligungen hervorgehoben. Mehrfachbeteiligungen an Unternehmen werden nur bei sinnvollen Vergleichen ausgewiesen. Fußnoten werden am Ende der Kennzahlenübersichten erläutert.

Stand der Firmendaten: 30.11.2023; Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 2022

Rathenow, Dezember 2023

INHALTSVERZEICHNIS

1. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	4
2. DIE WIRTSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG DES LANDKREISES HAVELLAND	6
2.1 GESETZLICHE GRUNDLAGEN DER WIRTSCHAFTLICHEN KOMMUNEN.....	6
2.2 RECHTSFORM UND STEUERUNG DER KREISEIGENEN UND - UNTERNEHMEN.....	6
2.3. BILANZRICHTLINIE-UMSETZUNGSGESETZ	8
2.4 ÜBERSICHT DER UNMITTELBAREN BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES HAVELLAND AM 30.11.2023.....	9
2.5 ÜBERSICHT DER MITTELBAREN BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES HAVELLAND AM 30.11.2023 (OHNE URENKEL- BETEILIGUNGEN)	10
2.6 NACHWEIS ÜBER DIE FORTDAUERnde ERFÜLLUNG DER GESETZLICHEN VORAUSSETZUNGEN DER KOMMUNALEN WIRTSCHAFTLICHEN BETÄTIGUNG GEMÄß § 91 ABS. 6 BBGKVERF	11
2.7 BETRIEBSWIRTSCHAFTLICH KENNZAHLEN IM ÜBERBLICK	16
3. AUSZÜGE AUS DEN AUSZÜGE AUS DEN GEPRÜFTEN UND FESTGESTELLTEN JAHRESABSCHLÜSSEN	26
3.1 HAVELLAND KLINIKEN UNTERNEHMENSGRUPPE.....	27
3.1.1 Havelland Kliniken GmbH.....	29
3.1.2 Medizinisches Dienstleistungszentrum Havelland GmbH	52
3.1.3 Gesundheitsservicegesellschaft Havelland mbH.....	61
3.1.4 Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH	70
3.1.5 Soziale Betreuungsgesellschaft Havelland mbH	78
3.1.6 Rettungsdienst Havelland GmbH	85
3.1.7 Ausbildungszentrum Gesundheit und Pflege Havelland GmbH	95
3.2 RATHENOWER WERKSTÄTTEN GEMEINNÜTZIGE GMBH	103
3.3 KULTURZENTRUM RATHENOW GMBH	113
3.4 SCHLOSS RIBBECK GMBH.....	123
3.5 ARBEITSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT PREMNI TZ MBH (UND TOCHTERGESELLSCHAFT A QG).....	131
3.5.1 Arbeitsförderungsgesellschaft Premnitz mbH.....	132
3.5.2 Rathenower Arbeitsförderungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH	140
3.6 MÄRKISCHES AUSSTELLUNGS- UND FREIZEITZENTRUM GMBH PAAREN	146
3.7 HAW HAVELLÄNDISCHE ABFALLWIRTSCHAFTSGESELLSCHAFT MBH	163
3.8 ABFALLBEHANDLUNGSGESELLSCHAFT HAVELLAND MBH	178
3.9 HAVELBUS VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH	190
3.10 HAVELLÄNDISCHE EISENBAHN AG.....	207
3.11 BAHNTECHNOLOGIE CAMPUS HAVELLAND GMBH.....	221
3.12 VERKEHRSVERBUND BERLIN-BRANDENBURG GMBH.....	233

1. Abkürzungsverzeichnis

Aus Lesbarkeits- und Platzgründen wurden an verschiedenen Stellen im Beteiligungsbericht allgemein bekannte und von der Beteiligungsverwaltung verwendete Abkürzungen gebraucht:

abh	Abfallbehandlungsgesellschaft Havelland mbH
Abn.	Abnahme
Abs.	Absatz
AFP	Arbeitsförderungsgesellschaft Premnitz GmbH
AG	Aktiengesellschaft
AGP	Ausbildungszentrum Gesundheit und Pflege Havelland GmbH
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
außerordentl.	außerordentlich
BbgKVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
Bohnhorst	Bohnhorst Rail & Logistik GmbH
BTLW	Bahnlogistik Terminal Wustermark GmbH
BTC	Bahntechnologie Campus Havelland GmbH
e.V.	Eingetragener Verein
ff.	fortfolgende
Fremdkap.	Fremdkapital
Fremdkap.-Zinsen	Fremdkapitalzinsen
GER	GER Ghana Eastern Railway Beteiligungsgesellschaft mbH, Wustermark
gGmbH	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
GSG	Gesundheitsservicegesellschaft Havelland mbH
HAW	Havelländische Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH
HKG	Havelland Kliniken GmbH
HRB	Handelsregister Abteilung B
HVG	Havelbus Verkehrsgesellschaft mbH
HVLE	Havelländische Eisenbahn AG
IFB	IFB Institut für Bahntechnik GmbH
i. V. m.	in Verbindung mit
KomHKV	Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung
kurzfr.	kurzfristig
KuZ	Kulturzentrum Rathenow GmbH
langfr.	langfristig
LK HVL	Landkreis Havelland
MAFZ	Märkische Ausstellungs- und Freizeitzentrum GmbH Paaren
MDZ	Medizinisches Dienstleistungszentrum Havelland GmbH
ME	Mengeneinheit
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
OT	Ortsteil

P	Potsdam
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
RAQG	Rathenower Arbeitsförderungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH
RHG	Rettungsdienst Havelland GmbH
RLCW	Rail & Logistik Center Wustermark GmbH & Co. KG
RN	Rathenow
RNW	Rathenower Werkstätten gGmbH
SBG	Soziale Betreuungsgesellschaft Havelland mbH
SGB	Sozialgesetzbuch
SRG	Schloss Ribbeck GmbH
TEuro / T€	Tausend Euro
u. U.	unter Umständen
VBB	Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH
Vj.	Vorjahr
WfbM	Werkstatt für Menschen mit Behinderung
WGM-TEC	WGM-TEC GmbH, Lübben (ehemals Boßdorf & Kerstan GmbH)
WPZ	Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH
Zun.	Zunahme

Lesehinweise:

Die Tochtergesellschaften des Landkreises Havelland bzw. die unmittelbaren Beteiligungen werden in den nachstehenden Tabellen durch Fettdruck von den mittelbaren Beteiligungen hervorgehoben.

Mehrfachbeteiligungen an Unternehmen werden nur bei sinnvollen Vergleichen ausgewiesen.

Fußnoten werden am Ende der Kennzahlenübersichten erläutert.

Stand der Firmendaten: 30.11.2023

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 2022

2. Die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises Havelland

2.1 Gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Kommunen

Die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises Havelland als kommunale Gebietskörperschaft ist ebenso wie die wirtschaftliche Betätigung der Städte und Gemeinden durch das gemeindliche Selbstverwaltungsrecht in Art. 28 Abs. 2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland geschützt. Die landesrechtliche Ausgestaltung dieses Rechts findet sich in den §§ 91 ff. der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) wieder, die über § 131 Abs. 1 Satz 1 der BbgKVerf entsprechend auf den Landkreis anzuwenden sind.

Während § 91 BbgKVerf allgemeine Regeln für jede Form der wirtschaftlichen Betätigung aufstellt, normiert § 92 BbgKVerf allgemeine Bestimmungen für die wirtschaftliche Betätigung durch kommunale Unternehmen, die in den §§ 93-96 BbgKVerf durch Sondervorschriften für einzelne Unternehmensformen ergänzt werden.

Wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieser Vorschriften ist das Herstellen, Anbieten oder Verteilen von Gütern, Dienstleistungen oder vergleichbaren Leistungen, die ihrer Art nach auch mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnten.

Eine Gemeinde oder ein Landkreis darf sich zur Erledigung von Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft wirtschaftlich betätigen, wenn der öffentliche Zweck dies rechtfertigt und die Tätigkeit nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht.

Unter diesen Voraussetzungen können zur wirtschaftlichen Betätigung Unternehmen gegründet, erworben oder kann sich an solchen beteiligt werden.

2.2 Rechtsform und Steuerung der kreiseigenen und - Unternehmen

Die Unternehmen des Landkreises Havelland, an denen er beteiligt ist, werden in den nachfolgend beschriebenen Rechtsformen geführt:

2.2.1 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die GmbH ist eine juristische Person des Privatrechts. Als solche hat sie selbständig ihre Rechte und Pflichten. Sie kann Eigentum und andere dingliche Rechte an Grundstücken erwerben, vor Gericht klagen und verklagt werden. Die Gesellschaft gilt als Handelsgesellschaft (Formkaufmann) im Sinne des Handelsgesetzbuchs. Die Haftung der Gesellschafter ist beschränkt auf die Stammeinlage und etwaige Nachschüsse. Diese Haftungsbegrenzung ist bedeutungsvoll für die wirtschaftliche Tätigkeit von Kommunen und trägt unter anderem dazu bei, dass die GmbH die am häufigsten gewählte Rechtsform kommunaler Unternehmen ist.

Ein weiterer Grund dafür ist die nahezu unbeschränkte Einfluss- und Steuerungsmöglichkeit der GmbH durch die den Gesellschaftern gesetzlich zugewiesenen Bestimmungen über:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses;
2. die Einforderung von Einzahlungen auf die Stammeinlagen;
3. die Rückzahlung von Nachschüssen;

4. die Teilung sowie die Einziehung von Geschäftsanteilen;
5. die Bestellung und die Abberufung von Geschäftsführern sowie die Entlastung derselben;
6. die Maßregeln zur Prüfung und Überwachung der Geschäftsführung;
7. die Bestellung von Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten zum gesamten Geschäftsbetrieb;
8. die Geltendmachung von Ersatzansprüchen, welche der Gesellschaft aus der Gründung oder Geschäftsführung gegen Geschäftsführer oder Gesellschafter zustehen sowie die Vertretung der Gesellschaft in Prozessen, welche sie gegen die Geschäftsführer zu führen hat.

2.2.2 Aktiengesellschaft

Die AG ist wie die GmbH eine Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit und auf das Gesellschaftsvermögen beschränkte Haftung für Verbindlichkeiten. Sie gilt ebenfalls als Handelsgesellschaft im Sinne des Handelsgesetzbuchs und hat ein in Aktien zerlegtes Grundkapital. Der Vorteil der AG gegenüber der GmbH besteht in der leichteren Handelbarkeit der Geschäftsanteile in Form von Aktien, die für kommunale Gesellschafter allerdings von untergeordneter Bedeutung ist.

Nachteile sind im höheren Gründungsaufwand (Gründungsbericht, Gründungsprüfung, höherer Mindestnennbetrag des Grundkapitals gegenüber Mindeststammkapital der GmbH) und in einer teilweise schwächeren Stellung der Hauptversammlung verglichen mit der Gesellschafterversammlung einer GmbH zu sehen.

2.2.3 Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft (GmbH & Co. KG)

Die GmbH & Co. KG ist eine Sonderform der KG und somit eine Personengesellschaft. Anders als bei einer typischen KG ist der persönlich haftende Gesellschafter (Komplementär) keine natürliche Person, sondern eine GmbH (juristische Person). Die Sicherheit ist etwa die gleiche wie bei der GmbH. Ziel dieser gesellschaftsrechtlichen Konstruktion ist es, Haftungsrisiken für die hinter der Gesellschaft stehenden Personen auszuschließen oder zu begrenzen.

Die GmbH & Co. KG wird häufig dann verwendet, wenn eine Vielzahl von Kommanditisten Geldbeträge einbringen und aufgrund hoher Finanzvolumen niemand die Position des persönlich haftenden Gesellschafters übernehmen will.

In der GmbH & Co. KG wird die Rolle des persönlich haftenden Gesellschafters von der GmbH übernommen. Die Haftung der hinter der GmbH stehenden Gesellschafter beschränkt sich auf ihre Stammeinlage bei der Komplementär-GmbH bzw. auf ihre Kommanditeinlage bei der KG.

2.3. Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz

Mit dem Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) wurden die Vorgaben der EU-Richtlinie 2013/34/EU in deutsches Recht umgesetzt. Im Juli 2015 ist das Gesetz in Kraft getreten.

Durch das BilRUG ergeben sich zahlreiche Änderungen und Neuerungen in verschiedenen Einzelgesetzen (z. B. HGB, AktG, GmbHG), die erstmals verpflichtend für Jahresabschlüsse ab 2016 zu beachten sind und auch von den Unternehmensbeteiligungen des Landkreises Havelland umgesetzt wurden.

Neben der Ausweitung der handelsrechtlichen Umsatzerlösdefinition (§ 277 Abs. 1 HGB) und der Anhebung der monetären Schwellenwerte zur Bestimmung der Größenklassen (§ 276 HGB) ist durch das BilRUG insbesondere auch eine Überarbeitung der Anhangangaben vorzunehmen.

Die folgende Übersicht stellt die veränderten Schwellenwerte für die Größeneinordnung von Unternehmen dar:

	Bilanzsumme (T€)	Umsatzerlöse (T€)	Zahl der Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt
Kleinstunternehmen	< 350 vorher: 350	< 700 vorher: 700	10
Kleine Unternehmen	< 6.000 vorher: 4.840	< 12.000 vorher: 9.680	50
Mittelgroße Unternehmen	< 20.000 vorher: 19.250	< 40.000 vorher: 38.500	250
Große Unternehmen	> 20.000 vorher: 19.250	> 40.000 vorher: 38.500	>250

Nahezu bei allen Gesellschaften greift die veränderte Definition der Umsatzerlöse gemäß § 277 Abs. 1 HGB. Dies spiegelt sich auch in der Änderung der Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung (§ 275 HGB) wider. Das "Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit" sowie "außerordentliche Erträge und Aufwendungen" werden nicht mehr gesondert ausgewiesen.

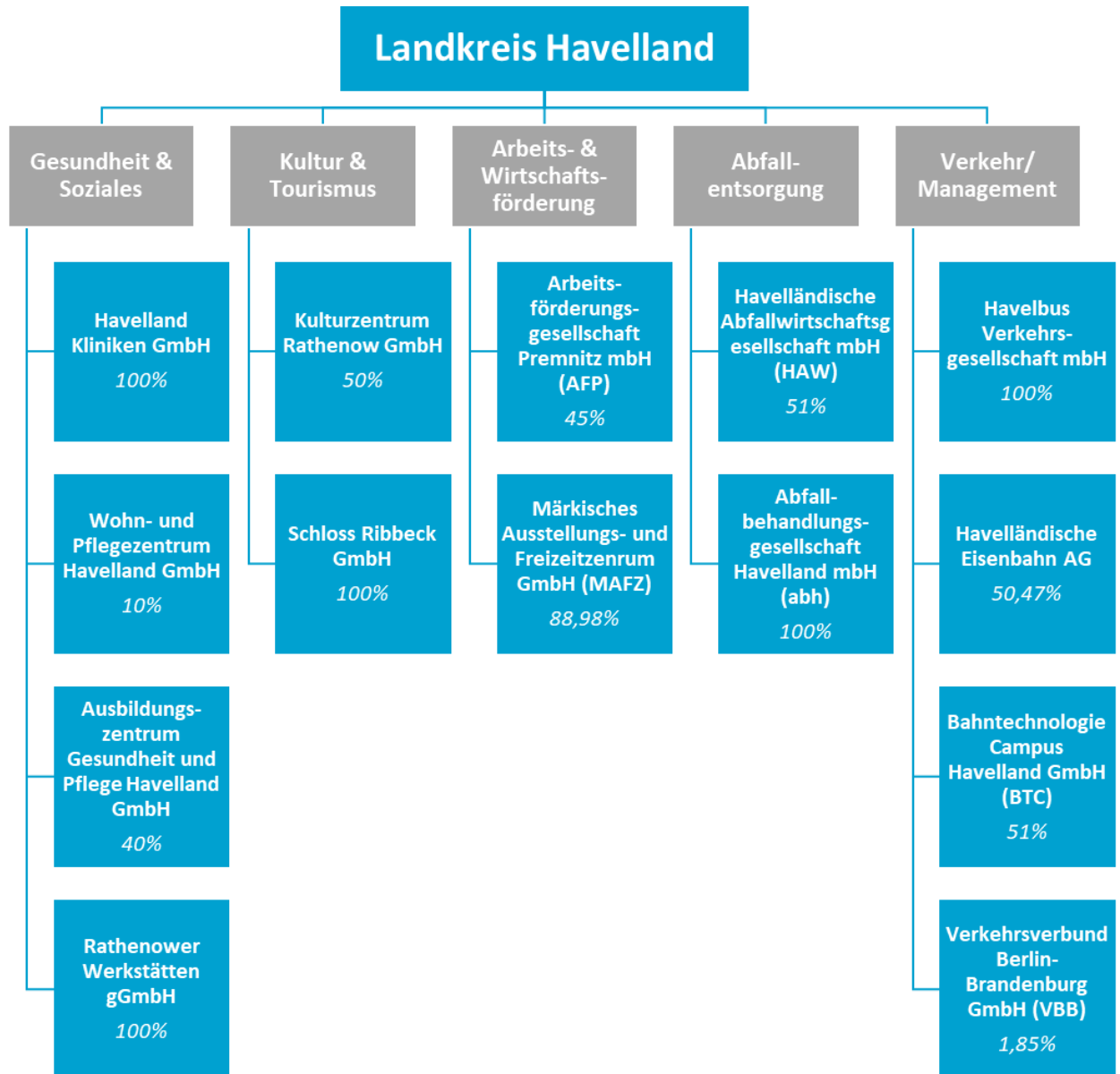
Lesehinweise:

Die Tochtergesellschaften des Landkreises Havelland bzw. die unmittelbaren Beteiligungen werden in den nachstehenden Tabellen durch Fettdruck von den mittelbaren Beteiligungen hervorgehoben.

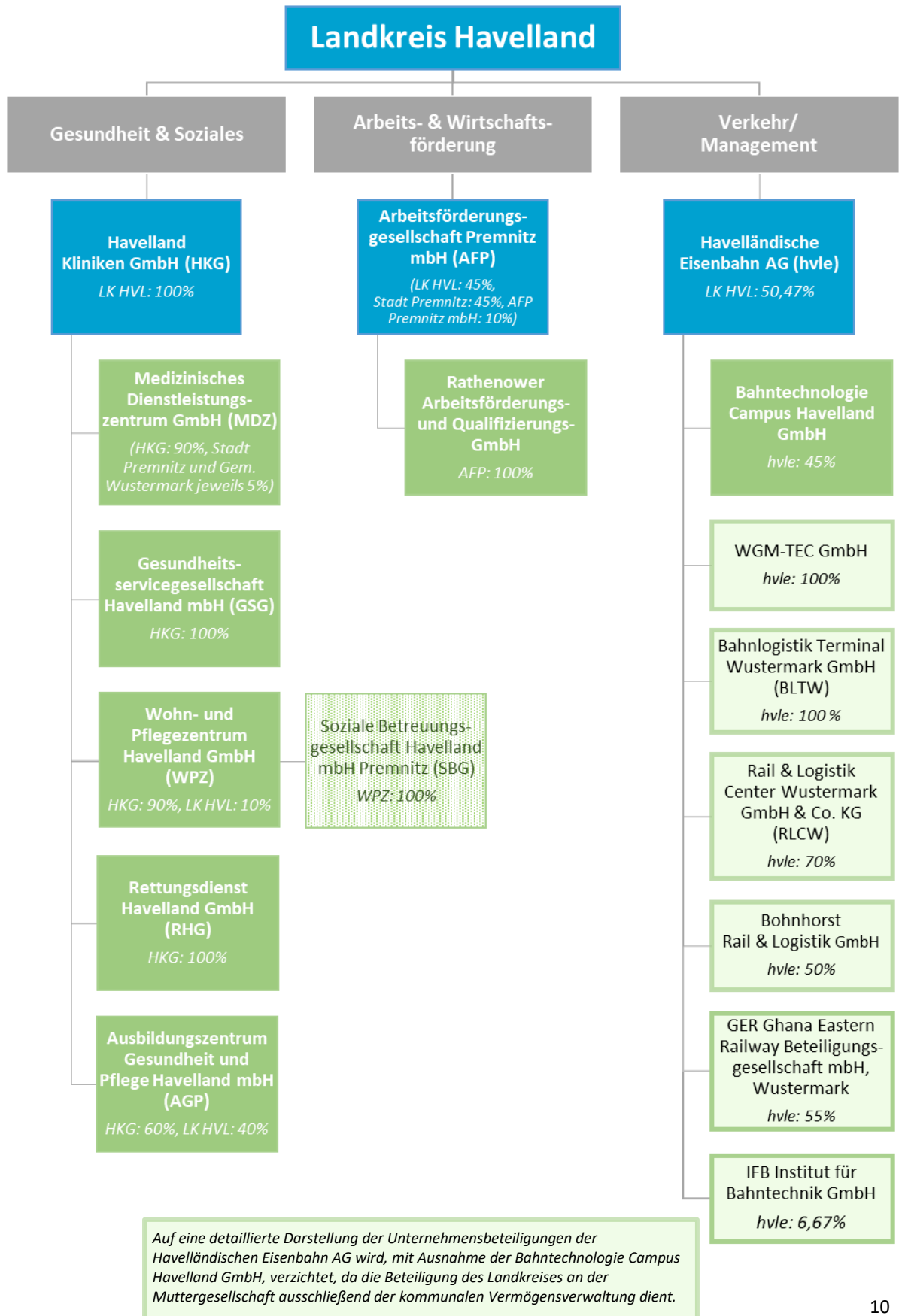
Mehrfachbeteiligungen an Unternehmen werden nur bei sinnvollen Vergleichen ausgewiesen.

Fußnoten werden am Ende der Kennzahlenübersichten erläutert.

2.4 Übersicht der unmittelbaren Beteiligungen des Landkreises Havelland am 30.11.2023



2.5 Übersicht der mittelbaren Beteiligungen des Landkreises Havelland am 30.11.2023 (ohne Urenkel-Beteiligungen)



2.6 Nachweis über die fortdauernde Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen der kommunalen wirtschaftlichen Betätigung gemäß § 91 Abs. 6 BbgKVerf

Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg regelt die Voraussetzungen für die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen in § 91 BbgKVerf. Danach sind nicht nur bei der erstmaligen Aufnahme der wirtschaftlichen Betätigung diese Zulässigkeitsgrundsätze zu berücksichtigen, sondern dauerhaft.

Im Abstand von jeweils 10 Jahren, erstmals für das Jahr 2012 und somit folgend für das Jahr 2022, soll nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf ein Nachweis über die fortdauernde Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen der öffentlichen Zwecksetzung, des einfachen Subsidiaritätsgrundsatzes und der Zulässigkeit von Nebentätigkeiten in den Beteiligungsbericht aufgenommen werden.

Ausgangspunkt für die Nachweisführung ist die Darstellung des öffentlichen Zwecks und des Gegenstandes für jede Unternehmensbeteiligung gemäß dem aktuellen Gesellschaftsvertrag. Diese sind bereits jeder Gesellschaft, die im Beteiligungsbericht aufzuführen ist, den Wirtschaftsdaten vorangestellt und werden jährlich fortgeschrieben. Dass jede einzelne GmbH am öffentlichen Zweck ausgerichtet ist, belegen die Gründungsgenehmigungen der Kommunalaufsichtsbehörde. Den Regelungen zur Gründungsgenehmigung unterlagen alle im Beteiligungsbericht aufgeführten unmittelbaren Beteiligungen.

Einzig die Beteiligung des Landkreises an der Havelländischen Eisenbahn AG ist nicht als wirtschaftliche Betätigung, sondern als Vermögensverwaltung gemäß § 91 Abs. 7 BbgKVerf zu betrachten, weil mit dem Vermögen keine unmittelbar kommunale Aufgabenerfüllung verbunden ist.

Da keine Anforderungen an die Nachweisführung vorgegeben sind, wurden die wichtigsten Zulässigkeitsvoraussetzungen für jede Gesellschaft in den nachstehenden Tabellen zusammengetragen.

→ **Im Ergebnis ist festzustellen, dass die Unternehmensbeteiligungen des Landkreises Havelland die mit der Gründung verfolgten Ziele unverändert beibehalten haben und die gesetzlichen Vorgaben gemäß § 91 Abs. 6 BbgKVerf erfüllen.**

Nachweis der fortdauernden Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben gemäß § 91 Abs. 6 BbgKVerf für die unmittelbaren Beteiligungen per 31.12.2022

Checkliste zu § 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf	HKG	WPZ	AGP	RNW	KuZ	SRG	AFP	MAFZ	HAW	abh	HVG	BTC	VBB	HVLe
Befassung mit kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben lt. § 2 Abs. 2 BbgKVerf zur Sicherstellung der Versorgung des LK HVL auf den Gebieten:														
- Wahrnehmung der Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft	x	x		x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
- Versorgung im Gesundheits- und Sozialbereich	x	x		x										
- Sicherung der Abfallbehandlung und -entsorgung									x	x				
- Arbeits- und Wirtschaftsförderung							x					x		
- Förderung von Kultur und Tourismus					x	x		x						
- Sicherstellung des Personennahverkehrs											x		x	
- Verwaltung von Kommunalvermögen (§ 91 Abs. 7 BbgKVerf)														x
Unternehmensbeteiligung ist durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt	x	x		x	x	x	x	x	x	x	x		x	x

[illegible]

Checkliste zu § 91 Abs. 5 Nr 1 BbgKVerf	HKG	WPZ	AGP	RNW	KuZ	SRG	AFP	MAFZ	HAW	abh	HVG	BTC	VBB	HVLE
Nebenleistungen, die üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten werden und den öffentlichen Hauptzweck nicht beeinträchtigen, darunter:														
- Wahlleistungen im Krankenhaus- und Pflegebereich	x	x												
- Gastronomie Betreuung/Kantinenbetrieb					x	x		x						
- Vermietung nicht benötigter Kapazitäten	x	x	x	x	x	x	x	x	x		x	x		x
Grundsatz der sparsamen Haushaltsführung ist erfüllt	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Checkliste zu § 91 Abs. 5 Nr 2 BbgKVerf	HKG	WPZ	AGP	RNW	KuZ	SRG	AFP	MAFZ	HAW	abh	HVG	BTC	VBB	HVLE
Nebenleistungen, die der Ausnutzung bestehender, sonst brachliegender Kapazitäten dienen														
Grundsatz der sparsamen Haushaltsführung ist erfüllt	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Gesamtbewertung: Alle unmittelbaren Unternehmensbeteiligungen des LK HVL erfüllen die gesetzlichen Vorgaben gemäß § 91 Abs. 6 BbgKVerf.

Abkürzungen:

HKG: Havelland Kliniken GmbH, **WPZ:** Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH, **APG:** Ausbildungszentrum Gesundheit und Pflege Havelland GmbH, **RNW:** Rathenower Werkstätten gGmbH, **KuZ:** Kulturzentrum Rathenow GmbH, **SRG:** Schloss Ribbeck GmbH, **AFP:** Arbeitsförderungsgesellschaft Premnitz mbH, **MAFZ:** Märkisches Ausstellungs- und Freizeitzentrum GmbH Paaren, **HAW:** Havelländische Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH, **abh:** Abfallbehandlungsgesellschaft Havelland mbH, **HVG:** Havelbus Verkehrsgesellschaft mbH, **BTC:** Bahntechnologie Campus Havelland GmbH, **VBB:** Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH, **HVLE:** Havelländische Eisenbahn AG

Nachweis der fortdauernden Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben gemäß § 91 Abs. 6 BbgKVerf für die mittelbaren Beteiligungen per 31.12.2022

Checkliste zu § 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf	MDZ	GSG	RHG	RAQG	WGM-TEC	BLTW	RLCW	Bohnhorst	GER	IFB
Befassung mit kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben lt. § 2 Abs. 2 BbgKVerf zur Sicherstellung der Versorgung des LK HVL auf den Gebieten:										
- Wahrnehmung von Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft	x	x	x	x						
- Versorgung im Gesundheits- und Sozialbereich	x	x	x	x						
- Sicherung der Abfallbehandlung und -entsorgung										
- Arbeits- und Wirtschaftsförderung										
- Sicherstellung des Personennahverkehrs										
- Verwaltung von Kommunalvermögen (§ 91 Abs. 7 BbgKVerf)					x	x	x	x	x	x
Unternehmensbeteiligung ist durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Checkliste zu § 91 Abs. 3 Sätze 1 und 3 BbgKVerf	MDZ	GSG	RHG	RAQG	WGM-TEC	BLTW	RLCW	Bohnhorst	GER	IFB
Befassung mit kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben lt. § 2 Abs. 2 BbgKVerf zur Sicherstellung der Versorgung des LK HVL auf den Gebieten:										
- Unternehmen ohne Zuschussbedarf	x	x	x		x	x	x	x	x	x
- Sicherstellung des Investitionsbedarfes aus Eigenmitteln	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
- Gewinnausschüttung an den LK HVL										
- gesetzlich/vertraglich geregelte einheitliche Finanzierungssätze			x							
- keine Nachschussverpflichtung lt. Gesellschaftsvertrag	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
- direkte Einflussnahme auf das Leistungsangebot in Quantität und Qualität im Rahmen gesetzlicher Spielräume	x	x	x		x	x	x	x	x	x
Grundsatz der sparsamen Haushaltsführung ist erfüllt	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Checkliste zu § 91 Abs. 5 Nr. 1 BbgKVerf	MDZ	GSG	RHG	RAQG	WGM-TEC	BLTW	RLCW	Bohnhorst	GER	IFB
Nebenleistungen, die üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten werden und den öffentlichen Hauptzweck nicht beeinträchtigen, darunter:										
- Wahlleistungen im Krankenhaus- und Pflegebereich	x									
- Gastronomie Betreuung/Kantinenbetrieb		x								
- Vermietung nicht benötigter Kapazitäten		x								
Nebenleistungen beeinträchtigen den öffentlichen Hauptzweck nicht	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Checkliste zu § 91 Abs. 5 Nr. 2 BbgKVerf	MDZ	GSG	RHG	RAQG	WGM-TEC	BLTW	RLCW	Bohnhorst	GER	IFB
Nebenleistungen, die der Ausnutzung bestehender, sonst brachliegender Kapazitäten dienen										
Es werden keine Nebenleistungen angeboten	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Gesamtbewertung: Alle mittelbaren Unternehmensbeteiligungen des LK HVL erfüllen die gesetzlichen Vorgaben gemäß § 91 Abs. 6 BbgKVerf.

Abkürzungen:

MDZ: Medizinisches Dienstleistungszentrum Havelland, **GSG:** Gesundheitsservicegesellschaft Havelland mbH, **RHG:** Rettungsdienst Havelland GmbH, **RAQG:** Rathenower Arbeitsförderungs- und Qualifizierungs-GmbH, **WGM-TEC:** WGM-TEC GmbH, **BLTW:** Bahnlogistik Terminal Wustermark GmbH, **RLCW:** Rail & Logistik Center Wustermark GmbH & Co. KG, **Bohnhorst:** Bohnhorst Rail & Logistik GmbH, **GER:** Ghana Eastern Railway Beteiligungsgesellschaft mbH, Wustermark, **IFB:** Institut für Bahntechnik GmbH

2.7 Betriebswirtschaftlich Kennzahlen im Überblick

2.7.1 Erläuterung

Die auf den folgenden Seiten dargestellten betriebswirtschaftlichen Kennzahlen wurden auf der Grundlage der geprüften, testierten und festgestellten Jahresabschlüsse der Geschäftsjahre 2019 bis 2021 berechnet. Sie dienen der besseren Beurteilung der Finanzlage (Bilanzanalyse) und der Ertragslage (Erfolgsanalyse) der Unternehmen und haben Aussagekraft sowohl bei innerbetrieblichen (zeitlichen) als auch bei zwischenbetrieblichen Vergleichen. Auf Kennzahlen zur Beurteilung der Vermögenslage (zum Beispiel Anlagendeckung, -intensität) wurde in dieser Darstellung verzichtet, da es sich bei einigen Unternehmen um sogenannte Betreibergesellschaften handelt, die nur über ein geringes eigenes Vermögen, insbesondere Anlagevermögen verfügen, so dass ein sinnvoller Vergleich nicht möglich wäre.

Bei kommunalen Unternehmen ist die Besonderheit zu beachten, dass schlechte Wirtschaftsdaten nicht unbedingt auf Mängel bei der Unternehmensführung hindeuten müssen. Vielmehr ist in vielen Fällen der Grad der Zweckerfüllung für den freiwilligen oder pflichtigen Aufgabenträger Landkreis als mindestens gleichrangig mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit anzusehen. Insbesondere bei Unternehmen, die der Erfüllung pflichtiger Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft dienen, kann eine Beurteilung nach rein wirtschaftlichen Aspekten nicht sinnvoll sein. In vielen Fällen zeigt sich aber auch, dass nachhaltige Aufgabenerfüllung und Wirtschaftlichkeit sich nicht ausschließen müssen. Die nachstehenden Definitionen bzw. Erläuterungen zu den einzelnen Kennziffern sollen zum besseren Verständnis beitragen.

2.7.1.1 Bilanzsumme

Eine Bilanz zeigt auf der rechten Seite das Kapital, das einem Unternehmen zur Verfügung steht (Passiva). Auf der linken Seite zeigt sie, in welcher Form dieses Kapital im Unternehmen eingesetzt ist (Aktiva). Die Bilanzsumme ist der Betrag, der sich ergibt, wenn man entweder sämtliche Aktiva oder sämtliche Passiva addiert. Sie dient als Bezugsgröße zur Ermittlung von Kennzahlen, um die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage eines Unternehmens beurteilen zu können.

2.7.1.2 Buchwert der Beteiligung

Der Buchwert bezeichnet den bilanziellen oder Einheitswert der Beteiligung am Unternehmen bezogen auf den Bilanzstichtag. Er wird durch Multiplikation des ausgewiesenen Eigenkapitals, zuzüglich des hälftigen Sonderpostens mit Rücklageanteil, mit dem Anteil am Stammkapital ermittelt. Der Buchwert kann immer nur eine grobe Annäherung an den tatsächlichen Wert eines Unternehmens sein. Beispielsweise können Gegenstände des Anlagevermögens, die abgeschrieben oder nur mit einem Erinnerungswert verbucht sind, dennoch einen erheblichen Wert haben (stille Reserven). Dagegen können zum Beispiel aufgrund einer Fehlinvestition erworbene und mit hohem Anschaffungswert verbuchte Vermögensgegenstände u. U. weder einen Veräußerungs- noch einen Ertragswert haben.

2.7.1.3 Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote errechnet sich aus dem prozentualen Verhältnis des Eigenkapitals zum Gesamtkapital eines Unternehmens, einschließlich Investitionssonderposten. Sie beschreibt den Grad der finanziellen Stabilität.

Je höher die Eigenkapitalquote, umso größer ist die Ausgleichsmöglichkeit von eintretenden Verlusten. Beim Unternehmensvergleich gilt grundsätzlich, dass eine höhere Eigenkapitalquote unter dem Gesichtspunkt der Insolvenzsicherheit als positiv zu bewerten ist. Allerdings kann eine zu hohe Eigenkapitalquote (übertriebene Sicherheit) auch für eine mangelnde Investitions- und Wachstumsbereitschaft eines Unternehmens sprechen.

2.7.1.4 Eigenkapitalrendite

Die Eigenkapitalrendite errechnet sich aus dem Jahresüberschuss dividiert durch das eingesetzte Eigenkapital (einschließlich Investitionssonderposten). Sie gibt die Verzinsung des Eigenkapitals an und ist die wohl wichtigste Kennzahl aus Sicht einer reinen Vermögensverwaltung.

2.7.1.5 Gesamtkapitalrendite (Return on Investment)

Die Gesamtkapitalrendite errechnet sich aus dem Jahresüberschuss zuzüglich der als Aufwand gebuchten Zinsen für das Fremdkapital, dividiert durch das gesamte von der Unternehmung eingesetzte Kapital. Die Gesamtkapitalrendite ist ein Maß dafür, wie effektiv das Unternehmen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gearbeitet hat.

2.7.1.6 Cashflow (Kassenzufluss)

Der Cashflow ist der Nettozufluss an liquiden Mitteln aus den regelmäßigen Umsatzerlösen eines Unternehmens. Er setzt sich aus dem Jahresüberschuss und den Abschreibungen abzüglich der Zuschreibungen zusammen. Der Cashflow ist insbesondere dadurch aussagekräftig, dass bestimmte Faktoren, die Einfluss auf den Jahresüberschuss haben, nicht berücksichtigt werden. So mindern zum Beispiel Abschreibungen den Jahresüberschuss, weil sie Aufwendungen darstellen. Bis zur effektiven Ersatzbeschaffung erhöhen sie aber die Finanzkraft des Unternehmens. Andererseits erhöht die Aktivierung stiller Reserven zwar den Jahresüberschuss, für die folgenden Geschäftsjahre ist sie jedoch bedeutungslos. Der Cashflow ist davon unabhängig und daher eine sehr gängige und aussagestarke Kennzahl für die Beurteilung der Ertragslage eines Unternehmens.

2.7.1.7 Umsatzrendite

Die Umsatzrendite berechnet sich aus dem prozentualen Anteil des Jahresüberschusses an der Gesamt-leistung des Unternehmens. Hier wird also der bilanzmäßig ausgewiesene Gewinn in Relation zum Umsatz zuzüglich der sonstigen betrieblichen Erträge gesetzt. Die Kennzahl gibt Aufschluss über die Ertragskraft eines Unternehmens.

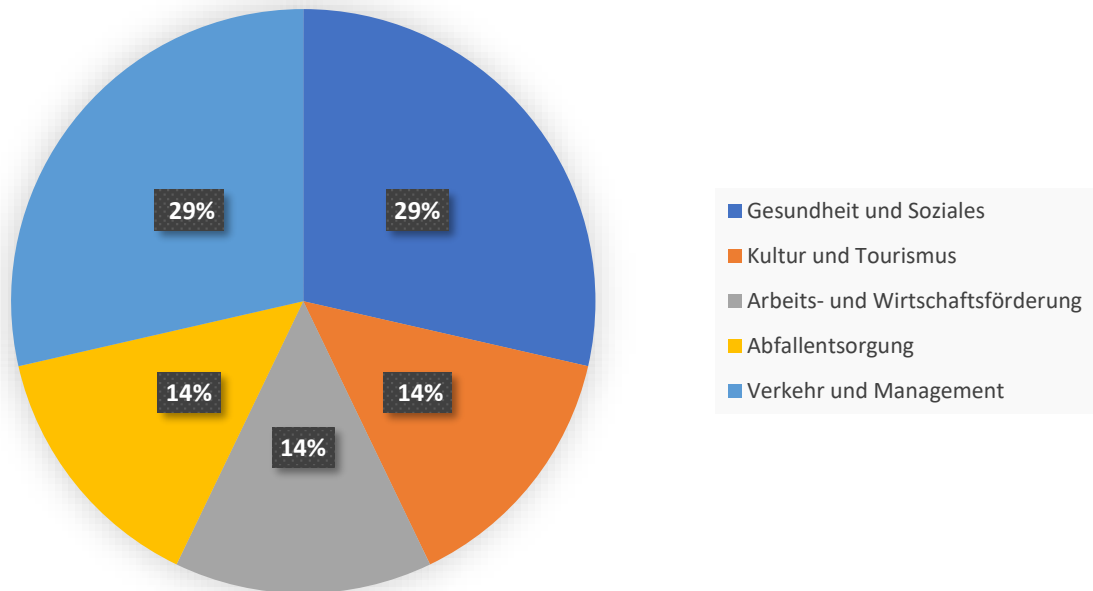
2.7.1.8 Verschuldungsgrad

Der Verschuldungsgrad eines Unternehmens berechnet sich aus dem Fremdkapital im Verhältnis zum Eigenkapital (einschließlich Investitionssonderposten). Je höher der Verschuldungsgrad eines Unternehmens ist, umso abhängiger ist es von externen Gläubigern. Der Verschuldungsgrad sollte jedoch nie isoliert, sondern in Verbindung mit der Ertragslage eines Unternehmens betrachtet werden. Einem höheren Ertragsrisiko sollte durch einen niedrigeren Verschuldungsgrad Rechnung getragen werden und umgekehrt.

2.7.2 Kennzahlen

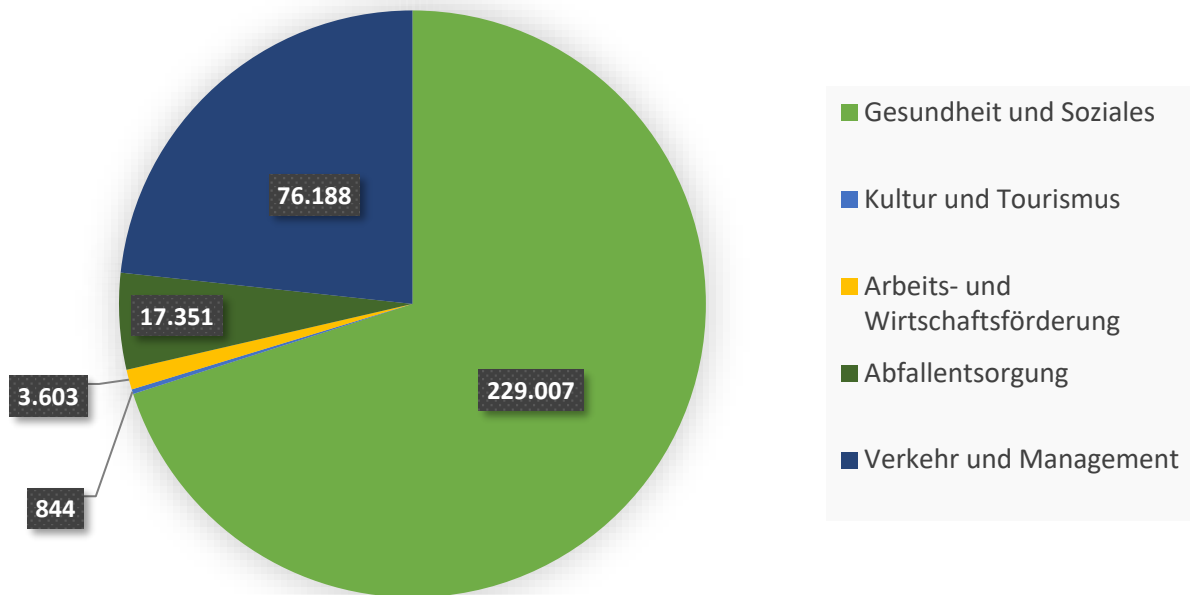
	Beteiligungsumfang des Landkreises Havelland					
	2020		2021		2022	
	unmittelbare Beteiligung	mittelbare Beteiligung	unmittelbare Beteiligung	mittelbare Beteiligung	unmittelbare Beteiligung	mittelbare Beteiligung
Gesundheit und Soziales						
Havelland Kliniken GmbH	100,00 %		100,00 %		100,00 %	
Medizinisches Dienstleistungszentrum Havelland GmbH		90,00 %		90,00 %		90,00 %
Gesundheitsservicegesellschaft Havelland mbH		100,00 %		100,00 %		100,00 %
Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH	10,00 %	90,00 %	10,00 %	90,00 %	10,00 %	90,00 %
- Soziale Betreuungsgesellschaft Havelland mbH		100,00 %		100,00 %		100,00 %
Rettungsdienst Havelland GmbH		100,00 %		100,00 %		100,00 %
Ausbildungszentrum Gesundheit und Pflege Havelland GmbH	40,00 %	60,00 %	40,00 %	60,00 %	40,00 %	60,00 %
Rathenower Werkstätten gGmbH	100,00 %		100,00 %		100,00 %	
Kultur und Tourismus						
Kulturzentrum Rathenow GmbH	50,00 %		50,00 %		50,00 %	
Schloss Ribbeck GmbH	100,00 %		100,00 %		100,00 %	
Arbeits- und Wirtschaftsförderung						
Arbeitsförderungsgesellschaft Premnitz mbH	45,00 %		45,00 %		45,00 %	
- Rathenower Arbeitsförderungs- u. Qualifizierungs-GmbH		45,00 %		45,0 %		45,0 %
MAFZ GmbH Paaren	59,00 %		88,98 %		88,98 %	
Abfallentsorgung						
HAW Havelländische Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	51,00 %		51,00 %		51,00 %	
Abfallbehandlungsgesellschaft Havelland mbH	100,00 %		100,00 %		100,00 %	
Verkehr und Management						
Havelbus Verkehrsgesellschaft mbH	100,00 %		100,00 %		100,00 %	
Havelländische Eisenbahn AG	50,47 %		50,47 %		50,47 %	
Bahntechnologie Campus Havelland GmbH	51,00 %	22,71 %	51,00 %	22,71 %	51,00 %	22,71 %
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	1,85 %		1,85 %		1,85 %	

Anzahl der unmittelbaren Beteiligungen je Bereich

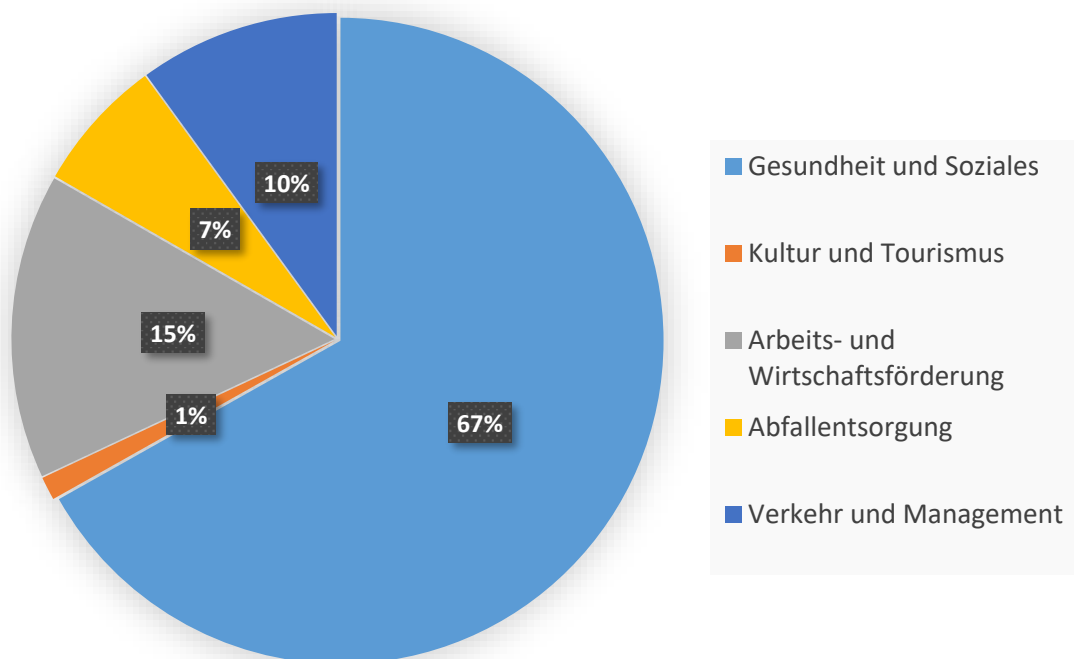


	Bilanzsumme (T€)		
	2020	2021	2022
Havelland Kliniken GmbH	164.290	159.789	165.831
Medizinisches Dienstleistungszentrum HVL GmbH	6.935	7.121	6.899
Gesundheitsservicegesellschaft Havelland mbH	6.391	6.264	6.379
Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH	48.340	49.588	60.096
- <i>Soziale Betreuungsgesellschaft Havelland mbH</i>	1.670	1.809	1.851
Rettungsdienst Havelland GmbH	3.578	3.251	3.738
Ausbildungszentrum Gesundheit und Pflege Havelland GmbH	5.271	5.288	5.589
Rathenower Werkstätten gGmbH	13.219	14.342	14.880
Kultur und Tourismus			
Kulturzentrum Rathenow GmbH	370	388	458
Schloss Ribbeck GmbH	438	456	492
Arbeits- und Wirtschaftsförderung			
Arbeitsförderungsgesellschaft Premnitz mbH	2.178	2.277	2.211
- <i>Rathenower Arbeitsförderungs- u. Qualifizierungs- GmbH</i>	46	43	43
MAFZ GmbH Paaren	1.330	1.326	1.506
Abfallentsorgung			
HAW Havelländische Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	7.198	7.479	8.775
Abfallbehandlungsgesellschaft Havelland mbH	5.653	9.872	9.595
Verkehr und Management			
Havelbus Verkehrsgesellschaft mbH	35.051	35.247	41.414
Havelländische Eisenbahn AG	23.676	33.738	47.262
Bahntechnologie Campus Havelland GmbH	990	1.740	1.500
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	7.184	5.463	5.999

Bilanzsummen in T€ je Bereich



Anzahl der Beschäftigten je Bereich



	Buchwert der unmittelbaren Beteiligungen (T€)			Buchwert der mittelbaren Beteiligungen (T€)		
	2020	2021	2022	2020	2021	2022
Gesundheit und Soziales						
Havelland Kliniken GmbH	94.947	95.368	138.501			
Medizinisches Dienstleistungszentrum HVL GmbH				3.215	3.905	4.048
Gesundheitsservicegesellschaft Havelland mbH				3.349	3.546	3.567
Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH	3.587	3.607	3.649	32.280	32.459	32.844
- Soziale Betreuungsgesellschaft Havelland mbH				594	745	838
Rettungsdienst Havelland GmbH				232	235	235
Ausbildungszentrum Gesundheit und Pflege Havelland GmbH	2.018	2.058	2.179	3.027	3.088	3.237
Rathenower Werkstätten gGmbH	10.529	11.215	11.721			
Kultur und Tourismus						
Kulturzentrum Rathenow GmbH	124	126	137			
Schloss Ribbeck GmbH	189	265	308			
Arbeits- und Wirtschaftsförderung						
Arbeitsförderungsgesellschaft Premnitz mbH	911	925	922			
- Rathenower Arbeitsförderungs- und Qualifizierungs- GmbH				14	14	14
MAFZ GmbH Paaren	222	335	488			
Abfallentsorgung						
HAW Havelländische Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	1.571	1.569	1.555			
Abfallbehandlungsgesellschaft Havelland mbH	4.284	3.639	3.205			
Verkehr und Management						
Havelbus Verkehrsgesellschaft mbH	11.388	11.948	12.585			
Havelländische Eisenbahn AG	5.384	5.992	6.287			
Bahntechnologie Campus Havelland GmbH	178	518	366	71	231	163
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	6	6	6			
Buchwert der Beteiligungen gesamt:	135.338	137.571	181.909	42.782	44.223	44.946

	Eigenkapitalquote			Eigenkapitalrendite (%)			Gesamtkapitalrendite (%)		
	2020	2021	2022	2020	2021	2022	2020	2021	2022
Gesundheit und Soziales									
Havelland Kliniken GmbH	82,9	85,3	83,5	0,4	0,3	-2,8	0,4	0,3	-2,3
Medizinisches Dienstleistungszentrum HVL GmbH	51,5	54,8	58,7	3,3	8,5	3,5	2,1	5,0	2,4
Gesundheitsservicegesellschaft Havelland mbH	52,4	56,6	55,9	5,6	5,6	0,6	3,2	3,5	0,6
Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH	83,5	81,5	67,7	0,7	0,5	0,0	0,7	0,7	0,9
- Soziale Betreuungsgesellschaft Havelland mbH	97,7	96,2	96,9	7,3	8,7	5,2	7,1	8,3	5,0
Rettungsdienst Havelland GmbH	6,5	7,2	6,3	3,7	1,2	0,0	0,8	0,7	0,5
Ausbildungszentrum Gesundheit und Pflege Havelland GmbH	96,4	98,3	97,4	1,0	2,0	4,6	0,9	1,9	4,4
Rathenower Werkstätten gGmbH	94,7	91,2	90,5	8,4	5,2	3,8	8,0	4,9	3,4
Kultur und Tourismus									
Kulturzentrum Rathenow GmbH	67,0	65,1	60,0	12,1	1,9	8,1	15,5	1,2	4,9
Schloss Ribbeck GmbH	61,5	72,0	74,7	11,5	23,1	11,7	7,1	16,6	8,8
Arbeits- und Wirtschaftsförderung									
Arbeitsförderungsgesellschaft Premnitz mbH	92,9	90,3	92,7	0,7	1,6	-0,4	0,8	1,6	-0,2
- RN Arbeitsförderungs- u. Qualifizierungs-GmbH	69,0	72,1	70,8	-1,1	-3,2	-1,1	-0,7	-2,3	-0,7
MAFZ GmbH Paaren	59,3	54,9	55,8	2,0	0,0	20,5	1,5	0,2	11,5
Abfallentsorgung									
HAW Havelländische Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	42,8	41,2	35,1	12,6	12,6	11,6	5,7	5,5	4,5
Abfallbehandlungsgesellschaft Havelland mbH	75,8	36,9	33,4	1,9	-4,7	-0,7	1,5	-1,7	-0,2
Verkehr und Management									
Havelbus Verkehrsgesellschaft mbH	39,9	40,1	34,8	4,3	4,0	4,4	2,1	1,8	1,7
Havelländische Eisenbahn AG	45,1	55,5	26,4	12,8	10,3	8,1	9,4	7,6	2,9
Bahntechnologie Campus Havelland GmbH	35,2	58,4	47,8	-46,0	65,8	-19,4	-16,2	38,4	-9,3
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	11,0	15,0	10,4	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1

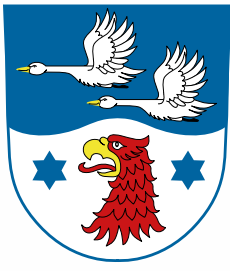
	Cashflow* (T€)			Umsatzrendite (%)			Verschuldungsgrad		
	2020	2021	2022	2020	2021	2022	2020	2021	2022
Gesundheit und Soziales									
Havelland Kliniken GmbH	2.315*	1.700*	-1.658*	0,6	0,4	-3,7	0,2	0,2	0,2
Medizinisches Dienstleistungszentrum HVL GmbH	328*	533*	361*	1,1	2,9	1,2	0,9	0,8	0,7
Gesundheitsservicegesellschaft Havelland mbH	2.004*	430*	246*	1,1	1,2	0,1	0,9	0,8	0,8
Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH	1.830*	1.806*	1.996*	1,1	0,7	1,4	0,2	0,2	0,5
- Soziale Betreuungsgesellschaft Havelland mbH	128*	164*	108*	13,7	16,6	10,6	0,0	0,0	0,0
Rettungsdienst Havelland GmbH	674*	694*	746*	0,1	0,0	0,0	14,4	12,9	14,9
Ausbildungszentrum Gesundheit und Pflege Havelland GmbH	192*	245*	394*	3,3	6,1	12,7	0,0	0,0	0,0
Rathenower Werkstätten gGmbH	1.760*	1.617*	1.424*	9,9	6,1	4,4	0,1	0,1	0,1
Kultur und Tourismus									
Kulturzentrum Rathenow GmbH	72	22	42	4,4	0,4	1,6	0,5	0,5	0,7
Schloss Ribbeck GmbH	59	106	75	3,9	10,4	4,4	0,6	0,4	0,3
Arbeits- und Wirtschaftsförderung									
Arbeitsförderungsgesellschaft Premnitz mbH	24	45	11	1,1	2,3	-0,5	0,1	0,1	0,1
- RN Arbeitsförderungs- u. Qualifizierungs-GmbH	0	-1	0	-0,4	-1,2	-0,3	0,5	0,4	0,4
MAFZ GmbH Paaren	104	-253,2*	239*	1,3	0,0	9,8	0,7	0,8	0,8
Abfallentsorgung									
HAW Havelländische Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	1.575	1.677	1.674	3,5	3,1	2,8	1,3	1,4	1,9
Abfallbehandlungsgesellschaft Havelland mbH	744*	605*	116*	1,1	-1,5	-0,2	0,3	1,7	2,0
Verkehr und Management									
Havelbus Verkehrsgesellschaft mbH	572*	2.932*	8.388*	2,8	2,6	2,6	1,5	1,5	1,9
Havelländische Eisenbahn AG	3.363*	4.116*	2.579	2,7	2,1	1,5	1,2	0,8	2,8
Bahntechnologie Campus Havelland GmbH	-149	677	-131	-41,1	49,2	-49,9	1,8	0,7	1,1
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	204*	-1.637*	543*	0,0	0,0	0,0	8,1	5,7	8,6

*Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit lt. Jahresabschluss

3. Auszüge aus den Auszüge aus den geprüften und festgestellten Jahresabschlüssen

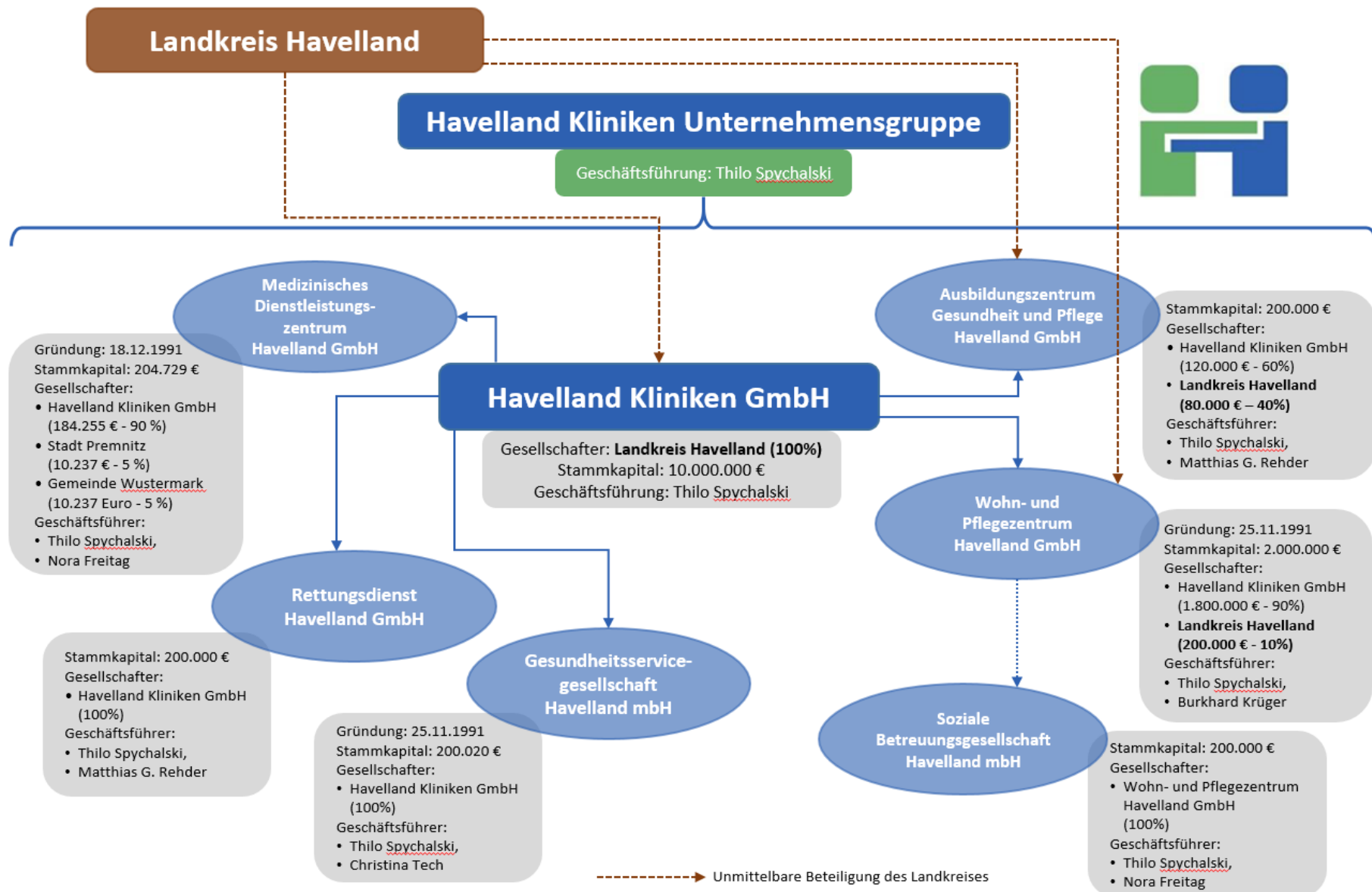
Die nachfolgenden Auszüge umfassen jeweils die Darstellung der rechtlichen Verhältnisse der kreiseigenen und -beteiligten Unternehmen, die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie den Lagebericht der Geschäftsführung.

Darüber hinaus werden die Leistungs- und Finanzbeziehungen zwischen den einzelnen Beteiligungen und dem Landkreis gemäß § 61 Nr. 4 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) unternehmensbezogen dargestellt.



LANDKREIS
HAVELLAND

3.1 Havelland Kliniken Unternehmensgruppe



3.1.1 Havelland Kliniken GmbH

Unternehmensdaten

Ketziner Straße 19
14641 Nauen
Tel.: 03321 42-0
info@havelland-kliniken.de
www.havelland-kliniken.de

3.1.1.1 Gegenstand des Unternehmens

Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege (§ 52 Abs. 2 Nr. 3 AO), der Altenhilfe (§ 52 Abs. 2 Nr. 4 AO), die Förderung des Wohlfahrtswesens (§ 52 Abs. 2 Nr. 9 AO), der Behindertenhilfe (§ 52 Abs. 2 Nr. 10 AO) sowie der Erziehung, Volks- und Berufsbildung (§ 52 Abs. 2 Nr. 7 AO).

Betrieb von Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen, Eingliederungs- und Wiedereingliederungseinrichtungen, die Aus-, Fort- und Weiterbildung im Gesundheits- und Sozialwesen und anderen Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben wie auch die Durchführung von Aufgaben des Rettungsdienstes, der Unterstützung hilfsbedürftiger Personen sowie der ambulanten und stationären Pflege.

3.1.1.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 131 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die gesundheitliche und soziale Betreuung zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise.

3.1.1.3 Rechtliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum:	16.11.2001
Gesellschaftsvertrag:	vom 05.07.2001; Änderung am 11.12.2015, letzte Änderung vom 08.04.2022 und Eintragung in das Handelsregister vom 06.07.2022
Handelsregister - Nr.:	HRB 15446 P
Sitz der Gesellschaft:	Nauen
Stand der Firmendaten:	30.11.2023
Basis der Finanzdaten:	Jahresabschluss 2022

3.1.1.4 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt:	10.000.000,00 Euro
Die Stammeinlage wird gehalten von:	
Landkreis Havelland	10.000.000,00 Euro 100 %

3.1.1.5 Organe der Gesellschaft

<i>Gesellschafterversammlung</i>	Landkreis Havelland, vertreten durch: Robert Cardeneo bis 30.04.2017 (Betrauung durch Landrat Dr. Burkhard Schröder), Verhinderungsvertreterin: Bärbel Brückner bis 01.09.2021 Nicole Böttcher bis 04.03.2022 (Betrauung durch Landrat Roger Lewandowski) Nils Ahrens ab 05.03.2022 (Betrauung durch Landrat Roger Lewandowski)
<i>Aufsichtsrat</i> <i>Vorsitzender:</i> <i>Stellvertretender Vorsitzender:</i> <i>Weitere Mitglieder:</i>	Roger Lewandowski (Landrat) Katrin Dallmann (Arbeitnehmervertreterin) Elke Nermerich (Erste Beigeordnete und Dezernentin im LK HVL) Wolfgang Gall (Beigeordneter und Dezernent im LK HVL) Diana Golze (Kreistagsabgeordnete) Jörg Vahl (Kreistagsabgeordneter) Stefan Schneider (Kreistagsabgeordneter) Dr. Markus Olerich (Arbeitnehmervertreter) Andrea Höpfner (Arbeitnehmervertreterin) Robert Lengenfelder (Arbeitnehmervertreter) Michael Weise (Arbeitnehmervertreter) Olaf Arnhold (Arbeitnehmervertreter)
<i>Geschäftsführung</i>	Thilo Spychalski

3.1.1.6 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Havelland Kliniken GmbH hält folgende Beteiligungen:

Beteiligungsumfang:

Medizinisches Dienstleistungszentrum Havelland GmbH	90 %
Gesundheitsservicegesellschaft Havelland mbH	100 %
Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH	90 %
Soziale Betreuungsgesellschaft Havelland mbH (100%ige Tochter der Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH seit 15.11.2021)	100 %
Gesundheitszentrum Premnitz GmbH	100 %
Ausbildungszentrum Gesundheit und Pflege Havelland GmbH	60 %
Rettungsdienst Havelland GmbH	100 %

3.1.1.7 Kennzahlen

Bilanz per 31.12.2022

Aktiva	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Anlagevermögen	104.848	108.251
Umlaufvermögen	50.853	41.552
Ausgleichsposten nach dem KHG	9.816	9.802
Rechnungsabgrenzungsposten	265	184
Passiva		
Eigenkapital	91.553	95.368
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	46.948	40.861
Rückstellungen	7.231	5.662
Verbindlichkeiten	20.097	17.889
Rechnungsabgrenzungsposten	2	9
Bilanzsumme	165.830	159.789

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Umsatzerlöse	99.174	96.105
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	2.218	2.071
Sonstige betriebliche Erträge	1.273	1.865
Materialaufwand	30.513	29.909
Personalaufwand	59.311	55.493
Abschreibungen	5.550	5.390
Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.847	12.504
Jahresergebnis	-3.816	421

Leistungs- und Finanzbeziehungen § 61 Nr. 4 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV)

§ 61 Nr.:	Wirtschaftsjahr 2022	Betrag in €	Kurzbeschreibung
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen		- keine
4.b	Gewinnentnahmen/Verlустаusgleiche		- keine
4.c	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen		- keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können		- keine

Analysedaten der Havelland Kliniken GmbH gemäß § 61 Nr. 2 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung*

Kennzahl	Formel	2020	2021	2022
----------	--------	------	------	------

Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				
Anlagenintensität (%)	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	64,8	67,7	63,2
Eigenkapitalquote (%) (ohne Sonderposten)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	57,8	59,7	55,2
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Euro)	aus Bilanz	0,0	0,0	0,0

Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				
Anlagendeckung II (%)	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	89,4	88,6	87,5
Zinsaufwandsquote (%)	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	0,0	0,0	0,0
Liquidität 3. Grades (%)	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	171,9	180,5	186,2
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEuro) lt. JA HKG	Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zun./Abn. der langfr. Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentl. Erträge	2.315	1.700	-1.658

Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				
Gesamtkapitalrentabilität (%)	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkap.-zinsen}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	0,4	0,3	-2,3
Umsatz (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	96.542.101	98.061.995	101.274.848
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	603.972	421.309	-3.815.540

Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				
Personalaufwandsquote (%)	$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	54,2	56,6	58,6
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr im Durchschnitt beschäftigtes Personal	853	976	963

*Analysedaten dem Jahresabschluss der Gesellschaft entnommen

3.1.1.8 Lage des Unternehmens

Die Havelland Kliniken GmbH ist ein kommunales Krankenhausunternehmen im Landkreis Havelland, Land Brandenburg. Das Unternehmen betreibt die Havelland Kliniken mit den Krankenhausstandorten Nauen und Rathenow. Die Havelland Kliniken sind Akademisches Lehrkrankenhaus der Charité – Universitätsmedizin Berlin und Ausbildungsstätte der Brandenburgischen Technischen Universität (btu). Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 10 Millionen Euro. Sitz der Gesellschaft ist die Stadt Nauen. Die Gesellschaftsanteile befinden sich im alleinigen Eigentum des Landkreises Havelland. Die Havelland Kliniken GmbH bildet als Bestandteil des Konzernbereiches I – Klinikbetrieb - mit der Medizinisches Dienstleistungszentrum Havelland GmbH (MDZ), der Rettungsdienst Havelland GmbH (RHG), der Gesundheitsservicegesellschaft Havelland mbH (GSG), der Ausbildungszentrum Gesundheit und Pflege Havelland GmbH (AGP), der Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH (WPZ) und der Soziale Betreuungsgesellschaft Havelland mbH (SBG) die Havelland Kliniken Unternehmensgruppe (HKU). Seit dem 31.12.2021 ist die SBG eine Tochtergesellschaft der WPZ.

Zweck der Gesellschaft ist bzw. sind die Feststellung, Heilung, Linderung oder Verhütung einer Verschlimmerung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden, die Leistungen eines Rettungsdienstes, die Leistungen der Geburtshilfe, die Leistungen der psychosozialen Betreuungstätigkeit und die Leistungen der Jugendhilfe durch ärztliche und pflegerische Krankenhauseinrichtungen, sonstige Nebeneinrichtungen und Nebenbetriebe sowie anderen Unternehmen des Gesundheits- und Sozialwesens. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Die Havelland Kliniken stellen die stationäre medizinische Versorgung für die ca. 169.000 Einwohner des Landkreises Havelland sicher. Mit Bescheid vom 26.07.2021 des MSGIV erfolgte die Aufnahme der Havelland Kliniken mit den Standorten Nauen und Rathenow in den Vierten Krankenhausplan des Landes Brandenburg. Damit wurde der Plan-Bettenbestand (inkl. Tagesklinikplätze) von 542 auf 576 erhöht. Wesentliche Veränderungen waren die Ausweisung einer Tagesklinik Onkologie mit 8 Plätzen in der Klinik Nauen und die Erhöhung der Kapazität in der Fachabteilung Geriatrie der Klinik Rathenow auf 53 Plan-Betten. Die Krankenhausstandorte Nauen (311 Plan-Betten/58 TK-Plätze) und Rathenow (186 Plan-Betten/21 TK-Plätze) sind damit für künftige Entwicklungen zukunftsorientiert aufgestellt und planrechtlich abgesichert. Grundlage für die Bettenzuweisung waren die Auslastungswerte der Vorjahre 2014-2018, die sich im Verlauf der Jahre 2020-2022 stark verändert haben. Eine Umsetzung der Plan- Bettenkapazitäten des Vierten Krankenhausplanes erfolgte entsprechend der veränderten Inanspruchnahme von stationären Betten. Im Jahresdurchschnitt wurden 509 Betten betrieben. Neben der Anpassung an die veränderte Inanspruchnahme von stationären Leistungen war die Verfügbarkeit von Pflegepersonal sowie die infolge der gesetzgeberischen Maßnahmen forcierte Ambulantisierung von Teilbereichen der stationären Behandlung ursächlich für die Reduzierung der betriebenen Betten. Zum 01.04.2022 erfolgte die Inbetriebnahme der Holding-Area am OP in Nauen sowie zum 01.09.2022 die Inbetriebnahme von zusätzlichen 4 Betten in der Intermediate Care Station und damit der Abschluss der mehrjährigen Baumaßnahmen zur Errichtung der neuen Intensivstation.

Seit dem Jahr 2020 ist das Pflegebudget separater Bestandteil der KH-Finanzierung. Das Pflegebudget bemisst sich anhand der Ist-Personalkosten der Mitarbeiter der Dienstleistung Pflege, die in bettenführenden Organisationseinheiten eingesetzt werden. Die Anzahl der berücksichtigungsfähigen Vollkräfte ohne mindestens 1-jährige pflegerische Ausbildung bzw. Ausbildung in den relevanten Gesundheitsfachberufen („sonstige Berufe“) wurde mit Änderungsvereinbarung vom 18.12.2020 zur Pflegekostenabgrenzungsvereinbarung auf einen Referenzwert der im Jahresdurchschnitt 2018 beschäftigten Vollkräfte deutlich begrenzt. Für das Jahr 2022 wurden die zahlreichen Änderungen in die Pflegekostenabgrenzungsvereinbarung und die Pflegebudgetverhandlungsvereinbarung (beide vom 21.03.2022) übernommen. Der Referenzwert 2018 für die Havelland Kliniken GmbH konnte in der Budgetverhandlungsrunde im Frühjahr 2022 nach zwei ergebnislosen Verhandlungsrunden zum Pflegebudget in 2020 und 2021 mit den Kostenträgern geeint werden, nachdem eine Einzelbewertung der durch pflegerische Hilfskräfte erbrachten Tätigkeiten hinsichtlich des Anteils von „Pflege am Bett“ durchgeführt wurde. Damit wurde die Grundlage für die Vereinbarung der Pflegebudgets der Jahre 2022 und 2023 gelegt. Ab dem Jahr 2024 wird die Vergütung für die Hilfskräfte jedoch wieder in die aDRG-Vergütung überführt werden.

Aus der Umsetzung des Pflegeberufgesetzes (PflBG) vom 17.07.2017 folgte die Einrichtung eines Pflegefonds im Land Brandenburg in 2020. Der Fonds finanziert sich aus von den Leistungserbringern zu erhebenden und an den Fonds abzuführenden Rechnungszuschlägen. Die Finanzierung der Ausbildungsverträge zur/m Pflegefachfrau/-mann erfolgt durch Zuweisungsbescheid aus dem Pflegefonds entsprechend der Anzahl von Auszubildenden sowie der hausindividuellen Vergütung und der auf Landesebene verhandelten Erstattungen für die Praxisanleitung. Die übrigen

Ausbildungsberufe gemäß § 2 Nr. 1a KHG werden weiterhin über das krankenhausindividuelle Ausbildungsbudget finanziert.

Im Sommer 2022 konnte die Nachtragsvereinbarung 2020 zum Pflegebudget, die Budgetvereinbarung 2021 zum KHEntgG (inklusive Pflegebudget), die Vereinbarung über den Ausgleich der pandemiebedingten Erlösrückgänge 2021 nach KHEntgG sowie die Vereinbarungen über ein krankenhausindividuelles Ausbildungsbudget 2022 und NUB-Entgelte 2022 abgeschlossen werden. Im Januar 2023 folgten die Einigung über die Budgetvereinbarungen 2022 zum KHEntgG (inklusive Pflegebudget) und zur BPfIV (Psychiatrie) sowie über den Ganzjahresausgleich für pandemiebedingte Erlösrückgänge 2022 im Geltungsbereich der BPfIV. Damit ist der Rückstau der zu verhandelnden Budgetabschlüsse aus Vorjahren aufgearbeitet und somit eine wesentliche Grundlage zur Sicherung der Liquidität gelegt worden.

Auch im Jahr 2022 wurden erneut zahlreiche gesetzliche Regelungen zur Bewältigung der Auswirkungen des Pandemiegeschehens geschaffen und bestehende durch verschiedene Verordnungen auf Bundes- und Landesebene ergänzt bzw. spezifiziert (bspw. Ausgleichszahlungsverordnungen sowie Umgangs- und Eindämmungsverordnungen des Landes Brandenburg). Ausgleichszahlungen wurden im Bereich des KHEntgG noch bis zum 18.04.2022 gewährt, Versorgungsaufschläge für Covid-positive Patienten für bis zum 30.06.2022 aufgenommene Patienten (sowohl im Bereich des KHEntgG als auch der BPfIV). Im Jahr 2022 wurde erneut die Möglichkeit in Anspruch genommen, einen Zuschlag zur Liquiditätssicherung im Bereich der Psychiatrie zu beantragen und abzurechnen (§ 6a der Verordnung zur Regelung weiterer Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser). Ein Ganzjahresausgleich für pandemiebedingte Erlösrückgänge wird wie im Vorjahr gewährt (Vereinbarung nach § 5a Absatz I der Verordnung zur Regelung weiterer Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser, Corona-Ausgleichsvereinbarung 2022). Aufgrund der Beendigung der Ausgleichszahlungen bereits Anfang des 2. Quartales 2022 ergeben sich hieraus weit höhere Ausgleichsbeträge als im Vorjahr 2021. Ein Teil der fehlenden Einnahmen im DRG-Bereich wird dadurch kompensiert. In der Psychiatrie wurde die Gewährung des Ausgleichs bereits in 2021 unter die Prämisse der Vermeidung einer Doppelfinanzierung gestellt.

Zur Finanzierung von COVID-Schnelltests an Mitarbeitern und sonstigen Dritten war die Testverordnung (TestV) in den unterschiedlichen Fassungen zu berücksichtigen.

Um die Anforderungen an den laufenden Krankenhausbetrieb mit dem Pandemiegeschehen zu bewältigen, wurde die in 2020 gebildete Krankenhauseinsatzleitung auch in 2022 fortgeführt. Aufgabe war die Koordination des Leistungsgeschehens und fortlaufende Anpassung der Kapazitäten an die aktuellen Bedingungen.

Das MDK-Reformgesetz wurde durch zahlreiche pandemiebedingte Sonderregelungen modifiziert und entfaltete damit im Hinblick auf die Prüfquote mit einem Jahr Verzögerung in 2022 seine Wirkung. Die Quote der nach MD-Prüfung unbeanstandeten Rechnungen konnte in den für das Jahr 2022 relevanten Quartalen von 34,9% im 3. Quartal 2021 auf 50,3% im 2. Quartal 2022 verbessert werden. Damit galten als Obergrenze für die kostenträgerbezogene Prüfquote 15% im 1. Quartal 2022 und 10% im 2. bis 4. Quartal 2022. Infolge der Quoten unbeanstandeter Rechnungen resultierten Strafaufschläge auf die Beträge der Rechnungsminderung von 50% im 1. Quartal 2022 sowie von 25% im 2. bis 4. Quartal 2022. Die Rechnungsaufschläge wurden von den Kostenträgern

allerdings bisher noch nicht geltend gemacht, so dass eine Aufwandsrückstellung in Höhe von 554 T€ berücksichtigt werden musste. Am 09.11.2022 wurden durch den Gesundheitsausschuss des Bundestages die Regelungen des KH-Pflegeentlastungsgesetzes verabschiedet, die die Geltendmachung im Rahmen des Datenträgeraustausches ermöglichen. Damit erfolgte eine Vereinfachung der Geltendmachung für die Kostenträger (die ursprüngliche Rechtslage sah Verwaltungsakte vor) und es ist damit zu rechnen, dass die Rechnungsaufschläge auf negative Leistungsentscheide zeitnah in 2023 durch die Kostenträger in Anspruch genommen werden.

In 2022 mussten erneut die Strukturprüfungen zu diversen Komplexcodes durchlaufen werden, um die Abrechnungsvoraussetzungen für 2023 zu erhalten. Die StrOPS-RL mit Begutachtungsleitfaden wurde in modifizierter Fassung kurz vor dem Stichtag für die Einreichung der Anträge für 2023 am 30.06.2022 veröffentlicht. Die in 2022 beantragten Strukturprüfungen wurden mit positiven Bescheiden und Bescheinigungen für die Abrechnung 2023 abgeschlossen. Gegen den in 2022 erteilten negativen Bescheid der Prüfung des OPS 8-98f für den Standort Nauen aus dem Antrag 2021 (aufwändige intensivmedizinische Komplexbehandlung) wurde Klage eingereicht.

In der Psychiatrie erfolgte die Umsetzung der GBA-Richtlinie zur Personalausstattung in Psychiatrie und Psychosomatik vom 19.09.2019. Der Umsetzungsgrad der Personalvorgaben war mit 90% der Vorgaben für alle an der Versorgung beteiligten Berufsgruppen vorgesehen. Hilfskräfte konnten in 2022 noch in vollem Umfang berücksichtigt werden. Die Sanktionszahlungen waren pandemiebedingt auf Meldeversäumnisse beschränkt, so dass die vorliegende Nichterfüllung in einzelnen Quartalen und Standorten nicht zu Sanktionen führte. Eine Nichterfüllung entsteht bereits bei zu niedriger Besetzung einer einzelnen Berufsgruppe.

In Folge der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PpUGV) vom 08.11.2021 wurde in 2022 der neue pflegesensitive Bereich der Gynäkologie erstmals relevant. Die bereits in Vorjahren zugeordneten Bereiche Innere Medizin, Kardiologie, Allgemeine Chirurgie, Unfallchirurgie, Geriatrie, Intensivmedizin und Pädiatrie wurden in 2022 fortgeführt. Für die Zeitdauer der Inanspruchnahme von Ausgleichszahlungen und/oder Versorgungsaufschlägen nach § 21 Abs. 1 b KHG galt eine Befreiung von Sanktionen bei Nichteinhaltung der Vorgaben (für bis zum 30.06.2022 aufgenommene Patienten bzw. bis zur Entlassung des letzten Patienten mit nachgewiesener Coronainfektion aus diesem Aufnahmezeitraum). Weiterhin gab es im Dezember einen Ausnahmetatbestand aufgrund der Ausbreitung des RS-Virus, gemäß dem für alle Häuser, die eine Pädiatrie führen, die Vorgaben als erfüllt gelten. Die aufgrund des fehlenden Pflegepersonals dennoch entstandenen grundsätzlichen Strafzahlungsverpflichtungen wurden in Form einer Aufwandsrückstellung berücksichtigt.

Das InEK hat in 2021 erstmals und in 2022 wiederholt eine vergleichende Übersicht der Pflegepersonalquotienten der Plankrankenhäuser veröffentlicht. Der PPQ wurde im Rahmen des Pflegepersonalstärkungsgesetzes mit § 137j SGB V eingeführt. Die Festlegung eines Vorgabewertes sowie die vorgesehenen Sanktionen bei Unterschreitung dieses Wertes blieben weiter ausgesetzt (GVWG vom 19.07.2021).

Im März 2022 wurde das IGES Gutachten nach § 115b Abs. 1a SGB V veröffentlicht. Auftrag war die weitergehende Identifizierung von ambulant durchführbaren Operationen, stationärsersetzenden Eingriffe und Behandlungen sowie eine Falldifferenzierung nach Schweregrad. Das Ziel der Gewährleistung von Patientensicherheit im Ambulantisierungsprozess führte zu einem System der Kontextprüfung nach leistungsbezogenen (K1-K4) und patientenbezogenen Faktoren (K5-K8). Im

Ergebnis wurden die ausgesprochenen Empfehlungen im Dezember 2022 in Form des ab 01.01.2023 gültigen neuen AOP-Kataloges veröffentlicht. Die Kontextfaktoren ersetzen die G-AEP-Kriterien als Grundlage für die Beurteilung der Notwendigkeit einer stationären Behandlung bei Leistungen aus dem AOP-Katalog. Die Ankündigung der Bundesregierung im Koalitionsvertrag zur Förderung der Ambulantisierung durch „sektorengleiche Vergütung durch Hybrid-DRGS“ wurde bis dato noch nicht umgesetzt.

Mit dem durch das KH-Pflegeentlastungsgesetz eingeführten §115 e SGB V wurde die am 22.09.2022 veröffentlichte Empfehlung der Regierungskommission zur tagesstationären Behandlung in Grundzügen umgesetzt. Wichtige Rahmenbedingungen in rechtlicher Hinsicht sind in 2022 noch offengeblieben, ebenso die technischen Vorgaben zur Umsetzung ab 2023. Die Regelungen zur tagesstationären Behandlung sollen die Reduzierung der Krankenhausübernachtungen und damit der Beanspruchung des Pflegepersonals vorantreiben. Es bleibt dabei jedoch in vielen Punkten unklar, wie bspw. die Abgrenzung zur ambulanten Behandlung erfolgen soll.

Am 06.12.2022 wurde die Dritte Stellungnahme und Empfehlung der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung als Vorgabe für eine grundlegende Reform der Krankenhausvergütung veröffentlicht. Ein Stufenmodell mit Leistungsgruppen (LG) soll als bundeseinheitliches Ordnungsprinzip der Krankenhausplanung zugrunde gelegt werden. Zudem ist eine anteilige Finanzierung der Vorhaltekosten avisiert. Die konkrete gesetzliche Ausgestaltung, die in der ersten Jahreshälfte 2023 zwischen dem Bund und den Ländern in den Kernpunkten abgestimmt werden soll, wird die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der HKG in den nächsten Jahren maßgeblich bestimmen.

Ende des Jahres 2022 wurden verschiedene Hilfsprogramme zum Ausgleich der stark gestiegenen Energiekosten der Krankenhäuser auf den Weg gebracht. Seit Oktober 2022 gilt ein reduzierter Umsatzsteuersatz von 7% auf Gas- und Fernwärmelieferungen. Die Regelungen in § 26 f KHG gewähren beginnend mit dem Zeitraum Oktober bis Dezember 2022 finanzielle Unterstützung für Plankrankenhäuser. Ein pauschaler Unterstützungsbetrag wird nach Anzahl der Planbetten zugewiesen und beträgt für den Zeitraum Oktober bis Dezember 2022 240 T€ für die Havelland Kliniken GmbH. Der für den gesamten Zeitraum vom 01.10.2022 bis 30.04.2024 vorgesehene Betrag von insgesamt 1.519 T€ wird in drei gleichen Teilen voraussichtlich bereits bis Ende April 2023 ausbezahlt und stützt somit die Liquidität des Unternehmens. Zum weiteren Ausgleich von Kostensteigerungen ist ein hausindividueller Ausgleich vorgesehen. Der Betrag muss gemäß Systematik der Vereinbarung nach § 26 f Absatz 9 KHG über den Nachweis der Bezugskosten für leitungsgebundenes Erdgas, leitungsgebundene Fernwärme und leitungsgebundenen Strom (EWS Kostenausgleich Nachweisvereinbarung) vom 23.01.2023 berechnet und beantragt werden kann. Als Referenzzeitraum zur Ermittlung von Kostensteigerungen wurde der Monat März 2022 festgelegt. Da die Bezugspreise bereits vor diesem Zeitpunkt stark angestiegen sind, ergibt sich nach diesem Verfahren für die HKG kein Anspruch auf Unterstützungsleistung. Eine Änderung der Systematik durch Zugrundelegung eines früheren Referenzzeitraums wird durch die DKG angestrebt. Die Regelungen der Strom- und Gaspreisbremse hatten für 2022 noch keine Relevanz.

Im Wirtschaftsjahr 2022 wurden mit 16.602 stationären und teilstationären Fällen 4.102 Fälle weniger behandelt als geplant (-19,8%). Im vollstationären DRG-Bereich waren dies 3.815 Fälle und in der Psychiatrie 159 (-12,0%). Der Standort Rathenow weist 19,2% weniger stationäre Fälle aus als geplant, der Standort Nauen 21,1%. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 507 Patienten mehr behandelt (insgesamt +3,2%; +3,7% Standort Rathenow und +2,9% Standort Nauen).

Die Entlassungen der Klinik für Anästhesie/Intensivmedizin Nauen übersteigen den Plan um 12 Fälle, alle übrigen Fachabteilungen sind von den negativen Fallzahldifferenzen zum Plan im Jahr 2022 betroffen. Die meisten Kliniken konnten die Zahl der entlassenen Fälle zum Vorjahr steigern. Ausgenommen davon sind am Standort Rathenow die Innere Medizin (-111 Fälle zum Vorjahr, wobei die Anzahl der in der Abteilung für Innere Medizin und in die Geriatrie verlegten und dort entlassenen Fälle zum Vorjahr konstant blieb) und die Gynäkologie (-88 Fälle zum Vorjahr; im ambulanten Bereich erfolgte im gleichen Zeitraum eine Steigerung von 15 Fällen). Am Standort Nauen verzeichnet die Psychiatrie eine rückläufige Fallzahl im vollstationären Bereich um 89 Fälle. Die Urologie verlor zum Vorjahr 57 stationäre Fälle, konnte aber im Gegenzug einen Zuwachs von 72 ambulanten Operationen generieren.

Bis zum 3. Quartal erfolgte die Konzentration der Kapazitäten für die COVID-Behandlung in der Klinik Nauen. Ab dem 21.10.2022 wurde auch in der Klinik Rathenow ein Covid-Isolierbereich eingerichtet.

Das Pandemiegeschehen in Form von Ausbruchsgeschehen und Betreuung von Patienten, die mit oder wegen einer Covid-Infektion behandelt wurden, war in 2022 gegenüber 2021 rückläufig. Dennoch führten Ausbruchsgeschehen und daraus folgende Aufnahmestopps in einzelnen Bereichen sowie der erhöhte Aufwand zur Behandlung von aufgrund einer Covidinfektion zu isolierenden Patienten weiter zu nennenswerten Einschränkungen. Darüber hinaus wirkten sich nicht besetzte Pflegestellen sowie im 4. Quartal 2022 ein stark erhöhter Krankenstand in allen Dienststarten negativ aus. Ab dem 12.09.2022 blieb eine psychiatrische Station wegen Personalmangels geschlossen und es wurden Bettenreduzierungen im somatischen Bereich beider Standorte vorgenommen.

Durch die geltenden Vorgaben des MSGIV zur Freihaltung von Bettenkapazitäten aus der Allgemeinverfügung vom 07.12.2021 mussten bis zum 12.03.2022 zwei Isolierstationen betrieben werden. In den folgenden Wochen und Monaten war ein Isolierbereich mit 8 Betten ausreichend zur Isolierung der mit einer Covid-Infektion aufgenommenen Patienten. Im Monat August musste am Standort Nauen wieder eine Covid-Station mit 16 Betten eröffnet werden, da die vorgesehenen 8 Betten den Bedarf an Isolierkapazitäten nicht mehr decken konnten. Die weiter steigenden Fallzahlen erreichten im Oktober ihren Höhepunkt und schränkten die Leistungsentwicklung erneut stark ein.

Der geplante CMI von 0,816 wurde mit 0,809 im Ist des Jahres 2022 nicht erreicht. Zum Vorjahr, das stark durch die Fallschwere der Covid-Patienten bestimmt war, liegt ein Rückgang von 0,009 Punkten vor. Der Standort Rathenow schließt unter Plan ab (0,814 im Ist gegenüber 0,843 im Plan). Dies wurde maßgeblich durch fehlende Entlassfälle der verhältnismäßig hoch bewerteten Leistungen der Geriatrie und Nichterreichung des Plan-CMI in den Fachabteilungen Geriatrie und Innere Medizin bestimmt. Der Standort Nauen hat einen CMI über dem Planniveau erreicht (0,805 im Ist gegenüber 0,801 im Plan 2022). Die CMI der Fachabteilungen Innere Medizin und Urologie liegen über Plan, die Gynäkologie und Pädiatrie verfehlen diesen nur knapp. Deutlich unter dem Plan liegen die Abteilungen Geriatrie, Traumatologie und v.a. die Viszeralchirurgie. Im CMI der Geriatrie beider

Standorte wirkt sich die Abrechnung einer geringeren Zahl von Komplexbehandlungen durch Ausbruchsgeschehen und fehlenden Ressourcen der Ärzte und Therapeuten aus.

Die durchschnittliche Verweildauer der stationären Patienten im DRG-Bereich ist im Berichtsjahr 2022 um 0,2 Tage auf 6,2 Tage im Durchschnitt zurückgegangen (Plan 6,8 Tage). Die Verweildauer der vollstationären psychiatrischen Fälle (Fallzählung nach PEPP-Systematik) ist um 2,7 Tage auf 18,4 Tage in 2022 gesunken.

Die durchschnittliche Auslastung betrug bezogen auf die aufgeführten betriebenen Betten insgesamt 70,0%. Die Klinik Nauen hat 68,7% erreicht, die Klinik Rathenow 73,0%.

Der ambulante Bereich zeigt eine Fallzahlerhöhung zum Plan von +906 (+2,5%). Dazu tragen v.a. die Anzahl der vorstationär abgerechneten Fälle sowie die ambulant in der Notfallversorgung behandelten Patienten und die ambulanten Patienten mit Chemotherapien bei. Das Ist des Vorjahres wurde um 2.981 Fälle und 8,8% gesteigert. Die höchsten Steigerungsraten liegen in der ambulanten Notfallversorgung (16,6%) und bei den vorstationären Abrechnungen (14,3%) vor. Die Anzahl der ambulanten OPs wurde um 166 bzw. 11,2% auf insgesamt 1.651 gesteigert.

Ertragslage

Der Wirtschaftsplan 2022 wurde unter der Prämisse, dass pandemiebedingte Mindererlöse keine wesentliche Rolle spielen werden, aufgestellt. Insofern sind, da diese Grundannahme nicht eingetroffen ist, nennenswerte Abweichungen von den Planansätzen zu verzeichnen.

Die Einnahmen liegen bei 102.665 T€ (3.662 T€ bzw. 3,4 % unter Plan sowie 2.624 T€ bzw. 2,6 % über Vorjahr).

Der Landesbasisfallwert für Brandenburg ist von 3.741,50 € in 2021 auf 3.827,78 € in 2022 angestiegen (+2,31 %). Im KHEntgG-Bereich wurden von geplanten 15.234 Casemixpunkten im Ist 2022 12.014 erreicht (21,1 % unter Plan).

Im Ergebnis der Budgetverhandlung für die Psychiatrie (PEPP) konnte der hausindividuelle Basisentgeltwert um 3,7 % auf 293,35 € erhöht werden (Vorjahr 282,90 €). Die Zahl der Berechnungstage im vollstationären Bereich liegt um 18,9 % unter dem Plan und im teilstationären Bereich um 18,0 %. Als durchschnittlicher Day-Mix-Index (DMI) wurde 0,966 geplant, erreicht wurden 0,943.

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen liegen um 6.281 T€ unter dem Plan (-6,9 %) und 3.058 T€ über dem Vorjahreswert (+3,7 %). Freihaltepauschalen und Versorgungsaufschläge wurden entsprechend der gesetzlichen Vorgaben in Anspruch genommen. Zusatzentgelte für Patiententests auf COVID-19 sind zur Abrechnung gebracht worden.

Das Pflegebudget 2022 beträgt 15.607 T€ (Einigungsprotokoll vom 16.01.2023). Die vereinnahmten Pflegeerlöse liegen bei 15.087 T€. Im Berichtszeitraum kamen 3 Pflegeentgeltwerte zur Abrechnung (aufgrund einer fehlenden Vereinbarung die Zahlbeträge 163,09 bis 30.06. und 200,00 € bis 30.09.2022, ab dem 01.10.2022 war der Pflegeentgeltwert aus der Budgetvereinbarung 2021 in Höhe von 171,35 € heranzuziehen). Das Pflegebudget wird aus den Personalkosten der Pflege am Bett entsprechend Pflegekostenabgrenzungsvereinbarung und Pflegebudgetverhandlungsvereinbarung berechnet. Die Vereinbarungssumme setzt sich aus den relevanten Pflegepersonalkosten in Höhe

von 15.147 T€ zzgl. 460 T€ pflegeentlastende Maßnahmen zusammen. Die Differenz zwischen abgerechneten Pflegebewertungsrelationen und Pflegebudget wird über Erlösausgleiche nach §6a Abs. 5 KHEntgG nachfinanziert.

In den Zu- und Abschlägen sind die Einnahmen aus dem krankenhausindividuellen Ausbildungszuschlag 2022, aus der Zuweisung des Pflegefonds 2022 sowie aus dem Zuschlag für medizinisch begründete Begleitpersonen 2022 enthalten. Aufgrund der unterjährig nicht vorhandenen Budgetvereinbarung nach KHEntgG 2022 sind für Notfall-, Hygiene- und Telematikzuschlag 2022 noch keine Beträge geflossen. Die unten ausgewiesenen Erlöse für Zuschläge stellen in diesen Positionen Abfinanzierungsbeträge aus Vereinbarungen für die Vorjahre 2020 und 2021 dar. Die fehlenden Einnahmen aus Zuschlägen aufgrund der fehlender Budgetvereinbarung in Höhe von 2.111 T€ werden in den Erlösausgleichen für das Jahr 2022 erfasst und kommen mit der folgenden Budgetvereinbarung 2023 zur Finanzierung.

Die aufgrund der Abfinanzierung in 2022 in den KH-Leistungen 2022 enthaltenen Zuschläge aus Vorjahren korrespondieren mit einer Aufwandsbuchung für Aufwendungen aus Ausgleichen Vorjahren im sonstigen betrieblichen Aufwand.

Die Einnahmen aus Wahlleistungen liegen infolge der reduzierten Patientenzahl um 61 T€ bzw. 25,6 % unter Plan und erreichen knapp den Vorjahreswert.

Im Bereich der ambulanten Leistungen liegen die Erlöse um 94 T€ (3,2 %) über Plan. Es wurden 341 T€ mehr als im Vorjahr Erlöst (+12,8 %). Hier wirken sich v.a. die Erstattungen für Erstuntersuchungen ukrainischer Flüchtlinge sowie gestiegene Fallzahlen in der ambulanten Notfallversorgung aus. Die Einnahmen aus ambulanten Operationen und Psychiatrischer Institutsambulanz (PIA) liegen unter Plan. Die Einnahmen der PIA liegen um 45 T€ (5,3 %) unter dem Vorjahr.

Die Nutzungsentgelte der Ärzte im Rahmen der Erbringung von Ermächtigungsleistungen konnten um 4,5 % bzw. 15 T€ gesteigert werden (39 T€ über Plan).

Die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung erbrachten 15 T€ bzw. 4,5 % mehr als im Vorjahr (39 T€ über Plan).

Die sonstigen Umsatzerlöse sind zum Vorjahr um 341 T€ gestiegen (+ 3,1 %). Steigerungen wurden v.a. in der Abrechnung von ambulanten Chemotherapien (205 T€), in der Abrechnung von Praxisanleitung für Azubis externer Träger und Träger im Konzern (190 T€) sowie durch die Anpassung der Notarztvergütungen an das Vergütungsniveau (163 T€), neue Kooperationsverträge zur Versorgungsoptimierung (Arzneimittel; 55 T€) und die Erzielung von höheren Erstattungen aus Aufwandspauschalen des MD (nach Prüfung von nicht zu beanstandenden Rechnungen; 73 T€) erzielt. Die Erlöse aus diesen Bereichen kompensieren den Rückgang zum Vorjahr bei den Konzernwarenverkäufen und in der Weiterberechnung von Managementkosten an verbundene Unternehmen. Den Erträgen aus Konzernwarenverkauf entsprechen Aufwände in den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen in gleicher Größenordnung.

Die Umsatzerlöse erreichen damit insgesamt 99.174 T€ und liegen damit 3.068 T€ über dem Vorjahres-Ist (+ 3,2 %). Zum Planansatz fehlen 5.524 T€ bzw. 5,3 %.

Aufgrund der reduzierten Patientenzahl im Dezember entstehen Bestandsveränderungen unfertiger Leistungen, die das Ergebnis mit 117 T€ belasten.

Die Zuweisungen und Zuschüsse liegen mit +1.334 T€ über dem Plan. Diese Mehrerlöse resultieren aus Zuweisungen der öffentlichen Hand (Pflegebonus, 510 T€; an die Mitarbeiter auszuzahlende Energiepreispauschalen, 292 T€; bettenbezogener Anteil der Energiekostenhilfe gemäß § 26 f KHG, 240 T€; IFSG / Quarantäneerstattungen, 111 T€) sowie Erstattungen der Krankenkassen für Mutterschutz/Beschäftigungsverbote (356 T€). Gegenüber dem Vorjahr wurden 147 T€ bzw. 7,1 % mehr eingenommen. Die Erträge aus Erstattungen gemäß Test-V sind gegenüber 2021 gesunken, der Pflegebonus 2022 ist hingegen höher ausgefallen als die Corona-Prämie 2021.

Die sonstigen betrieblichen Erträge schließen mit + 529 T€ zum Plan ab. Die periodenfremden Erträge übersteigen den Planansatz um 396 T€ und enthalten 163 T€ für die Ausbildung von Allgemeinmedizinerinnen in Vorjahren, 122 T€ aus Umfinanzierung von Anlagegütern (aus Eigenmitteln in Fördermitteln) sowie Beträge für Boni, Quarantäneerstattungen und Erstattungen von Versicherungen. Aus der Auflösung von Rückstellungen ergeben sich 182 T€ (Personalkostenrückstellungen: Zielvereinbarungen und Risiko aus Klageverfahren 77 T€; Steuer auf Zytostatikaverkauf 61 T€, Beiträge an AGKAMED 15 T€ und Sanktionen aus der PpUGV für die Jahre 2020 und 2021 12 T€).

Der Aufwand des Wirtschaftsjahres 2022 weist mit 110.340 T€ eine Planabweichung von +3,7 % (+3.883 T€) aus. Der Materialaufwand liegt mit 1.026 T€ (3,5 %) über dem Planansatz, der sonstige Aufwand mit 3.2415 T€ (29,9 %). Der Personalaufwand unterschreitet den Planansatz um 3.731 T€ bzw. 5,9 %, der Abschreibungsaufwand überschreitet den Planansatz um 570 T€ (+31 %).

Im Materialaufwand des Jahres 2022 liegen sowohl Mehraufwände als auch Minderaufwände vor. Minderaufwände sind durch geringere Patientenzahlen entstanden. Mehraufwände liegen v.a. aufgrund von gestiegenen Energiekosten vor. Im Saldo ergibt sich eine Planüberschreitung, die im Wesentlichen auf die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe zurückzuführen ist (+1.128 T€ bzw. +8,3 %, +1.130 T€ bzw. 8,3 % zum Vorjahr). Geringere Aufwendungen liegen v. a. bei Arzneimitteln, Implantaten und Narkose-/OPBedarf vor. Die Kosten für Wasser, Energie und Brennstoffe übersteigen den Planansatz um 1.033 T€ (47,8%, zum Vorjahr 1.522 T€ bzw. 91,0 %). Die Kosten für PCR-Testkassetten liegen mit 567 T€ über dem Plan. Die Tests wurden entsprechend dem mit dem Gesundheitsamt abgestimmten Testkonzept für die dort festgelegten Patientengruppen durchgeführt. Tests für Mitarbeiter wurden in geringem Umfang und nur nach Freigabe durch den Hygienearzt mit den hauseigenen Geräten durchgeführt. Der Zeitvorteil hinsichtlich der Testergebnisse spielte hier eine wesentliche Rolle. Die Gegenfinanzierung der Mehrkosten für Testkassetten durch Einnahmen aus Zusatzentgelten war nur teilweise möglich, da die Abrechnung von Zusatzentgelten für ambulante Leistungsbereiche sowie medizinisch begründete Begleitpersonen nicht vorgesehen war. Verzögerungen in der IT-Anbindung der im 4. Quartal 2021 angeschafften Testgeräte erschwerten die Abrechnung grundsätzlich. Ein deutlicher Rückgang der Transportkosten zum externen Labor kompensiert einen Teil der nicht durch Zusatzentgelte gedeckten Kosten (Jahreskosten von 68 T€ für zusätzliche Taxitransporte). Ein Anteil von 401 T€ der Planüberschreitung resultiert aus dem ergebnisneutralen Aufwand für Konzernwarenderverkauf.

Der Planwert der bezogenen Leistungen wurde um 102 T€ (0,6 %) unterschritten. Auch bei den bezogenen Leistungen zeigen sich in verschiedenen Konten leistungsmengenbedingte Planunterschreitungen. Dazu gehören Speisenversorgung sowie Labor-, Radiologie- und Physiotherapiekosten. Mehrausgaben sind in den Bereichen Leasing Ärzte (200 T€), Hebammen (105 T€) und Pflegekräfte (15 T€) aufgelaufen. Die Mehrkosten im Bereich der Ärzte sind durch Planunterschreitung der primären Personalkosten gedeckt. Dies ist für die Berufsgruppe der Hebammen nicht der Fall. Die Leasingkosten für Ärzte in der Pädiatrie betrugen 83 T€ und in der Viszeralchirurgie 39 T€. Für die Gynäkologie wurden 14 T€ ausgegeben, in dieser Fachabteilung schlugen sich Mehrkosten durch fehlendes ärztliches Personal v.a. in hohen Kosten für Dienste von Vertretungsärzten aus Arztpraxen nieder. Mehrausgaben sind außerdem für Krankentransportleistungen durch pandemiebedingt hohe Transportzahlen (wie im Vorjahr 2021) angefallen. Ab dem 2. Quartal wurden Maßnahmen zur Kostensenkung durch Umsteuerung auf Transportmittel im Taximietwagenbereich eingeleitet. Die Kosten für externe Radiologieleistungen sind durch vertragliche Bindung von Preisanpassungen auf Basis des Anstieges des Verbraucherpreisindex gestiegen.

Im sonstigen Aufwand wurden die Kosten um 3.415 T€ (29,9 %) überschritten. Die Erlösausgleiche aus Vorjahren verursachen einen Aufwand von 1.561 T€, der jedoch mit den Einnahmen 2022 aus Zuschlägen für Vorjahre in den KH-Leistungen korrespondiert. Darüber hinaus sind 933 T€ für Risikorückstellungen aus Strukturprüfungen enthalten (ein daraus resultierendes Klageverfahren sowie ein Passus in der Budgetvereinbarung nach KHEntgG 2022 zu möglichen späteren Rückzahlungen). Weiterhin schlugen sich die Aufwendungen für Strafaufschläge auf negative Leistungsentscheide nach Strukturprüfungen nieder (+65 T€ zum Plan). Auf Rückstellungen für Sanktionen auf Nichteinhaltung von Personalvorgaben der PpUGV entfallen 33 T€. Aus Spitzabrechnung von Managementleistungen für Tochterunternehmen aus 2021 sind aufwandsseitig 520 T€ angefallen. Der enthaltene periodenfremde Aufwand übersteigt den Planansatz um 241 T€. In 2022 mussten zu viel abgerufene Erstattungsbeträge für Beschäftigungsverbote/Mutterschutz 2021 zurückgeführt werden (aufgrund eines Softwareproduktes, das diesbezüglich eine fehlerhafte Programmierung enthielt).

Die Aufwendungen für Abschreibungen liegen mit 750 T€ (+31,3%) über Plan. Ein Teil der für 2022 mit Eigenmitteln geplante Maßnahmen konnten durch Einsatz von Sonderzuwendungen des Landes mit Fördermitteln finanziert werden.

Die Zinserträge liegen bei 57 T€, die Zinsaufwände bei 14 T€.

Zum 01.01.2022 wurde die Vergütungstabelle der Pflege um 3 % gesteigert. Diese wird für den Nichtärztlichen Dienst mit Ausnahme der Verwaltung angewendet. Da in 2021 aus wirtschaftlichen Gründen keine Tabellensteigerung durchgeführt wurde, erfolgte diese in 2022 3 Monate früher als geplant. Die Tabelle der Verwaltung folgte zum 01.07.2022 ebenfalls mit einer Steigerung um 3 %. Aus dem Tarifvertrag Ärzte mit dem Marburger Bund waren Tarifsteigerungen von 1 % zum 01.03.2022 umzusetzen. Die Erhöhung zum 01.11.2022 in Höhe von 1,5 % sowie die Anhebung der Bereitschaftsdienstentgelte zum 01.04.2021 ist als Nachwirkung im Jahr 2022 enthalten. Die Laufzeit des Tarifabschlusses endete am 31.12.2022. Ein Teil der Mehrkosten für Bereitschaftsdienste konnte durch Veränderung der Dienstorganisation bereits unterjährig kompensiert werden und wirkte sich dadurch erheblich geringer aus als im Wirtschaftsplan 2022 vorgesehen. In den Kliniken für Innere

Medizin, Gynäkologie, Pädiatrie, Anästhesie/Intensivmedizin und Psychiatrie wurden Regeldienstzeiten erweitert und damit Bereitschaftsdienstzeiten reduziert.

Der Pflegebonus nach § 26 e KHG wurde entsprechend der gesetzlichen Vorgaben beantragt und an die gemäß Qualifikation und Betriebszugehörigkeit anspruchsberechtigten Mitarbeiter ausgezahlt. Für alle Beschäftigten wurde darüber hinaus eine Sonderzahlung von 1.000 € je Vollkraft als Inflationsausgleichsprämie gewährt. Für diejenigen Mitarbeiter der Dienststart Pflege, die aus dem Pflegebonus Leistungen unter 1.000 € je Vollkraft erhalten, erfolgte durch die Sonderzahlung eine Aufstockung auf maximal 1.000 € je Vollkraft. Beträge von mehr als 1.000 € wurden damit entsprechend der Regelungen für den Pflegebonus nur an mindestens 3-jährig examinierte Pflegekräfte in der Tätigkeit „Pflege am Bett“ ausbezahlt.

Die vom Gesetzgeber vorgesehene Energiepauschale von 300 € je Kopf wurde im vorgesehenen Verfahren beim Finanzamt in Anspruch genommen und an die Beschäftigten ausgezahlt. Die Vergütungen je Vollkraft erhöhen sich dadurch in 2022 zusätzlich.

Zum 01.01.2022 wurde die Abteilung Zentralsterilisation aus der GSG wieder in die HKG überführt, der Stellenplan im Funktionsdienst wurden hierzu um 10 VK erweitert. Weitere Zuführungen von Stellen waren im Funktionsdienst und medizintechnischen Dienst zur Erfüllung von gesetzlichen Vorgaben und zur Absicherung von Strukturvoraussetzungen geplant. Der vorgesehene Aufbau von Personal ist in 2022 nur zu einem kleinen Teil gelungen. Das SG KIS konnte im Bereich der zur Umsetzung der Digitalisierungsprojekte (KHZG) erforderlichen Mitarbeiter unterjährig um 0,5 VK aufgestockt werden. Die geplanten Stellen zur Umsetzung von Investitionsvorhaben mit Zuordnung zu den aktivierten Eigenleistungen wurden in 2022 noch nicht besetzt.

Das Netzwerk Gesunde Kinder ist entgegen der geplanten Zuordnung aus der Krankenhaus- in die Konzernverwaltung in 2022 in der Krankenhausverwaltung verblieben.

Die Ausbildung von Pflegefachfrauen und -fachmännern nach neuer gesetzlicher Regelung erfolgt seit Oktober 2020 in der AGP. Im Jahr 2022 haben die Auszubildenden aus dem 2. und damit letzten Jahrgang der IPA-Ausbildung (Integrative Pflegeausbildung nach dem Stuttgarter Modell) ihre Prüfungen abgelegt. Die IPA-Ausbildung wurde in der HKG zur Vorbereitung auf die generalistische Pflegeausbildung in zwei Jahrgängen angeboten. Der erste Jahrgang der Pflegefachfrauen und -fachmänner befindet sich seit Oktober 2022 im letzten Jahr der Ausbildung. Im Frühjahr und Herbst 2022 haben insgesamt 28 Auszubildende ihre Ausbildung zur/zum Pflegefachfrau/-mann begonnen. Die seit 2021 angebotene berufsbegleitende Ausbildung für im Unternehmen tätige Hilfskräfte wurde in 2022 weiter ausgebaut. Damit wird auch der Anteil von nicht im Pflegebudget berücksichtigungsfähigen Mitarbeitern in der Dienststart Pflege reduziert.

Die dringend benötigte Zuführung von Pflegekräften konnte in 2022 nicht realisiert werden.

In allen Dienststarten bleiben die Ist-Kosten durch die nicht besetzten Stellenanteile unter dem Planansatz. Dies auch im Pflegedienst trotz Mehrkosten gegenüber der Planung durch vorfristige Umsetzung der Tabellensteigerung, der Auszahlung des Pflegebonus und der freiwillig gewährten Sonderzahlung.

Die Personalaufwandsquote (Personalaufwand im Verhältnis zum Gesamtaufwand des Unternehmens) beträgt 59,8 %. Die Materialaufwandsquote 30,8 %.

Die Havelland Kliniken GmbH hat das Wirtschaftsjahr 2022 mit einem Ergebnis von -3.816 T€ abgeschlossen. Umsatzrendite, Eigenkapitalrendite und Gesamtkapitalrentabilität liegen demzufolge im negativen Bereich.

Finanzlage

Die Liquidität der Havelland Kliniken GmbH war im Wirtschaftsjahr 2022 jederzeit gesichert. Eine Aufnahme von Krediten war – so wie auch in den Vorjahren - nicht notwendig. Das Unternehmen kam seinen Zahlungsverpflichtungen immer fristgemäß und in vollem Umfang nach.

Im Rahmen des Liquiditätsmanagements wurden regelmäßig Auswertungen erstellt. Dazu gehören die wöchentliche Erfassung des Finanzmittelbestandes und der Cashpoolsalden sowie die monatliche Erfassung eines rollierenden Forecasts für die Liquidität aller Gesellschaften mit einem Zeithorizont von 12 Monaten. Aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Klinik wurden in 2022 keine mittelfristigen Finanzanlagen gebildet.

Zur Absicherung einer stabilen investitionsorientierten wirtschaftlichen Entwicklung über einen Zeitraum von fünf Jahren werden verstärkt Fördermittel des Landes zum Einsatz kommen, für Instandhaltungsmaßnahmen werden Eigenmittel verwendet.

Es bestehen Geschäftsbeziehungen mit der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam, der Deutschen Kreditbank AG, der Deutschen Bank AG und der Commerzbank.

Vermögenslage

Das Sachanlagevermögen des Unternehmens beläuft sich zum 31.12.2022 auf 71.458 T€ (Vorjahr 73.517 T€) und hat sich damit um 2.060 T€ (-2,8 %) gegenüber dem Vorjahr verringert. Dies ist im Wesentlichen auf den Rückgang bei den Sachanlagen in Einrichtung und Ausstattung in Höhe von - 1.127 T€ bzw. 12,2 % zurückzuführen. Die immateriellen Vermögensgegenstände haben sich um 309 T€ (-19,2 %) sowie die Grundstücks- und Betriebsbautenwerte um 444 T€ (-0,7 %) verringert.

Größere Investitionen des Geschäftsjahres 2022 waren:

- Technische Anlagen: Brandschutztüren, Heizkessel und Sicherheitsstromversorgung,
- Medizinische Ausstattung: Medienversorgungseinheiten, Infusionstechnik und Patientenmonitoring und
- EDV: MS-Office 2019, Beschaffung mobiler Endgeräte, Beschaffung All-in-one Geräte, Erweiterung Lizenzen, Ausstattung Serverraum

Nachhaltigkeitsbericht

Für die Havelland Kliniken wurden umfassende Nachhaltigkeits- und Umweltkonzepte erarbeitet, deren konkrete Planung und Umsetzung in 2022 begonnen hat und in den Folgejahren weiterverfolgt wird. Als Grundlage diente im Wesentlichen ein Gutachten eines Energieberatungsunternehmens für

den Standort Nauen, welches bereits im Jahr 2021 in Auftrag gegeben und im Berichtsjahr vorgelegt wurde. Für den Standort Rathenow erfolgte eine diesbezügliche Beauftragung im Jahr 2022.

Wesentliche Bestandteile sind die Errichtung eines Pufferspeichers für Wärme, der Ausbau der Nutzung der Photovoltaiktechnik, die Optimierung der BHKW-Nutzung, die Ertüchtigung der Wärmerückgewinnung der Lüftungsanlagen sowie die Wärmerückgewinnung aus Dampferzeugung zur Nutzung bzgl. der Trinkwassererwärmung. Die nachhaltige Nutzung von Biowärme in Nauen sowie von Fernwärme in Rathenow sind seit Jahren etabliert und werden fortgesetzt.

Den Mitarbeitern der Gesellschaft steht die Nutzung des Jobtickets zur Verfügung, um den ÖPNV zu günstigeren Konditionen nutzen zu können. Hinsichtlich des Fuhrparks ist der verstärkte Einsatz der Elektromobilität avisiert. Hierfür werden an beiden Standorten Ladesäulen errichtet und sukzessive der Austausch von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor durch Elektro- bzw. Hybridfahrzeuge vollzogen.

Risikobericht

Wirtschaftliche Risiken resultieren aus den zum Teil sehr kurzfristig umzusetzenden gesetzlichen Änderungen des Jahres 2022 und der Vorjahre. Dazu gehören

- Anpassung der Grundlagen zur Verhandlung eines Pflegebudgets (Pflegekostenabgrenzungsvereinbarung und die Pflegebudgetverhandlungsvereinbarung, beide vom 21.03.2022),
- Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung vom 09.11.2020, vom 08.11.2021 und die 2. Verordnung zur Änderung der PpUGV vom 09.12.2022,
- PpUG-Sanktions-Vereinbarung vom 02.03.2021,
- MDK-Reformgesetz mit 2./3. Lesung im Bundestag am 07.11.2019 sowie StrOPS-Richtlinie vom 24.05.2022 mit Begutachtungsleitfaden (zuletzt geändert am 07.10.2022) und
- Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik-RL (PPP-RL), veröffentlicht am 31.12.2019, zuletzt geändert am 16.09.2021 zum 01.01.2022.

Die 2. Verordnung zur Änderung der PpUGV vom 09.12.2022 und die daraus folgende Ermittlung der pflegesensitiven Bereiche der HKG durch das InEK bewirkte die Zuweisung des neuen pflegesensitiven Bereiches der Gynäkologie. Bereits in 2021 waren alle somatischen Stationen einer Vorgabe durch die PpUGV unterworfen, die Zuordnung der Gynäkologie bewirkte in den interdisziplinär belegten Stationen eine weitere Verschärfung der Vorgaben. Bei Nichteinhaltung der Vorschriften des Personaleinsatzes folgen finanzielle Sanktionen, Fallzahlbeschränkungen oder Verlust von Vergütungsberechtigungen. Die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Personal-Akquise und die geringe Anzahl von abgeschlossenen Ausbildungsverhältnissen in der Pflege in 2022 (aus dem geringer besetzten IPA-Jahrgang) haben sich hier bereits insofern ausgewirkt, dass die Zahl der betriebenen Betten reduziert werden musste. Die finanziellen Sanktionen spielen der Größenordnung nach gegenüber dem verlorenen Erlösumfang bei Bettenreduzierung eine untergeordnete Rolle.

Zur Stabilisierung des Personalbestandes im medizinischen Bereich sind zunehmend größere Anstrengungen erforderlich, um die notwendigen Fachkräfte für die Kliniken zu gewinnen. Die Chefarztposition der Pädiatrie ist seit dem 01.06.2022 unbesetzt. Zwischenzeitlich konnte ein

Nachfolger gewonnen werden, der seinen Dienst voraussichtlich zum 01.06.2023 antreten wird. Darüber hinaus stehen in 2023 weitere Wechsel der Chefärzte in 3 Fachkliniken an (Gynäkologie, Viszeralchirurgie und Traumatologie). Für eine Abteilung konnte bereits eine Nachfolge gewonnen werden, für eine weitere Fachrichtung steht ein kurzfristiger Vertragsschluss in Aussicht. Die Schwierigkeiten der Fachkraftakquise in Verbindung mit gesetzlichen Veränderungen (Pflegepersonaluntergrenzen und PPP-RL) entwickeln weiterhin Druck auf den Vergütungsumfang und steigern die Konkurrenz der Leistungsanbieter um die verfügbaren Fachkräfte.

Die PPP-RL sieht im Jahr 2023 die Umsetzung von 90 % der vorgesehenen Personalvorhaltung vor. Die Anrechnung von Hilfskräften wird auf max. 10 % festgelegt. Dies verschlechtert die Ausgangslage der HKG weiter, da im Pflegedienst der vollstationären psychiatrischen Versorgung einige langjährig tätige Hilfskräfte eingesetzt sind, die bisher zu 100 % angerechnet wurden. Sanktionen auf Unterschreitungen sind in 2023 weiter ausgesetzt. Der Stellenplan der Psychiatrie 2023 enthält die nach PPP-RL und reduzierter Belegungsplanung ermittelten Vollkräfte (bis 30.09.2023 bleibt planmäßig eine Station mit 22 Betten geschlossen). V.a. im Pflegedienst fehlt - auch bei dieser reduzierten Bettenzahl – aktuell eine wesentliche Anzahl an Vollkräften zur Einhaltung der Vorgaben. Gelingt eine Aufstockung des Personals nicht, wäre der Umfang der Leistungserbringung ab 2024 auf das zur Verfügung stehende Personal zu reduzieren, um Sanktionszahlungen in erheblicher Größenordnung zu vermeiden. Per Zufallsstichprobe wurden Anfang 2023 die Häuser zur Überprüfung der Umsetzung der Strukturvoraussetzungen nach PPP-RL ermittelt. Die HKG gehört nicht zu den ausgewählten Häusern. Die zu vereinbarende Leistungsmenge 2023 muss sich auf der einen Seite an der im Landeskrankenhausplan zugewiesenen Bettenkapazität orientieren, zum anderen ist im Blick zu behalten, dass die Mittelverwendung der daraus abgeleiteten und vereinbarten personellen Ressourcen nach Ablauf des Jahres 2023 mit Wirtschaftsprüfertestat nachgewiesen werden muss.

Das MDK-Reformgesetz, das aus Krankenhaussicht die beabsichtigten Erleichterungen im Prüfverfahren nur in Form der gedeckelten Prüfquote mit sich bringt, geht einher mit dem Risiko aus dem neuen Verfahren der Überprüfung der Strukturvoraussetzungen aller OPS-Codes und dem möglichen Verlust von Abrechnungsberechtigungen für einzelne OPS-Codes. Der wirtschaftlich bedeutsame OPS-Code 8-98f der Aufwändigen intensivmedizinischen Komplexbehandlung befindet sich im Klageverfahren bezüglich der nicht erteilten Bescheinigung für 2022 aus der Strukturprüfung 2021. Ein entsprechendes Risiko wurde im Jahresabschluss eingestellt. Für 2023 soll das Klageverfahren die strittige Erbringung von neurologischen Konsilen als Telekonsil (erbracht im Kooperationsvertrag zur Schlaganfallversorgung / ANNOTeM) bestätigen und die Abrechnungen ermöglichen. Die Zeitdauer bis zur Klärung dieses Sachverhalts ist nicht abzusehen. In der Konsequenz müssen die mit hohem Ressourcenaufwand verbundenen Strukturvoraussetzungen für diesen Komplexcode insgesamt weiter vorgehalten werden, ohne dass die dazu gehörende Vergütung gesichert ist.

Im Fall der Kürzung von Rechnungen in Folge von im Abrechnungssystem der aDRG unvermeidbaren Abrechnungsstreitigkeiten sind seit dem 01.01.2022 zusätzlich zu den Vergütungskürzungen Strafzahlungen zu leisten. Die Abwicklung der Strafzahlungen verursacht einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand und verschlechtert zusammen mit den originären Rechnungskürzungen die Voraussetzungen der HKG zur Erreichung einer auskömmlichen wirtschaftlichen Finanzierung der erbrachten Leistungen. Die beim MDK im Falle von Rechnungsprüfungen einzureichenden Unterlagen

müssen mittlerweile elektronisch in einem Portal hochgeladen werden. Das Verfahren gemäß eVV (elektronische Vorgangsübermittlungs- Vereinbarung) vom 09.03.2022, welches eigentlich eine Verwaltungsvereinfachung darstellt, wurde zum 01.01.2023 mit erweiterten technischen Vorgaben zur Klassifikation der erweiterten Dokumente versehen. Der Anbieter des von der HKG in den Jahren 2019/2020 eingeführten Archivierungssystem arbeitet noch an der Umsetzung, so dass die Erfüllung der Anforderungen nicht ab dem 01.01.2023 gewährleistet ist. Inwiefern sich dieser Sachverhalt in den möglicherweise sich anschließenden Erörterungs- und Klageverfahren negativ auswirken wird, ist noch nicht absehbar.

Neu ist seit Anfang 2023 auch die verpflichtende Durchführung eines Erörterungsverfahrens vor einer Klage. Im Anschluss an negative Leistungsentscheide ist in enger zeitlicher Frist daher darüber zu entscheiden, ob das Krankenhaus eine Klage anschließt. Im Fall von Erörterungsverfahren, die durch die Kostenträger eröffnet werden, sind die Fristen für die einzureichenden Unterlagen einzuhalten. Sachverhalte, die im Erörterungsverfahren nicht eingebracht werden, können vor Gericht nicht mehr herangezogen werden. Das Erörterungsverfahren stellt damit umfangreiche zeitliche und inhaltliche Anforderungen. Die Aufrechnung von Rechnungsbeträgen nach Abschluss von Prüfverfahren mit negativen Leistungsentscheiden von Seiten der Kostenträger ist seit dem 01.01.2022 nicht mehr möglich, wird jedoch bei der Inanspruchnahme der Strafaufschläge faktisch wiedereingeführt. Rechnungskorrekturen von Seiten des Krankenhauses sind seit dem 01.01.2022 nur noch aufgrund der Ergebnisse von Prüfverfahren möglich. Die Sicherung von aDRG-Erlösen durch eine sachgerechte Kodieroptimierung ist daher nur noch vor der Abrechnung möglich. Die Einführung eines IT-Programms zur Prüfung von Optimierungsmöglichkeiten und Absicherung von Kodierentscheidungen wurde beauftragt, kommt aber mangels Ressourcen im IT-Bereich nur langsam voran. Das Gleiche gilt für die Einführung von SAP-Erweiterungen zum Zweck der Abwicklung von Rechnungsaufschlägen und Dokumentation von Erörterungsverfahren.

Die Realisierung der Vorhaben aus dem MDK-Reformgesetz wurde mit der Umsetzung einer krankenhausindividuellen Prüfquote abgeschlossen. Diese wird seit dem 01.01.2022 quartalsweise auf Basis der Quote von nicht beanstandeten Rechnungen des Vorvor-Quartales bemessen. Die HKG liegt seit dem 2. Quartal 2022 im stabilen mittleren Bereich. Zur Absicherung und weiteren Minimierung der Prüfquote spielt die stringente Erbringung von ambulanten Leistungen bei Nichtvorliegen entsprechender, einen stationären Aufenthalt begründender Kontextfaktoren eine wesentliche Rolle. Bei gleichzeitig noch nicht feststehender Entwicklung der Vergütung in Form von Hybrid-DRGs muss dadurch ein Erlösanteil aufgegeben werden, der bisher zur Finanzierung der eingesetzten Ressourcen in der HKG beigetragen hat. Die Vergütung der ambulanten Leistungen in Form von sogenannten Hybrid-DRGs soll zum 31.03.2023 festgelegt werden, nachdem der Termin 31.12.2022 seitens der Spitzenverbände auf Bundesebene nicht gehalten werden konnte und ersatzweise lediglich ein erweiterter AOP-Katalog als Interimslösung zum 01.01.2023 eingeführt wurde.

Das Jahr 2022 war wie auch die beiden Vorjahre im gesamten Krankenhausbereich durch die pandemische Lage im Zusammenhang mit dem SARS-CoV-2-Virus beeinflusst. Auch die Havelland Kliniken waren von dieser Entwicklung stark betroffen. Aufgrund zu isolierender Patienten, vorzuhaltender Bettenkapazitäten für dieses Krankheitsbild, Personalausfällen, die in Covid-19-Erkrankungen bzw. diesbezüglichen Quarantänen begründet lagen, Personalverlagerungen und -verstärkungen aufgrund strikter Personaltrennung, konnte eine Leistungsmenge entsprechend des

Wirtschaftsplans nicht realisiert werden. Auf Basis der Verordnung zur Regelung weiterer Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser vom 07.04.2021 sowie des Gesetzes zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes und der daraus folgenden Vereinbarungen wurden Ausgleichszahlungen zur Kompensation pandemiebedingter Erlösausfälle in Teilzeiträumen der Jahre 2021 und 2022 gewährt (Freihaltepauschalen und Versorgungsaufschläge). Der Ganzjahresausgleich für pandemiebedingte Erlösrückgänge ist für 2021 und 2022 vorgesehen. In Summe versetzten die getroffenen Regelungen die Havelland Kliniken in Verbindung mit strikten Kosteneinsparungsprogrammen in 2021 noch in die Lage, trotz deutlich reduzierter Leistungsmenge, ihren Wirtschaftsplanansatz zu erreichen. In 2022 war dies nicht mehr möglich. Kostensteigerungen für den Bezug von Energie und in vielen anderen Versorgungsbereichen konnten nicht gegenfinanziert werden. Erhöhte personelle Ausfälle schränkten den möglichen Leistungs- und damit Abrechnungsumfang weiter ein.

Eine veränderte Inanspruchnahme von Krankenhausleistungen im dritten Jahr der Pandemie weist darauf hin, dass die Zahl der Krankenhauspatienten in einigen Bereichen den Umfang aus Vorjahren nicht mehr erreichen wird. Der wirtschaftliche Druck auf Häuser mit geringer Bettenzahl und bisher breitem Leistungsangebot in der Grund- und Regelversorgung ist damit stark angestiegen. Der Wegfall von Kompensationsleistungen in Form von Freihaltepauschalen, Versorgungsaufschlägen und Ganzjahresausgleichen für pandemiebedingte Leistungsrückgänge stellt für das Jahr 2023 ein großes wirtschaftliches Risiko dar. In den ersten Wochen des Jahres konnten die bereits in der Planung 2023 reduzierten Betten nicht vollumfänglich betrieben werden, weil Personal aufgrund nicht besetzter Stellen und erhöhter krankheitsbedingter Ausfallquote fehlte. Zur Finanzierung der Leistungsbereiche Gynäkologie und Pädiatrie sind ab 01.01.2023 Zahlungen zur Finanzierung der Vorhaltekosten vorgesehen. Für die Pädiatrie stehen der HKG in 2023 zusätzliche 300 T€ zur Verfügung (Voraussetzung ist, dass der Leistungsumfang aus dem Referenzjahr 2019 gehalten wird), für die Gynäkologie ist die Höhe der gewährten Unterstützung noch vom Land festzulegen. Die am 06.12.2022 veröffentlichten Planungen für eine Reform der Krankenhausfinanzierung können hinsichtlich der konkreten finanziellen Auswirkungen noch nicht abschließend bewertet werden. Es bleibt offen, ob die möglichen Einnahmen die vorgehaltenen Ressourcen dauerhaft finanzieren können. Es drohen auch bei zeitnaher Vereinbarung und Abfinanzierung von Budgets erhebliche Liquiditätsengpässe, sofern der Umfang der Leistungserbringung nicht kurzfristig gesteigert werden kann und die Verbesserung der Finanzierungsbedingungen nicht zügig umgesetzt wird.

Die Budgetverhandlung für das Jahr 2023 ist für den Mai 2023 bereits terminiert. Das Ziel ist die Abfinanzierung des Ganzjahresausgleichs nach KHEntgG 2022 in Höhe von ca. 3.000 T€ sowie der Zuschläge für 2023 noch im laufenden Jahr 2023.

Das KHZG vom 23.10.2020 soll die Digitalisierung der Krankenhäuser fördern. Krankenhäuser müssen ab dem Jahr 2025 einen Abschlag in Höhe von bis zu 2 % des Rechnungsbetrags für jeden voll- und teilstationären Fall hinnehmen, sofern das Krankenhaus nicht sämtliche in § 19 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 bis 6 der Krankenhausstrukturfonds-Verordnung aufgeführten Umsetzungsvorgaben bereitstellt. Insofern ist eine fristgerechte Umsetzung der sanktionsangedrohten Projektvorhaben zwingend notwendig, um daraus resultierenden wirtschaftlichen Nachteilen für die Gesellschaft vorzubeugen. Die Anträge auf Fördermittel wurden im Mai 2021 fristgerecht eingereicht, die Zuweisung der Fördermittel ist immer noch nicht erfolgt. Für keines der beantragten Projekte liegt bis dato ein abschließender rechtsverbindlicher Bescheid vor. Für ausgewählte Projekte hat die HKG beim MSGIV im 4. Quartal

2022 Anträge auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn gestellt, die auch positiv beschieden wurden. Die Umsetzung erfolgt somit sukzessive. Die internen personellen Ressourcen zur Umsetzung durch das SG KIS konnten bisher nicht im erforderlichen Umfang rekrutiert werden. Gleichzeitig sind die Anforderungen an die IT-Unterstützung durch die umzusetzenden Veränderungen in der Leistungsabrechnung sowie die in kurzer Zeitabfolge umzusetzenden Budgetabschlüsse angestiegen. Die Liquidität des Unternehmens kann in der aktuell angespannten Situation durch technische Probleme sehr schnell wesentlich beeinträchtigt werden.

Bezüglich der Kosten für Wasser, Energie und Brennstoffe und vorgesehenen Unterstützungsleistungen mussten im Wirtschaftsplan 2023 Annahmen bei unklaren Rahmenbedingungen getätigt werden. Nach derzeitigem Stand können die zugrunde gelegten Annahmen bezüglich der Entlastungsbeträge auf Ertrags- und Aufwandsseite nur erreicht werden, sofern eine Anpassung der EWS Kostenausgleich Nachweisvereinbarung vom 23.01.2023 auf den von der DKG vorgeschlagenen alternativen Referenzzeitraum Oktober bis Dezember 2021 durchgeführt wird. Andernfalls wird die fehlende Entlastung bezüglich der hausindividuellen Preiskomponente dazu führen, dass die Summe der veranschlagten Entlastungsbeträge nicht erreicht wird.

Nach Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens erfolgte der Wechsel der Einkaufsgemeinschaft zur Prospitalia. Ob das unter dieser Einkaufsgemeinschaft erreichte Preisniveau die Annahmen der Kostenentwicklung für den medizinischen Bedarf erfüllt, ist im Verlauf des Jahres zu analysieren.

Die Forderungen in den laufenden Verhandlungen zum Tarifvertrag Ärzte mit dem Marburger Bund übersteigen den im Wirtschaftsplan 2023 angesetzten Steigerungsbetrag, hier bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten.

Die Entwicklung des Landesbasisfallwerts als Preiskomponente auf der Erlösseite von 2022 auf 2023 i. H. v. 4,43 % kompensiert die Kostenentwicklung der HKG nur unzureichend. Die in Vorjahren bis 2019 erfolgreiche Strategie der Kompensation von zu geringer Entwicklung des Landesbasisfallwertes durch Erhöhung der erbrachten Leistungsmenge ist nicht mehr umsetzbar.

Prognosebericht

Die Havelland Kliniken konnten während der Zeit der Pandemie seit Frühjahr 2020 jederzeit eine qualitativ hochwertige und verantwortungsvolle Patientenversorgung sicherstellen. Es wurden sich abzeichnende Entwicklungen frühzeitig antizipiert sowie auf Veränderungen unmittelbar reagiert und somit ein wichtiger Beitrag für die Bewältigung dieser Ausnahmesituation im Havelland geleistet. Dessen ungeachtet stehen abseits der Pandemiebewältigung große Herausforderungen an, die Mittelpunkt des Handelns in den nächsten Jahren sein werden und somit auf die Prognose der weiteren Entwicklung der Gesellschaft einen hohen Einfluss haben.

In der vorstehenden Risikobeschreibung sticht der Punkt des bestehenden Fachkräftemangels in nahezu allen Berufsgruppen deutlich hervor. Insofern stellt dieses Risiko gleichermaßen die größte kurzfristig zu bewältigende Herausforderung, insbesondere in der patientennahen Versorgung dar. Auf der einen Seite spielen hierbei attraktive und verlässliche Arbeitsbedingungen eine gewichtige Rolle, auf der anderen Seite jedoch auch die Vergütungssituation. Für den ärztlichen Dienst stehen Tarifverhandlungen mit dem Marburger Bund im Rahmen der Interessengemeinschaft TKB an. Für den nichtärztlichen Dienst wurde im Wirtschaftsplan 2023 eine deutliche Anhebung der

Bruttopersonalkosten zum 01.04.2023 berücksichtigt. Diese Maßnahme stellt einen wichtigen Maßnahmenbaustein hinsichtlich der Bewältigung des Fachkräftemangels dar. Ziel ist es darüber hinaus, die Havelland Kliniken als attraktiven Arbeitgeber gegenüber den Mitbewerbern zu positionieren, wobei Adressaten sowohl derzeitig Beschäftigte als auch potenzielle neue Mitarbeiter sind.

Mit dem Ziel die vorhandenen personellen, räumlichen und apparativen Ressourcen des Hauses möglichst effizient einzusetzen und zudem die Arbeitszufriedenheit zu erhöhen, soll im Jahr 2023 die Einführung eines ganzheitlichen Kapazitätsmanagements umgesetzt werden. Die Kernpunkte sind eine auf die Woche heruntergebrochene Erlösplanung und –analyse, eine Reorganisation der Pflege, die Umsetzung einer Jahresdienstplanung sowie einer zentralen und abgestimmten Steuerung der für die Leistungserbringung eingesetzten Ressourcen. Gleichmaßen sollen diese Maßnahmen der Erhöhung der Patientenzufriedenheit dienen. In diesem Zuge soll die Erbringung ambulanter Leistungen an beiden Standorten neu strukturiert und forciert werden.

Hinsichtlich der mittel- und langfristigen Herausforderungen für den Krankenhausbetrieb sind die Empfehlungen der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung von hoher Bedeutung. Inzwischen wurden zu vier Themenfeldern Stellungnahmen abgegeben: Diese umfassen die Bereiche Pädiatrie und Geburtshilfe, die Möglichkeit der Tagesbehandlung im Krankenhaus, die grundlegende Reform der Krankenhausfinanzierung sowie die Reform der Notfall- und Akutversorgung in Deutschland. Hinsichtlich der beiden erstgenannten Themenfelder wurden durch den Gesetzgeber Impulse der Regierungskommission aufgenommen und bereits gesetzgeberisch umgesetzt. Somit entfalten sie zumindest teilweise bereits im Jahr 2023 Wirkung.

Die grundlegende Reform der Krankenhausfinanzierung ist sowohl auf politischer Ebene als auch für das einzelne Krankenhaus von weitaus höherer Bedeutung und somit in der Bewältigung auch deutlich komplexer und herausfordernder. Im Verhältnis Bund zu Ländern sind insbesondere die krankenhausesplanerischen Aspekte von unterschiedlichen Sichtweisen geprägt. Für das einzelne Krankenhaus sind die geplante Einstufung der Krankenhäuser in Versorgungslevel sowie die damit in Verbindung stehenden Leistungsgruppen, deren Erbringungsmöglichkeit von einer Vielzahl von Kriterien abhängig gemacht werden soll, von herausgegebener Wichtigkeit. Zudem soll durch eine Reduzierung der Mengenkomponekte zugunsten einer anteiligen bedarfsgerechten und qualitätsorientierten Vorhaltefinanzierung die stationäre Versorgung in Deutschland gesichert werden. In diesem Zuge ist mit einer (gesteuerten) weiteren Marktberreinigung zu rechnen.

Hinsichtlich der strategischen Ausrichtung der Havelland Kliniken sind für den Standort Nauen die Stufe II (i. S. v. Regelversorgung) und für den Standort Rathenow die Stufe I (i. S. v. Grundversorgung mit Notfallversorgung) als Ziele zu avisieren. Eine gesetzliche Umsetzung soll zum Jahr 2024 mit einer Konvergenzphase von fünf Jahren erfolgen.

Bezüglich der strategischen Ausrichtung der Gesellschaft hat die Entwicklung des Standortes Rathenow zu einem Gesundheitsstandort mit spezialisierten ambulanten und stationären Leistungsangeboten eine herausgehobene Bedeutung. Mit dem Ziel Gesellschafter, Mitarbeitern und allen anderen Beteiligten möglichst kurzfristig eine klare Perspektive für den Standort zu geben, ist ein diesbezügliches Konzept kurz vor der Fertigstellung. Wichtige Bausteine sind hierbei u.a. die

Ausrichtung des Leistungsangebotes auf alle Altersgruppen, eine höhere Eigenständigkeit der Leitung vor Ort sowie das Ziel der Wiederinbetriebnahme des Kreißsaals.

Für das Jahresergebnis der Havelland Kliniken GmbH wird für 2023 ein Fehlbetrag von weniger als 3.000 T€ avisiert. Für 2024 ist eine Halbierung dieses Fehlbetrages vorgesehen, sodass ab dem Jahr 2025 eine Stabilisierung der Jahresergebnisse auf niedrigem positiven Niveau sichergestellt werden kann.

Nauen, den 07.03.2023

Thilo Spychalski

Geschäftsführer

3.1.2 Medizinisches Dienstleistungszentrum Havelland GmbH

Tochtergesellschaft der Havelland Kliniken GmbH

Unternehmensdaten

Ketziner Straße 19
14641 Nauen
Tel.: 03321 42-1000
info@mdz-havelland.de
www.havelland-kliniken.de

3.1.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, insbesondere die Feststellung, Heilung, Linderung oder Verhütung einer Verschlimmerung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden insbesondere durch ambulante ärztliche Hilfeleistungen, die Einrichtung und den Betrieb Medizinischer Versorgungszentren im Sinne des § 95 SGB V, die Erbringung von Dienstleistungen für andere Gesundheitseinrichtungen, der Weiterbetrieb der ehemaligen Polikliniken gemäß § 311 SGB V, der Betrieb von Gesundheitszentren, die Erbringung von Dienstleistungen im Sinne des § 124 SGB V, die Erbringung spezialisierter ambulanter palliativmedizinischer Leistungen, die Erbringung labordiagnostischer Leistungen, die Unterhaltung ambulanter Pflegedienste, die Schaffung integrierter medizinischer Versorgungsstrukturen, die medizinische Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie die Gesundheitsförderung.

3.1.2.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 131 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die gesundheitliche Betreuung zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise.

3.1.2.3 Rechtliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum:	22.12.1992
Gesellschaftsvertrag:	vom 18.12.1991, geändert am 21.12.2020, letzte Änderung vom 08.04.2022 und Eintragung in das Handelsregister vom 04.08.2022
Handelsregister - Nr.:	HRB 4492 P
Sitz der Gesellschaft:	Nauen
Stand der Firmendaten:	30.11.2023
Basis der Finanzdaten:	Jahresabschluss 2022

3.1.2.4 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt: 204.729,00 Euro		
Die Stammeinlage wird gehalten von:		
Havelland Kliniken GmbH	184.256,10 Euro	90 %
Stadt Premnitz	10.236,45 Euro	5 %
Gemeinde Wustermark	10.236,45 Euro	5 %

3.1.2.5 Organe der Gesellschaft

<i>Gesellschafterversammlung</i>	Havelland Kliniken GmbH, vertreten durch Thilo Spychalski, Geschäftsführer Stadt Premnitz, vertreten durch Ralf Tebling, Bürgermeister Gemeinde Wustermark, vertreten durch Holger Schreiber, Bürgermeister
<i>Geschäftsführung</i>	Thilo Spychalski Nora Freitag

3.1.2.6 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

3.1.2.7 Kennzahlen

Bilanz per 31.12.2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Aktiva		
Anlagevermögen	4.085	4.065
Umlaufvermögen	2.810	3.053
Rechnungsabgrenzungsposten	4.190	1.864
Passiva		
Eigenkapital	4.048	3.905
Rückstellungen	346	384
Verbindlichkeiten	2.504	2.832
Bilanzsumme	6.899	7.121

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Umsatzerlöse	11.722	11.087
Sonstige betriebliche Erträge	550	508
Materialaufwand	1.185	1.226
Personalaufwand	8.543	7.769
Abschreibungen	246	209
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.107	2.014
Jahresergebnis	143	333

Leistungs- und Finanzbeziehungen § 61 Nr. 4 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV)

§ 61 Nr.:	Wirtschaftsjahr 2022	Betrag in €	Kurzbeschreibung
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen		- keine
4.b	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche		- keine
4.c	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen		- keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können		- keine

Analysedaten der Medizinisches Dienstleistungszentrum Havelland GmbH gemäß § 61 Nr. 2 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV)*

Kennzahl	Formel	2020	2021	2022
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				
Anlagenintensität (%)	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	60,5	57,1	59,2
Eigenkapitalquote (%) (ohne Sonderposten)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	51,5	54,8	58,7
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Euro)	aus Bilanz	0,0	0,0	0,0

Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				
Anlagendeckung II (%)	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	138,1	149,1	146,7
Zinsaufwandsquote (%)	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	0,3	0,2	0,2
Liquidität 3. Grades (%)	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	240,0	288,6	309,7
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEuro)	Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zun./Abn. der langfr. Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentl. Erträge	328	533	361

Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				
Gesamtkapitalrentabilität (%)	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkap.-zinsen}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	2,1	5,0	2,4
Umsatz (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	10.683.443	11.087.268	11.722.209
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	117.274	332.973	143.421

Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				
Personalaufwandsquote (%)	$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	73,3	70,1	72,9
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr im Durchschnitt beschäftigtes Personal	202	204	202

*Analysedaten dem Jahresabschluss der Gesellschaft entnommen

3.1.2.8 Lages des Unternehmens

Die Medizinisches Dienstleistungszentrum Havelland GmbH (MDZ) ist ein kommunales Gesundheitsunternehmen im Landkreis Havelland, Land Brandenburg, das vorwiegend der ambulanten medizinischen Versorgung der Bevölkerung dient. Im Wirtschaftsjahr 2022 betrug das Stammkapital der Gesellschaft 204.729 €. Die Gesellschaftsanteile befinden sich zu 90 % im Eigentum der Havelland Kliniken GmbH sowie zu je 5 % im Eigentum der Stadt Premnitz und der Gemeinde Wustermark. Die Aufgaben der Gesellschaft sind insbesondere die Erbringung ambulanter medizinischer und pflegerischer Leistungen, die Erbringung von Dienstleistungen für andere Gesundheitseinrichtungen, der Weiterbetrieb der ehemaligen Polikliniken gemäß § 311 SGB V, die Einrichtung medizinischer Versorgungszentren und die Schaffung integrierter Versorgungsstrukturen. Die Medizinisches Dienstleistungszentrum Havelland GmbH bildet gemeinsam mit der Havelland Kliniken GmbH (HKG), der Rettungsdienst Havelland GmbH (RHG), der Gesundheitsservicegesellschaft Havelland mbH (GSG), der Ausbildungszentrum Gesundheit und Pflege Havelland GmbH (AGP), der Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH (WPZ) sowie der Sozialen

Betreuungsgesellschaft Havelland mbH (SBG) als Bestandteil des Konzernbereiches I – Klinikbetrieb - die Havelland Kliniken Unternehmensgruppe.

Praxisbetrieb

Die MDZ unterhält Betriebsstätten mit Praxiseinrichtungen in Nauen, Wachow, Groß Behnitz, Retzow, Falkensee, Rathenow und Premnitz.

Im Wirtschaftsjahr 2022 ist im Geschäftsfeld der Praxistätigkeit der Planansatz der Gesamtleistung bei Behandlungsfällen der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg (KVBB), Privatpatienten und Gutachten insgesamt nicht ganz erreicht worden.

Die Allgemeinmedizin hat ihre Fallzahlen fast erreicht, die Chirurgie an beiden Standorten jeweils übertroffen. Trotz einer fast durchgängigen Vertretung konnten im Ergebnis gute Fallzahlen in der Dermatologie erzielt werden. Auch in der HNO wurden die Fallzahlen fast erreicht. Die Gynäkologie am Standort Rathenow erreichte die geplanten Fallzahlen nicht. Die zum 01.04.2022 übernommene und neu gegründete gynäkologische Praxis am Standort Nauen wurde nicht mit Fallzahlen geplant und erreichte dennoch 2.022 Fälle. Die Pädiatrie liegt weit unter den geplanten Fallzahlen, auch die Urologie konnte ihre geplanten Fallzahlen nicht erreichen.

Standort Falkensee

Der Standort Falkensee hat in der Betrachtung der Gesamtfallzahlen durch die längere Nichtbesetzung der pädiatrischen Praxis eine Reduzierung der Fälle erfahren. Beide Praxen für Allgemeinmedizin und die Chirurgie hatten guten Zulauf. Die allgemeinmedizinischen Praxen konnten das Fallaufkommen steigern. Hier sind in jedem Fall die umfangreichen Impfaktivitäten eine Ursache für den großen Anstieg der Patientenzahlen.

Standort Nauen

Das Fallaufkommen am MDZ-Standort Nauen wurde gegenüber dem Planansatz ebenfalls nicht erreicht. Die Chirurgie erreichte die geplanten Fallzahlen und stützt den Standort auf fortwährend hohem Leistungsniveau. Die dermatologische Praxis wurde zeitweilig vertreten und wird zum 01.01.2023 wieder stabil besetzt sein. Die Gynäkologie 2 am Standort Nauen wurde zum 01.04.2022, nach Übernahme eines Arztsitzes (Kaufpreis 50 T€; davon 40 T€ immaterieller Wert) und Umlagerung der Praxisgegenstände nach Nauen, in Betrieb genommen. Der Kaufpreis betrug 50 T€ (davon: 40 T€ immaterieller Wert).

Standort Premnitz

Der MVZ-Standort Premnitz konnte die geplanten Gesamtfallzahlen nicht erreichen. Dies liegt zum einen an der ständigen Vertretung des dermatologischen Sitzes und an den nicht erreichten Fallzahlen in der Urologie, Nebenbetriebsstätte am Standort Nauen. Die etablierten Praxen der Allgemeinmedizin und HNO konnten ihre Fallzahlen erreichen bzw. übertreffen. Die dermatologische Praxis wird ab 2023 nicht weiter betrieben, eine Nachfolge konnte nicht rekrutiert werden.

Praxen für Arbeitsmedizin in Nauen und Rathenow

In den arbeitsmedizinischen Praxen wurden die Fallzahlen nicht erreicht. Dennoch ist es gelungen, den Weiterbildungsbereich gut zu etablieren und ebenfalls externe Firmen arbeitsmedizinisch konstant zu versorgen.

Abteilungen Physiotherapie

Der Bereich der Physiotherapie, betrieben in den Klinikstandorten, erlitt weiterhin einen Rückgang der Leistungen, gemessen in Zeiteinheiten. Gesamt im stationären Bereich wurde das Planergebnis bei den Zeiteinheiten deutlich verfehlt. Dies ist dadurch begründet, dass der stationäre Betrieb der Kliniken in 2022 sich maßgeblich nach den Vorgaben und den Anforderungen der Pandemielage

auszurichten hatte und die unzureichende Auslastung der Klinik sich unmittelbar auf die Abfrage der Zeiteinheiten in der Physiotherapie auswirkt. Im ambulanten Bereich (in den Räumen der Klinik) ist der Planansatz fast erreicht worden; allerdings wurden die Zeiteinheiten bereits erheblich niedriger geplant. Die pandemiebedingten Besonderheiten im Klinikbetrieb und auch krankheitsbedingter Personalmangel haben die Umsetzung der ambulanten Versorgung hier ebenfalls stark beeinträchtigt. Die ambulanten physiotherapeutischen Praxen im SPZ Fontanepark und in Premnitz hingegen konnten ihre wirtschaftliche Situation grundsätzlich stabil halten, auch wenn sich dies in den Leistungszahlen nicht widerspiegelt. Die Abrechnung der Leistungen aus dem Fontanepark musste bis auf weiteres nach Premnitz verlegt werden. Dies begründet die gesteigerte Anzahl der Rezepte in Premnitz und die Leistungsminderung der Physiotherapie im Fontanepark.

Abteilungen Zentrallabor

Die beiden Labore in den Kliniken Nauen und Rathenow lagen mit ihrem Leistungsvolumen in Höhe von rund 61T Punkten für das Wirtschaftsjahr 2022 fast genau im Planansatz.

Ambulante Pflege

Die bisher schwerpunktmäßig im Osthavelland über den Standort in Nauen durchgeführte Tätigkeit in der SAPV (spezialisierte ambulante palliativmedizinische Versorgung) wird seit 2018 über den Standort in Rathenow auch im westlichen Havelland in bedeutendem Umfang durch das Palliativ-Care Team der MDZ betrieben. Dabei handelt es sich um die Versorgung ambulanter Klienten mit schwersten lebensverkürzenden Erkrankungen, welche nur noch eine geringe Lebensperspektive haben. Insgesamt stellt dieser Bereich ein wichtiges Standbein für die ambulanten Pflegedienste der MDZ dar. Die MDZ koordiniert die Kooperationspartner des Betreuungsnetzwerks PCT (Palliativ-Care-Team) für das Havelland. Sowohl mit der Erbringung der SAPV-Leistungen als auch mit der organisatorischen Leitung des PCT im Havelland leistet die MDZ somit einen erheblichen Beitrag zur palliativmedizinischen Versorgung im Landkreis Havelland. Für alle Standorte gibt es je eine SAPV-Koordination und einen ärztlichen Leiter. Diese Führungsstruktur stellt ein Alleinstellungsmerkmal dar und hat seit der Einführung einen positiven Einfluss auf die Kooperation und Koordination der einzelnen Standorte. Insgesamt wurden allerdings über die Standorte deutlich weniger Klienten im Bereich der regulären ambulanten Pflege betreut. Dies hängt vor allem mit krankheitsbedingtem Ausfall zusammen und auch mit den erheblich gestiegenen Kosten für die zu Pflegenden oder deren Angehörige. Für den Bereich der SAPV wurden nur geringfügig weniger Patienten versorgt.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Umsatzerlöse der MDZ (11.722 T€) sind im Wirtschaftsjahr 2022 gegenüber dem Planansatz um 717 T€ bzw. 5,76 % geringer ausgefallen. Gründe hierfür liegen in den Mindererlösen in der ambulanten Pflege (- 556 T€ Erlösreduzierung), da die erwarteten Einnahmen ab dem 01.09.2022 nach wie vor mit den Kostenträgern nicht geeint werden konnten. Die KV-Erlöse in den Praxen konnten gegenüber dem Plan leicht gesteigert werden. Die Umsatzerlöse der Betriebsmedizin konnte ebenfalls um 29 T€ gesteigert werden. Die Umsatzerlöse der ambulanten physiotherapeutischen Praxen wurden grundsätzlich gesteigert, die Umsatzerlöse im stationären Setting lagen deutlich unter Plan sowie auch die Umsatzerlöse an den beiden Laborstandorten.

Die Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen lagen bei 217 T€. Ursächlich für den Rückgang sind die im Vorjahr für die Beschäftigung von Fachärzten erhaltenen Zuschüsse (110 T€), die im Berichtsjahr lediglich 69 T€ betragen. Die Erstattungen im Rahmen der Covid-19-Pandemie weichen nicht wesentlich von denen des Berichtsjahres ab. In Höhe von 55 T€ hat die MDZ Energiepreispauschalen erhalten. Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen von 508 T€ auf insgesamt 550 T€ an. Die Einnahmen sind insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 677 T€ auf 12.272 T€ angestiegen.

Im Bereich der Aufwendungen liegen gegenüber dem Vorjahr folgende Veränderungen vor: Unterschreitung der Personalkosten um 657 T€ (- 7,1 %), Unterschreitung der Materialkosten um 54 T€ (- 4,4 %), Unterschreitung der Beträge für Abschreibungen um 16 T€ (- 6,1 %) sowie Erhöhung des sonstigen betrieblichen Aufwands um 362 T€ (+ 20,7 %).

Die Mitarbeiterproduktivität in T€ beträgt 72,65.

Für die Beschäftigten der MDZ galt im Wirtschaftsjahr 2022 die Arbeitsvertragsrichtlinie (AVR) vom 11.12.2014, mit der letzten Anpassung der Entgelttabelle zum 01.10.2022. Zudem wurden die Gehälter in der ambulanten Pflege und der SAPV mit Einführung der Tariftreue gem. GVWG zum 01.09.2022 auf das Niveau des regional üblichen Entgeltes für die ambulante Pflege im Geltungsraum Brandenburg angehoben sowie die fixen Zeitzuschläge und Zulagen in der Pflege.

2022 waren 202 bezahlte Personen beschäftigt.

Die Liquidität war im Wirtschaftsjahr 2022 umfassend gewährleistet.

Die Gewinn- und Verlustrechnung des Wirtschaftsjahres 2022 weist einen Jahresüberschuss von 143,4 T€ aus und unterscheidet damit den Planansatz um 25,0 % bzw. 47,9 T€. Die Umsatzrentabilität des Unternehmens beträgt 1,2 % (Planansatz 1,7 %).

Nachhaltigkeitsbericht

Gesundheit und Wohlergehen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen ebenfalls im Mittelpunkt der Gesellschaft. Diesbezüglich erfolgten die arbeitsmedizinische Betreuung und Sicherstellung des Arbeitsschutzes. Im Sinne der Geschlechtergleichheit erfolgt eine Bezahlung und Einstellung von Mitarbeitern unter Mitwirkung des Betriebsrates. Die Gesellschaft setzt sich für bezahlbare und saubere Energie ein. Es werden demzufolge Stromverträge mit 100 % grünem Strom abgeschlossen. Um ein menschenwürdiges Arbeiten und Wirtschaftswachstum zu erzielen ist die Arbeitszeiterfassung transparent und erfolgt durch eine elektronische Erfassung. Zur Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes erfolgt die Gewährung von Urlaub über den gesetzlichen Anspruch des BurlG (24 Werktage, 20 Arbeitstage). Maßnahmen zum Klimaschutz in der HKU sind die Vorhaltung eines Abfall- und Energiemanagers. Diese tragen dazu bei, dass sich der Abfall verringert und dass die Stromerzeugung auf klimafreundliche Verfahren ausgerichtet ist. Prospektiv soll in der Gesellschaft eine Umstellung auf E-Mobilität erfolgen.

Risikobericht

Es ist festzustellen, dass der Deckungsbeitrag der stationären Bereiche zum Unternehmensergebnis sinkt. Die direkte Dependenz in Bezug auf die Auflastung der Klinik zeigt sich unter der zusätzlichen Belastung der Pandemiebedingungen derzeit vor allem in der stationären Physiotherapie. Im Bereich der stationären Abteilungen führen immer wieder personelle Ausfälle zu einer Destabilisierung. Die ambulanten physiotherapeutischen Praxen bilden hingegen eine stabile wirtschaftliche Stütze, der Ausbau und eine zunehmende Trennung zwischen physiotherapeutischen stationären und ambulanten Versorgungsstrukturen ist derzeit in Umsetzung und soll das Unternehmen wirtschaftlich weiter stärken und zu einer größeren Flexibilität in der Leistungsverteilung führen.

Für den Bereich Labor ist der Fachkräftemangel in der gesamten Region als maßgeblicher Risikofaktor zu betrachten. Zur Sicherung der Laborstrukturen wird an verschiedenen Maßnahmen der Personalgewinnung und an Ausfallkonzepten gearbeitet.

Die Ergebnisse der Praxen zeigen wirtschaftlich auch hinsichtlich ihres Fallaufkommens eine Verbesserung und Stabilisierung, die Situation im Land erforderte in den letzten Monaten stärkere ambulante Versorgungen der Patienten und das zeigt sich aktuell auch an den Ergebnissen.

Grundsätzlich ist der Altersdurchschnitt der Ärzte im Anstellungsverhältnis ein einzustufendes Risiko. Die Nachbesetzung einzelner Arztsitze ist erfahrungsgemäß sehr langwierig. Eine Organisationsuntersuchung, die in 2021 durchgeführt wurde, hat Potentiale gehoben, die in mehreren Schritten in Maßnahmenpaketen umgesetzt werden. Die im August 2021 neu eröffnete urologische Praxis in Nauen muss sich weiterhin etablieren und kostendeckende Strukturen entwickeln.

Die zukünftige Herausforderung der MDZ wird im auflaufenden Fachkräftebedarf gesehen. Schwerpunkt bilden hierbei die Bereiche der Physiotherapie, Labor und der Bereiche der Praxen, sowohl hinsichtlich einer stabilen ärztlichen Besetzung als auch bei den Medizinischen Fachangestellten. Mit einer positiven Leistungsentwicklung ist die Gehaltsentwicklung der Mitarbeitenden in Richtung TVöD zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität zu verbinden.

Aktuell befindet sich die MDZ für ihre drei ambulanten Pflegeeinrichtungen in umfangreichen Einzelverhandlungen mit den Kostenträgern. Ein Ergebnis für die gesetzlich geforderten Steigerungen zum 01.09.2022 liegt weiterhin noch nicht vor, erste pauschale Angebote führten zu keiner Einigung. Die MDZ ist für diesen Zeitraum in Vorleistung gegangen zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben gemäß GVWG (Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung). Im Zuge dieser Verhandlungen und neuer gesetzlicher Vorgaben werden die Vergütungen für die Mitarbeitenden in der ambulanten Pflege deutlich erhöht. Auch andere Bereiche haben und werden in diesem Zuge Vergütungssteigerungen erfahren.

Prognosebericht

Mit der vollzogenen Fusion der GZP auf die MDZ im Jahr 2019, dem Ausbau der kommunalen Beteiligung am Unternehmen und in 2021 die Umwandlung der 311er-Einrichtungen in Medizinische Versorgungszentren (MVZ) gemäß § 95 SGB V wurde die Basis für die weitere Unternehmensentwicklung nachhaltig und grundlegend gestärkt. Die MDZ erhält bei der Absicherung der ambulanten medizinischen Versorgung im Landkreis Havelland eine zunehmende Bedeutung, da die altersbedingte Nachbesetzung von Arztsitzen eine erhebliche Herausforderung darstellen wird. Dieser Entwicklung soll mit der Etablierung einer fachärztlichen Versorgung in Gesundheitszentren begegnet werden. So wurde bzw. wird in verschiedenen Standorten eine Konzentration des ambulanten Versorgungsangebotes vorangetrieben. 2022 wird weiter an der Konzeption der Gesundheitsversorgung in Wustermark/Elstal gearbeitet.

Die Übernahme weiterer Praxen zur Sicherung der ambulanten medizinischen Versorgung ist avisiert. Im Dezember 2022 wurde ein halber Sitz für die Allgemeinchirurgie mit der Spezialisierung in der Gefäßchirurgie am Standort Falkensee als Sonderbedarf erworben. Es werden umfangreiche Anstrengungen unternommen, aktuell oder prospektiv nicht besetzte Arztsitze mit Fachärzten neu zu besetzen.

Für die Arbeitsmedizin ist eine personelle Stabilisierung im Rahmen der Weiterbildung geplant. Weiterhin wird die Arbeitsmedizin ihren Standort nach Premnitz verlegen, dort wird Potential in der arbeitsmedizinischen Versorgung externer Firmen gesehen. Ebenso ist die dortige Raumsituation für das gewachsene Team der Arbeitsmedizin besser geeignet.

In der ambulanten Pflege wurde die SAPV-Versorgung organisatorisch von der ambulanten Pflege nach SGB getrennt. Die Wohngruppe in Mögelin wird weiterhin pflegerisch versorgt, jedoch nicht mehr in einer 24/7 Betreuung. Avisiert ist die Etablierung einer Tagespflege auf dem Gesundheitscampus Rathenow. Prospektiv werden die Vorgaben aus dem Rahmenvertrag nach § 132d Abs. 1 Satz 1 SGB V zur Erbringung von Spezialisierter ambulanter Palliativversorgung (SAPV) vom 26.10.2022 mit einer Übergangsfrist von fünf Jahren zu erfüllen sein. Die darin benannten

Rahmenbedingungen sieht die Gesellschaft unter große Herausforderungen gestellt. Weiterhin wird sich die Gesellschaft mit den Voraussetzungen und den Standortbedingungen eines stationären Hospizes befassen.

Zur optimierten Versorgung der Patienten und Steigerung der Wirtschaftlichkeit wurde im Dezember 2022 am Standort Nauen eine ambulante physiotherapeutische Praxis aufgebaut. Weiterhin wurde am Standort Premnitz das physiotherapeutische Leistungsangebot ausgeweitet. Eine Erweiterung der physiotherapeutischen Leistungen ist grundsätzlich gewünscht, steht aber unter dem Vorbehalt der Personalrekrutierung.

Nauen, den 07.03.2023

Thilo Spychalski
Geschäftsführer

Nora Freitag
Geschäftsführerin

3.1.3 Gesundheitsservicegesellschaft Havelland mbH

Tochterunternehmen der Havelland Kliniken GmbH

Unternehmensdaten

Ketziner Straße 19
14641 Nauen
Tel.: 03321 42-1000
info@gsg-havelland.de
www.havelland-kliniken.de

3.1.3.1 Gegenstand des Unternehmens

Bereitstellung von Dienstleistungen jeglicher Art für gesundheitliche und medizinische Einrichtungen insbesondere die Instandsetzung, Instandhaltung, Unterhaltung, Verwaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken und Gebäuden.

3.1.3.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 131 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die gesundheitliche Versorgung zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise.

3.1.3.3 Rechtliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum:	25.11.1991
Gesellschaftsvertrag:	vom 25.11.1991, zuletzt geändert am 09.07.2010 und Eintragung in das Handelsregister am 12.09.2010
Handelsregister - Nr.:	HRB 3758 P
Sitz der Gesellschaft:	Nauen
Stand der Firmendaten:	30.11.2023
Basis der Finanzdaten:	Jahresabschluss 2022

3.1.3.4 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt:	200.020,00 Euro	
Die Stammeinlage wird gehalten von:		
Havelland Kliniken GmbH	200.020,00 Euro	100 %

3.1.3.5 Organe der Gesellschaft

<i>Gesellschafterversammlung</i>	Havelland Kliniken GmbH, vertreten durch Thilo Spychalski, Geschäftsführer
<i>Geschäftsführung</i>	Thilo Spychalski Christiana Tech

3.1.3.6 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

3.1.3.7 Kennzahlen

Bilanz per 31.12.2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Aktiva		
Anlagevermögen	3.883	4.056
Umlaufvermögen	2.487	2.200
Rechnungsabgrenzungsposten	9	8
Passiva		
Eigenkapital	3.567	3.546
Rückstellungen	452	295
Verbindlichkeiten	2.360	2.423
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Bilanzsumme	6.379	6.264

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Umsatzerlöse	16.214	16.536
Sonstige betriebliche Erträge	393	253
Materialaufwand	7.258	7.003
Personalaufwand	7.735	7.822
Abschreibungen	208	225
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.349	1.445
Jahresergebnis	21	197

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV))

§ 61 Nr.:	Wirtschaftsjahr 2022	Betrag in €	Kurzbeschreibung
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen		- keine
4.b	Gewinnentnahmen/Verlustausgleiche		- keine
4.c	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen		- keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können		- keine

Analysedaten der Gesundheitsservicegesellschaft Havelland mbH gemäß § 61 Nr. 2 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung *

Kennzahl	Formel	2020	2021	2022
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				
Anlagenintensität (%)	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	66,5	64,7	60,9
Eigenkapitalquote (%) (ohne Sonderposten)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	52,4	56,6	55,9
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Euro)	aus Bilanz	0,0	0,0	0,0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				
Anlagendeckung II (%)	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	78,8	132,1	134,5
Zinsaufwandsquote (%)	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	0,1	0,1	0,1
Liquidität 3. Grades (%)	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	68,5	242,3	215,3
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEuro)	Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zun./Abn. der langfr. Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentl. Erträge	2.004	430	246

Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				
Gesamt-kapitalrentabilität (%)	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkap.-zinsen}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	3,2	3,5	0,6
Umsatz (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	16.589.590	16.536.161	16.213.766
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	186.391	197.034	21.378

Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				
Personal-aufwandsquote (%)	$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	49,5	47,3	47,7
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr im Durchschnitt beschäftigtes Personal	281	250	226

*Analysedaten dem Jahresabschluss der Gesellschaft entnommen

3.1.3.8 Lage des Unternehmens

Die Gesundheitsservicegesellschaft Havelland mbH (GSG) ist ein Tochterunternehmen der Havelland Kliniken GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 200.020 Euro und Sitz der Gesellschaft ist die Stadt Nauen. Der Zweck der Gesellschaft ist die Bereitstellung von Dienstleistungen jeglicher Art für gesundheitliche, pflegerische und medizinische Einrichtungen.

Die Gesundheitsservicegesellschaft Havelland mbH bildet mit der Havelland Kliniken GmbH (HKG), der Medizinisches Dienstleistungszentrum Havelland GmbH (MDZ), der Rettungsdienst Havelland GmbH (RHG), der Ausbildungszentrum Gesundheit und Pflege Havelland GmbH (AGP), der Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH (WPZ) und der Soziale Betreuungsgesellschaft Havelland mbH (SBG) als Bestandteil des Konzernbereiches II – Infrastruktur - die Havelland Kliniken Unternehmensgruppe (HKU).

Das Umsatzvolumen der GSG als Dienstleister von nichtmedizinischen Dienstleistungen innerhalb der HKU wurde in 2022 zu 92,50 % durch Dienstleistungsverträge innerhalb der Unternehmensgruppe erwirtschaftet. Die Auswirkungen der COVID 19-Pandemie und die zur Bekämpfung erforderlichen Maßnahmen hatten insbesondere im 1. Halbjahr 2022 immer noch einen großen Einfluss auf den gesamten Geschäftsbetrieb der GSG. Durch das in der GSG vorhandene und gebündelte Know-how konnten jedoch die Anforderungen, die im Zusammenhang von pandemiebedingten Maßnahmen gestellt wurden, schnell und sicher umgesetzt werden. Dabei war der rechtssichere Betrieb jederzeit gewährleistet.

Im Jahr 2022 wurden strukturierte Bereiche, die mehr dem medizinischen Arbeitsfeld zuzuordnen sind, wie die Zentralsterilisation bzw. strukturierte Dienstleistungen, die nur für einen Kunden bereitgestellt wurden und somit keine Synergien für die Gesellschaften der Unternehmensgruppe erzeugten, an die Kunden in Eigenverwaltung übergeleitet. Dazu gehören der Bettendienst an den Klinikstandorten und die Pflege der Außenanlagen. Der Geschäftsbereich Service- und Logistikmanagement (GB 1) verantwortete bis zum 30.06.2022 die gerade im 1. Halbjahr 2022 immer noch im hohen Maße notwendigen Anpassungen der Reinigungs- und Transportprozesse in den Kliniken und Seniorenpflegezentren, die - bedingt durch infizierte Bereiche bzw. nach Baumaßnahmen - für temporäre Separierung von Bereichen zur Pflege infizierter Patient*innen erforderlich wurden. In der zweiten Jahreshälfte wurde die Struktur der GSG durch das Ausscheiden

der GB Lin 1 dahingehend verändert, dass Leistungsbereiche des GB 1 auf einen neuen GB 1 sowie den GB 2 und 3 verlagert wurden. Aufgabenbereiche, wie das Reinigungsmanagement und der Wäscheservice, wurden dem Geschäftsbereich Beschaffungs- und Vergabemanagement (GB 2) zugeordnet, die Verortung der Logistik erfolgte auf Grund der Schnittstellenmenge im Geschäftsbereich Gastronomie (GB 3). Der Geschäftsbereich Officemanagement (GB 6) wurde, mit der Angliederung der Informationsdienste, zum neuen Geschäftsbereich 1 (Officemanagement).

Die Anforderungen der Kunden wurden auch mit der neuen Struktur in hoher Qualität umgesetzt.

Der Geschäftsbereich Beschaffungs- und Vergabemanagement (GB 2) hatte in 2022, neben dem laufenden Tagesgeschäft, d. h. der Sicherung der Versorgung mit medizinischen und pflegerischen Verbrauchsmaterial und Beschaffung von Investitionsgütern und ab dem 2. Halbjahr die o. g. Sicherstellung der Reinigungsprozesse, insbesondere die Vorbereitung, Begleitung und Auswertung der Ausschreibung der neuen Einkaufsgemeinschaft und den reibungslosen Wechsel zum 01.01.2023 sicherzustellen.

Die vom Geschäftsbereich Gastronomie (GB 3) erarbeiteten Hygienekonzepte wurden 2022 ständig an die aktuellen Situationen angepasst. Die Patienten- und Bewohnerversorgung konnte dadurch durchgängig sichergestellt werden. Die vorliegenden individuellen Versorgungskonzepte für Infektionsbereiche der Kliniken und der Seniorenpflegezentren wurden bei Notwendigkeit angepasst und umgesetzt. Im Drittgeschäft kam es, wie auch schon in 2021, durch die erlassenen Pandemie-Verordnungen und die damit verbundenen Einschränkungen des Patienten- und Besucheraufkommens zu Abweichungen in den Erlösen.

In Verantwortung des Geschäftsbereichs Facility Management (GB 4) wurden anforderungsgerecht kurzfristig temporäre Umbauten in den Kliniken zur Gewährleistung der Behandlung von infizierten Patient*innen in separierten Bereichen realisiert. Die Umsetzung der erarbeiteten und abgestimmten mittelfristigen Instandhaltungsplanung erfolgte nach der Freigabe des Auftraggebers. Ebenso wurden notwendige Unterstützungsarbeiten zur Umsetzung der Investitionsprojekte in der Klinik Nauen abgesichert.

Das Bauprojektmanagement realisierte im Jahr 2022 Bauprojekte im Auftrag der HKG und Eigeninvestitionen der GSG. Seit dem 01.01.2022 ist die komplette Eigentumsfläche der GSG im Gesundheits- und Verwaltungszentrum Nauen vermietet. Gleichzeitig koordinierte das Bauprojektmanagement die Planungs-, Bau- und Ausstattungsmaßnahmen im Rahmen des bis Juni 2022 abzuschließenden Projekts zur Modernisierung und Erweiterung der ITS und Errichtung eines integrierten Notfallzentrums incl. Bau einer neuen Liegendkrankenvorfahrt der Klinik Nauen. Trotz pandemiebedingter Beeinträchtigungen der Lieferprozesse der Industrie, konnte der Bauzeitenplan eingehalten werden. Ebenso wurde die Notstromversorgung der Klinik Nauen durch den Einbau eines leistungsstärkeren Aggregats nachhaltig verbessert. Das aktuelle Brandschutzkonzept der Klinik Nauen wird mit der Unterstützung des Bauprojektmanagements auf der Grundlage eines mehrjährigen Instandhaltungsprogramms umgesetzt.

Der Geschäftsbereich IT-Management (GB 5) stellte die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit und Aktualisierung der IT Infrastruktur einschließlich der neuen Kommunikationssysteme in der HKU sicher. Ebenso war der GB 5 im Rahmen der Projektgruppe „Digitalisierungsoffensive 2025“ tätig. Die Elektronische Arztbriefschreibung wurde mit dem Lieferanten der Software und den Usern des Pilotbereichs des Ärztlichen Managements den Anforderungen angepasst. Da aus den Fachkliniken zum Teil spezifische Anforderung gestellt wurden, konnte 2022 das Ausrollen noch nicht vollständig auf alle Fachabteilungen der HKG erfolgen. Das Sachgebiet Medizintechnik war federführend für die Beschaffung und Installation der Medizintechnik im Rahmen des Projekts der Modernisierung und Erweiterung der ITS und der Errichtung des integrierten Notfallzentrums der Klinik Nauen tätig.

Das Officemanagement (GB 6/ neu GB 1 ab 01.07.2022) wurde 2022 gemäß der Kundenanforderung in Front- und Backoffice umstrukturiert. Dabei wurde die Aufgaben- und Personalstruktur des Officemanagement an die neuen Prozesse angepasst.

Die GSG setzte die geplanten Anhebungen der AVR-Tabelle unter Berücksichtigung des Mindestlohnes zum 01.07.2022 und zum 01.10.2022 fristgerecht um. Gleichzeitig wurde durch die Geschäftsführung der GSG mit dem Betriebsrat der GSG eine neue AVR, in Anlehnung an den TVÖD, abgestimmt. Diese wird zum 01.01.2023 Anwendung finden.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Für das Wirtschaftsjahr 2022 kann die GSG Gesamteinnahmen in Höhe von 16.606 T€ ausweisen. Die Gesamteinnahmen liegen um 0,93 % (absolut 154 T€) über den für das Wirtschaftsjahr 2022 geplanten und mit 183 T€ unter den in 2021 ausgewiesenen Einnahmen.

Die Mehreinnahmen 2022 (im Vgl. zu den Planeinnahmen) sind insbesondere auf die Zuweisungen der öffentlichen Hand für die an die Mitarbeiter/Innen auszahlende Energiepreispauschale sowie die Coronaprämie, die Korrektur der Konzernumlage und sonstige periodenfremde Erträge zurückzuführen. Zudem konnte der Umsatz im Cateringbereich Fremdversorgung („Essen auf Räder“) durch Akquise um 8,4 % gegenüber dem Jahr 2021 gesteigert werden. Die Abweichung der Ist-Zahlen gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2021 ist mit den o. g. Überleitungen von Dienstleistung in die Eigenverantwortung der Kunden zu begründen.

Im Wirtschaftsjahr 2022 wurden somit 7,47 % (im Wirtschaftsjahr 2021 = 6,03 %) der Umsatzerlöse aus Geschäften mit Dritten erwirtschaftet. Der Planwert aus Drittgeschäften von 8,94 % wurde um 1,47 % unterschritten. Die Einnahmen des Drittgeschäftes wurden im Wesentlichen aus der Parkraumbewirtschaftung, den gastronomischen Leistungen für Externe, der Vermietung innerhalb der Liegenschaft Ketziner Straße 10 und dem im Teileigentum der GSG befindlichen Gesundheits- und Verwaltungszentrum Nauen sowie in geringerem Umfang aus Transportleistungen für die Asklepios Kliniken GmbH am Standort Rathenow und aus der Betreuung von Drittunternehmen auf dem Gebiet der Arbeitssicherheit generiert.

Die Mietfläche im Verwaltungsgebäude der GSG, Nauen, Ketziner Straße 10 betrug 2022 51,80 m² mit einer durchschnittlichen Nettokaltmiete von 9,34 € je m². Im Gesundheits- und Verwaltungszentrum Nauen, Ketziner Straße 13 a sind seit dem 01.01.2022 alle vermietbaren Flächen von 1.018 m² mit einer durchschnittlichen Nettokaltmiete von 15,39 € je m² vermietet.

Es wurden Mieteinnahmen in Höhe von 200 T€ verbucht, davon 86 T€ aus Vermietung im Konzernverbund und 114 T€ aus Gewerbemieten. Der Umbau des Erdgeschosses des Verwaltungsgebäudes in der Ketziner Straße 10 sollte bereits in 2021 größtenteils zur Eigennutzung hergestellt werden. 52 m² davon waren in der Planung als Mietfläche ausgewiesen. Die Mieteinheit wurde dem Mieter übergeben. Nach Beendigung der Einbauarbeiten seitens des Mieters wird die Mieteinheit seit dem 01.07.2022 vollständig genutzt.

Für die Beschäftigten der GSG galt die Arbeitsvertragsrichtlinie (AVR) vom 07.10.2014 mit den aktualisierten Entgelttabellen vom 01.07.2022 und 01.10.2022.

Die Anzahl der bezahlten Vollzeitkräfte verringerte sich, durch die Überleitung von Dienstleistungsverträgen und der o. beschriebenen Umstrukturierung, von 199,21 VK in 2021 auf 179,93 VK in 2022.

Die Abweichung begründete sich unter anderem durch die bereits erwähnten Überleitungen von Dienstleistungsverträgen, der Umstrukturierung von Geschäftsbereichen, der temporär unterlassenen Nachbesetzung von Planstellen, des pandemiebedingt eingestellten

Cafeterienbetriebes und durch langzeiterkrankte Mitarbeiter, deren sachgrundgebundene Nachbesetzung auf Grund der allgemeinen Arbeitsmarktsituation nicht bzw. nicht zeitnah realisiert werden konnte.

Der mit 133 T€ unterschrittene Personalaufwand ist auf nicht besetzte bzw. nicht mehr erforderliche Planstellen zurückzuführen. Zur Anerkennung der Leistungen während der anhaltenden Pandemie zahlte die GSG im Dezember 2022 eine Prämie in Höhe von 850 € pro Vollzeitkraft aus.

Die Planung des Materialaufwandes erfolgte in Auswertung der Materialaufwandsgröße von 2021 und den bekannten Kostensteigerungen. Trotzdem wurde er um 3,64 % überschritten. Die Überschreitung ist neben den gestiegenen Kosten für Lebensmittel und Wartung/ Instandhaltung (einschließlich der notwendigen Materialien) auf den notwendigen Einsatz von Leiharbeitern zurückzuführen, deren Einsatz zur Sicherstellung der Dienstleistungen notwendig war und als Leistung Dritter verbucht wurde.

Die geplanten Investitionen für den Ausbau des EG des Verwaltungsgebäudes der GSG in der Ketziner Str. 10 einschließlich den Außenanlagen und den E-Ladestationen wurden in 2022 zum einen auf Grund der wirtschaftlichen Situation nicht umgesetzt, zum anderen konnten für das Projekt der E-Ladestationen keine Firmen für die Ausführung gebunden werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wirtschaftsjahr 2022 lagen um 4,88 % über den für das Wirtschaftsjahr geplanten Aufwendungen.

Der Mehraufwand begründet sich neben den gestiegenen Kosten für Entsorgung und dem doppelten Aufwand für die Aufrechterhaltung des Zertifikats nach DIN EN ISO 9001:2015 durch die pandemiebedingte Verschiebung des 1. Überwachungsaudits in das Jahr 2022 sowie im periodenfremden Aufwand. Der Kostenfaktor „periodenfremder Aufwand“ wurde analysiert und mit den Bereichen ausgewertet.

Die Steuerabgaben, die sich aus Gewerbesteuer, Körperschaftssteuer, Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag zusammensetzen, ergaben in 2022 einen Aufwand von insgesamt 13 T€ (Planwert: 64 T€). Zuzüglich der Grund- und Kfz-Steuer ergab sich eine Gesamtsteuerlast in Höhe von 17 T€ (Planwert: 66 T€).

Der Jahresüberschuss der Gesundheitsservicegesellschaft Havelland mbH per 31.12.2022 beträgt 21 T€ und liegt mit 17 T€ über dem Planwert. Er entspricht einer Umsatzrentabilität von 0,49 % (geplant: 0,53 %).

Die Liquidität der Gesundheitsservicegesellschaft Havelland mbH war im Geschäftsjahr 2022 in vollem Umfang gesichert. Die Verträge innerhalb der umsatzsteuerlichen Organschaft wurden jeweils nachschüssig abgerechnet. Eine detaillierte Liquiditätsplanung hat die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens sichergestellt. Gewährte Skonti wurden durch das Finanzmanagement geltend gemacht.

Die Möglichkeiten des Vorsteuerabzugs wurden im maximal möglichen Umfang genutzt.

Das Anlagevermögen der Gesellschaft belief sich zum 31.12.2022 auf 3.882 T€ und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 174 T€ verringert. Die Bilanzsumme gesamt erhöhte sich in 2022 gegenüber dem Vorjahr (6.264 T€) um 115 T€ und beträgt nunmehr 6.379 T€.

Risikobericht

Existenzgefährdende Risiken oder Risiken größeren Ausmaßes sind für die Gesellschaft derzeit nicht konkret erkennbar. Die GSG kann aufgrund ihres hohen Konzerninnenumsatzvolumens auf eine stabile Finanzlage verweisen. Allerdings stehen mit der HKG und der WPZ maßgebliche Kunden unter Vertrag, die durch die angespannte Finanzierung der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung

erhebliche wirtschaftliche Herausforderungen zu bewältigen haben. Dies wirkt sich zwangsläufig auch auf die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft aus. Sichere und qualitativ hochwertige Leistungserbringung bei wettbewerbsfähigen Preisen muss durch Rationalisierung und Optimierung von Prozessabläufen innerhalb des Unternehmens nachhaltig sichergestellt werden.

Zur weiteren wirtschaftlichen Stabilisierung der GSG und der Reduzierung der Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaften der Unternehmensgruppe werden Geschäftsfelder ausgebaut und weitere Drittkunden (z. B. Arbeitssicherheit/ Brandschutz – Ausbau der Betreuung von Dritten) akquiriert.

Prognosebericht

Innovative und effiziente Leistungsstrukturen in der GSG sind die Grundlage zur langfristigen Stabilisierung des Leistungsportfolios und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit.

Zentrales GSG-Projekt der Konzernentwicklung ist die Umsetzung des Masterplanes „Digitalisierungsinitiative 2022-25“, der die koordinierte und strukturierte Steuerung der digitalen Transformation im Unternehmensverbund zum Inhalt hat. In diesem Kontext wird die GSG in ihrem Organisationsbereich die Digitalisierung der Arztbriefschreibung in 2023 abschließen und die Auslagerung des Rechenzentrums der Unternehmensgruppe vorbereiten.

Zur zukünftigen strategischen Ausrichtung des Unternehmensverbundes werden von den Gesellschaften der HKU 8 Strategiefelder durch Maßnahmen unteretzt und in den folgenden Jahren realisiert.

Die GSG zeichnet für das Strategiefeld „Nachhaltigkeit, Energieeffizienz, Mobilität und Logistik“ verantwortlich.

So werden z.B. an den Standorten Nauen und Rathenow im Wirtschaftsjahr 2023 die erarbeiteten Umwelt- und Nachhaltigkeitskonzepte durch die HKG und WPZ unter Beteiligung der GSG umgesetzt. Die Finanzierung dieser Projekte erfolgt durch Einwerbung von Fördermitteln. Ein besonderer Schwerpunkt bildet das Energie- und Nachhaltigkeitsmanagement mit dem Ziel der Ablösung der Nutzung fossiler Energieträger.

Durch die kritische geopolitische Lage, ist eine belastbare Prognose für die folgenden Wirtschaftsjahre nur eingeschränkt möglich. Den gestörten Lieferketten und den inflationär gestiegenen Preisen, u. a. für Wirtschaftsgüter und Lebensmittel sowie für die Ver- und Entsorgung der Liegenschaften, ist mit Flexibilität und Innovation zu begegnen.

Für das Wirtschaftsjahr 2023 ist für die Gesellschaft ein negatives Jahresergebnis geplant, da sich voll auskömmliche Preisanpassungen bei einem maßgeblichen internen Kunden aktuell nicht umsetzen lassen.

Nachhaltigkeitsbericht

Die GSG bearbeitet im Bereich der Nachhaltigkeit folgenden Themen:

1. Maßnahmen zum Klimaschutz

Das langfristige Ziel der GSG ist die Klimaneutralität.

Für die Stromversorgung hat die GSG Ökostrom gezeichnet.

3 von 4 personengebunden Dienstfahrzeugen sind mit Hybridtechnik ausgestattet. Um diese vollumfänglich nutzen zu können wird im I. Quartal 2023 die in 2022 auf dem Grundstück

der GSG geschaffene Übergangslösung zur elektrischen Aufladung der Fahrzeuge durch eine Ladeinfrastruktur mit digitaler Auslesemöglichkeit der verbrauchten Kapazitäten ersetzt.

2. Gesundheit

Die GSG hat im Rahmen des Gesundheitsschutzes einen Dienstleistungsvertrag mit der MDZ abgeschlossen, der die arbeitsmedizinische Betreuung, einschließlich der notwendigen Impfungen, für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherstellt.

Durch die Stabsstelle Arbeitssicherheit und Brandschutz, die in der GSG verortet ist, ist die Betreuung der Mitarbeitenden nicht nur durch die monatlichen Arbeitsschutzbelehrungen, sondern auch durch direkte kollegiale Kommunikation zu Arbeitssicherheits- und Brandschutzthemen gewährleistet.

3. Menschwürdige Arbeit und Geschlechtergleichheit

Zum Schutz unserer Mitarbeiter/Innen und zur transparenten Umsetzung des Arbeitszeitgesetzes wird die Arbeitszeit vollumfänglich elektronisch erfasst. Die Mitarbeiter/Innen können jederzeit die eigenen Arbeitszeitkonten einsehen.

Mit der Einführung der AVR in 2014 und deren Überarbeitung in 2022 wurde ein Urlaubsanspruch, der über dem gesetzlichen Anspruch des BurlG hinausgeht festgeschrieben. Die Mitarbeit/Innen werden hinsichtlich der Bezahlung gleichgestellt. Einstellungen erfolgen ausschließlich nach den geforderten Tätigkeitsmerkmalen. Zum Ausschluss von Ungleichbehandlungen wird bei personellen Einzelfallentscheidungen grundsätzlich der Betriebsrat mit hinzugezogen.

Nauen, den 06.03.2023

Thilo Spychalski
Geschäftsführer

Christina Tech
Geschäftsführerin

3.1.4 Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH

*Tochterunternehmen der Havelland Kliniken GmbH
und Beteiligung des Landkreises Havelland*

Unternehmensdaten

Ketziner Straße 19
14641 Nauen
Tel.: 03385 570112
info@wpz-havelland.de
www.havelland-kliniken.de

3.1.4.1 Gegenstand des Unternehmens

Förderung der Altenhilfe, des öffentlichen Gesundheitswesens und die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen im Sinne des § 53 Abgabenordnung (AO), die Unterhaltung von Einrichtungen der stationären und teilstationären Altenhilfe, der Tagespflege sowie der häuslichen Pflege und Betreuung im Sinne des Gesetzes der sozialen Pflegeversicherung (SGB XI), der häuslichen Krankenpflege im Sinne des Sozialgesetzbuches zur gesetzlichen Krankenversicherung (SGB V) sowie Angeboten des betreuten und pflegerischen Wohnens.

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten gemeinnütziger oder mildtätiger Zwecke der Jugendhilfe und der Bildung, Maßnahmen zur Fortbildung, Vernetzung und Aktivierung von Bürgern für ein generationenübergreifendes und damit auch die Jugendhilfe förderndes, ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement, insbesondere im Rahmen des „Kompetenzzentrum Havelland – Agentur für bürgerschaftliches Engagement“.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

3.1.4.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 131 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 2 BbgKVerf der gehört die soziale Betreuung zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise.

3.1.4.3 Rechtliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum:	01.04.1993
Gesellschaftsvertrag:	vom 25.11.1991, Neufassung am 03.01.2007, letzte Änderung vom 08.04.2022 und Eintragung in das Handelsregister am 14.07.2022
Handelsregister - Nr.:	HRB 5369 P
Sitz der Gesellschaft:	Nauen
Stand der Firmendaten:	30.11.2023
Basis der Finanzdaten:	Jahresabschluss 2022

3.1.4.4 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt:	2.000.000,00 Euro	
Die Stammeinlage wird gehalten von:		
Havelland Kliniken GmbH	1.800.000,00 Euro	90 %
Landkreis Havelland	200.000,00 Euro	10 %

3.1.4.5 Organe der Gesellschaft

<i>Gesellschafterversammlung</i>	<p>Havelland Kliniken GmbH, vertreten durch Thilo Sychalski, Geschäftsführer</p> <p>Landkreis Havelland, vertreten durch</p> <ul style="list-style-type: none"> - Robert Cardeneo bis 30.04.2017 (Betrauung durch Landrat Dr. Burkhard Schröder), - Verhinderungsvertreterin: Bärbel Brückner bis 30.06.2021 - Nicole Böttcher bis 04.03.2022 (Betrauung durch Landrat Roger Lewandowski) - Nils Ahrens ab 05.03.2022 (Betrauung durch Landrat Roger Lewandowski)
<p><i>Beirat</i></p> <p><i>Vorsitzender:</i></p> <p><i>Stellvertretende Vorsitzende:</i></p>	<p>Olaf Arnhold (Krankenpflegedirektor HKG)</p> <p>Gabriele Zielke (Kreistagsabgeordnete)</p> <p>Max Alfred Schaudig (Ärztlicher Leiter Klinik für Geriatrie)</p> <p>Wolfgang Gall (Beigeordneter und Dezernent im LK HVL)</p> <p>Kerstin Signowski (Betriebsratsvorsitzende)</p> <p>Nico Korth (Betriebsratsmitglied)</p>
<i>Geschäftsführung</i>	<p>Thilo Sychalski</p> <p>Burkhard Krüger</p>

3.1.4.6 Beteiligungen der Gesellschaft

Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH hält folgende Beteiligungen:	Beteiligungsumfang:
Soziale Betreuungsgesellschaft Havelland mbH	100 %

3.1.4.7 Kennzahlen

Bilanz per 31.12.2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Aktiva		
Anlagevermögen	52.220	46.061
Umlaufvermögen	7.866	3.516
Rechnungsabgrenzungsposten	11	12
Passiva		
Eigenkapital	36.494	36.065
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	4.166	4.333
Rückstellungen	2.495	1.125
Verbindlichkeiten	16.938	8.065
Rechnungsabgrenzungsposten	4	0
Bilanzsumme	60.096	49.588

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022

	per 31.12.2022	per 31.12.2021
Umsatzerlöse	27.927	25.877
Sonstige betriebliche Erträge	878	805
Materialaufwand	8.407	8.243
Personalaufwand	16.323	15.332
Abschreibungen	1.617	1.643
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.912	1.448
Jahresergebnis	429	198

Leistungs- und Finanzbeziehungen § 61 Nr. 4 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV)

§ 61 Nr.:	Wirtschaftsjahr 2022	Betrag in €	Kurzbeschreibung
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen		- keine
4.b	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche		- keine
4.c	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen		- keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können		- keine

Analysedaten der Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH gemäß § 61 Nr. 2 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung*

Kennzahl	Formel	2020	2021	2022
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				
Anlagenintensität (%)	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	81,6	92,9	86,9
Eigenkapitalquote (%) (ohne Sonderposten)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	74,2	81,5	60,7
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Euro)	aus Bilanz	0,0	0,0	0,0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				
Anlagendeckung II (%)	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	107,0	91,9	97,9
Zinsaufwandsquote (%)	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	0,3	0,5	0,4
Liquidität 3. Grades (%)	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	537,6	120,7	164,5
Cashflow aus laufender Geschäfts- tätigkeit (TEuro)	Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zun./Abn. der langfr. Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentl. Erträge	1.830	1.806	1.996

Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				
Gesamt-kapitalrentabilität (%)	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkap.-zinsen}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	0,7	0,7	0,9
Umsatz (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	24.557.306	28.405.048	29.806.080
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	267.735	197.794	428.581

Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				
Personal-aufwandsquote (%)	$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	58,1	59,2	58,5
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr im Durchschnitt beschäftigtes Personal	383	460	403

*Analysedaten dem Jahresabschluss der Gesellschaft entnommen

3.1.4.8 Lage des Unternehmens

Die Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH (WPZ) ist ein Unternehmen der stationären und teilstationären Altenhilfe im Landkreis Havelland, Land Brandenburg. Gesellschafter der GmbH sind die Havelland Kliniken GmbH mit 90 % und der Landkreis Havelland mit 10 % der Gesellschaftsanteile. Gesellschaftszweck der WPZ ist die Förderung der Altenhilfe, des öffentlichen Gesundheitswesens und die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen im Sinne des § 53 AO im Landkreis Havelland. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 2.000.000 €. Die WPZ bildet mit der Havelland Kliniken GmbH (HKG), der Medizinisches Dienstleistungszentrum Havelland GmbH (MDZ), der Rettungsdienst Havelland GmbH (RHG), der Gesundheitsservicegesellschaft Havelland mbH (GSG), der Ausbildungszentrum Gesundheit und Pflege Havelland GmbH (AGP) und der Sozialen Betreuungsgesellschaft Havelland mbH (SBG) als Bestandteil des Konzernbereiches III – Pflegebetrieb - die Havelland Kliniken Unternehmensgruppe (HKU). Zum 31.12.2021 hat die WPZ die Gesellschaftsanteile der SBG von der HKG erworben.

Der Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH standen im Berichtsjahr insgesamt 593 Pflegeplätze in vollstationären Einrichtungen zur Erbringung ihrer Leistungen zur Verfügung. Darunter waren 12 Pflegeplätze in der solitären Kurzzeitpflege für einen vorübergehenden stationären Aufenthalt sowie im SPZ Fontanepark zwei, im SPZ Premnitz drei und im SPZ Nauen drei eingestreute Kurzzeitpflegeplätze.

Die durchschnittliche Belegung der Pflegeplätze einschließlich der Kurzzeitpflegeplätze über alle Einrichtungen liegt mit 90,89 % um 3,74 % niedriger als im Geschäftsjahr 2021. Der Grund für die niedrigere Auslastung sind die zeitweisen Aufnahmestopps durch Ausbruchsgeschehen von Covid-19 in den Einrichtungen. Neben den Aufnahmestopps in den Einrichtungen schlägt der Fachkräftemangel in der Pflege zu Buche, der Neuaufnahmen im Haus am Fontanepark ab April 2022 in einem Wohnbereich verhinderte.

Zusätzlich bietet die WPZ in der Stadt Rathenow 93 Wohnungen in betreuten Wohnanlagen an.

Rechnet man die im Gesamtheimentgelt enthaltenen Erlöse aus Unterkunft und Verpflegung, Investitionsentgelten und Zusatzleistungen hinzu, liegen die Umsatzerlöse in diesen bestimmenden Leistungsarten, bezogen auf die vollstationäre und Kurzzeitpflege, gegenüber dem Geschäftsjahr 2021 um 1.023 T€ bzw. 13,50 % höher.

Die WPZ verfügt seit dem 01.05.2022 über eine aktualisierte Arbeitsvertragsrichtlinie nebst Vergütungstabelle. Die Tabellenentgeltsteigerung betrug für alle Beschäftigten zum 01.05.2022 ca. 6,0 %.

Das Verhältnis von Pflegefachkräften zu Nichtfachkräften in Bezug auf die HeimPersVO betrug im Berichtsjahr in den stationären Einrichtungen durchschnittlich 40,84 %. Die Sicherstellung einer Pflegefachkraftquote stellt sich jedoch in den einzelnen Einrichtungen unterschiedlich dar. Im Berichtsjahr wurden 51 Auszubildende (Vorjahr 52) beschäftigt.

Die Personalkosten lagen im Berichtsjahr um 991 T€ bzw. 6,5 % höher als im Jahr 2021. Die Personalaufwandsquote betrug im Berichtsjahr 2022 58,45 % (Ist 2021 59,25 %). Dieses liegt insbesondere an der Erhöhung der Gehälter im Rahmen der neuen AVR ab dem 01.05.2022.

Die Materialaufwandsquote betrug im Berichtszeitraum 30,10 % (Ist 2021 31,85 %) und ist damit gegenüber den Ist-Werten aus dem Jahr 2021 um 1,75 % niedriger. Für das medizinische Betreuungsprogramm „Care plus“ entstanden in 2022 Aufwendungen in Höhe von 9 T€. In der Position Wasser, Energie und Brennstoffe wurden im Vergleich zum Vorjahr 444 T€ mehr verbraucht. Insgesamt war der Materialaufwand um 164 T€ (1,99 %) höher als im Geschäftsjahr 2021. Ursächlich dafür waren die gestiegenen Energiekosten sowie die hohe Inflation.

Die Abschreibungen verringern sich gegenüber dem Vorjahr um 26 T€ bzw. 1,69 %. Die Aufwendungen in Mieten und Pachten verringern sich gegenüber dem Vorjahr um 37 T€. Im Berichtsjahr wurden für Instandhaltungsmaßnahmen 1.824 T€ bzw. 59,86 % mehr und für sonstige Aufwendungen 461 T€ bzw. 27,15 % höhere Kosten im Vergleich zu den Ist-Werten 2021 aufgewandt. Ursächlich für die gestiegenen Instandhaltungsaufwendungen waren die gestiegenen Instandhaltungsmaßnahmen am Gebäude. Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist auf Rückstellungszuführungen für drohende Rückzahlungsrisiken zurückzuführen.

Das Jahresergebnis der Gesellschaft hat sich von 429 T€ gegenüber dem Vorjahr (198 T€) um 231 T€ erhöht. Die gestiegenen Aufwendungen (+ 2.236) wurden durch die gestiegenen Erträge (+2.467) überkompensiert.

Die Liquidität der WPZ war im Wirtschaftsjahr 2022 in vollem Umfang gesichert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich von 3.788 T€ aufgrund der Bautätigkeiten für das neue Haus in Wustermark auf 13.508 T€ erhöht. Zum 31.12.2022 hat die WPZ eine Liquidität inklusive der Forderungen aus dem Cashpooling inkl. des Verwahrungsgeldes in Höhe von 6.849 T€ (Vorjahr 2.680 T€). Ein wesentlicher Grund für die Höhe der Liquidität sind die Forderungen aus dem Cashpooling in Höhe von 5.486 T€.

Ziel der mittelfristigen Finanzplanung der WPZ ist die Absicherung einer stabilen und investitionsorientierten wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens über einen Zeitraum von fünf Jahren. Durch die mittelfristige Anlage von Rücklagemitteln soll die langfristige Sicherstellung kostenintensiver Sanierungsinvestitionen ermöglicht werden. Zum 31.12.2022 betrugen die mittelfristig angelegten Finanzanlagen des Unternehmens 2.791 T€ (Vorjahr 1.791 T€), die unter den Positionen Finanzanlagen im Anlagevermögen in der Bilanz aufgeführt werden. Die Anlagen bestehen aus einer Beteiligung an der Sozialen Betreuungsgesellschaft Havelland GmbH und einer Festgeldanlage sowie seit dem Geschäftsjahr 2022 aus einer Festzinsanleihe.

Zum 31.12.2022 bestanden Verbindlichkeiten aus Darlehen gegenüber Banken in Höhe von 13.508 T€ (Vorjahr 3.788 T€) und gegenüber der HKG in Höhe von 1.949 T€ (Vorjahr 2.335 T€).

Das Sachanlagevermögen der Gesellschaft hat sich im Wirtschaftsjahr 2022 um 5.156 T€ (+11,65 %) auf 49.405 T€ erhöht. Ein wesentlicher Grund hierfür sind die Neubauarbeiten am SPZ Wustermark, die voll im Zeitplan der Planung liegen. Im Wirtschaftsjahr 2022 wurden 6.426 T€ in das SPZ Wustermark investiert.

Die WPZ befindet sich auch weiterhin in einer wirtschaftlich stabilen Lage. Der Jahresüberschuss von 429 T€ ist gegenüber dem Vorjahr (198 T€) um 231 T€ gestiegen. Die Eigenkapitalquote des Unternehmens ist mit 60,7 % gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2021 (72,7 %) niedriger. Grund hierfür sind die in den Neubau des SPZ Wustermark eingebrachten Eigenmittel und aufgenommen Darlehen. Die Eigenkapitalrentabilität des Wirtschaftsjahres 2022 beträgt 1,2 % (Vorjahr 0,6 %). Die Umsatzrentabilität im Berichtsjahr liegt mit 1,9 % um 0,6 %-Punkte höher als im Vorjahr.

Nachhaltigkeitsbericht

Das langfristige Ziel der WPZ ist die Klimaneutralität.

Folgende weiteren Maßnahmen wurden 2022 eingeleitet oder umgesetzt, um das langfristige Ziel zu erreichen:

Unsere Bewohner verbrauchen durchschnittlich pro Tag 1 Liter Wasser, abgefüllt in Wasserflaschen. In der Regel werden somit mehr als 183 Tonnen an Wasserflaschen pro Jahr bewegt.

Aus diesem Grund wurden im Jahr 2022 im SPZ Fontanepark, Stadtfurst, Wustermark, Premnitz die Trinkwasserversorgung umgestellt bzw. die technischen Möglichkeiten geschaffen. In den Einrichtungen wurden Trinkwasserspender aufgestellt oder geplant. Im Jahr 2023 werden die Einrichtungen hiermit versorgt.

Weiter wurde ein Hybridfahrzeug angeschafft. Für alle Einrichtungen wurden PKW-Ladesäulen geplant. Im Jahr 2023 soll an allen Standorten die Möglichkeit der Ladung vorhanden sein, um den Fuhrpark weiter auf Elektrofahrzeuge umzustellen.

Im Geschäftsjahr 2022 wurde die WPZ als erstes Unternehmen im Konzern gewählt, um den Mitarbeitern ein Dienstradleasing zu ermöglichen. Ein Ziel von vielen ist, Mitarbeitern eine Alternative zum Auto anzubieten. Die WPZ bietet außerdem bereits das JOB-Ticket für die öffentlichen Verkehrsmittel an.

Im Jahr 2022 wurde ein Energieberatungsunternehmen beauftragt, ein Energiekonzept für den Fontanepark zu erstellen. Unter anderem sind Solaranlagen und eine Speicherung geplant. Eine Umsetzung soll im Rahmen des Konzerns im Jahr 2023 erfolgen.

Chancen-/Risikobericht

Bestandsgefährdende Risiken für das Unternehmen sind aktuell nicht erkennbar, aber internationale Konflikte und das Pandemiegeschehen werden die weitere Entwicklung beeinflussen. Die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen sind in dieser Zeit nicht überschaubar. Auswirkungen auf Kosten für Wasser, Energie, Brennstoffe und Lebensmittel sind weiter zu erwarten.

Weiterhin besteht in den kommenden Jahren ein latentes Risiko in dem zunehmenden Mangel an verfügbaren Pflegefachkräften und dem gleichzeitigen Anstieg des Pflegebedarfes durch die demographische Entwicklung. Dieses macht sich auch in der Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH zunehmend bemerkbar. Darüber hinaus wird sich gem. § 113 C SGB XI die Personalbemessung verändern. Es wird wahrscheinlich dazu kommen, dass mehr qualifiziertes Pflegepersonal je Bewohner benötigt wird. Auch im Bereich der Krankenhäuser sollen neue Personalbemessungen angewandt werden, welche mehr Pflegepersonal bedeuten. Es kann also davon ausgegangen werden, dass der Wettbewerb um Pflegekräfte weiter zunehmen wird. Die Gesellschaft hat im Jahr 2022 durch eine neue Arbeitsvertragsrichtlinie (AVR), einer neuen Vergütungsstruktur und durch Maßnahmen im Gesundheitsmanagement die Attraktivität als Arbeitgeber erhöht. Gleichzeitig setzt die Geschäftsführung auf eine hohe betriebliche Ausbildungsquote und Qualifizierung von Beschäftigten, die auch im Jahr 2022 weiter intensiviert wurde.

Ein weiteres Risiko ist der Neubau des SPZ Wustermark. Im Geschäftsjahr 2022 konnte das Gebäude nicht in Betrieb genommen werden. Einerseits gab es einen Wasserschaden nach der Übergabe, der behoben werden musste, andererseits standen nicht ausreichend Pflegekräfte zur Verfügung. Im gesamten Jahr 2022 wurden Stellen ausgeschrieben. Die Bewerberlage war jedoch sehr schlecht. Die Gefahr besteht, dass auch im Jahr 2023 die Auslastung nicht stark gesteigert werden kann, da zu wenig Pflegepersonal vorhanden ist.

Auch gibt es weiterhin das Risiko der Inflation. Eine stark steigende Inflation wäre nicht in den Planungen der WPZ enthalten. Im Jahr 2022 betrug die deutsche Inflationsrate 7,9 %. Eine deutliche Abschwächung ist nicht erkennbar.

Veränderungen im gesamten Sozialversicherungssystem versprechen trotz Risiken auch Chancen. Einmal könnte nachhaltig eine auskömmliche Finanzierung gesichert werden und des Weiteren könnte sich die Attraktivität der Pflegebranche für Arbeitskräfte grundsätzlich verbessern.

Prognosebericht

Die internationalen Konflikte werden auch das Geschäftsjahr 2023 überschatten.

Es wird davon ausgegangen, dass der geplante Überschuss von 11 T€ im Jahr 2023 erreicht werden kann und es mittelfristig keine wesentlichen Veränderungen aus der operativen Geschäftstätigkeit gibt. Weiterhin wird für 2023 mit Umsatzerlösen von 31.541 T€ und einer Umsatzrendite von 0,41% geplant. Die Liquiditätsreserven werden im Wirtschaftsjahr 2023 durch die vorgesehenen Instandhaltungsmaßnahmen sinken.

Zentrales Thema der Personalentwicklung im Wirtschaftsjahr 2023 wird unverändert die Fachkräftegewinnung und -sicherung bzw. die Umsetzung von alternativen Personaleinsatz-Konzepten im Pflegedienst sein. Für das Jahr 2023 wird mit Personalaufwendungen i. H. v. 777 T€ geplant. In den Jahren 2023 und 2024 kann es durch die Inbetriebnahme des neuen Seniorenpflegezentrums Wustermark wirtschaftliche Anlaufverluste dieser Einrichtung geben. Diese könnten das Gesamtergebnis der WPZ verschlechtern, jedoch die operative Geschäftstätigkeit und strategische Entwicklung der Gesellschaft grundsätzlich nicht gefährden.

Mit der Absicherung einer marktgerechten Vergütung der Beschäftigten, dem Ausbau der medizinischen Qualität der Pflege, der Umsetzung kontinuierlicher Instandhaltungs- bzw. Modernisierungsmaßnahmen in den bestehenden Einrichtungen und dem Ausbau des Engagements im Osthavelland durch den Neubau des SPZ Wustermark wird eine stabile mittelfristige Entwicklung der WPZ im Unternehmensverbund sichergestellt.

Nauen, den 04.03.2023

Thilo Spychalski
Geschäftsführer

Burkhard Krüger
Geschäftsführer

3.1.5 Soziale Betreuungsgesellschaft Havelland mbH

Tochterunternehmen der Havelland Kliniken GmbH und der Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH

Unternehmensdaten

Ketziner Str. 19
14641 Nauen
Telefon: 03321 42-1000
info.nauen@havelland-kliniken.de
www.havelland-kliniken.de

3.1.5.1 Gegenstand des Unternehmens

Betrieb von Wohnstätten für chronisch mehrfachgeschädigte alkohol- und medikamentenabhängige Menschen, stationären, teilstationären oder ambulanten Förder- und Beschäftigungseinrichtungen sowie Werkstätten für behinderte Menschen, ambulanten Pflegediensten, Beratungs- und Bildungsangeboten für betroffene oder gefährdete Menschen und ihre Angehörigen sowie die Erbringung von Eingliederungshilfen im Sinne der §§ 53, 54 SGB XII für Menschen mit Behinderung.

3.1.5.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 131 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die gesundheitliche Versorgung zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise.

3.1.5.3 Rechtliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum:	08.09.1998
Gesellschaftsvertrag:	vom 19.12.2014
Handelsregister - Nr.:	HRB 11764 P
Sitz der Gesellschaft:	Nauen
Stand der Firmendaten:	30.11.2023
Basis der Finanzdaten:	Jahresabschluss 2022

3.1.5.4 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt: 200.000,00 Euro		
Die Stammeinlage wird gehalten von:		
Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH	200.000,00 Euro	100 %

3.1.5.5 Organe der Gesellschaft

<i>Gesellschafterversammlung</i>	Wohn-und Pflegezentrum Havelland GmbH, vertreten durch Thilo Spychalski Nora Freitag
<i>Geschäftsführung</i>	Thilo Spychalski Nora Freitag

3.1.5.6 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

3.1.5.7 Kennzahlen

Bilanz per 31.12.2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Aktiva		
Anlagevermögen	1.020	1.074
Umlaufvermögen	830	735
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Passiva		
Eigenkapital	839	735
Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	955	996
Rückstellungen	30	13
Verbindlichkeiten	19	46
Rechnungsabgrenzungsposten	9	8
Bilanzsumme	1.851	1.809

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Umsatzerlöse	780	843
Sonstige betriebliche Erträge	89	65
Materialaufwand	130	112
Personalaufwand	481	468
Abschreibungen	56	55
Sonstige betriebliche Aufwendungen	109	121
Jahresergebnis	93	151

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV))

§ 61 Nr.:	Wirtschaftsjahr 2022	Betrag in €	Kurzbeschreibung
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen		- keine
4.b	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche		- keine
4.c	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen		- keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können		- keine

Analysedaten der Sozialen Betreuungsgesellschaft mbH gemäß § 61 Nr. 2 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung *

Kennzahl	Formel	2020	2021	2022
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				
Anlagenintensität (%)	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	66,3	59,0	54,9
Eigenkapitalquote (%) (ohne Sonderposten)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	35,6	96,2	45,3
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Euro)	aus Bilanz	0,0	0,0	0,0

Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				
Anlagendeckung II (%)	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	53,7	69,8	82,5
Zinsaufwandsquote (%)	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	0,0	0,0	0,0
Liquidität 3. Grades (%)	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	1.492,3	1.113,5	1.684,4
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEuro)	Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zun./Abn. der langfr. Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentl. Erträge	128	164	108

Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				
Gesamtkapitalrentabilität(%)	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkap.-zinsen}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	7,1	8,3	5,0
Umsatz (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	810.472	843.131	779.734
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	118.960	150.995	92.507

Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				
Personal-aufwandsquote (%)	$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	50,9	55,5	61,7
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr im Durchschnitt beschäftigtes Personal	19	18	18

*Analysedaten dem Jahresabschluss der Gesellschaft entnommen

3.1.5.8 Lage des Unternehmens

Die Soziale Betreuungsgesellschaft Havelland mbH (SBG) ist seit dem 31.12.2021 Tochtergesellschaft der Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH und erbringt Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 200 T€ und ihr Sitz befindet sich in der Stadt Nauen. Die Gesellschaft unterhält als Tätigkeitsschwerpunkt das „Haus Havelland“, eine sozialtherapeutische Einrichtung für Menschen, die in Folge psychischer, körperlicher und sozialer

Schädigungen bei chronischem Suchtmittelgebrauch – insbesondere Alkohol – auf unabsehbare Zeit zu keinem autonomen, selbständigen Leben in der Lage sein werden.

Das „Haus Havelland“ ist überregional aufnahmebereit, steht aber in erster Linie den Betroffenen des Landkreises Havelland und den umliegenden Landkreisen des Landes Brandenburg zur Verfügung. Aufgenommen werden Männer und Frauen im Erwachsenenalter. Eine Altersgrenze gibt es nicht. Die Verweildauer ist unbegrenzt. Ziele der Einrichtung sind die Sicherung des Lebens der Bewohner, die Linderung und Überwindung suchtbedingter Erkrankungsfolgen, Hilfe bei der aktuellen Lebensbewältigung durch Fürsorge, Aufsicht und Kontrolle, Stärkung suchtkonträrer Lebensweisen, Förderung von Eigenverantwortlichkeit und Autonomie durch Mitarbeit des Bewohners am eigenen Gesundungsprozess.

Die SBG bildet mit der Havelland Kliniken GmbH (HKG), der Medizinischen Dienstleistungszentrum Havelland GmbH (MDZ), der Rettungsdienst Havelland GmbH (RHG), der Gesundheitsservicegesellschaft Havelland mbH (GSG), der Ausbildungszentrum Gesundheit und Pflege Havelland GmbH (AGP) sowie der Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH (WPZ) die Havelland Kliniken Unternehmensgruppe (HKU). SBG und WPZ bilden in der HKU den Konzernbereich III – Pflegebetrieb.

Die 28 vereinbarten Bewohnerplätze waren im Wirtschaftsjahr 2022 durchschnittlich mit 95 % (Vorjahr: 99 % und Planansatz 2022: 98 %) belegt. Die Vergütungen für die Leistungen sind gemäß der Leistungs- und Vergütungsvereinbarung vom 09.11.2021 berechnet worden.

Im Wirtschaftsjahr 2022 beträgt der Jahresüberschuss 92,5 T€.

Die Umsatzerlöse im stationären Bereich entsprechen dem Planansatz trotz deutlich geringerer Auslastung im stationären Bereich. Ausgeglichen werden die Mindererlöse aus stationärer Betreuung aus der ambulanten Betreuung.

Der Personalaufwand im Ist hat sich im Wirtschaftsjahr 2022 um 1 % gegenüber dem Planansatz erhöht. Es wurde im Rahmen des Inflationsausgleiches eine Einmalzahlung in Höhe von 2.000 € mit dem Dezembergehalt 2022 getätigt, rechnerisch auf die Vollzeitäquivalente angeglichen. Der Materialaufwand im Ist ist gegenüber dem Planansatz um 4 % gestiegen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass zwar die Inanspruchnahme von externen Dienstleistungen geringfügiger erfolgte. Auf der anderen Seite fielen die Ausgaben für Lebensmittel, Elektroenergie und medizinischem Verbrauchsmaterial deutlich höher aus als im Plan ausgewiesen.

Im Jahr 2022 wurden Instandhaltungsaufwendungen in Höhe von 22,2 T€ umgesetzt. Damit ist der Planansatz zu 17 % überschritten worden. Zu den wesentlichen Instandhaltungsmaßnahmen gehörten der Umbau der Bewohnerduschen und Sanitäranlagen, die Erneuerungen der Fußböden in den Bewohnerzimmern, Kfz-Reparaturen, die Reparatur der BMA, Reparatur der Solaranlagen, der Austausch der Sicherheitsbeleuchtung, die Reparatur der Telefonanlage und die Erneuerung des Küchenventilators.

Die Abschreibungen aus Sachanlagen, finanziert aus Eigenmitteln, liegen im Geschäftsjahr 2022 bei 14 T€. Der Planansatz wurde bei den Abschreibungen um 56 % unterschritten. Viele der geplanten Maßnahmen wurden der Instandhaltung buchhalterisch zugeordnet, was sich in den erhöhten Instandhaltungskosten, wie oben benannt, widerspiegelt. Die Abschreibungen aus Fördermitteln sind konstant geblieben.

Eine neue Arbeitsvertragsrichtlinie (AVR) für die Beschäftigten wurde zum 01.01.2023 zwischen den Betriebsparteien geeint. Darin wurde die Grundvergütung für sozialversicherungspflichtige

Arbeitnehmer bis knapp unter das TVöD-Niveau erhöht. Ebenso wurden die Zulagen und Zuschläge auf TVöD-Niveau angehoben.

Die Anzahl der bezahlten Vollkräfte liegt per 31.12.2022 kumuliert bei 11,07 VK.

Die Liquidität der SBG war im Wirtschaftsjahr 2022 in vollem Umfang gesichert. Die liquiden Mittel sind im Jahr 2022 auf 751 T€ (Vorjahr: 662 T€) angestiegen. Weitere Finanzanlagen waren nicht vorhanden. Eine Kreditaufnahme war nicht erforderlich.

Nachhaltigkeitsbericht

Gesundheit und Wohlergehen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen ebenfalls im Mittelpunkt der Gesellschaft. Diesbezüglich erfolgt die arbeitsmedizinische Betreuung und Sicherstellung des Arbeitsschutzes. Im Sinne der Geschlechtergleichheit erfolgt eine Bezahlung und Einstellung von Mitarbeitern unter Mitwirkung des Betriebsrates. Die Gesellschaft setzt sich für bezahlbare und saubere Energie ein. Es werden demzufolge Stromverträge mit 100 % „grünem Strom“ abgeschlossen. Um ein menschenwürdiges Arbeiten und Wirtschaftswachstum zu erzielen, ist die Arbeitszeiterfassung transparent und erfolgt elektronisch. Zur Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes erfolgt die Gewährung von Urlaub über den gesetzlichen Anspruch des BurlG (24 Werktage, 20 Arbeitstage). Maßnahmen zum Klimaschutz in der HKU sind die Vorhaltung eines Abfall- und Energiemanagers. Die Maßnahmen tragen dazu bei, dass sich der Abfall verringert und die Stromerzeugung auf klimafreundliche Verfahren ausgerichtet ist. Prospektiv soll in der Gesellschaft eine Umstellung auf E-Mobilität erfolgen.

Risikobericht

Die Auslastung der Einrichtung wird voraussichtlich weiterhin hoch bleiben. Steigerungen der Umsatzerlöse aus stationärer Betreuung sind nur im Rahmen von Entgelterhöhungen und einer Ausweitung der Kapazitäten bzw. Geschäftsfelder möglich. Der Geschäftsbereich der ambulanten Betreuung soll systematisch weiterentwickelt werden. Bisher und weiterhin konnte ein Bewohner in die ambulante Betreuung überführt werden.

Im Wirtschaftsjahr 2022 wurde der Instandhaltungsstau in der Einrichtung weiter reduziert. Trotzdem kann es in den Folgejahren im Bereich des Inventars noch zu außerplanmäßigen Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen kommen. Dafür ursächlich ist, dass viele Anlagen aus der Errichtungszeit des Gebäudes stammen und aufgrund ihres Alters abgängig werden konnten. Kostensteigerungen im Bereich des Baugewerbes werden nicht angemessen von den Kostenträgern refinanziert.

Es gibt im Land Brandenburg, wie auch in anderen Bundesländern, einen ausgeprägten Fachkraftmangel in der Heilerziehungspflege. Im Wirtschaftsjahr 2022 erfüllte die SBG die Anforderung an die Fachkraftquote. Für die Zukunft wird sich dieses Risiko fehlender Fachkräfte erhöhen. Die Attraktivität der Arbeitsplätze in der SBG muss weiter gesteigert werden. Im Jahr 2022 wurde durch eine Steigerung der Gehälter, einer ausreichenden Personalausstattung und Ausgestaltung eines guten Arbeitsklimas die Attraktivität als Arbeitgeber in der Region gesteigert.

Das Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen wurde am 23.12.2016 verabschiedet. Das Gesetz soll in Anlehnung der UN-Behindertenrechtskonvention eine zeitgemäße und individuelle Gestaltung der Leistungen für die Betroffenen ermöglichen. Die vollständige Umsetzung soll in vier Stufen bis zum Jahr 2023 erfolgen. Die Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf und auch auf die Qualität der Betreuung sind noch nicht

absehbar. Die SBG versucht sich entsprechend der Ziele des Gesetzes fortlaufend adäquat aufzustellen, um den Anforderungen gerecht zu werden bzw. auch neue Chancen zu nutzen.

Prognosebericht

Die SBG ist im Landkreis Havelland und weiteren Landkreisen eine anerkannte Betreuungsinstitution. Die Zusammenarbeit mit den örtlichen und überörtlichen Sozialhilfeträgern ist sehr gut. Das „Haus Havelland“ ist eine Modelleinrichtung für CMA-erkrankte Menschen.

Im Wirtschaftsjahr 2022 konnte eine neue Leistungs- und Vergütungsvereinbarung ab 2023 abgeschlossen werden. Entscheidend ist die Absicherung einer kontinuierlichen Steigerung der Grundvergütung um eine Gehaltsentwicklung zu ermöglichen. Entsprechende Rücklagen dienen unter anderem dazu, derzeit nicht zu bemessendem Instandhaltungs- bzw. Investitionsruckstand entgegenzuwirken.

Weiterhin werden in den kommenden Jahren auch die Gehälter in Orientierung an den TVöD gesteigert. Im Zuge dieser Gehaltsentwicklungen wurde sich der Jahresüberschuss in den kommenden Jahren verringern. Es sind vor diesem Hintergrund Kooperationen und Synergien innerhalb der HKU und mit anderen Trägern der Eingliederungshilfe im westlichen Havelland avisiert. Ziel ist es, Leistungen auszubauen und zu erweitern.

Nauen, den 24.02.2023

Thilo Spychalski
Geschäftsführer

Nora Freitag
Geschäftsführerin

3.1.6 Rettungsdienst Havelland GmbH

Tochtergesellschaft der Havelland Kliniken GmbH

Unternehmensdaten

Ketziner Straße 19

14641 Nauen

Tel.: 03321 42-1000

info@rettungsdienst-havelland.de

www.havelland-kliniken.de

3.1.6.1. Gegenstand des Unternehmens

Betrieb eines Rettungsdienstes im Sinne und gemäß den Anforderungen des Gesetzes über den Rettungsdienst im Land Brandenburg (BbgRettG) in der jeweils gültigen Fassung.

3.1.6.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 131 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die gesundheitliche Versorgung zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise.

3.1.6.3 Rechtliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum:	19.07.2011
Gesellschaftsvertrag:	vom 28.01.2011
Handelsregister - Nr.:	HRB 24016 P
Sitz der Gesellschaft:	Nauen
Stand der Firmendaten:	30.11.2023
Basis der Finanzdaten:	Jahresabschluss 2022

3.1.6.4 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt:	200.000,00 Euro
Die Stammeinlage wird gehalten von:	
Havelland Kliniken GmbH	200.000,00 Euro 100 %

3.1.6.5 Organe der Gesellschaft

<i>Gesellschafterversammlung</i>	Havelland Kliniken, vertreten durch Thilo Spychalski
<i>Beirat</i> <i>Vorsitzender:</i> <i>Stellvertretender Vorsitzender:</i> <i>Weitere Mitglieder</i>	derzeit vakant Andreas Kühne (Ärztl. Leiter Rettungsdienst) Michael Koch (Beigeordneter und Dezernent im LK HVL) Dr. Mike Lehsnau (Ärztlicher Direktor HKG) Matthias Rehder (Vertretung der Geschäftsführung) Dr. Petra Wilke (Vertretung der Geschäftsführung) Ulrike Knabe-Kohlmay (Verwaltungsleiterin)
<i>Geschäftsführung</i>	Matthias Rehder Thilo Spychalski (ab 01.01.2024) Dr. Petra Wilke (bis 31.12.2023)

3.1.6.6 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

3.1.6.7 Kennzahlen

Bilanz per 31.12.2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Aktiva		
Anlagevermögen	2.487	2.781
Umlaufvermögen	1.241	456
Rechnungsabgrenzungsposten	9	13
Passiva		
Eigenkapital	235	235
Rückstellungen	552	426
Verbindlichkeiten	2.951	2.591
Bilanzsumme	3.738	3.251

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Umsatzerlöse	14.336	13.772
Sonstige betriebliche Erträge	302	176
Materialaufwand	1.071	1.091
Personalaufwand	11.151	10.535
Abschreibungen	743	712
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.654	1.587
Jahresergebnis	0	3

Leistungs- und Finanzbeziehungen § 61 Nr. 4 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV)

§ 61 Nr.:	Wirtschaftsjahr 2022	Betrag in €	Kurzbeschreibung
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen		- keine
4.b	Gewinnentnahmen/ Verlустаusgleiche		- keine
4.c	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen		- keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können		- keine

Analysedaten der Rettungsdienst Havelland GmbH gemäß § 61 Nr. 2 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung*

Kennzahl	Formel	2020	2021	2022
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				
Anlagenintensität (%)	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	72,6	85,6	66,5
Eigenkapitalquote (%) (ohne Sonderposten)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	6,5	7,2	6,3
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Euro)	aus Bilanz	0,0	0,0	0,0

Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				
Anlagendeckung II (%)	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	71,9	71,9	75,1
Zinsaufwandsquote (%)	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	0,1	0,1	0,1
Liquidität 3. Grades (%)	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	56,4	36,5	66,4
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEuro)	Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zun./Abn. der langfr. Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentl. Erträge	674	694	746

Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				
Gesamtkapitalrentabilität(%)	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkap.-zinsen}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	0,8	0,7	0,5
Umsatz (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	13.275.141	13.771.552	14.336.009
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	8.524	2.736	0

Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				
Personal-aufwandsquote (%)	$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	58,1	76,5	77,8
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr im Durchschnitt beschäftigtes Personal	383	209	221

*Analysedaten dem Jahresabschluss der Gesellschaft entnommen

3.1.6.8 Lage des Unternehmens

Die Rettungsdienst Havelland GmbH (RHG) ist ein kommunales Rettungsdienstunternehmen im Landkreis Havelland, Land Brandenburg. Im Geschäftsjahr 2022 betrug das Stammkapital der Gesellschaft 200.000 €. Die Gesellschaftsanteile befinden sich im alleinigen Eigentum der Havelland Kliniken GmbH. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines bodengebundenen Rettungsdienstes im Sinne und gemäß den Anforderungen des Gesetzes über den Rettungsdienst im Land Brandenburg (BbgRettG) in der jeweils gültigen Fassung. Grundlage der Leistungserbringung ist der Vertrag über die Erbringung des bodengebundenen Rettungsdienstes mit dem Landkreis

Havelland vom 22.06.2011. Die Gesellschaft ist hierfür zur Errichtung und zum Betrieb der erforderlichen Anlagen und Einrichtungen sowie zur Bereitstellung des notwendigen, hinreichend qualifizierten Personals verpflichtet. Die Gesellschaft ist zudem zur Aus- und Weiterbildung von Fachpersonal befugt (drei Lehrrettungswachen).

Die Rettungsdienst Havelland GmbH bildet gemeinsam mit der Havelland Kliniken GmbH (HKG), der Medizinisches Dienstleistungszentrum Havelland GmbH (MDZ), der Gesundheitsservicegesellschaft Havelland mbH (GSG), der Ausbildungszentrum Gesundheit und Pflege Havelland GmbH (AGP), der Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH (WPZ) sowie der Sozialen Betreuungsgesellschaft Havelland mbH (SBG) als Bestandteil des Konzernbereiches I – Klinikbetrieb - die Havelland Kliniken Unternehmensgruppe.

Die RHG betreibt in den Rettungswachenbereichen Ost- und Westhavelland 11 Rettungswachen mit 12 Rettungsmittelstandorten. Ab dem Jahr 2023 wird die Struktur auf drei Rettungswachenbereiche, Ost, West und Mitte neu aufgegliedert, um dem wachsenden Ausbau an Rettungswachen und Rettungsmitteln gerecht zu werden. Im berlinnahen Osthavelland sind Vorhalteerweiterungen in Falkensee, Schönwalde/Glien und Brieselang erforderlich. Im Westhavelland sind in Rathenow und in Premnitz ebenfalls Vorhalteerweiterungen durch ein Organisationsgutachten von 2021 konstatiert worden. Neben dem erforderlichen Personalaufbau muss auch die bauliche Infrastruktur im Einzelfall neu geschaffen oder deutlich erweitert werden. Die Rettungswachen werden durch den Landkreis zur Verfügung gestellt. Die Rettungswachenstandorte und Fahrzeugvorhaltung (Art, Anzahl sowie Vorhaltezeiten) werden durch den Rettungsdienstbereichsplan des Landkreises Havelland bestimmt und bilden die strukturellen Voraussetzungen für die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zur Hilfsfrist in der Notfallrettung. Auf Grund des angespannten Arbeitsmarktes und einer bestehenden Unterdeckung an Fachkräften in der RHG werden zukünftige Vorhalterweiterungen nicht vor Herbst 2024 realisierbar sein.

Die Ausbildungskapazitäten werden in 2023 nochmals bei der berufsbegleitenden Ausbildung gesteigert. Hier sind neben zehn klassischen Auszubildenden zusätzlich sechs berufsbegleitende Auszubildende vorgesehen.

Das aus dem Masterplan „Notfall 2020“ resultierende Fahrzeugflottenkonzept „Havelland II“ ist Anfang 2022 mit der Lieferung des letzten Koffer-RTW und NEF ausgelaufen. Im Jahr 2022 wurden Einsatzfahrzeuge im Gesamtwert von 350.000 € in Dienst gestellt, ein Rettungswagen und ein Notarzteinsetzfahrzeug. Im Bereich der Medizintechnik wurden unter anderem neue Beatmungsgeräte und ein Gerät zur kardiopulmonalen Reanimation beschafft. An der Flotte Havelland III wird in enger Abstimmung mit dem Träger und dem ÄLRD Herrn Kühne gearbeitet. Diese Investitionen wurden durch ein Darlehen Dritter und aus dem Cash-Pool der Unternehmensgruppe finanziert. Auch im Jahr 2023 sollen die notwendigen Anschaffungen durch Bankdarlehen finanziert werden. Für die Gestellung von Notärzten an den drei Notarztstandorten Nauen, Rathenow und Falkensee trägt die Havelland Kliniken GmbH die Verantwortung. Die RHG ist weder finanziell noch organisatorisch an der Notarztgestellung beteiligt, unterstützt aber bei der Versorgung mit persönlicher Schutzausrüstung und Einweisung der Notärzte auf die medizinischen Geräte und Rettungsmittel.

Die RHG war im Geschäftsjahr nicht tarifgebunden, wendet aber seit 01.01.2018 die Entgelttabelle des TVöD-VKA in der jeweils aktuellen Fassung an.

Die Gebührenabrechnung gegenüber den Kostenträgern und sonstigen Gebührenschuldern wird durch die Abrechnungsstelle des Landkreises Havelland durchgeführt. Die RHG hat dazu fortlaufend die Einsatzunterlagen zur Verfügung gestellt.

In 2022 wurde die neue, vom Beirat beschlossene Verwaltungs- und Organisationsstruktur des Unternehmens erfolgreich umgesetzt. Somit können die Aufgabe und Prozesse effizienter und

wirtschaftlicher gestaltet werden. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der AGP wird im Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung konsequent weiter ausgebaut. Die AGP und Apotheke des Krankenhauses sind nur zwei Dienstleistungen, die der RHG durch die Nutzung der Synergieeffekte aus dem Konzernverbund deutliche Einsparungen und Wettbewerbsvorteile bringen. Ab dem Jahr 2023 wird die maximale Ausbildungskapazität von jährlich zehn Auszubildenden und einer wechselnden Anzahl von berufsbegleitenden Auszubildenden erreicht und bleibt neben dem Programm „Mitarbeiter werben Mitarbeiter“ der wichtigste Baustein im Bereich der Personalentwicklung.

Die RHG stellt neben dem eigenen sog. Führungsdienst das reguläre Dienstsysteem für den Organisationsleiter Rettungsdienst (OrgL) entsprechend den gesetzlichen Vorgaben für den Katastrophenschutz zur Verfügung. Damit ist ein diensthabender Leiter an 365 Tagen 24 Stunden erreichbar, sowohl für rettungsdienstliche als auch einsatzspezifische Anforderungen zu Einsätzen aus dem Bereich des Katastrophenschutzes. Hier wird zukünftig eine Neuordnung zwischen dem Führungsdienst des Landkreises, in der Funktion des OrgL und einem Führungsdienst für die RHG erfolgen (müssen).

Die RHG ist nach DIN EN 15224 erfolgreich zertifiziert und wird hier zusätzlich vom zentralen Qualitätsmanagement der Unternehmensgruppe begleitet und unterstützt (§§ 1 Abs. 4 Nr. 6 und 15 Abs. 1 Nr. 3 2. Alt. BbgRettG). Anderenfalls wäre eine solche Zertifizierung nicht umsetzbar.

Die Zusammenarbeit mit den Havelland Kliniken wurde insbesondere im Rahmen des webbasierten EKG-Übermittlungssystems, sowie der Einführung einer telemedizinischen Versorgung von Notfallpatienten kontinuierlich fortgesetzt.

Die Leistungsentwicklung stellt sich im Jahr 2022 wie folgt dar, wobei die Daten auf übermittelte Zahlen des Trägers vom Juni 2022 beruhen, welche zur Ermittlung der Leistungsentwicklung verdoppelt wurden.

Die RHG erhielt im Wirtschaftsjahr 2022 Abschlagszahlungen in Höhe von 14.897 T€ vom Landkreis Havelland. Dies beruht auf den Daten und Kalkulation für die Kosten- und Leistungsrechnung für das Jahr 2022, welche im Juli 2021 eingereicht und vom Träger des Rettungsdienstes genehmigt wurde.

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft ergeben sich neben den Umsätzen mit dem Landkreis auch aus den sonstigen Umsatzerlösen gemäß Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetz (BilRUG) und belaufen sich auf 14 T€.

Für 2022 wurden Zuweisungen, Zuschüsse und sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 144 T€ verbucht.

Darin enthalten sind

- Erstattungen für Praktika von Bundeswehrangehörigen,
 - Erstattungen aus Umlageverfahren (z. B. Mutterschutz, Elternzeit),
 - Erträge aus Schadensersatzleistungen bei Unfällen,
 - Rückrechnung von Kfz-Versicherungsbeiträgen und Betriebskosten der Rettungswachen,
 - Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen,
 - Spitzabrechnung der Konzernumlage aus dem Wirtschaftsjahr 2021,
 - Verrechnung des geldwerten Vorteils aus der Nutzung personengebundener Dienstfahrzeuge
- und
- periodenfremde Erträge.

Die Personalaufwandsquote beträgt 77,8 % in Bezug auf die Gesamteinnahmen. Die Personalbedarfsrechnung für das Geschäftsjahr 2022 leitet sich aus dem Organisationsgutachten und den gesetzlichen Anforderungen, Regelungen und Tarifbedingungen für die Beschäftigten ab.

Die Besetzung freier Planstellen im Einsatzdienst erfolgt schrittweise entsprechend der Personalvorgaben des Rettungsdienstbereichsplanes des Landkreises Havelland vorzugsweise durch Auszubildende nach Berufsabschluss. Die Besetzung von Planstellen durch Ausschreibungen erweist sich als äußerst schwierig.

Die im Vergleich zum Vorjahr (TEUR 10.535) um TEUR 616 gestiegenen Personalaufwendungen resultieren aus einer hohen Krankheitsquote verbunden mit einer Personalunterdeckung zum Planansatz. Die hohen Krankenstände und fehlendes Personal waren der Hauptgrund für eine sehr hohe Anzahl von Abmeldungen bei Rettungsmitteln.

Die Materialaufwandsquote der Gesellschaft beträgt 7,2 % und verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,4 %. Die absoluten Materialkosten sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 20 gesunken. Grund dafür sind vor allem die Rückläufigen pandemiebedingten Mehraufwendungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr (TEUR 1.587) um TEUR 66 gestiegen.

Die Liquidität der RHG war im Geschäftsjahr 2022 umfassend gesichert. Durch den Leistungsvertrag mit dem Landkreis Havelland und den damit verbundenen monatlichen Abschlagszahlungen in Höhe von durchschnittlich 1.243 T€ von Januar bis Dezember, war die Zahlungsfähigkeit für den laufenden Aufwand jederzeit gewährleistet.

Für die im Geschäftsjahr 2022 vorgenommenen Investitionen in Fahrzeuge und Fahrzeugzubehör wurden ein Darlehen bei der MBS mit einer Gesamtsumme von 520 T€ aufgenommen. Alle weiteren Investitionen wurden mit Eigenmitteln bezahlt. Die ursprünglich geplante Investitionssumme wurde um 290 T€ unterschritten. Die deutliche Unterschreitung der geplanten Investitionskosten resultiert aus einer Fahrzeugauslieferung eines Rettungswagens, die auf das Jahr 2023 verschoben wurde.

Die Refinanzierung der Verpflichtungen aus den Darlehen erfolgte über die in die Kosten-Leistungsrechnung eingebrachten Abschreibungen und Zinsaufwendungen, die als Kosten durch den Landkreis erstattet werden.

Die RHG ist in das Cash-Pooling der Havelland Kliniken Unternehmensgruppe integriert und kann kurzfristig vertragsgemäß eine konzerninterne Kreditlinie in Höhe von 500 T€ in Anspruch nehmen. Die Bildung einer finanziellen Rücklage zur Risikovorsorge ist aufgrund der eingeschränkten Möglichkeit der Gewinnerzielung nur begrenzt möglich. Unterjährig bildet sich durch die monatlich gleichen Abschläge eine Liquiditätsreserve in Höhe der Jahressonderzahlung und des Leistungsentgeltes. Dieses wird erst im November bzw. im Dezember eines Wirtschaftsjahres ausgezahlt.

Es bestehen Geschäftsbeziehungen mit der MBS und der Deutschen Bank in Berlin.

Das Anlagevermögen der Gesellschaft beläuft sich auf 2.487 T€. Im Wirtschaftsjahr 2022 wurden zwei Fahrzeuge inklusive Funkausrüstung, Alarmanavigation und mobiler Datenerfassungssysteme beschafft. Schwerpunkt bei der Medizintechnik war die Aufrüstung von Beatmungsgeräten und einem sogenannten CPR für das Notarzteinsatzfahrzeug.

Nachhaltigkeitsbericht

Die RHG plant ein Konzept zur Verbesserung der Energiebilanz. Sie ist jedoch insbesondere wegen der notwendigen Fahrzeuge und dem in diesem Segment fehlenden praktikablen Antriebsalternativen wie E-Antriebe bzw. Wasserstoffverbrenner noch in der Planungs- und Überlegungsphase. Für die in der RHG gehaltenen PKWs wird – entsprechend der Entscheidung in der Havelland Kliniken Unternehmensgruppe – die E-Mobilität gefördert werden, indem die Anschaffung alternativ angetriebener Fahrzeuge geprüft wird. Auch wegen der notwendigen hohen

Investitionskosten ist derzeit der Dieselmotor noch alternativlos. Das Projekt Telemedizin bzw. Telenotarzt kann dazu – neben der effizienteren Nutzung der knappen Notarztesourcen – auch Energie sparen, dass der Notarzt nicht mehr zum Einsatzort fährt bzw. gefahren wird (perspektivisch Wegfall der Fahrten und des NEF). Nach den Auswertungen der GBA „Projekte zum Telenotarzt“ kann mit einer Reduktion von NEF-Einsätzen um rund 30% gerechnet werden.

Die Energieversorgung bzw. Nutzung alternativer regenerativer Energie an den Wachstandorten hängt vom Eigentümer bzw. dem Mieter der Immobilien (dies ist regelmäßig der Träger des Rettungsdienstes, der Landkreis Havelland) ab. Die nachhaltige Steuerung im Bereich der Verbrauchsmaterialien und auch im Bereich der Dienstkleidung kann ebenfalls Ressourcen sparen.

Um die Leistungserbringung zugunsten der Bevölkerung im bodengebundenen Rettungsdienst zu verbessern, stehen die Gesundheit und Wohlergehen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Mittelpunkt der Ziele der Personalentwicklung der RHG. Die Betreuung durch die Betriebsmedizin und den Arbeitsschutz unterstützt das sichere und gesunde Arbeiten in der RHG, die durch ein Betriebliches Eingliederungsmanagement unter Nutzung des Bradfordfaktors flankiert wird.

Die geschlechterneutrale Einstellung und auskömmliche Vergütung von Mitarbeitern erfolgt über den TVöD, der auch einen deutlich höheren Urlaubsanspruch gewährt, als es das Bundesurlaubsgesetz vorsieht. Alle personellen und organisatorischen Maßnahmen im Betriebe erfolgen unter Beachtung der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates. Die Arbeitszeiterfassung erfolgt umfassend, transparent und elektronisch im Sinne des Arbeitszeitgesetzes und der arbeitsvertraglichen Regelungen (TVöD). Eine neue Betriebsvereinbarung Arbeitszeitwirtschaft sichert eine verlässliche und stabile Dienstplanung.

Die RHG bietet ihren Mitarbeitern ein Jobticket an, das demnächst mit dem 49€-Ticket kombinierbar sein soll.

Mehr Kommunikation im Betrieb, unter den Betriebsparteien und unter den Mitarbeitern vermittelt diese Ziele und stärkt das Nachhaltigkeitsbewusstsein.

Risikobericht

Die in 2019 beschlossene Novellierung des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes und der Landesrettungsdienstplanverordnung wird die Personalentwicklung auf Grund der Fristverlängerung für die Einsatzmöglichkeit für Rettungsassistenten als Notfallsanitäter noch bis ins Jahr 2025 grundsätzlich beeinflussen. Die größten Unwägbarkeiten stellen sich nach wie vor durch das zu erwartende Gesetz zur Reform der Notfallversorgung dar. Durch die im Referentenentwurf beschriebenen Änderungen der Finanzierungsgrundlagen und Zuständigkeiten der Notfallversorgung, einschließlich des Rettungsdienstes ergeben sich grundlegende Fragen zur weiteren Zukunft des Rettungsdienstes im Landkreis Havelland.

Die RHG begrenzt diese Risiken seit geraumer Zeit mit einer gezielten Nachwuchsförderung, einer kontinuierlichen und in Zukunft weiter auszubauenden Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, der Anwendung der aktuellen Entgelttabellen und Entgeltordnungen des TVöD (VKA), der Umsetzung einer Betriebsvereinbarung zur leistungsorientierten Bezahlung und nicht zuletzt durch eine moderne technische Ausstattung der Rettungsmittel.

Die seit Jahren andauernde Auseinandersetzung mit dem Betriebsrat zur Neugestaltung der Betriebsvereinbarung zur Arbeitszeitwirtschaft 3006 und Dienstplangestaltung konnte mit einer neuen Betriebsvereinbarung gelöst werden. Die in der neuen BV geschaffene Möglichkeit, ein stabiles Dienstsysteem auf Basis eines Rollendienstplanes unter Einbeziehung einer auskömmlichen Ausfallreserve einzuführen ist einseitig am 28.02.2023 vom Betriebsrat für gescheitert erklärt

worden. Problematisch bleiben die BV Urlaub und die Einschränkungen durch den TVÖD in Bezug auf Bezahlung von Sonderfunktionen oder Praxisanleiter.

Die Verwaltungsstruktur der RHG wurde angepasst. Um den aktuellen Herausforderungen auch zukünftig standzuhalten, müssen noch weiterführende Veränderungen auf Wachenebene umgesetzt werden (Wachenverantwortliche).

Mit der abgeschlossenen Umsetzung des Masterplanes „Notfall 2020“ und Strukturveränderungen wurden wesentliche organisatorische und personelle Veränderungen vollzogen, die eine dauerhafte Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Einsatzbereitschaft des Unternehmens sicherstellen. Bei der Optimierung der IT-Systeme und der Software konnten entsprechende Programme beschafft und in 2023 eingeführt werden (RETTpro). Der Ausbau der digitalen Arbeitsgrundlagen erfolgt im Verbund der Unternehmensgruppe im Rahmen des Masterplanes „Digitalisierungsoffensive 2021-25“ und wird durch die Konzernverwaltung koordiniert.

Für die Weiterentwicklung des bodengebundenen Rettungsdienstes in den kommenden Jahren sollten folgende Anforderungen berücksichtigt werden:

Dynamisierung

Ziel der Bedarfsplanung im Landkreis Havelland ist es, die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen des Rettungsdienstes sicherzustellen. Dazu wurden bisher die Anzahl der Wachenstandorte und der Rettungsmittel kontinuierlich erhöht. Dynamische Verfügbarkeiten von Rettungsmitteln spielen lediglich in der Disposition aber nicht in der Planung eine Rolle. Es sollte gelingen, das vorhandene Personal und Material effektiver und effizienter zu nutzen. Dazu ist der Einsatz analytischer Prognosemethoden notwendig. Die Entwicklung weg vom statischen Wachenstandortkonzept hin zu einer datenbasierten dynamischen Einsatzplanung sollte in den nächsten Jahren eingeschlagen werden, um den stetig steigenden Anforderungen gerecht zu werden.

Digitalisierung

Die personelle Absicherung der Notarztstandorte stellt sich aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit von Notärzten zunehmend schwieriger dar. Daher erhält der Einsatz der Telenotfallmedizin eine immer größere Bedeutung. Mit der Etablierung des Berufsbildes des Notfallsanitäters steht hoch qualifiziertes medizinisches Personal zur Verfügung, das bei entsprechender Anleitung wesentliche medizinische Versorgungsleistungen erbringen kann, was nachhaltig durch den Einsatz der Telenotfallmedizin unterstützt wird. Die RHG strebt an, Rettungsfahrzeuge der Generation „Havelland III“, weiterhin mit einer entsprechenden technischen Vorrüstung auszustatten und somit bei zukünftigen Fördergeldern eine vollständige Nachrüstung mit den erforderlichen Komponenten zu ermöglichen. Eine telemedizinische Betreuung, im besten Fall Tag und Nacht würde die Einsatzfrequenz der Notärzte deutlich reduzieren, so dass eine abgesicherte Versorgung bei effizientem Ressourceneinsatz möglich ist. Auf Seiten der Havelland Kliniken ist man zuversichtlich, die hierfür erforderlichen Fördergelder zeitnah bewilligt zu bekommen.

Die Optimierung der eingesetzten digitalen Erfassungs- und Dokumentationssysteme stellt einen weiteren Aufgabenschwerpunkt der Digitalisierungsoffensive dar. Die zeitnahe und differenzierte Auswertung des Einsatzgeschehens ist für eine effiziente Qualitäts- und Ressourcensicherung erforderlich. Die vorhandenen Systeme müssen miteinander harmonisiert und die Nutzung des Datenbestandes für Qualitätssicherungsmaßnahmen ermöglicht werden.

Qualitätsmanagement

Von zentraler Bedeutung für die weitere Entwicklung des Unternehmens ist die verstärkte Orientierung auf eine qualitätsorientierte Prozessorganisation. Mit der Qualitätszertifizierung nach DIN EN 15224 wurde eindrucksvoll bewiesen, dass die Instrumente wie eine jährliche Balanced

Scored Card und ein laufendes Qualitätsmanagement, welches durch die Besetzung der QM Stelle im Herbst 2022 nun auch kontinuierlich gewährleistet werden kann, ein wesentlicher Beitrag zur sicheren und wirtschaftlichen Patientenversorgung ist. Damit konnte der Verpflichtung zur Qualitätssicherung aus dem Rettungsdienstgesetz nachgekommen werden.

Wachen-Infrastruktur

Im Landkreis Havelland werden derzeit 11 Wachenstandorte verteilt auf 12 Standorte vorgehalten. Durch das neue Notfallzentrum in der Klinik Nauen kann das Einsatzmittel für den Notarzt direkt von der Notaufnahme ausrücken, was einen deutlichen Zeitvorteil bedeutet. Dieser Standort wird als Nebenstandort zur Wache Nauen geführt. Die neue Wache in Nennhausen soll in 2023 in Betrieb gehen. Für die Standorte Brieselang und Schönwalde/Glien werden neue Wachenstandorte gesucht. In der mittelfristigen Entwicklung sollte ein klarer Schwerpunkt auf die Haupt-Wachen Falkensee, Nauen und Rathenow gesetzt werden. Diese Schwerpunktwachen sollten zu modernen Rettungszentren, die optimale Gegebenheiten für Ausbildung und Logistik bieten, entwickelt werden. Die in diesen Wachen besonders hohe Einsatzfrequenz erfordert eine entsprechende Ausstattung (Lehrrettungswache, Fortbildungsstandort) und adäquate Arbeitszeitmodelle.

Mobilisierung

Die RHG hat bereits in den letzten Jahren mit dem Programm „Richtig Helfen Ganz leicht“ die Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit in der Bevölkerung begonnen. Die Information und Aktivierung von jungen Menschen und Ehrenamtlern ist in der Zukunft von großer Bedeutung für die Unterstützung der präklinischen Versorgung. Mit der Kampagne „First Responder Havelland“ und der Kat-Retter App soll ein Beitrag zur Verbreitung von Wiederbelebungskenntnissen im Landkreis Havelland geleistet werden.

Nauen, den 03.03.2023

Matthias Rehder
Geschäftsführer

Dr. med. Petra Wilke
Geschäftsführerin

3.1.7 Ausbildungszentrum Gesundheit und Pflege Havelland GmbH

Tochterunternehmen der Havelland Kliniken GmbH

Unternehmensdaten

Ketziner Straße 19

14641 Nauen

Tel.: 03321 42-1000

info.nauen@havelland-kliniken.de

www.havelland-kliniken.de

3.1.7.1 Gegenstand des Unternehmens

Betrieb von staatlich anerkannten Schulen für Berufe im Gesundheitswesen und der Pflege, die Durchführung von Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Beschäftigte in diesen Bereichen. Die Erbringung von Beratungs- und Bildungsangeboten zu Gesundheit und Pflege für betroffene oder gefährdete Menschen, ihre Angehörigen sowie Selbsthilfegruppen und die Durchführung bildungsbegleitender Forschungsprojekte.

3.1.7.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 131 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Sicherung und Förderung eines breiten Angebotes an Bildungseinrichtungen zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise.

3.1.7.3 Rechtliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum:	18.12.2015
Gesellschaftsvertrag:	vom 09.03.2016, letzte Änderung vom 08.04.2022
Handelsregister - Nr.:	HRB 28772 P
Sitz der Gesellschaft:	Nauen
Stand der Firmendaten:	30.11.2023
Basis der Finanzdaten:	Jahresabschluss 2022

3.1.7.4 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt: 200.000,00 Euro		
Die Stammeinlage wird gehalten von:		
Havelland Kliniken GmbH	120.000,00 Euro	60,00 %
Landkreis Havelland	80.000,00 Euro	40,00 %

3.1.7.5 Organe der Gesellschaft

<i>Gesellschafterversammlung</i>	Havelland Kliniken GmbH, vertreten durch Thilo Spychalski Landkreis Havelland, vertreten durch Robert Cardeneo bis 30.04.2017 (Betrauung durch Landrat Dr. Burkhard Schröder), Nicole Böttcher ab 01.07.2021 (Betrauung durch Landrat Roger Lewandowski) Nils Ahrens ab 05.03.2022 (Betrauung durch Landrat Roger Lewandowski)
<i>Geschäftsführung</i>	Thilo Spychalski Matthias Rehder

3.1.7.6 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

3.1.7.7 Kennzahlen

Bilanz per 31.12.2022

Aktiva	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Anlagevermögen	4.423	4.547
Umlaufvermögen	1.160	731
Rechnungsabgrenzungsposten	5	11
Passiva		
Eigenkapital	5.395	5.147
Sonderposten	54	50
Rückstellungen	38	21
Verbindlichkeiten	102	71
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Bilanzsumme	5.589	5.288

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Umsatzerlöse	1.830	1.597
Sonstige betriebliche Erträge	123	76
Materialaufwand	161	298
Personalaufwand	1.095	871
Abschreibungen	146	143
Sonstige betriebliche Aufwendungen	302	260
Jahresergebnis	248	102

Leistungs- und Finanzbeziehungen § 61 Nr. 4 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV)

§ 61 Nr.:	Wirtschaftsjahr 2022	Betrag in €	Kurzbeschreibung
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen	- keine	
4.b	Gewinnentnahmen/ Verlustrückstellungen	- keine	
4.c	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- keine	
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	- keine	

Analysedaten der Ausbildungszentrum Gesundheit und Pflege Havelland GmbH gemäß § 61 Nr. 2 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung*

Kennzahl	Formel	2020	2021	2022
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				
Anlagenintensität (%)	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	88,5	85,9	79,1
Eigenkapitalquote (%) (ohne Sonderposten)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	95,7	98,3	96,5
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Euro)	aus Bilanz	0,0	0,0	0,0

Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				
Anlagendeckung II (%)	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	108,2	113,4	122,0
Zinsaufwandsquote (%)	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	0,0	0,0	0,0
Liquidität 3. Grades (%)	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	318,1	514,4	826,9
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEuro)	Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zun./Abn. der langfr. Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentl. Erträge	192	245	394

Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				
Gesamtkapitalrentabilität(%)	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkap.-zinsen}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	0,9	1,9	4,4
Umsatz (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	1.417.255	1.597.275	1.829.672
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	48.424	101.625	248.193

Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				
Personal-aufwandsquote (%)	$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	55,7	54,6	59,8
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr im Durchschnitt beschäftigtes Personal	19	19	21

*Analysedaten dem Jahresabschluss der Gesellschaft entnommen

3.1.7.8 Lage des Unternehmens

Die Ausbildungszentrum Gesundheit und Pflege Havelland GmbH (AGP) ist eine mehrheitliche Tochtergesellschaft der Havelland Kliniken GmbH (HKG). Die Geschäftsanteile werden zu 40 % vom Landkreis Havelland und zu 60 % von der Havelland Kliniken GmbH gehalten. Die AGP hat ein Stammkapital von 200.000 €. Sitz der Gesellschaft ist die Stadt Nauen.

Die AGP bildet mit der Havelland Kliniken GmbH (HKG), der Medizinischen Dienstleistungszentrum Havelland GmbH (MDZ), der Rettungsdienst Havelland GmbH (RHG), der Gesundheitsservicegesellschaft Havelland mbH (GSG), der Wohn- und Pflegezentrum Havelland GmbH (WPZ) und der Sozialen Betreuungsgesellschaft Havelland mbH (SBG) die Havelland Kliniken Unternehmensgruppe (HKU). AGP und GSG bilden den Konzernbereich II – Infrastruktur.

Der Gesellschaftszweck ist die Führung des Ausbildungszentrums als Pflegefachschule mit überbetrieblicher Ausbildung von Pflegeberufen sowie der Auf- und Ausbau eines Fort- und Weiterbildungszentrums im medizinischen und pflegerischen Bereich, der Aufbau, die Unterstützung und Förderung von Selbsthilfegruppen, -organisationen und -kontaktstellen der gesundheitlichen und pflegerischen Selbsthilfe sowie der Gesundheitsförderung und Prävention.

Die Gesellschaft hat unterhalb der Geschäftsführung eine Verwaltungsleitung und untergliedert sich in folgende Geschäftsbereiche (GB):

- Geschäftsbereich I (GB I) Pflegefachschule
- Geschäftsbereich II (GB II) Fort- und Weiterbildung.

Die Geschäftsbereiche I (Ausbildung / Pflegefachschule) und II (Fort- und Weiterbildung) haben in 2022 ihre Entwicklung fortgeführt und damit der AGP insgesamt eine weitere Stabilisierung ermöglicht.

Der Personalbestand stieg im Wirtschaftsjahr 2022 auf 15,96 Vollkräfte (Plan 17,96 VK) und ist ausreichend für die Leistungserbringung gewesen.

Die Leistungsentwicklung zeigt im GB I stabile Schülerzahlen. Dennoch gibt es Unterschiede in der Auslastung der Klassen – tendenziell sind die Klassen im Oktober starker ausgelastet. Wobei sich in der Generalistik nun auch ein realistisches Bild der Ausbildungsabbrüche und Auslastung zeigt. Zu Beginn des Ausbildungsjahres 2022/2023 sind erstmals für die Generalistik alle Ausbildungsjahre vorhanden und es zeigt sich eine Auslastung von durchschnittlich 80 % für diese Ausbildungsrichtung. Schließt man die Integrative Pflegeausbildung und die Altenpflegehilfe ein, sind es 75,5 %.

Abbildung 1 zeigt die Auslastung der einzelnen Klassen. Mit der Generalistik ist die wirtschaftliche Planungssicherheit im Vergleich zur Altenpflege deutlich verbessert, da die Finanzierung, trotz Abbruch, über ein Ausbildungsjahr läuft. Für die Folgejahre ist die Betrachtung der Ausbildungsabbrüche dennoch wichtig und soll künftig genauer evaluiert werden.

Ein späteres Auffüllen der Klassen mit sog. „Verkürzern“ ist auch in der Generalistik möglich, jedoch noch nicht ausreichend etabliert, wie dies zum Beispiel in der Altenpflege der Fall war. Ein Grund ist der bisher in Brandenburg nicht vorhandene Pflegeassistentenberuf, der nach Aussage des zuständigen Fachministeriums frühestens ab 2024 beginnen soll.

Die generalisierte Pflegeausbildung zur/ zum Pflegefachfrau/ Pflegefachmann hat neben der gesetzlichen Notwendigkeit auch eine hohe wirtschaftliche Bedeutung für die AGP. Hier werden tragfähige und qualitativ hochwertige Kooperationskonzepte entwickelt, um die Finanzierung optimal zu nutzen. Der Anteil der externen Kooperationspartner für die Generalistik liegt bei ca. 20 %. Das Ziel liegt bei 40 %, da dies auch bei Übernahme der Altenpflegeschule so formuliert wurde. Schwierigkeit ist, dass im Unterschied zur Altenpflege die Havelland Kliniken GmbH als größter Ausbildungspartner die Anteile verändert.

Die Entwicklung des GB II (Fort- und Weiterbildung) ist von sich stetig verändernden Gegebenheiten geprägt. Die Buchungen für Inhouse-Schulungen sind weiterhin auf einem niedrigen Niveau, aufgrund der schwierigen Personalsituation in den Einrichtungen kommt es immer wieder zu Absagen. Die große Nachfrage an Basisqualifizierungen für den Pflege- und Betreuungsbereich war, wie erwartet, im Vergleich zum Vorjahr wieder geringer. Die Suche nach Dozenten bleibt schwierig.

Die Erlöse der Geschäftsbereiche sind in Tabelle 1 dargestellt, ebenso die Auslastung aller Klassen.

Die Reduzierung der Erlöse im GB II hat keinen direkten Bezug zur Pandemie, sondern ist auf größere Fortbildungsformate innerhalb der HKU, wie zum Beispiel die Fortbildung der Stationsleitungen oder das umfassende Führungskräfteentwicklungsprogramm, zurückzuführen. Diese wurden bis 2022 weitestgehend beendet, wobei in 2022 noch ein „Rest“ an Erlösen für das Führungskräfteprogramm ersichtlich sind, die im Weiteren nicht mehr so eingeplant sind.

Das QM System ist weiterhin nach AZAV zertifiziert, um die Möglichkeit der Finanzierung für die Teilnehmer bzw. Arbeitgeber durch Bildungsgutscheine zu ermöglichen.

Die Umsatzerlöse der AGP liegen 3,8 % über dem Planansatz. Insgesamt kommen noch Erstattungen aus Lohnfortzahlungen und nicht geplante Fördermittel in Höhe von 98 T€ hinzu.

Die Personalaufwendungen im Jahr 2022 betrugen 1.095 T€ und sind damit 4 T€ bzw. 0,4 % unter Plan. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Personalaufwand um TEUR 224 gestiegen. Ursächlich für den Anstieg sind u.a. die Anpassung der Vergütungsstruktur an den AVR sowie die Beschäftigung von mehr Vollkräften (+1,1 VK). Weiterhin wurden 2 T€ Inflationsausgleichsprämie pro VK ausgezahlt.

Für Materialaufwendungen wurden 161 T€ verausgabt, was 26,8 % unter dem Plan liegt. Dies liegt vor allem an nicht verausgabten Aufwendungen für Honorare. Weiterhin macht sich in diesem Bereich auch der bislang geringe Verbrauch für Energie und Wärme bemerkbar.

Die Abschreibungen in 2022 betragen 146T€ und liegen 12 T€ (9,0 %) über dem Planansatz.

Für sonstige betriebliche Aufwendungen (Versicherungen, Instandhaltung, Büromaterial, Reisekosten, Beratungskosten, Projektarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Mieten, Fort- und Weiterbildung) ist ein Gesamtaufwand in Höhe von 302 T€ angefallen, was einer minimalen Überschreitung des Plans von 2,4 % entspricht.

Die Investitionen der AGP im Wirtschaftsjahr 2022 betrugen insgesamt 22 T€, dies beinhaltet Investition in die Möblierung bzw. Gestaltung der Außenanlagen sowie weitere Ausstattung zur praktischen Ausbildung, welche größtenteils durch Fördermittel umgesetzt werden konnten. Da die Ausgabe von Fördermitteln zum größten Teil kurzfristig zur Mitte des Wirtschaftsjahres bekannt gegeben werden, können sie im Plan regelmäßig nicht abgebildet werden.

Für die Beschäftigten der AGP gilt die Arbeitsvertragsrichtlinie (AVR) vom 21.08.2017 in der Fassung vom 10.10.2022 mit der dazugehörigen Entgelttabelle, die aufgrund der sich abzeichnenden guten Entwicklung zum 01.10.2022, insbesondere auch für hauptamtliche Lehrkräfte, differenziert weiterentwickelt werden konnte. Die Erhöhung entspricht einer Steigerung der Vergütungsstruktur (Entgelttabelle) von durchschnittlich 15,6 %. Um den TVÖD als Orientierung weiter näher zu kommen, werden in den nächsten Jahren weitere Schritte erforderlich sein.

Im Wirtschaftsjahr 2022 beträgt der Jahresüberschuss 248 T€ gegenüber geplanten 13 T€. Dies ist zusammenfassend auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Erstattung aus Lohnfortzahlung und ungeplante Fördermittel i. H. v. 98 T€,
- Geringerer Materialaufwand für Honorare aufgrund des auslaufenden Führungskräfte-Entwicklungsprogramms
- Die Erlöse der Ausbildung liegen ca. 6 % bzw. 89 T€ über Plan,
- Insgesamt deutliche Überauslastung des Gebäudes mit mehr als der vorgesehenen Klassenanzahl (ausstehender 2. BA).

Die Liquidität der AGP war im Wirtschaftsjahr 2022 vollumfänglich gesichert. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen zu 5,82€ aus der Entgeltabrechnung. Zum 31.12.2022 beträgt

der Finanzmittelendbestand der AGP inklusive der Forderungen aus dem Cashpool 1.094 T€ (Vorjahr 712 T€).

Ziel der mittelfristigen Finanzplanung der AGP ist weiterhin eine stabile wirtschaftliche Entwicklung, wobei die Planung der Investitionen immer in Hinblick auf den 2. Bauabschnitt erfolgen muss. Die in Aussicht gestellten Fördermittel von 5,5 Mio. € sind bei steigenden Baukosten seit der Beantragung in 2019 nicht ausreichend, so dass Eigenmittel und ggf. eine Finanzierung durch Kredite in Betracht gezogen werden müssen.

Zum 31.12.2022 bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von 102 T€, welche 24 T€ Verbindlichkeiten für Gewährleistungen in Bezug auf den Neubau beinhalten.

Das Anlagevermögen der AGP ist von 4.547 T€ auf 4.423 T€ durch die jährlichen Abschreibungen gefallen.

Die AGP befindet sich in einer wirtschaftlich stabilen Lage. Der Jahresüberschuss von 248 T€ liegt deutlich über Plan. Dies ist jedoch vorrangig auf die Erstattung aus Lohnfortzahlung, nicht geplante Fördermittel, nicht verausgabte Honorarkosten und zusätzliche Erlöse durch Ausbildung zurückzuführen.

Die Eigenkapitalquote der AGP beträgt 96,5 %, die Eigenkapitalrendite 4,6 %. Die Umsatzrentabilität beträgt 13,6 %.

Nachhaltigkeitsbericht

Gesundheit und Wohlergehen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen ebenfalls im Mittelpunkt der Gesellschaft. Die Betreuung durch die Betriebsmedizin und den Arbeitsschutz unterstützt das sichere und gesunde Arbeiten in der AGP. Die geschlechterneutrale Einstellung von Mitarbeitern erfolgt über die Arbeitsvertragsrichtlinien, die auch einen deutlich höheren Urlaubsanspruch gewähren, als es das Bundesurlaubsgesetz vorsieht.

Die AGP hat mit der Havelland Kliniken Unternehmensgruppe gemeinsam ihre Stromlieferungsverträge auf 100% grünen Strom umgestellt. Die Stromversorgung wird durch den Energiemanager der HKU gesteuert. Die Wärmeversorgung für die AGP erfolgt durch Wärmelieferung aus einem in unmittelbarer Nachbarschaft liegenden zentralen Holzhackschnitzelkraftwerk.

Risikobericht

Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Die Anzahl neuer Auszubildender der AGP war in 2022 gut, wenn auch die erhöhte Anzahl zu Beginn der Generalistik nicht mehr erreicht wurde. Der Abgang von Azubis wurde bereits in der Planung berücksichtigt. Insgesamt zeigt sich nun ein realistischeres Bild, in Bezug auf die Auslastung der Klassen. Die Besetzung der Oktoberklassen ist gut, für den April ist die Besetzung deutlich schwieriger. Hier ist die Etablierung der Verkürzer wichtig, die nicht unmittelbar mit dem zeitlichen Abschluss der Schule in Verbindung steht. Perspektivisch ist dies vielleicht mit Beginn der Pflegeassistentenausbildung einfacher zu steuern. Die Anzahl von Umschülern ist nicht auf einem Niveau vergleichbar mit der Altenpflege, spielt aber auch im Rahmen der Generalistik eine Rolle, so dass die Träger- und Maßnahmenzertifizierung nach AZAV fortgesetzt wird.

Die Vergütungsstruktur (AVR) wurde zum 01. Oktober 2022 um insgesamt 15,6 % gesteigert. Die Spanne bewegt sich in den einzelnen Vergütungsgruppen hierbei zwischen 9,7 % und 22,6 %. Dabei mussten einerseits Mindestlohnsteigerungen berücksichtigt werden. Zum anderen wurde die Entgeltgruppen der Hauptamtlichen Lehrkräfte deutlich angehoben und an den TVöD angepasst, um

in der Personalakquise wettbewerbsfähig zu bleiben. Die AVR der AGP hat derzeit noch keine Jahressonderzahlung.

Der bisherige Weg der AGP im Rahmen der Digitalisierung – Anschaffung Schulsoftware, digitales Angebot für Lernende, Aufbau E- und Blended-Learning und eigene Landingpage – wird als fortlaufender Prozess weitergeführt und die einzelnen Bausteine harmonisiert. Dabei werden ggf. zusätzliche, erforderliche Module nicht ausgeschlossen.

Prognosebericht

Nach dem erfolgreichen Start der generalistischen Pflegeausbildung in 2020 zeigte sich mit der Aprilklasse 2021 bereits die Schwierigkeit der Auslastung im Frühjahr. Dieses Bild setzt sich weiter fort. Dennoch wird die AGP diesen Weg weitergehen, um zukünftig zweimal im Jahr Pflegekräfte auszubilden.

Spätestens seit Sommer des Jahres 2022 hat die AGP nun die Grenzen der räumlichen Kapazität erreicht und muss teilweise die Aula als Klassenraum nutzen. Von großer Bedeutung ist daher die seit 2019 ausstehende Fördermittelentscheidung zum 2. Bauabschnitt, die sich für das Jahr 2023 endlich abzeichnet. Es besteht eine ausreichende Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und ein durch die Pandemie offenkundig gewordener Bedarf an Fachkrankenpflege. Dem kann die AGP nur durch die Realisierung des 2. Bauabschnittes Rechnung tragen.

Im Bereich des Qualitätsmanagements bleibt die AGP nach AZAV zertifiziert. Aufgrund des Wegfalls der DIN ISO Norm 29990 bleibt die AGP bei der Entscheidung, eine erneute Zertifizierung einer anderen DIN vorerst nicht durchzuführen. In Erwägung gezogen wird eine Verbundzertifizierung ab 2025, die z. B. nach DIN ISO 9001 möglich ist.

Im GB II muss nach personellen und strukturellen Veränderungen das Angebot sukzessive neugestaltet werden. Da die Digitalisierung in beiden Geschäftsbereichen weiterhin an Bedeutung zunimmt, wurde die Nachbesetzung einer Sachbearbeiterstelle zunächst durch IT-Administration ergänzt. Dies dient zum einen der Weiterentwicklung der Lernplattform, aber auch der digitalen Nutzung des Verwaltungsprogramms.

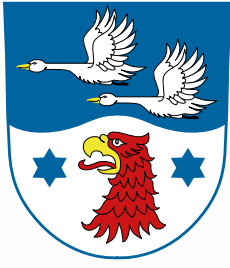
Zentraler Punkt für die Fort- und Weiterbildung ist die Dozentenakquise, um das Fort- und Weiterbildungsangebot stärken und ausbauen zu können. Durch hohe Arbeitsbelastung in den Hauptberufen und allgemeine Knappheit an Dozenten, stellt die Suche eine besondere Herausforderung dar. Hierbei muss die AGP zukünftig auch die fachlich-didaktische Weiterbildung der Dozenten unterstützen.

Die Personalentwicklung, z. B. durch Qualifizierung von Lehrpersonal, die die AGP seit Bestehen sehr umfänglich betreibt, führt zu einer guten Besetzung in diesem Bereich und zur Bewerbung von hauptamtlichen Lehrkräften aus anderen Pflegeschulen. Somit wird der Blick künftig auf die Bindung der Mitarbeiter und deren Spezialisierung gerichtet, um weiterhin ein attraktiver und innovativer Arbeitgeber zu sein. Gleichzeitig soll so langfristig der Beitrag für eine qualitativ hochwertige Aus-, Fort- und Weiterbildung der Pflege im Havelland geleistet werden.

Nauen, den 24.02.2023

Thilo Spychalski
Geschäftsführer

Matthias Rehder
Geschäftsführer



LANDKREIS
HAVELLAND

3.2 Rathenower Werkstätten gemeinnützige GmbH

3.2 Rathenower Werkstätten gemeinnützige GmbH

Unternehmensdaten

Heidefeldstraße 17
14712 Rathenow
Tel.: 03385 5341-3
RN-Werkstaetten@t-online.de
www.rathenower-werkstaetten.de

3.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Betrieb der Rathenower Behindertenwerkstätten und -wohnanlagen.
Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

3.2.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 131 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die soziale Betreuung zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise.

3.2.3 Rechtliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum:	16.03.1993
Gesellschaftsvertrag:	vom 25.11.1991, letzte Änderung vom 16.03.2015
Handelsregister - Nr.:	HRB 5158
Sitz der Gesellschaft:	Rathenow
Stand der Firmendaten:	30.11.2023
Basis der Finanzdaten:	Jahresabschluss 2022

3.2.4 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt:	25.600,00 Euro
Die Stammeinlage wird gehalten von:	
Landkreis Havelland	25.600,00 Euro 100 %

3.2.5 Organe der Gesellschaft

<i>Gesellschafterversammlung</i>	Landkreis Havelland, vertreten durch Gabriela Mewes bis 30.11.2022 (Betrauung durch Landrat Dr. Burkhard Schröder) Scott Fabian Rottmann ab 01.12.2022 (Betrauung durch Landrat Roger Lewandowski)
<i>Verwaltungsrat</i> <i>Vorsitzender:</i> <i>Stellvertretender Vorsitzender:</i> <i>Weitere Mitglieder</i>	Wolfgang Gall (Beigeordneter und Dezernent im LK HVL) Dieter Dombrowski (Kreistagsabgeordneter) Ulf Gottwald Hans-Jürgen Grigoleit
<i>Geschäftsführung</i>	Mike Ingo Hagemann

3.2.6 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

3.2.7 Kennzahlen

Bilanz per 31.12.2022

	per 31.12.2022	per 31.12.2021
Aktiva	in T€	in T€
Anlagevermögen	8.940	9.266
Umlaufvermögen	5.932	5.061
Rechnungsabgrenzungsposten	8	15
Passiva		
Eigenkapital	11.721	11.215
Zuschüsse zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.747	1.866
Rückstellungen	885	577
Verbindlichkeiten	518	653
Rechnungsabgrenzungsposten	9	31
Bilanzsumme	14.880	14.342

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Umsatzerlöse	10.496	10.262
Sonstige betriebliche Erträge	1.143	915
Materialaufwand	2.103	2.079
Personalaufwand	7.877	7.356
Abschreibungen	778	719
Sonstige betriebliche Aufwendungen	392	326
Jahresergebnis	507	686

Leistungs- und Finanzbeziehungen § 61 Nr. 4 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV)

§ 61 Nr.:	Wirtschaftsjahr 2022	Betrag in €	Kurzbeschreibung
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen		- keine
4.b	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche		- keine
4.c	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen		- keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können		- keine

Analysedaten der Rathenower Werkstätten gGmbH gemäß § 61 Nr. 2 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung*

Kennzahl	Formel	2020	2021	2022
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				
Anlagenintensität (%)	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	70,0	64,6	60,1
Eigenkapitalquote (%) (ohne Sonderposten)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	79,6	91,2	78,8
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Euro)	aus Bilanz	0,0	0,0	0,0

Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				
Anlagendeckung II (%)	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	113,8	126,3	131,1
Zinsaufwandsquote (%)	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	0,1	0,2	0,0
Liquidität 3. Grades (%)	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	565,4	2.391,9	422,9
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEuro)	Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zun./Abn. der langfr. Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentl. Erträge	1.760	1.617	1.423.500

Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				
Gesamtkapitalrentabilität(%)	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkap.-zinsen}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	8,0	4,9	3,4
Umsatz (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	10.338.112	10.261.837	10.495.826
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	1.051.382	685.664	506.570

Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				
Personal-aufwandsquote (%)	$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	68,2	71,7	75,0
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr im Durchschnitt beschäftigtes Personal	401	395	391

*Analysedaten dem Jahresabschluss der Gesellschaft entnommen

3.2.8 Lage des Unternehmens

Die UN-Behindertenrechtskonvention, die durch das am 01.01.2017 in Kraft getretene Bundesteilhabegesetz (BTHG) konkretisiert wurde, ist unverändert die Grundlage für unsere rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Das BTHG ist ein umfassendes Gesetzespaket, mit dem beabsichtigt ist, den Menschen mit Behinderungen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und mehr Selbstbestimmung zu ermöglichen. Ab 2023 tritt die letzte Reformstufe in Kraft, welche die Neubestimmung des leistungsberechtigten Personenkreises in der Eingliederungshilfe (nach Artikel 25a BTHG, § 99 SGB IX), definiert.

Die Personen, die einen Anspruch auf Aufnahme in eine Werkstatt für Menschen mit Behinderungen haben, können alternativ zur Werkstatt auch sogenannte „andere Leistungsanbieter“ wählen. Entgegen den Befürchtungen hat die Zulassung anderer Leistungsanbieter auch 2022 bei uns noch keine direkt spürbaren Auswirkungen gezeigt.

Aktuelle Schwerpunkte sind die demografischen Gegebenheiten, die vermutlich noch steigenden Energiekosten sowie die Teuerungsrate, welche sämtliche Bereiche der Sachkosten betrifft.

Die Geschäftsführung hat in Bezug auf die Vergütungsvereinbarungen entschieden, im Jahr 2022 für das Jahr 2023 nicht an der Entgeltfortschreibung teilzunehmen.

Somit wurde 2022 für fast alle Einrichtungsbereiche die Entgeltvergütungsverhandlung vorbereitet und sämtliche Kostennachweise erbracht.

Das Auslaufen von Gesetzen und Verordnungen bezüglich der Corona Pandemie führte zur Entspannung bei sehr vielen zusätzlichen Tätigkeiten und Verwaltungsabläufen.

Zur Entwicklung unserer Unternehmensbereiche stellen wir fest:

Bereich Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM)

Der leichte Rückgang der Teilnehmerzahlen hat sich auch 2022 fortgesetzt. Allgemein lässt sich feststellen, dass unter den Mitarbeitenden mit Behinderungen die Altersgruppe zwischen 50 und 60 Jahren statistisch am häufigsten vertreten ist.

Im Geschäftsjahr haben sich die Teilnehmer des Werkstattrates dazu entschlossen, der Landesarbeitsgemeinschaft Werkstatträte beizutreten. Hierbei ist es das Ziel, die Mitbestimmung über den kommunalen Rahmen hinaus, zu intensivieren.

Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich

Die Ausrichtung der beruflichen Bildung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erfordert spezielle Strukturen und Kompetenzen. Im unserem Zentrum für Arbeits- und Berufsförderung (ZAB) werden auf die Behinderung jedes Einzelnen abgestimmte Diagnose- und Lehrverfahren angewendet und ständig weiterentwickelt. Ziel ist es, Menschen, die im Rahmen der beruflichen Rehabilitation zu uns kommen, ein noch breiteres Spektrum der beruflichen Bildung anzubieten und wenn erreichbar, die Grundlagen für nachfolgende Qualifizierungen (Helferberufe) nach § 66 BBiG und § 42 HWO zu legen.

Entsprechend der Rechtsverordnung zur Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung erfolgte 2022 coronabedingt kein Audit. Dieses wird 2023 nachgeholt. Eine Bescheinigung über die übergangsweise Gültigkeit der Zertifizierung wurde erstellt.

Arbeitsbereich

Dieser Bereich ist die größte Einheit in unserem Unternehmen und stellt für geeignete Personen die Fortführung des Berufsbildungsbereiches dar. Die Werkstatt hat einen hohen Stellenwert für die Teilhabe behinderter Menschen am Leben in der Gesellschaft und erzielt eigene Erlöse im freien Wettbewerb. Ein Anstieg der Beschäftigtenzahlen in der Werkstatt wird von uns aus demographischen und sozialpolitischen Gründen in absehbarer Zeit nach wie vor nicht erwartet.

Die Außenarbeitsplätze und ausgelagerten Arbeitsplätze sind nahezu unverändert belegt. Insbesondere im Arbeitsfeld der Garten- und Landschaftspflege ist die Auftragslage leicht rückläufig, da ein Auftraggeber die langjährige Vertragsbeziehung beendet hat. Es stehen für diese Tätigkeiten behinderungsbedingt nur eine begrenzte Anzahl von geeigneten Mitarbeitenden zur Verfügung, so dass auch keine neuen Aufträge angestrebt werden.

Förder- und Beschäftigungsbereich

Im Förder- und Beschäftigungsbereich der WfbM werden an zwei Standorten Menschen mit Schwerstmehrfachbehinderung betreut und umfassend gefördert.

Schwerpunkt der Arbeit ist die Förderung in lebenspraktischen Bereichen, dazu zählen die tagesstrukturierenden Abläufe und die Erhaltung und Festigung vorhandener Fähigkeiten und Fertigkeiten. Unter Berücksichtigung des individuellen Leistungsvermögens und erreichter Fortschritte, sind auch Integrationsversuche in den Berufsbildungsbereich zwingender Bestandteil der täglichen Arbeit.

Bereich Wohnanlagen

In den Wohnanlagen leben Menschen mit unterschiedlichem Betreuungsbedarf. Die Bewohner/-innen sollen befähigt werden, ihr alltägliches Leben so selbständig und selbstbestimmt wie möglich zu gestalten.

Es werden insbesondere Menschen mit geistiger Beeinträchtigung und einem ermittelten Hilfebedarf der Hilfebedarfsgruppen III bis V betreut. Entsprechend der Strukturqualitätsverordnung verfügt jeder Erwachsene Bewohner/-in über ein Einzelzimmer.

Entsprechend den demografischen Gegebenheiten hat die Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigungen, die das Rentenalter erreicht haben, eine zunehmende Bedeutung. Somit nimmt auch das Thema Pflege und Sterbebegleitung mehr Raum im Alltag ein. Wie schon seit Jahren praktiziert, werden für unsere Mitarbeiter/-innen regelmäßig Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt, die sich in der täglichen Förderarbeit positiv auswirken.

Für die Wohnstätte Kohlhof wurde der Bauantrag zum Aufzug zurückgezogen. Eine hierzu erstellte Kostenschätzung erbrachte eine unverhältnismäßig hohe Bausumme. Der Schwerpunkt liegt nun auch für 2023 in der Beurteilung des Brandschutzes zum Objekt.

Aus der regelmäßigen Zusammenarbeit mit der Aufsicht für unterstützende Wohnformen ergaben sich für die Wohnstätten keine Mängel. Die Überwachung erfolgte entsprechend von Prüfprotokollen. Entsprechende Hinweise wurden in die Dienstabläufe eingearbeitet.

Begleitung im eigenen Wohnumfeld

Die Begleitung unserer Bewohner/-innen im eigenen Wohnumfeld ist seit vielen Jahren ein fester Bestandteil unseres Leistungsangebotes. Die Kooperation mit der SG Medizin Rathenow e.V. für das ambulant betreute Einzel- und Paarwohnen sowie Wohngemeinschaften hat sich bewährt. Im Jahresdurchschnitt lebten 21 Menschen mit Handicap in Einzelwohnungen und in Wohngemeinschaften. Zusätzlich wurden noch 1 Person außerhalb unserer Einrichtungen betreut.

Im Rahmen der Kooperation mit der SG Medizin Rathenow e.V. besteht auch die Möglichkeit des Trainingswohnens als Zwischenstufe zwischen dem Leben in der Familie oder in einer Wohnstätte bzw. dem ambulant betreuten Wohnen.

Freizeit- und Urlaubsgestaltung

Die Freizeit- und Urlaubsgestaltung konnte auch 2022 nur sehr eingeschränkt stattfinden. Ein Teil der Urlaubsangebote wurde vorsorglich nicht gebucht. Auch die Förderung und Durchführung des Breitensports war nur eingeschränkt möglich.

Investitionen/Werterhaltung

Im Geschäftsjahr 2022 wurden zur Sicherung der Leistungsfähigkeit und des gemeinnützigen Zwecks unseres Unternehmens Investitionen in das Sachanlagevermögen im Gesamtumfang von T€ 808 (Vorjahr: T€ 675) realisiert. Für Maßnahmen zur Werterhaltung an Gebäuden wurden insgesamt T€ 328 (Vorjahr: T€ 433) aufgewendet.

Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Es ist weiterhin unsere strategische Orientierung, Kreditaufnahmen und Fremdfinanzierungen gering zu halten. Diese Linie wird weiter fortgesetzt. Die geplanten Investitionen können mit dem vorhandenen zweckgebundenen Finanzmittelbestand finanziert werden.

Geschäftsverlauf

Die Ausrichtung der beruflichen Bildung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erfordert spezielle Strukturen und Kompetenzen. Im unserem Zentrum für Arbeits- und Berufsförderung (ZAB) werden auf die Behinderung jedes Einzelnen abgestimmte Diagnose- und Lehrverfahren angewendet und ständig weiterentwickelt. Ziel ist es, Menschen, die im Rahmen der beruflichen Rehabilitation zu uns kommen, ein noch breiteres Spektrum der beruflichen Bildung anzubieten und wenn erreichbar, die Grundlagen für nachfolgende Qualifizierungen (Helferberufe) nach § 66 BBiG und § 42 HWO zu legen.

Entsprechend der Rechtsverordnung zur Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung erfolgte 2022 coronabedingt kein Audit. Dieses wird 2023 nachgeholt. Eine Bescheinigung über die übergangsweise Gültigkeit der Zertifizierung wurde erstellt.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur hat sich nicht wesentlich verändert. Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens an der um 3,8 % auf T€ 14.880 gestiegenen Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr von 64,6 % auf 60,1 % gesunken. Demgegenüber ist das kurzfristig verfügbare Vermögen von 35,3 % auf 40,0 % angestiegen, wobei der Anteil der liquiden Mittel von 28,5 % auf 34,0 % angewachsen ist. Die bilanzielle Eigenkapitalquote ist etwas gestiegen und liegt am Bilanzstichtag bei 78,8 % (Vorjahr: 78,2 %).

Das Vermögen der Gesellschaft ist satzungsgemäß ausschließlich zur Erfüllung der gemeinnützigen Zwecke bestimmt.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist stabil und hat sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt weiter verbessert. Die Gesellschaft verfügt über ausreichende Mittel, um die zur Verwirklichung ihrer satzungsgemäßen Zwecke erforderlichen Aufgaben zu bewältigen. Die Finanzierung des laufenden Geschäftsbetriebes und der zukünftigen Investitionen ist auf dieser Grundlage gesichert. Der kurzfristig verfügbare Finanzmittelbestand, als unser bedeutendster wirtschaftlicher Leistungsindikator, hat sich um T€ 971 auf T€ 5.065 erhöht. Die zur Finanzierung langfristiger Investitionen vorgehaltenen Mittel von T€ 2.181 werden in der Bilanz unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Dem Mittelzufluss aus dem operativen Cash-Flow steht im Berichtsjahr ein Mittelabfluss für Investitionen in das Anlagevermögen einschließlich der im Bau befindlichen Maßnahmen von insgesamt T€ 808 gegenüber.

Die Umsatzerlöse sind planmäßig realisiert worden. Im Bereich der sonstigen Erträge konnten wir Steigerungen in Höhe von T€ 228 gegenüber dem Vorjahr verzeichnen. Diese Steigerungen sind im Wesentlichen mit den Erstattungen der Aufwendungen für Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Covid- Pandemie bzw. den Vergütungen für durchgeführte Testungen und der Auflösung von Rückstellungen für Steuern zu begründen.

Im Jahr 2022 sind die Aufwendungen in allen Bereichen gegenüber 2021 gestiegen. Hervorzuheben sind die erheblichen Aufwendungen im personellen und materiellen Bereich, um der Pandemie entgegenzuwirken. Diese Aufwendungen stehen den oben genannten Erträgen gegenüber. Im Bereich der Instandhaltungen wurden im Jahre 2022, allein für die Instandsetzung von Gebäuden T€ 328 aufgewendet. Bedingt durch die höheren Investitionen, die in 2022 getätigt wurden, sind die Abschreibungen um T€ 59 gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als stabil ein. Für die geplanten Investitionen sind ausreichend eigene Finanzmittel vorhanden.

Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit von uns nicht erkennbar, jedoch könnten die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entwicklungsbeeinträchtigende Folgen haben, insbesondere wenn die aktuellen Kostensteigerungen nicht durch entsprechende Erlöse gedeckt werden können.

Prognosebericht

Wir gehen davon aus, dass die rechtlichen Vorgaben zur Teilhabe und Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen sowie die ständig anwachsende Bürokratie uns vor weitere Herausforderungen stellen werden.

Als relevant für die voraussichtlichen Entwicklungen betrachten wir den Trend hin zu ambulanten und auch alternativen Angeboten. Insgesamt beurteilen wir unsere weitere Entwicklung dennoch stabil und positiv.

Der genehmigte Wirtschaftsplan für das Jahr 2023 sieht trotz steigender Umsatzerlöse einen Jahresüberschuss von T€ 53 vor. Das ist ein beabsichtigter Rückgang des Ergebnisses gegenüber dem Geschäftsjahr 2022.

Die allgemein gestiegenen Kosten sowie die noch zu erwartenden Kostensteigerungen, vor allem beim Energiebezug, stellen eine Herausforderung und auch eine Variable dar.

Für 2023 ist eine Erhöhung der Löhne um 10% geplant. Hierzu ist noch ungewiss, in wie weit die Einzelvergütungsverhandlungen die Refinanzierung sichern werden.

Chancen und Risiken

Die Belegungszahlen in stationären und teilstationären Einrichtungen stagniert. Gleichwohl steigt die Anzahl der Menschen, die Leistungen der Eingliederungshilfe auch in anderen Bereichen außerhalb unseres bisherigen Leistungsangebotes benötigen. Die Ausarbeitung zielgerichteter Angebote für diesen Personenkreis ist notwendig.

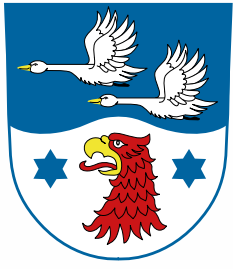
Dem Trend zur Ambulantisierung sowie der Wandel der Teilhabe am Arbeitsleben ist ein mittelfristiges Risiko, bietet bei Neuausrichtung der Angebote aber auch Chancen.

Die Verfügbarkeit von geeignetem Fachpersonal stellt eine zunehmende Herausforderung im gesamten Bereich der sozialen Dienstleistungen dar. Wir erwarten, dass bei der Personalgewinnung zukünftig verstärkte Anstrengungen erforderlich sind. Derzeit sind bei uns keine unbesetzten Stellen vorhanden.

Rathenow, den 15. Mai 2023



Dipl. Kaufmann (FH)
Mike Ingo Hagemann
Geschäftsführer



LANDKREIS
HAVELLAND

3.3 Kulturzentrum Rathenow GmbH

3.3 Kulturzentrum Rathenow GmbH

Unternehmensdaten

Märkischer Platz 3
14712 Rathenow
Tel.: 03385 5190-30
info@kulturzentrum-rathenow.de
www.kulturzentrum-rathenow.de

3.3.1 Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Kultur, Wissenschaft und Bildung. Die Gesellschaft erfüllt den Zweck durch den Betrieb einer kulturellen Einrichtung, dem Kulturzentrum Rathenow.

Der Zweck wird verwirklicht insbesondere durch:

1. die Durchführung kultureller Veranstaltungen,
2. das Sammeln, Bewahren, Erforschen und Präsentieren von musealen Gegenständen, unter Berücksichtigung der historisch-wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Rathenow als Optik- und Industriestandort,
3. der Unterhaltung des von ihr betriebenen Kulturzentrums,
4. das Angebot an sinnvoller Freizeitbeschäftigung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene,
5. die Vergabe von Forschungsaufträgen,
6. wirtschaftliche Aktivitäten zur Unterstützung der kulturellen Arbeit.

3.3.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 131 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Entwicklung der Freizeit- und Erholungsbedingungen sowie des kulturellen Lebens zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise.

3.3.3 Rechtliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum:	12.03.2004
Gesellschaftsvertrag:	vom 20.06.2001 (nicht ins HRB eingetragen), letzte Änderung vom 06.03.2015
Handelsregister - Nr.:	HRB 17542 P
Sitz der Gesellschaft:	Rathenow
Stand der Firmendaten:	30.11.2023
Basis der Finanzdaten:	Jahresabschluss 2022

3.3.4 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt: 25.000,00 Euro		
Die Stammeinlage wird gehalten von:		
Landkreis Havelland	12.500,00 Euro	50%
Stadt Rathenow	12.500,00 Euro	50%

3.3.5 Organe der Gesellschaft

<i>Gesellschafterversammlung</i>	Landkreis Havelland, vertreten durch Bärbel Brückner bis 11.08. 2021 (Betrauung durch Landrat Dr. Burkhard Schröder) Thomas Rosenberg ab 12.08.2021 (Betrauung durch Landrat Roger Lewandowski) Stadt Rathenow, vertreten durch Bürgermeister Jörg Zietemann
<i>Aufsichtsrat</i> <i>Vorsitzender:</i>	Roger Lewandowski bis 25.04.2022 Ronald Seeger ab 26.04.2022, Jörg Zietemann ab 14.09.2022
<i>Stellvertretender Vorsitzender:</i>	Ronald Seeger bis 25.04.2022 Roger Lewandowski ab 26.04.2022
<i>Weitere Mitglieder:</i>	Diana Golze (Kreistags- und Stadtverordnete) Corrado Gursch (Kreistags- und Stadtverordneter) Bärbel Eitner (Kreistagsabgeordnete) Andreas Gensicke (Stadtverordneter)
<i>Geschäftsführung</i>	Kathrin Fredrich bis 31.01.2023 Britta Mau ab 01.02.2023

3.3.6 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

3.3.7 Kennzahlen

Bilanz per 31.12.2022

	per 31.12.2022	per 31.12.2021
Aktiva	in T€	in T€
Anlagevermögen	78	97
Umlaufvermögen	380	290
Rechnungsabgrenzungsposten	1	2

Passiva		
Eigenkapital	275	253
Rückstellungen	39	16
Verbindlichkeiten	91	64
Rechnungsabgrenzungsposten	54	56
Bilanzsumme	458	388

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Umsatzerlöse	173	76
Sonstige betriebliche Erträge	1.210	1.230
Materialaufwand	74	73
Personalaufwand	579	582
Abschreibungen	20	17
Sonstige betriebliche Aufwendungen	672	620
Jahresergebnis	22	5

Leistungs- und Finanzbeziehungen § 61 Nr. 4 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV)

§ 61 Nr.:	Wirtschaftsjahr 2022	Betrag in €	Kurzbeschreibung
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen		- keine
4.b	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche		- keine
4.c	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen		- keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	585.500	- Betriebskostenzuschuss

Analysedaten der Kulturzentrum Rathenow GmbH gemäß § 61 Nr. 2 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung*

Kennzahl	Formel	2020	2021	2022
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				
Anlagenintensität (%)	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	23,0	25,0	16,9
Eigenkapitalquote (%) (ohne Sonderposten)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	67,0	65,1	60,0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Euro)	aus Bilanz	0,0	0,0	0,0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				
Anlagendeckung II (%)	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	290,9	260,5	354,8
Zinsaufwandsquote (%)	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	0,1	0,0	0,0
Liquidität 3. Grades (%)	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	232,5	213,4	207,1
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEuro)	Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zun./Abn. der langfr. Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentl. Erträge	72	22	42
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				
Gesamtkapitalrentabilität(%)	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkap.-zinsen}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	15,5	1,2	4,9
Umsatz (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	88.535	76.251	172.964
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	57.169	4.771	22.348

Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				
Personal- aufwandsquote (%)	<u>Personalaufwand x 100</u> Umsatz	43,3	44,6	41,9
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr im Durchschnitt beschäftigtes Personal	14	15	16

*Analysedaten dem Jahresabschluss der Gesellschaft entnommen

3.3.8 Lage des Unternehmens

Präambel

Gemäß Gesellschaftsvertrag der Kulturzentrum Rathenow GmbH hat nach § 11 Abs. 3 der Geschäftsführer einen Geschäftsbericht zu erstellen und gemeinsam mit dem Jahresabschluss den Gesellschaftern zur Feststellung vorzulegen. In § 289 HGB sind die Inhalte des Geschäftsberichtes (Lageberichtes) geregelt. Ziel ist es, eine transparente und objektive Darstellung der aktuellen Lage zu bieten. Der vorliegende Bericht orientiert sich in seiner Gliederung an dieser Vorgabe. Der vorliegende Bericht orientiert sich in seiner Gliederung an dieser Vorgabe.

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Kulturzentrum Rathenow GmbH wurde am 20.06.2001 gegründet. Als gGmbH ist sie eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der gemeinwohlorientierte Zweck wird verfolgt und ist gegeben. Die Gesellschafter sind zu gleichen Teilen der Landkreis Havelland und die Stadt Rathenow. Die Gesellschaft wurde am 12. März 2004 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam eingetragen. Sowohl das Grundstück als auch das aufstehende Gebäude des Kulturzentrums selbst befinden sich im Eigentum der Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg mbH i. L.. Der Landkreis hat mit der LEG i. L. einen Mietvertrag über dreißig Jahre abgeschlossen. Mit Untermietvertrag vom 30. März 2004 ist die Gesellschaft an die Stelle des Mieters getreten. Das Kulturzentrum Rathenow ist ein multifunktionaler Kulturstandort, der über Veranstaltungs- Tagungs- und Ausstellungsräume (Theatersaal, Blauer Saal, Kleiner Klubraum, Großer Klubraum), das Optik Industrie Museum und eine Galerie im Foyer und in den Wandelgängen verfügt. Die Pächter der im Haus ansässigen Gaststätte haben zum 31.07.2022 den wirtschaftlichen Betrieb aufgegeben.

Im Jahr 2022 war die Tätigkeit der Gesellschaft, deren Aufgabe die Betreuung des Kulturzentrums Rathenow ist, aufgrund der Auswirkungen der vorangegangenen Coronajahre weiterhin eingeschränkt. Mit dem Eintritt in den Ruhestand wurde die bis Ende des Jahres 2021 ausübende Geschäftsführung verabschiedet und am 01.01.2022 eine neue Geschäftsführung berufen. Es ergab sich hier eine situationsspezifische Anstellung aufgrund der Tatsache, dass die neue Geschäftsführung auch die Geschäftsführung der Optikpark Rathenow GmbH innehat.

Die Corona-Auflagen bestimmten in den ersten Monaten immer noch den kulturellen Alltag. Der Ticketverlauf lief im 1. Quartal eher schleppend. Zum 3. April entfielen wie angekündigt die Corona-Auflagen. Dennoch ergaben sich auch wie ein Jahr zuvor erst einmal Einnahmeeinbußen.

Im 1. Halbjahr konnten 4.103 und im 2. Halbjahr 6.384 Veranstaltungsbesucher begrüßt werden.

Die Besucherzahl des Museums betrug im 1. Halbjahr 651 Personen und im 2. Halbjahr 794 Personen. Hierunter fallen reguläre und ermäßigte Eintrittskarten sowie Gruppenkarten (2021: insgesamt: 1.138 Personen).

Die Gesamtbesucherzahl beider Veranstaltungstypen - als wesentlicher nicht finanzieller Leistungsindikator - betrug im Jahr 2022 11.932. Personen. Hiervon ausgenommen ist die Anzahl der Personen, die aus kommerziellen Einmietungen das Haus besuchen.

Von bereits vertraglich gebundenen Kulturveranstaltungen des Jahres 2021 wurden einige bis in das Jahr 2022 verschoben.

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 151 Veranstaltungen und 25 Museumsveranstaltungen im Kulturzentrum durchgeführt. Davon waren 56 Veranstaltungen kultureller Art, bei denen der Kartenverkauf über das Ticketsystem des Kulturzentrums erfolgte. Diese Veranstaltungen wurden von Veranstaltungsagenturen bzw. vom Kulturanbieter selbst organisiert.

95 Veranstaltungen waren kommerzielle Vermietungen der Räume für verschiedene Zwecke wie Tagungen, Seminare, Tanzveranstaltungen, Jugendfeiern, Betriebsjubiläen, Betriebsversammlungen, Kreistagssitzungen und Stadtverordnetenversammlungen. Eine explizite Ausweisung dieser Besucherzahl ist technisch nicht erfassbar. Die Vermietung der Säle und Räume an Veranstaltungsagenturen und kommerzielle Kunden ist eine wichtige Einnahmequelle für das Kulturzentrum und trägt zur Finanzierung des Betriebes bei.

Die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer während des Geschäftsjahres 2022 betrug 11 (ohne GF).

Ertragslage

Die Zuschüsse der Gesellschafter wurden auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung zur gemeinsamen Entwicklung und zum Betrieb des Kulturhauses in der Stadt Rathenow vom 16.04.1997 und der Absprachen zwischen Landkreis Havelland und Stadt Rathenow gezahlt. Die Gesellschaft ist eine gemeinnützige Gesellschaft. Der Jahresüberschuss als ein wesentlicher finanzieller Leistungsindikator beträgt 30.813,48 EUR nach 4.771,11 EUR im Vorjahr.

Die Umsatzerlöse sind von 76.250,80 EUR im Jahr 2021
auf 172.964,44 EUR im Jahr 2022 gestiegen.

Dies entspricht einer Umsatzsteigerung in Höhe von 96.713,64 EUR (um 126,8 %).

Leistungen durch die Agentur für Arbeit in Form von Zahlungen von Kurzarbeitergeld wie im Vorjahr wurden nicht bezogen.

Vermögens- und Finanzlage

Die Gesellschaft konnte ihre Liquidität im Berichtszeitraum aufrechterhalten, da beide Gesellschafter Zuschüsse geleistet haben. Um die im Gesellschaftsvertrag festgelegten Zwecke zu erfüllen, wird die Gesellschaft jedoch stets von der finanziellen Unterstützung der Gesellschafter abhängig sein. Die Höhe der Zuschüsse resultiert in erster Linie aus den erforderlichen Fixkosten (u. a. Miete LEG) sowie den Personalkosten (teils übergeleitetes Personal). Das Eigenkapital als ein finanzieller Leistungsindikator beträgt zum 31.12.2022: 274.995,41 EUR nach 252.647,55 EUR zum 31.12.2021. Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 60,02 % zu 65,1 % im Vergleich zum Vorjahr. Die liquiden Mittel zum Bilanzstichtag betragen 362.121,25 EUR.

Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage

Trotz anfänglich geringerer Besucherzahlen konnte die Gesellschaft im Zeitraum vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022 ihre Liquidität sicherstellen, basierend auf dem Wirtschaftsplan 2021 und einer sparsamen Verwendung der Mittel. Die Umsatz- und Ergebnisentwicklung der Gesellschaft entsprach weitgehend den erwarteten Ergebnissen für das Berichtsjahr. Allerdings war die Planung aufgrund der unvorhersehbaren Auswirkungen der Coronazeit nur bedingt möglich. Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft kann am Abschlusstichtag als solide bezeichnet werden.

Aufgrund der aktuellen welt- und finanzpolitischen instabilen Lage bleibt es weiterhin schwierig, die Ertrags- und Finanzlage für das Jahr 2023 einzuschätzen. Die Kulturzentrum Rathenow GmbH ist nach wie vor auf die finanzielle Unterstützung der Gesellschafter angewiesen.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung und Prognosebericht

Zu Beginn ist es wichtig zu erwähnen, dass 2022 die Geschäftsführerin des Kulturzentrums auch gleichzeitig die Optikpark Rathenow GmbH leitet. Dies hat dazu geführt, dass Personalkosten eingespart werden konnten. Allerdings hat die Geschäftsführerin angekündigt, dass sie diese Doppelfunktion ab Ende 2022 nicht mehr ausüben wird. Angesichts des umfangreichen Veranstaltungsplans und der intensiven Museumsarbeit wäre es langfristig nicht möglich, eine qualitativ hochwertige Leitung der Kulturzentrum GmbH sicherzustellen. Im Oktober 2022 wird ein Stellengesuch für eine neue Geschäftsführung des Kulturzentrums ausgeschrieben.

Im Geschäftsjahr 2022 waren die Besucherzahlen in den ersten Monaten coronabedingt niedrig ausgefallen. Das betrifft auch die Besucherzahlen im Museum und den Ausstellungen. Das Jahr 2022 konnte mit Veranstaltungen starten, jedoch mit erhöhten Hygieneauflagen. Diese galten bis 2. April 2022, u.a. musste der Impfstatus kontrolliert werden, eine Mund-Nase-Bedeckung während der Veranstaltungen bzw. im gesamten Haus getragen und die Personendaten erfasst werden. Der Kulturbetrieb wurde vom Team trotz der Umstände gut bewältigt. Nicht alle Veranstaltungen waren gut besucht, bis auf einige Ausnahmen konnten fast alle Veranstaltungen im 1. Halbjahr stattfinden. Ab 3. April 2022, mit dem Wegfall der Auflagen, konnte das Haus wieder in den Normalbetrieb gehen.

Die Entwicklung der Umsatzerlöse war im Vergleich zum Jahr 2021 positiv.

Umsätze Januar – Juni 2021: 12.520,31 EUR

Umsätze Januar – Juni 2022: 68.451,95 EUR

Umsätze Januar – Mai 2023: 96.912,26 EUR (laut BWA 01-06 2023)

In den Monaten Mai bis Oktober ist lädt der Optikpark Rathenow als attraktiver Veranstaltungsort ein und somit ist die Durchführung kultureller Veranstaltungen im Kulturzentrum in diesem Zeitraum, wie auch in den vergangenen Jahren, nicht geplant worden. Zudem besaßen zahlreiche Personen noch Eintrittskarten für Veranstaltungen, die im Jahr 2022 nachgeholt werden sollten.

Mit dem Wegfall der Corona-Vorschriften wird das Kulturzentrum Rathenow weiterhin nicht nur kulturelle Veranstaltungen anbieten, sondern auch als Veranstaltungsort für externe Fachtagungen, Seminare und Kongresse dienen. Dies dient der wirtschaftlichen Vermarktung des Hauses und umfasst sowohl eigene Veranstaltungen, Veranstaltungen mit Einnahmeteilung als auch Vermietungen an Dritte/Gastauftritte.

Die Gesellschaft ist auf die Zuschüsse der Gesellschafter angewiesen. Die nicht beeinflussbaren Fixkosten (hier in erster Linie die Miete) machen dies notwendig. Ohne diese Zuschüsse wäre es den Gesellschaftern nicht möglich, die finanziellen Verpflichtungen des Hauses zu erfüllen und die Betreuung des Hauses sicherzustellen. Auch die Preissteigerungen der Betriebskosten, insbesondere die Abschläge für Gas und Strom, entwickeln sich zu einem großen Kostenfaktor. Um die Preissteigerungen etwas abfangen zu können, müssen die bisherigen Raummieten und Gebühren angepasst und weitere Einsparungspotentiale genutzt werden. Es ist wichtig zu erwähnen, dass diese Maßnahmen nicht allein den enormen Preisanstieg in der Wärme- und Stromversorgung kompensieren können, sondern eher dazu beitragen, die Kosten zu senken.

Um den normalen Verschleiß der baulichen und technischen Substanz des Kulturzentrums zu beheben, ist es notwendig, regelmäßige Reparaturen und Ersatzbeschaffungen durchzuführen. Dies ist wichtig, um die Funktionalität des Kulturzentrums zu gewährleisten und den Besuchern ein angenehmes Erlebnis zu bieten. Auch die Instandhaltung der technischen Anlagen wie Heizung,

Lüftung, Elektrik oder Sanitäranlagen ist relevant, um einen reibungslosen Betrieb zu gewährleisten. Die Finanzierung der Baumaßnahmen, die sich aus Bauschäden an der Gebäudesubstanz ergeben und erforderlich sind, wird generell durch den Vermieter LEG i.L. nicht übernommen. Außerdem muss bei allen Maßnahmen der Denkmalstatus des Hauses berücksichtigt werden, was dazu führt, dass Baumaßnahmen oder Reparaturen teurer ausfallen können. Auch dies wird in den künftigen Wirtschaftsplänen weiterhin Berücksichtigung finden müssen.

Knapp zwanzig Jahre durchgängiger Betrieb führen trotz des achtsamen Umgangs mit dem Gebäude und den Einrichtungsgegenständen zu Reparatur- bzw. Neuerstellungs- und -beschaffungsbedarf.

Im Jahr 2022 wurden in der Notwendigkeit folgende Arbeiten durchgeführt:

Art
Betonsanierungsarbeiten
Malerarbeiten Anstrich Fenster
Malerarbeiten Geschäftsführung Büro
Reparatur Personenaufzug
Neue Toiletten Künstlergarderobe

Positiv gilt es zu erwähnen, dass der Wärmeverbrauch durch eigene Regulierung innerhalb des Hauses gesenkt werden konnte.

Laut Zählerstände der Dokumentation des technischen Leiters wurde folgender Verbrauch festgestellt:

Verbrauch 2021:	411,00 MWh
Verbrauch 2022:	330,29 MWh (so wenig wurde seit 2005 nicht verbraucht)
	Einsparung 22/21: 19,6%
Verbrauch 1. Halbjahr 22:	208,97 MWh
Verbrauch 1. Halbjahr 23:	175,68 MWh
	Einsparung 23/22 1. HJ: 15,9%

So konnte der enorme Preisanstieg in der Wärmeversorgung etwas kompensiert werden.

Preisentwicklung:

2021:	61,0 €/MWh
01 - 06/2022:	86,0 €/MWh
07 - 12/2022:	123,5 €/MWh
2023:	282,0 €/MWh

Damit hat sich der Arbeitspreis von 2021 auf 2023 auf das 4,6-fache erhöht.

(Der Preisdeckel im Jahr 2023 liegt bei der Fernwärme bei 88,79 €/MWh.) Die demografische Entwicklung unserer Bevölkerung und die damit verbundene Altersstruktur bleiben auch im Jahr 2022 und in den Folgejahren ein Thema. Wie bereits in früheren Lageberichten erwähnt, zeichnet sich eine zunehmende Überalterung der Bevölkerung ab. Der Anteil älterer Menschen steigt, während der Anteil junger Menschen abnimmt.

Auffällig sind in den letzten Jahren die demografischen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Mit dem Rückgang und Wegzug der jungen Bevölkerung wird es in einigen Branchen zu einem Fachkräftemangel kommen. Im Kulturzentrum Rathenow sind vor allem die Positionen des Technikers sowie der Depotverwaltung zu bedenken und langfristig die der Öffentlichkeitsarbeit.

Eventuell gibt es zur Überbrückung und Einarbeitung neuer Fachkräfte auch die Möglichkeit für ältere Arbeitnehmer, länger im Berufsleben zu bleiben. Sie verfügen über viel Erfahrung und Wissen, die wertvoll für das Kulturzentrum sind.

Durch die coronabedingten Schließungen des Restaurants „Lumens“ in den Jahren 2020 und 2021 ergaben sich Mietrückstände. Eine Klärung des zeitweisen Umgangs mit den Rückständen wurde

gemeinsam mit dem Aufsichtsrat, Gesellschaftern und Inhabern im April 2022 gefunden. Diese Regelung wurde aber nicht mehr umgesetzt, da die Inhaber des Lumens das Gewerbe zum 31.07.2022 aufgegeben haben.

Alternativ könnte auch eine andere Nutzung des Raumes in Erwägung gezogen werden. Die endgültige Entscheidung liegt bei den Gremien, die in Absprache mit dem Aufsichtsrat, den Gesellschaftern und der neuen Geschäftsführung von 2023 getroffen wird.

Im Jahr 2022 bleibt das Thema Coronavirus weiterhin relevant, was sich auf den Besuch von Veranstaltungen auswirkt. Um schnell auf Veränderungen im Markt reagieren zu können, wurde ein Jahr zuvor ein Frühwarnsystem implementiert. Vorbehaltlich der nicht planbaren Entwicklungen wies der Wirtschaftsplan für das Jahr 2023 ein Ergebnis i.H.v. TEUR -63,7 bei einem Umsatz von insgesamt TEUR 166,6 aus.

Nach wie vor ist der Ukraine-Krieg als Risikofaktor zu berücksichtigen.

Die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf das Kauf- und Konsumverhalten der Bevölkerung sind deutlich spürbar. Steigende Preise in allen Lebensbereichen können dazu führen, dass die Menschen weniger Geld für Freizeitbeschäftigungen und Kultur ausgeben. Der Wirtschaftseinbruch und die Inflationsaussichten belasten. Dies könnte sich direkt auf das Geschäft der Kulturzentrum Rathenow GmbH auswirken.

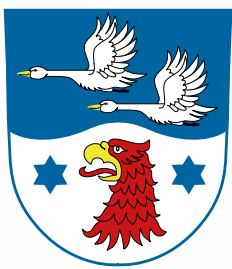
Auch ist seit längerem zu beobachten, dass die Menschen Tickets entweder im Voraus reservieren oder sehr kurzfristig kaufen. Die Kulturgäste planen weniger langfristig. Bestimmte Veranstaltungen werden möglicherweise weniger verkauft sein, aufgrund der Vorsichtigkeit der Besucher und der Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und der eigenen hohen finanziellen Ausgaben.

Diese Veränderungen müssen bei zukünftigen Planungen berücksichtigt werden. Neue Ansätze und alternative Veranstaltungen können den veränderten Bedürfnissen und Unsicherheiten der Bevölkerung gerecht werden. Die Geschäftsführung geht auf Grund ihrer Liquiditätsplanung davon aus, dass es für 2023 nicht zu Liquiditätsengpässen kommen wird, da die Gesellschafter ihre Zuschusszahlungen leisten.

Rathenow, 31.07.2023

Britta Mau

Geschäftsführerin



LANDKREIS
HAVELLAND

3.4 Schloss Ribbeck GmbH

3.4 Schloss Ribbeck GmbH

Unternehmensdaten

Theodor-Fontane-Straße 10
14641 Nauen OT Ribbeck
Tel.: 033237 8590-0
info@schlossribbeck.de
www.schlossribbeck.de

3.4.1 Gegenstand des Unternehmens

Entwicklung des Schlosses Ribbeck zu einem touristischen Zentrum unter Wahrung denkmalrechtlicher Belange. Hierzu gehören die Begleitung der Bau- und Ausstattungsmaßnahmen zur Sanierung des Schlosses sowie dessen kontinuierliche Vermarktung im Rahmen eines mit dem/den Gesellschafter/n abgestimmten touristischen Gesamtkonzeptes, wie:

- die Unterhaltung der Liegenschaft „Schloss Ribbeck“,
- die Vermietung und Verpachtung eigener bzw. der Gesellschaft übertragener Liegenschaften,
- die Durchführung kultureller Veranstaltungen,
- die touristische Vermarktung des Schlosses Ribbeck unter Einbindung der örtlichen und überörtlichen Potentiale.

Zweck des Unternehmens ist die Entwicklung des Schlosses als touristisches Zentrum, durch die Ansiedlung und Zusammenführung verschiedenartiger und weitgehend selbständig wirtschaftender Einheiten.

Ziel ist es auch, die touristischen Aktivitäten und Potentiale der Region und die wirtschaftliche Ausrichtung des Schlosses zu einem harmonischen Ensemble zu bündeln.

3.4.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 131 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Entwicklung der Freizeit- und Erholungsbedingungen sowie des kulturellen Lebens zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise.

3.4.3 Rechtliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum:	04.05.2007
Gesellschaftsvertrag:	vom 24.10.2006, erste Änderung am 16.03.2015
Handelsregister - Nr.:	HRB 20207 P
Sitz der Gesellschaft:	Nauen, OT Ribbeck
Stand der Firmendaten:	30.11.2023
Basis der Finanzdaten:	Jahresabschluss 2022

3.4.4 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt:	25.000,00 Euro	
Die Stammeinlage wird gehalten von:		
Landkreis Havelland	25.000,00 Euro	100 %

3.4.5 Organe der Gesellschaft

<i>Gesellschafterversammlung</i>	Landkreis Havelland, vertreten durch Verhinderungsvertreterin Ines Kias, Betrauung durch Landrat Roger Lewandowski
<i>Aufsichtsrat</i> Vorsitzender: Stellvertretender Vorsitzender: Weitere Mitglieder	Roger Lewandowski (Landrat des Landkreises HVL) Detlef Fleischmann (Kreistagsabgeordneter) Andrea Johlige (Kreistagsabgeordnete) Corrado Gursch (Kreistagsabgeordneter)
<i>Geschäftsführung</i>	Frank Wasser

3.4.6 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft hält keine Beteiligung.

3.4.7 Kennzahlen

Bilanz per 31.12.2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Aktiva		
Anlagevermögen	110	106
Umlaufvermögen	377	344
Rechnungsabgrenzungsposten	5	5
Passiva		
Eigenkapital	308	265
Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	59	63
Rückstellungen	86	77
Verbindlichkeiten	38	50
Rechnungsabgrenzungsposten	1	1
Bilanzsumme	492	456

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Umsatzerlöse	521	300
Sonstige betriebliche Erträge	448	427
Materialaufwand	211	77
Personalaufwand	432	341
Abschreibungen	32	30
Sonstige betriebliche Aufwendungen	250	204
Jahresergebnis	43	76

Leistungs- und Finanzbeziehungen § 61 Nr. 4 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV)

§ 61 Nr.:	Wirtschaftsjahr 2022	Betrag in €	Kurzbeschreibung
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen		- keine
4.b	Gewinnentnahmen/ Verlustrückstellungen		- keine
4.c	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen		- keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	400.000 14.738	- Betriebskostenzuschuss - Investitionskostenzuschuss

Analysedaten der Schloss Ribbeck GmbH gemäß § 61 Nr. 2 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung*

Kennzahl	Formel	2020	2021	2022
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				
Anlagenintensität (%)	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	29,2	23,3	22,4
Eigenkapitalquote (%) (ohne Sonderposten)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	43,2	72,0	62,6
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Euro)	aus Bilanz	0,0	0,0	0,0

Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				
Anlagendeckung II (%)	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	147,9	249,7	279,8
Zinsaufwandsquote (%)	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	0,0	0,0	0,0
Liquidität 3. Grades (%)	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	180,3	269,4	304,0
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEuro)	Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zun./Abn. der langfr. Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentl. Erträge	59	106	75

Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				
Gesamtkapitalrentabilität(%)	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkap.-zinsen}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	7,1	16,6	8,8
Umsatz (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	306.098	300.241	520.866
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	31.000	75.664	43.119

Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				
Personal-aufwandsquote (%)	$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	120,2	113,7	83,0
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr im Durchschnitt beschäftigtes Personal	15	15	17

*Analysedaten dem Jahresabschluss der Gesellschaft entnommen

3.4.8 Lage des Unternehmens

I. Präambel

Die Schloss Ribbeck GmbH wurde durch den Landkreis Havelland als Alleingesellschafter für die Unterhaltung der kreiseigenen Liegenschaft Schloss Ribbeck und deren Entwicklung zu einem kulturtouristischen Zentrum gegründet. Die Öffnung des Hauses für den Besucherverkehr erfolgte im Jahr 2009.

Der Gesellschaftsvertrag der Schloss Ribbeck GmbH sieht vor, dass der Geschäftsführer einen Lagebericht zu erstellen und gemeinsam mit dem Jahresabschluss dem Gesellschafter zur Feststellung vorzulegen hat. In § 289 HGB sind die Inhalte des Lageberichts geregelt. Der vorliegende Bericht orientiert sich in seiner Gliederung an dieser Vorgabe.

II. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Das Jahr 2022 war in der ersten Jahreshälfte gesellschaftlich, politisch und ökonomisch geprägt durch die Folgen der Pandemie Covid-19 und den Beginn des russisch-ukrainischen Krieges. Die Pandemie wirkte sich damit immer noch auf die Entwicklungen von Tourismus, Gastronomie und Kultur im Land Brandenburg negativ aus. Dies führte zu einem Rückgang der Gastronomie in Deutschland um bis zu 30 %. Der pandemiebedingte Rückgang von Arbeitskräften im gastronomischen Bereich erreichte bis zu 40 %. Der daraus resultierende Mangel an Facharbeitskräften bewirkt große Probleme bei der Aufrechterhaltung von Gastronomiebetrieben.

Die durch den russisch-ukrainischen Krieg bedingten Auswirkungen wie erhöhte Inflation und stark angestiegene Lebensmittel- und Energiekosten beeinträchtigten in starkem Maße eine positive Entwicklung in den Bereichen Tourismus, Kultur und Gastronomie. Eine sich breitmachende Verunsicherung der Bevölkerung durch den Rückgang der Friedensdividende und der nicht absehbaren weiteren Kriegsentwicklung führte zu einem zurückhaltenden Konsumverhalten gegenüber gastronomischen und kulturellen Angeboten.

Eine wesentliche Rahmenbedingung für die satzungsgemäße Unterhaltung und Entwicklung des Schlosses Ribbeck bildet die Finanzierungsvereinbarung mit dem Landkreis Havelland. Damit wurde, wie in Vorjahren, die Liquidität der Gesellschaft im Berichtsjahr abgesichert, soweit sie nicht aus eigenen Umsatzerlösen gewährleistet werden konnte.

Eine weitere wichtige Rahmenbedingung und einen nicht-finanziellen Leistungsindikator stellen stabile bzw. steigende Besucherzahlen dar. Nicht jeder Besucher generiert Umsatzerlöse, gleichwohl ist eine hohe Besucherzahl für das Renommee und die Ausstrahlung des Hauses regional und überregional von Bedeutung. Die als nicht-finanzieller Leistungsindikator beschriebenen Erhöhungen der Besucherzahlen konnten von 2021 zu 2022 trotz Nachwirkungen der Pandemie und den Auswirkungen des russisch-ukrainischen-Krieges erreicht werden. Einschränkend muss an dieser Stelle gleichwohl erwähnt werden, dass die Erhöhungen der Besucherzahlen durch die dargestellten Ursachen nicht im gewünschten Maße stattgefunden haben.

Mit den im Geschäftsjahr 2022 erzielten Umsatzerlösen von TEUR 520,9 konnte die Plangröße (TEUR 470,0) übertroffen werden. Auch der Vorjahreswert konnte um TEUR 220,6 erhöht werden. Diese positive Entwicklung wurde durch den in der zweiten Jahreshälfte nachlassenden Pandemieverlauf und den damit einhergehenden Nachholbedarf im Konsumverhalten der Gäste bewirkt.

Der Jahresüberschuss sank von TEUR 75,7 im Geschäftsjahr 2021 auf TEUR 43,1 im Geschäftsjahr 2022. Dies war bedingt durch erhebliche Veränderungen insbesondere in den Bereichen Materialaufwand (2021: TEUR 76.5 zu 2022: TEUR 211,1), Personalaufwand (2021: TEUR 341.3 zu 2022: TEUR 432.2) und sonstige betriebliche Aufwendungen (2021: TEUR 203.7 zu 2022: TEUR 249.9). Die höheren Auslastungen in Gastronomie und Kultur verbunden mit enormen, kriegsbedingten Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Energie und Kulturinfrastruktur bewirkten als ausschlaggebende Faktoren diese Entwicklung.

Trotz noch verhaltener Nachfrage stieg die Anzahl der Reisegruppen von 65 im Jahr 2021 auf 75 im Jahr 2022. Somit liegt jedoch dieser für Schloss Ribbeck wichtige Reisegruppensektor noch weit unter den vorpandemischen Höchstzahlen des Jahres 2019 mit ca. 160 durchgeführten Besuchen.

Mit sechs Partnern wurden zur Durchführung kultureller Maßnahmen Verträge abgeschlossen. Diese haben insgesamt 19 kulturelle Veranstaltungen durchgeführt. Die Musik- und Kunsthochschule Havelland und die Stadt Nauen führten jeweils eine Veranstaltung durch mit ca. jeweils 200 Besuchern. Die Havelländischen Musikfestspiele mieteten sich für drei Veranstaltungen (ca. 360 Besucher) und die Schlossfestspiele Ribbeck für insgesamt sechs Veranstaltungen (ca. 1.200 Besucher) ein. The Orange Room führte sechs Veranstaltungen im Schlossgarten durch (ca. 2.550 Besucher). Im Zeitraum vom 01.01.2022 – 31.12.2022 fanden insgesamt 13 eigene kulturelle Veranstaltungen statt, die von ca. 1.720 Gästen besucht wurden.

Auch das „Ribbecker Birnenfest im deutschen Birnengarten“ konnte im Jahr 2022 wieder durchgeführt werden und ca. 1.500 Besucher verzeichnen.

Das Museum wurde im Berichtsjahr von 4.521 Gästen besucht (Vorjahr: 3.816). Es hat zwei Ausstellungseröffnungen (ca. 250 Besucher) in der Flurgalerie der 1. Etage im Schloss Ribbeck gegeben (insgesamt ca. 700 Besucher).

Insgesamt konnte Schloss Ribbeck im Kulturbereich somit ca. 13.201 Gäste begrüßen (Vorjahr: 10.412, 2020: 8.809, Jahr 2019: 17.922).

Das sekundäre Unternehmensziel, mit dem Geschäftsbetrieb einen höheren Beitrag zur Deckung der Grundstücksbetriebskosten zu erwirtschaften, konnte noch nicht erreicht werden.

III. Wirtschaftsbericht

1. Ertragslage

Im Berichtsjahr hat sich ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 43,1 nach TEUR 76,7 im Vorjahr ergeben. Die Umsatzerlöse – als wesentlicher finanzieller Leistungsindikator – haben sich gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht. Gleichzeitig stiegen der Materialaufwand und der Personalaufwand überproportional. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind bedingt durch die Wiederaufnahme des Betriebs angestiegen während die Abschreibungen nahezu konstant blieben.

2. Vermögens- und Finanzlage

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft lag am Abschlusstichtag bei 71 % und blieb damit leicht über dem Wert des Vorjahres (68 %). Bei der Berechnung der Eigenkapitalquote wurden 70 % des Sonderpostens für Zuschüsse und Zulagen als Eigenkapital berücksichtigt.

Am Abschlusstichtag überstiegen die liquiden Mittel die Verbindlichkeiten der Gesellschaft um TEUR 298,3 (im Vorjahr um TEUR 250,1). Die Liquidität war im Berichtsjahr – insbesondere durch die Zuschüsse und Investitionszulagen des Gesellschafters - jederzeit gewährleistet.

3. Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage

Die Umsatzentwicklung der Gesellschaft hat im Berichtsjahr pandemiebedingt die Erwartungen nicht erfüllen können. Trotzdem konnte trotz des schwierigen Umfelds ein positives Ergebnis erwirtschaftet werden. Erstattungen, wie z. B. Kurzarbeitergeld, wurde wiederum beantragt und gewährt, jedoch in geringerem Umfang als noch in den Vorjahren.

Zusammenfassend kann die Vermögens- und Finanzlage der Schloss Ribbeck GmbH am Abschlusstichtag unter den gegebenen Umständen als solide bezeichnet werden. Die Ertragslage muss weiter verbessert werden, um künftig stabil positive Ergebnisse zu erzielen.

IV. Prognose, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der Landkreis Havelland als Alleingesellschafter hat mit dem Unternehmen zum 01.01.2023 einen neuen Zuwendungsvertrag für drei Jahre abgeschlossen, der die bestehende Finanzierungsvereinbarung ersetzt. Er beinhaltet unter anderem Betriebskostenzuschüsse, da die Gesellschaft auf Ausgleichszahlungen des Landkreises angewiesen war und zukünftig noch sein wird. Dieser Vertrag stellt eine wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung und Fortführung der Unternehmenstätigkeit der Schloss Ribbeck GmbH dar.

Zusätzlich zur Finanzierung im Rahmen der gültigen Finanzierungsvereinbarung wurde im Geschäftsjahr 2020 eine Corona-bedingte Sonderzuwendung i.H.v. TEUR 50 vom Gesellschafter gewährt. Die Schloss Ribbeck GmbH hat daraufhin bereits im Vorjahr eine Rückstellung in Höhe von TEUR 50 eingestellt und entsprechend beibehalten. Auf Seiten des Landkreises Havelland wird ein möglicher Rückzahlungsanspruch weiterhin geprüft. Auf Grund der noch unbekannten Entscheidung des Landkreises Havelland besteht in diesem Fall ein Risiko für die Vermögens- und Finanzlage der Schloss Ribbeck GmbH.

Weiterhin sieht sich die Gesellschaft den Folgen der Corona-Pandemie und des Ukrainekrieges ausgesetzt. Als besonderes Risiko werden die Auswirkungen des Ende Februar 2022 begonnenen Krieges in der Ukraine betrachtet. Die eklatanten Preissteigerungen im Lebensmittel- und Energiebereich und das damit sich verändernde Konsumverhalten potenzieller Gäste ist für das Geschäftsjahr 2023 noch nicht einschätzbar. Eine Ausweitung des Krieges mit den entsprechenden sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen ist zurzeit nicht absehbar.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen lassen sich zum heutigen Zeitpunkt immer noch nicht endgültig quantifizieren. Die Gesellschaft sieht hier ein signifikantes Risiko in Hinblick auf die Erreichung der Umsatz- und Profitabilitätsziele für 2023. Ein Frühwarnsystem ist implementiert, um schnellstmöglich auf Veränderungen im Markt reagieren zu können.

Vorbehaltlich dieser Einschränkungen, plant die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2023 aus Umsätzen, die sich auf dem Niveau von 2022 bewegen, ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen.

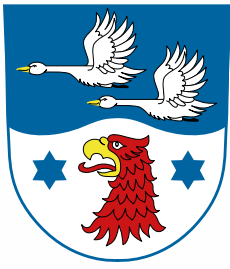
Als wesentliche Chance für die positive Entwicklung der Schloss Ribbeck GmbH wird die erhoffte Normalisierung des Geschäftsbetriebes ab dem 1. Quartal 2023 und für den weiteren Verlauf des Jahres 2023 gesehen.

Risiken in Bezug auf die Nutzung des Schlosses ergeben sich grundsätzlich aus den Witterungsverhältnissen, da bei schlechtem Wetter mit weniger Besuchern zu rechnen ist. Darüber hinaus fehlen im nahen Umfeld angemessene Übernachtungsmöglichkeiten.

Nauen, 04.05.2023

.....
Frank Wasser
Geschäftsführer





LANDKREIS
HAVELLAND

3.5 Arbeitsförderungsgesellschaft Premnitz mbH
(und Tochtergesellschaft RAQG)

3.5.1 Arbeitsförderungsgesellschaft Premnitz mbH

Unternehmensdaten

Fabrikenstraße 11
14727 Premnitz
Tel.: 03386 21279-0
afp@standort-premnitz.de
www.standort-premnitz.de

3.5.1.1 Gegenstand des Unternehmens

Begleitung und Hilfe bei der Umstrukturierung des Industriestandortes Premnitz, insbesondere die Planung und Durchführung von Arbeiten, die der Umweltsanierung oder der Verbesserung der Umwelt dienen sowie die Trägerschaft von Maßnahmen nach dem Sozialgesetzbuch II und III. Darüber hinaus vermietet die Gesellschaft die im Eigentum befindlichen Grundstücke, Gebäude und Einrichtungen vor allem an technologieorientierte Unternehmen. In diesem Zusammenhang bietet die Gesellschaft den Unternehmen betriebsnahe Dienstleistungen und Beratungen an.

3.5.1.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 131 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Förderung von Wirtschaft und Gewerbe zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise.

3.5.1.3 Rechtliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum:	09.06.1993
Gesellschaftsvertrag:	vom 30.05.1991 letzte Änderung vom 25.01.2010
Handelsregister - Nr.:	HRB 6680 P
Sitz der Gesellschaft:	Premnitz
Stand der Firmendaten:	30.11.2023
Basis der Finanzdaten:	Jahresabschluss 2022

3.5.1.4 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt:	25.564,59 Euro	
Die Stammeinlage wird gehalten von:		
Landkreis Havelland	11.504,07 Euro	45 %
Stadt Premnitz	11.504,07 Euro	45 %
Arbeitsförderungsgesellschaft Premnitz mbH	2.556,45 Euro	10 %

3.5.1.5 Organe der Gesellschaft

<i>Gesellschafterversammlung</i>	Landkreis Havelland, vertreten durch Scott F. Rottmann (Betrauung durch Landrat Roger Lewandowsk) Stadt Premnitz, vertreten durch Ralf Tebling, Bürgermeister Arbeitsförderungsgesellschaft Premnitz mbH, vertreten durch Mathias Hohmann, Geschäftsführer
<i>Aufsichtsrat</i> <i>Vorsitzender:</i> <i>Stellvertretender Vorsitzender:</i> <i>Weitere Mitglieder:</i>	Ralf Tebling (Bürgermeister, Stadt Premnitz) Christian Maaß (Kreiskämmerer) Christine Milde (Stadtverordnete) Andreas Hille (Stadtverordneter) Jürgen Mulsow (Stadtverordneter) Jörg Rakow
<i>Geschäftsführung</i>	Mathias Hohmann

3.5.1.6 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft hält folgende Beteiligungen:

Beteiligungsumfang:

RAQG Rathenower Arbeitsförderungs- und
Qualifizierungsgesellschaft mbH Premnitz

100 %

3.5.1.7 Kennzahlen

Bilanz per 31.12.2022

Aktiva	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Anlagevermögen	749	760
Umlaufvermögen	1.452	1.508
Rechnungsabgrenzungsposten	10	9
Passiva		
Eigenkapital	2.049	2.056
Rückstellungen	25	16
Verbindlichkeiten	120	99
Rechnungsabgrenzungsposten	17	106
Bilanzsumme	2.211	2.277

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Umsatzerlöse	327	251
Sonstige betriebliche Erträge	1.311	1.130
Materialaufwand	191	122
Personalaufwand	1.135	924
Abschreibungen	18	13
Sonstige betriebliche Aufwendungen	284	272
Jahresergebnis	-8	32

Leistungs- und Finanzbeziehungen § 61 Nr. 4 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV)

§ 61 Nr.:	Wirtschaftsjahr 2022	Betrag in €	Kurzbeschreibung
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen		- keine
4.b	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche		- keine
4.c	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen		- keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	389.623	- soziale Einrichtungen für Asylsuchende und ausländische Flüchtlinge

Analysedaten der Arbeitsförderungsgesellschaft Premnitz mbH gemäß § 61 Nr. 2 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung*

Kennzahl	Formel	2020	2021	2022
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				
Anlagenintensität (%)	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	32,7	32,1	6,5
Eigenkapitalquote (%) (ohne Sonderposten)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	92,9	90,3	92,7
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Euro)	aus Bilanz	0,0	0,0	0,0

Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				
Anlagendeckung II (%)	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	284,0	281,3	1.414,9
Zinsaufwandsquote (%)	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	1,3	1,7	1,2
Liquidität 3. Grades (%)	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	929,7	683,6	1.214,5
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEuro)	Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zun./Abn. der langfr. Rückstellungen + außerordentl. Aufwendg. - außerordentl. Erträge	24	45	11

Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				
Gesamtkapitalrentabilität(%)	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkap.-zinsen}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	0,8	1,6	-0,2
Umsatz (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	237.097	251.429	326.732
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	14.253	31.914	-7.497

Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				
Personal-aufwandsquote (%)	$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	389,4	367,5	347,2
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr im Durchschnitt beschäftigtes Personal	70	68	64

*Analysedaten dem Jahresabschluss der Gesellschaft entnommen

3.5.1.8 Lage des Unternehmens

I. Grundlagen des Unternehmens

Die Erzielung von sonstigen betrieblichen Erträgen aus echten Zuschüssen erfolgt durch die Arbeitsförderungsgesellschaft Premnitz mbH (AFP) auf dem Gebiet der Initiierung, Beantragung, Durchführung und Abrechnung von Vorhaben der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Hauptgrundlage zur Umsatzerzielung aus Leistungsaustauschen bilden Dienstleistungen

für Dritte im Bereich der Beschäftigungsförderung und die Vermietung von Büroräumen sowie Werk- und Lagerhallen für Unternehmen am Sitz der Gesellschaft.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Arbeitsförderungsgesellschaften handeln im Rahmen von Förderprojekten, die vom Bund, den Ländern und den Landkreisen oder kreisfreien Städten sowie von den Jobcentern aufgelegt werden.

Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGM) nach §16 SGB II, auch allgemein als „1-Euro-Jobs“ bezeichnet, stellen die häufigste Anwendung von sogenannten Marktersatzmaßnahmen für Langzeitarbeitslose dar. Ziel dieser Projekte ist es, dauerhaft fehlende Arbeitsplatzangebote auf dem ersten Arbeitsmarkt durch Beschäftigungsmaßnahmen auszugleichen, um damit die Arbeitsfähigkeit von Grundsicherungsbeziehern zu erhalten oder zu entwickeln. Die Möglichkeit, mit AGM dem Gemeinwohl dienende Arbeiten zu erledigen, wurde nach der Verschärfung der Auslegung der Fördervoraussetzungen bezüglich Zusätzlichkeit, öffentlichen Interesses und Wettbewerbsneutralität der auszuführenden Arbeiten beschränkt.

Zur erfolgreichen Organisation von Arbeitsgelegenheiten sind Sachmittel u.a. für Arbeitsschutzbekleidung, Werkzeuge und Verbrauchsmaterialien ebenso erforderlich wie Anleitungspersonal, welches die Arbeiten mit den in der Regel kommunalen Partnern abstimmt und die Beschäftigten anleitet. Diese Aufgaben werden aus der Trägerpauschale, einer teilnehmerbezogenen monatlichen Zuwendung der Jobcenter, finanziert.

Der Landkreis Havelland nutzte auch im Jahr 2022 die Möglichkeit der Vereinbarung zur Durchführung von AGM. Dazu wird die Zuständigkeit einzelner Träger im Landkreis durch Amts-, Gemeinde- bzw. Stadtgrenzen definiert. Damit ist jeweils nur ein Träger für die Beantragung von Einsatzstellen verantwortlich und übernimmt diese Aufgabe für andere Vereine und Einrichtungen. Eine gute Planbarkeit von Personal- und Sachkostenfinanzierungen ist somit gegeben.

Der Einsatz von Langzeitarbeitslosen mit besonders ausgeprägten Vermittlungshemmnissen bzw. von Langzeitarbeitslosen, die sich bisher einer Integration in Beschäftigungsmaßnahmen entzogen haben, ist bei Vereinen oder im kommunalen öffentlichen Raum häufig nur bedingt möglich. Somit werden die Prozesse der Stabilisierung und Aktivierung der Teilnehmer in Sozialwerkstätten unter gesicherten Bedingungen vollzogen. Die Möglichkeiten der Verbindung von AGM mit Dienstleistungen zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur werden dadurch wesentlich begrenzt.

Mit dem §16i SGB II werden sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Voll- oder Teilzeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sowie bei kommunalen Unternehmen und bei Trägern mit Lohnkostenzuschüssen für bis zu fünf Jahre gefördert: In den ersten beiden Jahren des Arbeitsverhältnisses beträgt der Zuschuss 100 Prozent, im dritten Jahr 90 Prozent, im vierten Jahr 80 Prozent und im fünften Jahr 70 Prozent. Förderfähig sind Arbeitslose, die seit 6 oder mehr Jahren Grundsicherungsleistungen beziehen und in diesem Zeitraum nicht oder nur sehr kurz erwerbstätig waren.

Der §16e SGB II vereinheitlicht für Personen, die mindestens zwei Jahre arbeitslos gemeldet sind die Lohnkostenzuschüsse für die Dauer von zwei Jahren auf 75 Prozent im ersten Jahr und 50 Prozent im zweiten Jahr des Arbeitsverhältnisses.

2. Geschäftsverlauf

Die allgemeine Entwicklung der Förderpolitik wirkt sich auch auf den Geschäftsumfang der AFP aus. Er hängt unmittelbar mit der Bewilligung von geförderten Maßnahmen und damit mit der Anzahl der Teilnehmer in den Maßnahmen zusammen.

Im Jahr 2022 hat die AFP 25 (Vorjahr: 25) verschiedene Projekte mit insgesamt 91 (122) Teilnehmern durchgeführt. Dabei wurden 16 (18) Projekte „AGM - Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“ mit 53 (86) Teilnehmern realisiert. Das Projekt „FAV nach §16i“ wurde in 2022 mit durchschnittlich 14 (17) Teilnehmern durchgeführt. Weiterhin wurden 8 (6) unterschiedliche Projekte im Rahmen weiterer Förderungen mit insgesamt 22 (13) Teilnehmern umgesetzt. Die unter Umständen nur anteilige Zuordnung der Maßnahmenzeiträume zum Geschäftsjahr 2022 führt zu einer durchschnittlichen Beschäftigungszahl von 64,4 (Vorjahr: 68). Dabei gliedert sich die Beschäftigtenzahl in durchschnittlich 55,4 (61) Teilnehmer in geförderten Projekten und 9 (7) Festangestellte für Anleitung, Verwaltung und Freibad.

Im Freibad mit dazugehörigem Imbiss und im Bereich Verwaltung / Bibliothek waren darüber hinaus 14 (20) Mitarbeiter in unterschiedlichen Minijob-Arbeitsverhältnissen tätig.

Im Geschäftsjahr 2022 hat die Gesellschaft die Trägerschaft von AGM-Projekten im Landkreis Ostprignitz-Ruppin fortgeführt.

Die Tätigkeit der AFP im Bereich Versorgung von Geflüchteten und Grundsicherungsbeziehern mit möbliertem Wohnraum wurde 2022 entsprechend des Bedarfes weiter betrieben und um zusätzliche Projekte für Geflüchtete aus der Ukraine ergänzt.

Die Umsätze aus der Vermietung von Werk- und Lagerhallen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr.

Die Einstellung von zwei Rettungsschwimmern und zwei Imbissmitarbeitern in Festanstellung sowie die degressive Förderung der Personalkosten nach § 16 i SGB II für Grünbereichsmitarbeiter im Freibad führten in Kopplung mit der erheblichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes zu einer deutlichen Steigerung der Personalkosten für das Freibad. In Verbindung mit zusätzlichen Kosten für Bauarbeiten zur Attraktivitätsverbesserung des Freibades konnte eine Deckung dieser insgesamt gestiegenen Ausgaben durch den erhöhten Städtischen Zuschuss und die Steigerung der Erlöse aus der Freibadbewirtschaftung nicht gedeckt werden.

Die Arbeitsförderungsgesellschaft Premnitz mbH ist nicht tarifgebunden.

Verpflichtungen aus betrieblicher Altersversorgung oder Pensionen bestehen nicht.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 Gesamterträge von 1.638 T€ (Vorjahr 1.395 T€) erwirtschaftet.

Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich 2022 mit 1.311 T€ gegenüber dem Vorjahr (1.130 T€) um 16 % erhöht.

Der Umsatz hat sich 2022 mit 327 T€ ebenfalls um 30 % gegenüber dem Vorjahr (251 T€) erhöht.

Die Erträge aus der Bewirtschaftung des Freibades einschließlich Imbiss erhöhten sich deutlich (2020: 37 T€; 2021: 47 T€ 2022: 77 T€).

Die Personalkosten sind wegen der degressiven Förderung für 16i-Projekte, dem Anstieg des Mindestlohnes, der Festanstellung von Freibadmitarbeitern und der zusätzlichen Beschäftigung von Mitarbeitern zur Herrichtung von Wohnungen für Geflüchtete aus der Ukraine trotz des Abbaus von acht Arbeitsplätzen (nach § 16 i SGB II) gegenüber dem Vorjahr (2021: 924 T€) um 23 % auf 1.135 T€ gestiegen.

Die Aufwandsentschädigungen für 1-Euro-Job-Kräfte sind wegen geringerer Zuweisungen von Teilnehmern durch das Jobcenter Havelland wieder leicht gefallen (2020: 42 T€; 2021: 45 T€; 2022: 37 T€).

Die Zielstellung eines ausgeglichenen Ergebnisses wurde geringfügig verfehlt. Das Geschäftsjahr 2022 wird mit einem Fehlbetrag von -7.496,96 € abgeschlossen. (Vorjahr: 31.914,30 € Gewinn).

b) Finanzlage

Der Bestand an liquiden Mitteln am 31.12.2022 in Höhe von 1.397 T€ hat sich gegenüber dem Vorjahr (1.453,5 T€) etwas verringert. Der Bestand an Bankguthaben stellt eine für die Gesamtleistung ausreichend bemessene Größenordnung dar, die darüber hinaus die Möglichkeit bietet, auf die unstete Fördermittelbereitstellung ausgleichend bzw. investiv zu reagieren.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war jederzeit gegeben.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist durch eine hohe Eigenkapitalquote bei geringen und nur unterjährigen Verbindlichkeiten gekennzeichnet und als äußerst solide einzuschätzen.

Die Geschäftsführung beurteilt die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft als solide.

III. Prognosebericht

Die beschlossene Planung beinhaltet für das Geschäftsjahr 2023 eine Gesamtleistung in Höhe von 1.450 T€ (davon 1.200 T€ sonstige betriebliche Erträge und 250 T€ Umsätze). Fördermittelbescheide an die AFP für die Versorgung von Geflüchteten und Grundsicherungsbeziehern mit Wohnraum liegen für 2023 vor. Zur Finanzierung von AGM-Projekten und zur Freibad- und Bibliotheksbetreuung liegen ebenfalls Bescheide vor. Durch die kontinuierlichen Einnahmen für die Betreuung Geflüchteter, der Zuweisung von AGM-Teilnehmern durch das Jobcenter Havelland, weiterer AGM-Projekte im Landkreis Ostprignitz-Ruppin sowie bestehender Zuwendungsbescheide für das Existenzgründerprogramm „Lotsendienst“ können die weiteren geplanten sonstigen betrieblichen Erträge generiert werden. Umsätze aus Vermietung sind im geplanten Umfang durch bestehende Verträge dargestellt.

Auswirkungen aus Corona-Pandemie-Eindämmungsverordnungen auf das Jahresergebnis sind nicht zu erwarten. Wesentliche Einschränkungen zur Pandemiebekämpfung wurden im 2. Quartal 2022 aufgehoben.

Die Geschäftsführung erwartet für 2023 ein positives Ergebnis.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Das Tätigkeitsfeld der AFP, die aktive Arbeitsmarktpolitik, ist von einem verfestigten Sockel von bundesweit mehr als eine Million Langzeitarbeitslosen gekennzeichnet. Da diese Gruppe der Langzeitarbeitslosen - trotz einer Belebung der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt - nicht kurzfristig in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu vermitteln ist, sind weitere Anstrengungen der Bundesregierung, der Länder und Kommunen mit entsprechenden Programmen erforderlich, um den Hilfebedürftigen Unterstützung und Beschäftigung zu gewähren.

Da die Büros, Lager- und Werkstatträume der Gesellschaft nicht angemietet sind, sondern sich im Eigentum befinden, sind Risiken aus ungedeckten Kosten der Gebäudenutzungen beherrschbar.

2. Chancenbericht

Der kontinuierlich hohe Bestand an Langzeitarbeitslosen in Deutschland und im Landkreis Havelland führt regelmäßig zu einer hohen Zahl von leistungsberechtigten Hilfebedürftigen. Die Schaffung und Betreuung von Ersatzarbeitsplätzen für schwervermittelbare Langzeitarbeitslose werden, wenn auch in geringerem Umfang, eine kontinuierlich zu erbringende Leistung darstellen.

Ein wichtiges Tätigkeitsfeld der AFP ist die Betreuung von Geflüchteten. Auf Grund aktueller gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen und wegen des Krieges in der Ukraine bestehen weiterhin Herausforderungen in diesem Bereich.

Darüber hinaus erbringt die AFP vielfältige Dienstleistungen im Kommunal- und Sozialbereich. Das neue Instrument § 16i nach dem Teilnahmehangengesetz ermöglicht den Einsatz Langzeitarbeitsloser im kommunalen Bereich ohne die bisherigen Beschränkungen, dass nur zusätzliche Arbeiten ausgeführt werden dürfen. Damit wird die Kooperationsfähigkeit der Gesellschaft deutlich gesteigert.

Wichtiger Bestandteil der AFP-Aufgabenstellungen ist das Betreiben des Industrieparkzentrums Premnitz.

Das insbesondere durch die erwerbswirtschaftliche Tätigkeit der AFP geschaffene Eigenkapital bildet die Grundlage, auf die unstete Fördermittelbereitstellung zu reagieren.

Durch die langjährige Tätigkeit der Gesellschaft auf dem Gebiet der aktiven Arbeitsmarktpolitik bestehen gute Chancen, auch zukünftig Projektförderungen für die bisherigen Aufgabenstellungen zu erhalten.

3. Gesamtaussage

Die Gesellschaft arbeitet überwiegend für öffentliche Auftraggeber, wodurch das Risiko hoher Forderungsverluste aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten bzw. Insolvenzverfahren von Kunden nahezu ausgeschlossen ist.

Die Gesellschaft hat sich auf wechselnde Förderfallzahlen bei Eigenregiemaßnahmen eingestellt. Die AFP ist durch ihre Struktur, dem vorhandenen Knowhow und der positiven Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation in der Lage, auf Veränderungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik schnell und erfolgreich zu reagieren.

Die AFP ist nicht nur ein anerkannter Partner der Arbeitsverwaltung, sondern langjähriger Kooperationspartner von Kommunen und Vereinen, die regelmäßig die AFP zur Initiierung, Durchführung und Koordinierung von Fördermaßnahmen auffordern. Die AFP verfügt über alle personellen und technischen Voraussetzungen dieser Nachfrage gerecht zu werden.

Der dargestellte Geschäftsverlauf birgt, abgesehen von dem normal unternehmerischen sowie einem branchentypischen Auslastungsrisiko, kein erkennbares Risiko für die allgemeine Geschäftsentwicklung.

Premnitz, 28. April 2023

Mathias Hohmann

Geschäftsführer

3.5.2 Rathenower Arbeitsförderungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH

Unternehmensdaten

Fabrikenstraße 11
14727 Premnitz
Tel.: 03385 519265
beier@standort-premnitz.de
www.standort-premnitz.de

3.5.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Erbringung von Dienstleistungen gegenüber zu betreuenden Personen, die aufgrund gesetzlicher Voraussetzungen Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen zur Verbesserung der Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt in Anspruch nehmen können; die Qualifizierung und Beschäftigung von Arbeitslosen des Kreises Rathenow; operative Vorbereitung und Koordinierung von AB-Kräften; die Erbringung von Dienstleistungen jedweder Art; die in unmittelbarem Zusammenhang mit den vorgenannten Leistungen stehen, gegenüber Körperschaften des öffentlichen Rechts, anderen gemeinnützigen GmbH, Einzelpersonen sowie weiteren Gesellschaftsformen; die Erschließung von Dauerarbeitsplätzen; Hilfestellung gegenüber oben genannten Personengruppen in wirtschaftlichen und seelischen/familiären Notsituationen.

3.5.2.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 131 Abs. 2 i. V. m. § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Sicherstellung und Förderung eines breiten Angebotes an Bildungseinrichtungen sowie die Förderung von Wirtschaft und Gewerbe zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise.

3.5.2.3 Rechtliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum:	30.05.1991
Gesellschaftsvertrag:	vom 30.05.1991, zuletzt geändert am 11.03.2003
Handelsregister - Nr.:	HRB 1930 P
Sitz der Gesellschaft:	Premnitz
Stand der Firmendaten:	30.11.2023
Basis der Finanzdaten:	Jahresabschluss 2022

3.5.2.4 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt:	28.121,05 Euro	
Die Stammeinlage wird gehalten von:		
Arbeitsförderungsgesellschaft Premnitz mbH	28.121,05 Euro	100 %

3.5.2.5 Organe der Gesellschaft

<i>Gesellschafter</i>	Arbeitsförderungsgesellschaft Premnitz mbH, vertreten durch Mathias Hohmann
<i>Geschäftsführung</i>	Mathias Hohmann

3.5.2.6 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

3.5.2.7 Kennzahlen

Bilanz per 31.12.2022

	per 31.12.2022	per 31.12.2021
Aktiva		
Anlagevermögen	-	-
Umlaufvermögen	43.332	43.006
Rechnungsabgrenzungsposten	-	-
Passiva		
Eigenkapital	30.678	31.003
Rückstellungen	8.465	5.355
Verbindlichkeiten	4.180	6.648
Rechnungsabgrenzungsposten	-	-
Bilanzsumme	43.322	43.006

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022

	per 31.12.2022	per 31.12.2021
Umsatzerlöse	3.191	168
Sonstige betriebliche Erträge	90.243	83.978
Materialaufwand	2.683	2.400
Personalaufwand	66.736	62.261
Abschreibungen	-	-
Sonstige betriebliche Aufwendungen	24.306	20.472
Jahresergebnis	-325	-988

Leistungs- und Finanzbeziehungen § 61 Nr. 4 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV)

§ 61 Nr.:	Wirtschaftsjahr 2022	Betrag in €	Kurzbeschreibung
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen		- keine
4.b	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche		- keine
4.c	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen		- keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	89.100	- Kommunale Eingliederungsleistungen (Möbelbörse)

Analysedaten der Rathenower Arbeitsförderungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH gemäß § 61 Nr. 2 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung*

Kennzahl	Formel	2020	2021	2022
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				
Anlagenintensität (%)	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	0,0	0,0	0,0
Eigenkapitalquote (%) (ohne Sonderposten)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	69,0	72,1	70,8
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Euro)	aus Bilanz	0,0	0,0	0,0

Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				
Anlagendeckung II (%)	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	**	**	**
Zinsaufwandsquote (%)	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	2,5	0,0	1,1
Liquidität 3. Grades (%)	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	322,1	358,9	342,6
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEuro)	Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zun./Abn. der langfr. Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentl. Erträge	0	-1	0

Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				
Gesamtkapitalrentabilität(%)	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkap.-zinsen}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	-2,4	-2,3	-0,7
Umsatz (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	0	0	3.191
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	-1.368	-988	-325

Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				
Personal-aufwandsquote (%)	$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	**	**	**
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr im Durchschnitt beschäftigtes Personal	2	2	2

*Analysedaten dem Jahresabschluss der Gesellschaft entnommen

**Zahlen ohne Aussagekraft

3.5.2.8 Lage des Unternehmens

I. Grundlagen des Unternehmens

Die Beratung und Unterstützung von hilfebedürftigen Personen und Bedarfsgemeinschaften sowie von Migranten, insbesondere bei der Bereitstellung von Wohnraum im Rahmen von Förderprojekten, bilden die Ertragsgrundlage des Unternehmens.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Rathenower Arbeitsförderungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH (RAQG) beschafft in Abstimmung mit dem Landkreis Havelland für ankommenden Geflüchteten und Asylbewerber Wohnungen und stattet diese mit Möbeln aus. Ebenso wird die Möblierung von Asylbewerberheimen durch die RAQG unterstützt.

2. Geschäftsverlauf

Die Tätigkeit der RAQG erstreckte sich im Geschäftsjahr 2022 auf die Projekte zur Beratung von Migranten sowie auf die Unterstützung der Möbelbörse und Wohnraumberatung. Die Möbelbörse versorgt Hilfebedürftige beim Erstbezug einer Wohnung mit notwendigen Möbeln und Haushaltsgeräten.

Der Bereich Migrationsberatung gestaltete sich im Jahr 2022, insbesondere durch die gute Zusammenarbeit mit dem Landkreis Havelland, stabil. Zusätzliche Aufgaben waren zur Koordinierung der Ukraine-Hilfe zu lösen. Über Fördermittelbescheide werden die Koordinations- und Servicekräfte der Möbelbörse finanziert. Alle laufenden Maßnahmenkosten für Personal und Sachmittel sowie die Gemeinkosten konnten aus den bestehenden Fördermittelbescheiden dargestellt werden.

Umsätze erzielte die Gesellschaft durch Dienstleistungen für die Gesellschafterin.

Die Zahl der in unbefristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigten Projektkoordinatoren und Anleitern lag im Jahr 2022 bei 2 Festangestellten (Vorjahr: 2). Die Kosten für diese Arbeitsverhältnisse werden aus den Projektmitteln direkt gedeckt.

Die Rathenower Arbeitsförderungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH ist nicht tarifgebunden. Verpflichtungen aus betrieblicher Altersversorgung oder Pensionen bestehen nicht.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 Gesamterträge von 93,4 T€ (Vorjahr 84,1 T€) erwirtschaftet.

Zum 31.12.2022 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag von 325,36 € (Vorjahresergebnis: 988,09 € Verlust). Der Verlust resultiert aus ungedeckten Verwaltungskosten.

b) Finanzlage

Der Bestand an Guthaben lag mit 42,9 T€ auf dem Vorjahresniveau (42,9 T€) und stellt eine für die Gesamtleistung ausreichend bemessene Größenordnung dar.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war jederzeit gegeben.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist durch eine hohe Eigenkapitalquote bei geringen und nur unterjährigen Verbindlichkeiten gekennzeichnet und als solide einzuschätzen.

Die Arbeitsförderungsgesellschaft Premnitz mbH (AFP) hält 100% der Geschäftsanteile der Gesellschaft.

Die Geschäftsführung beurteilt die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage als solide.

III. Prognosebericht

Die bisherige Planung sieht für das Geschäftsjahr 2023 eine Gesamtleistung jeweils in Höhe von 101,5 T€ vor. Durch schon vorliegende Zuwendungsbescheide des Landkreises Havelland wird der Betrag erreicht. Die Zielstellung eines ausgeglichenen Ergebnisses kann im Jahr 2023 verwirklicht werden.

Die Arbeiten im Bereich Möbelbörse und Wohnraumberatung konzentrieren sich seit dem Jahr 2019 auf Sozialhilfeempfänger - finanziert durch das Sozialamt des Landkreises Havelland.

Auswirkungen aus Corona-Pandemie-Eindämmungsverordnungen auf das Jahresergebnis sind nicht zu erwarten. Wesentliche Einschränkungen zur Pandemie-Bekämpfung wurden im 2. Quartal 2022 aufgehoben.

Die Geschäftsführung erwartet für 2023 ein ausgeglichenes Ergebnis.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Die Gesellschaft ist im Rahmen von Förderprojekten des Landkreises Havelland tätig. Zuwendungsbescheide werden in der Regel für ein Jahr erteilt. Es erfolgen regelmäßige Abschlagzahlungen sowie Schlusszahlungen auf Grundlage von Verwendungsnachweisen. Bei einer Einstellung der Förderung wären entsprechende Personalreduzierungen bzw. die Akquisition von neuen Förderprojekten erforderlich.

2. Chancenbericht

Der kontinuierlich hohe Bestand an nichterwerbsfähigen Leistungsberechtigten in Deutschland und so auch im Landkreis Havelland mit Anspruch auf Bereitstellung von Wohnraum sowie bei Erstbezug und darüber hinaus auf die Bereitstellung von Möbeln und Haushaltsgeräten stellt ein weiterhin nachgefragtes Tätigkeitsfeld dar. Durch die langjährige Tätigkeit der Gesellschaft auf diesem Gebiet bestehen gute Chancen, auch zukünftig Projektförderungen für die bisherigen Aufgabenstellungen zu erhalten.

3. Gesamtaussage

Die Finanzierung der Projektarbeit ist durch Zuwendungsbescheide des Landkreises Havelland gesichert. Sollten für Folgejahre keine Zuwendungsbescheide erteilt werden, sind rechtzeitige Kündigungen bestehender Arbeits- und Mietverhältnisse und somit auch die Anpassung der Gemeinkosten möglich.

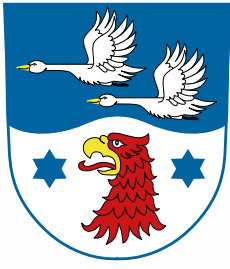
Die vorhandenen Mittel der RAQG sichern die Zahlungsfähigkeit auch für die nachfolgenden Geschäftsjahre.

Der dargestellte Geschäftsverlauf birgt, abgesehen von dem normal unternehmerischen sowie einem branchentypischen Auslastungsrisiko, kein erkennbares Risiko für die allgemeine Geschäftsentwicklung.

Premnitz, 28. April 2023

Mathias Hohmann

Geschäftsführer



LANDKREIS
HAVELLAND

3.6 Märkisches Ausstellungs- und Freizeitzentrum GmbH Paaren

3.6 Märkisches Ausstellungs- und Freizeitzentrum GmbH Paaren

Unternehmensdaten

Gartenstraße 1 - 3
14621 Schönwalde-Glien
Tel.: 033230 74-0
kontakt@mafz.de
www.mafz.de

3.6.1 Gegenstand des Unternehmens

Betrieb eines Freizeit- und Ausstellungsparks, einschließlich der Erwerb dafür erforderlicher Grundstücke, die Errichtung, Verwaltung und Bewirtschaftung für den Betrieb erforderlicher Gebäude und Nebeneinrichtungen auf zu erwerbenden Grundstücken bzw. grundstücksgleichen Rechten, die Vorbereitung und Durchführung von kulturellen und sonstigen Veranstaltungen der Freizeitgestaltung sowie Messen und Ausstellungen aller Art, die Vermietung oder Verpachtung eigener Einrichtungen an Dritte zur Veranstaltung von Messen, Ausstellungen und Freizeitgestaltungen. Die Gründung von Zweigniederlassungen, Tochtergesellschaften, die Beteiligung an oder der Erwerb von Unternehmungen ist mit Ausnahme der Gründung einer Betreibergesellschaft für einen Bauernmarkt nicht zulässig.

3.6.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 131 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehören die Entwicklung von Freizeit- und Erholungsangeboten sowie die Förderung von Wirtschaft und Gewerbe zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise.

3.6.3 Rechtliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum:	06.05.1993
Gesellschaftsvertrag:	vom 30.12.1991; letzte Änderung vom 14.07.2021
Handelsregister - Nr.:	HRB 5444 P
Sitz der Gesellschaft:	Schönwalde-Glien, OT Paaren im Glien
Stand der Firmendaten:	30.11.2023
Basis der Finanzdaten:	Jahresabschluss 2022

3.6.4 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt: 71.620,00 Euro		
Die Stammeinlage wird gehalten von:		
Landkreis Havelland	63.727,00 Euro	88,98 %
Rinderzuchtverband Berlin-Brandenburg e.G., Groß Kreuz	1.432,00 Euro	2,00 %
pro agro GmbH	3.581,00 Euro	5,00 %
Landesbauernverband Brandenburg e.V.	1.440,00 Euro	2,01 %
Gemeinde Schönwalde-Glien	1.440,00 Euro	2,01 %

3.6.5 Organe der Gesellschaft

<i>Gesellschafterversammlung</i>	Landkreis Havelland vertreten durch Elke Nermerich, Erste Beigeordnete und Dezernentin im LK HVL (Betrauung durch Landrat Roger Lewandowski)
	Rinderzuchtverband Berlin-Brandenburg e.G. vertreten durch Geschäftsführerin Cornelia Buchholz
	pro agro GmbH vertreten durch Geschäftsführerin Hanka Mittelstädt
	Landesbauernverband Brandenburg e. V. vertreten durch Hauptgeschäftsführer Wolfgang Scherfke
	Gemeinde Schönwalde-Glien vertreten durch Bürgermeister Bodo Oehme
<i>Aufsichtsrat</i>	
<i>Vorsitzender:</i>	Roger Lewandowski (Landrat)
<i>Stellvertretender Vorsitzender:</i>	Henrik Wendorff (Präsident des Landesbauernverbandes Brandenburg e.V.)
<i>Weitere Mitglieder:</i>	Beatrix Peisker (Prokuristin der RBB Rinderproduktion Berlin-Brandenburg GmbH) Stefanie Peters (Geschäftsführerin der Agro-Farm Dienstleistungen GmbH) Hanka Mittelstädt (Geschäftsführerin der Ucker-Ei GmbH Nordwestuckermark)
<i>Geschäftsführung</i>	Ute Lagodka Steffen Krebs

3.6.6 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

3.6.7 Kennzahlen

Bilanz per 31.12.2022

Aktiva	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Anlagevermögen	817	773
Umlaufvermögen	653	518
Rechnungsabgrenzungsposten	36	31
Passiva		
Eigenkapital	548	376
Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	292	352
Rückstellungen	100	46
Verbindlichkeiten	507	552
Rechnungsabgrenzungsposten	59	0
Bilanzsumme	1.506	1.326

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022

	per 31.12.2022	per 31.12.2021
Umsatzerlöse	1.571	609
Sonstige betriebliche Erträge	242	427
Materialaufwand	221	161
Personalaufwand	673	558
Abschreibungen	133	127
Sonstige betriebliche Aufwendungen	614	507
Jahresergebnis	172	0

Leistungs- und Finanzbeziehungen § 61 Nr. 4 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV)

§ 61 Nr.:	Wirtschaftsjahr 2022	Betrag in €	Kurzbeschreibung
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen		- keine
4.b	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche		- keine
4.c	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen		- keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	512.205	- Verlustausgleich, Veranstaltungs- und Projektförderung

Analysedaten der Märkischen Ausstellungs- und Freizeitzentrum GmbH Paaren gemäß § 61 Nr. 2 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung*

Kennzahl	Formel	2020	2021	2022
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				
Anlagenintensität (%)	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	63,4	58,4	54,2
Eigenkapitalquote (%) (ohne Sonderposten)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	28,3	54,9	36,4
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Euro)	aus Bilanz	0,0	0,0	0,0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				
Anlagendeckung II (%)	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	94,5	115,6	118,6
Zinsaufwandsquote (%)	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	0,8	0,4	0,1
Liquidität 3. Grades (%)	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	380,5	653,4	264,8
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEuro)	Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zun./Abn. der langfr. Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentl. Erträge	104	-253,2	239
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				
Gesamtkapitalrentabilität(%)	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkap.-zinsen}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	1,5	0,2	
Umsatz (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	537.995	608.707	1.507.797
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	16.043	0	171.996

Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				
Personal- aufwandsquote (%)	<u>Personalaufwand x 100</u> Umsatz	99,2	91,7	44,6
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr im Durchschnitt beschäftigtes Personal	42	39	36

*Analysedaten dem Jahresabschluss der Gesellschaft entnommen

3.6.8 Lage des Unternehmens

1. Grundlagen des Unternehmens

Die MAFZ GmbH ist der Betreiber des MAFZ Erlebnisparks. Die Betreuung erfolgt aufgrund des Vertrages über die Überlassung und Nutzung des „MAFZ - Erlebnispark Paaren“ zwischen dem Landkreis Havelland und der MAFZ Märkische Ausstellungs- und Freizeitzentrum GmbH Paaren (Glien) (MAFZ GmbH) mit einer Laufzeit bis 31.12.2038.

Eigentümer des MAFZ Erlebnispark Paaren ist der Landkreis Havelland. Mit der außerordentlichen Aufsichtsratssitzung und Gesellschafterversammlung vom 14. Juli 2021, der Neufassung des Gesellschaftsvertrages, der Abtretung von Geschäftsanteilen einzelner Gesellschafter und der Übertragung der abgetretenen Geschäftsanteile an den Gesellschafter Landkreis Havelland rückwirkend zum 01. Januar 2021 ergab sich eine Änderung der Gesellschafterstruktur.

Die Gesellschafter der MAFZ GmbH sind:

- mit 89 % der Geschäftsanteile der Landkreis Havelland, Rathenow
- mit 2 % der Geschäftsanteile der Rinderzuchtverband Berlin-Brandenburg e.G., Groß Kreutz
- mit 5 % der Geschäftsanteile die pro agro GmbH, Schönwalde-Glien Ortsteil Paaren
- mit 2 % der Geschäftsanteile der Landesbauernverband Brandenburg e.V., Teltow-Ruhlsdorf
- mit 2 % der Geschäftsanteile die Gemeinde Schönwalde-Glien, Schönwalde OT Siedlung

Die Gesellschaft wird durch die Geschäftsführer, Ute Lagodka und Steffen Krebs, gleichberechtigt vertreten.

Gegenstand der Gesellschaft ist:

- die Einrichtung und der Betrieb eines Freizeit- und Ausstellungsparks
- der Erwerb der erforderlichen Grundstücke bzw. grundstücksgleichen Rechte,
- die Errichtung, Verwaltung und Bewirtschaftung der für den Betrieb erforderlichen Gebäude und Nebeneinrichtungen auf zu erwerbenden bzw. zur Nutzung überlassenen Grundstücken bzw. grundstücksgleichen Rechten
- die Vorbereitung und Durchführung von kulturellen Veranstaltungen und sonstigen Veranstaltungen der Freizeitgestaltung
- die Vorbereitung und Durchführung von Messen und Ausstellungen aller Art
- die Vermietung und Verpachtung eigener bzw. der Gesellschaft zur Nutzung übertragener Liegenschaften z.B. Ausstellungsräume und Grundstücksflächen sowie gastronomischer

Einrichtungen an Dritte zur Veranstaltung von Messen, Ausstellungen und Freizeitveranstaltung

Innerhalb dieser Grenzen kann die Gesellschaft alle Geschäfte und Maßnahmen durchführen, die zur Erreichung des Geschäftszwecks notwendig oder nützlich sind. Die Gründung von Zweigniederlassungen, Tochtergesellschaften, die Beteiligung an oder der Erwerb von Unternehmen sind zulässig. Art und Umfang der Beteiligung an weiteren Unternehmen ist an die Zustimmung des Kreistages gebunden.

Mit der Änderung der Gesellschafterstruktur wurde die Etablierung eines Beirates zur fachspezifischen Beratung der Gesellschaft in den Gesellschaftsvertrag aufgenommen. Der Beirat wurde im Jahr 2022 aufgrund der wirtschaftspolitischen Situation und temporärer Nutzung des Parks zur Einrichtung und Betrieb einer Notunterkunft für ukrainische Kriegsflüchtlinge nicht einberufen und bestätigt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Zum Wirtschaftswachstum Deutschlands wurde Anfang 2022 das Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 3,7 % prognostiziert. Mit den kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine wurde diese Prognose auf ca. 2% und niedriger reduziert. Landwirtschaft, Lebensmittelbranche und Energiesektor sind am stärksten beeinträchtigt. Für die Bevölkerung gehen diese Beeinträchtigungen mit Verteuerungen /Inflation einher. Während die Arbeitslosenquote mit 5,3% unter dem Vorjahreswert in Deutschland lag, entspricht sie der Quote des Havellandes mit 5,2%. Ende Mai liegt die Arbeitslosenquote in Berlin bei 8,9 % und im Land Brandenburg bei 5,8 %.

Bis auf die gesetzliche Anhebung des Mindestlohnes ist die Entwicklung der Preise weniger mit steigenden Löhnen für die Werk tätigen umsetzbar.

Der Erlebnispark hat sich im wirtschaftlichen Branchenumfeld etabliert. Er wird von Besuchern und Veranstaltern zunehmend als multifunktionaler Tagungs- und Veranstaltungsort angenommen, da er wie kein anderer generationsübergreifende Möglichkeiten mit einer breit gefächerten Thematik vereint.

Die Gesellschaft fungiert im Veranstaltungsgeschäft in Form von Messen, Ausstellungen und Tagungen sowohl als Vermieter als auch selbst als Veranstalter. Dabei liegen Publikumsmessen im Fokus des Veranstaltungsgeschehens.

Ein Schwerpunkt liegt weiterhin in der Entwicklung und im Ausbau bestehender Fachmessen. Die Ansiedlung neuer Veranstaltungen und die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft im Bereich Veranstaltungsgeschehen konnten 2021 aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie und damit verbundener Geländeschließungen und Veranstaltungsausfälle nicht unter Beweis gestellt werden.

Den Erlebnispark als Schaufenster des ländlichen Raumes und Mehrgenerationenpark zu betreiben und sich mit neuen Innovationen immer wieder als interessantes Ausflugsziel darzustellen, wird über Nischenangebote und Alleinstellungsmerkmale erreicht, z.B. als einziger Arche-Haustierpark in Brandenburg und durch zielgruppenspezifische Angebote wie z.B. Angebote von tiergestützten Aktivitäten ergänzt.

Über Projektförderungen werden durch den Landkreis als Hauptgesellschafter und Eigentümer der Immobilie verschiedene Veranstaltungen, bereits mit der Planung beginnend, als Sport-, Kultur-, Bildungs- oder Brauchtumsveranstaltungen finanziell unterstützt.

Mit den durch die Corona-Pandemiesituation gesetzlich geregelten Maßnahmen veränderten sich die wirtschaftlichen branchenbezogenen Rahmenbedingungen derart, dass der Gesellschaft die

Grundlagen für eine reguläre Geschäftstätigkeit fehlten. Die Schließung setzte sich vom 01. Januar bis einschließlich 11. März 2022 für den öffentlichen Besucherverkehr aufgrund pandemiebedingter Absagen von größeren Veranstaltungen bis auf kleinere Tagungen fort. Die Durchführung der BraLa 2022 wurde mit der außerordentlichen Aufsichtsratssitzung vom 02. März 2022 wegen coronabedingter Unsicherheiten abgesagt.

Die Entscheidung des Landkreises zur kurzfristigen Errichtung einer Notunterkunft für ukrainische Kriegsflüchtlinge ab Mitte März ging mit der umgehenden Schließung des Parks sowie Absage aller geplanten Veranstaltungen im ersten Halbjahr 2022 und darüber hinaus bis 30. September 2022 einher.

Der Landkreis Havelland, Hauptgesellschafter und Eigentümer der Immobilie, berücksichtigte die besondere Situation in den Vertragsverhandlungen zur Vermietung des Geländes als Notunterkunft von März bis September 2022.

Der Ausgleich des Verlustes der GmbH aus 2021 in Höhe von 319.055,42 € (Erträge aus Verlustübernahme 2021), Einnahmen aus Vermietungen Notunterkunft, die Stundung der Pacht 2021 i.H.v. 58.143,00 € (brutto) bis 31.12.2023 und die Verlängerung der Laufzeit des Darlehensvertrages des Landkreises Havelland in Höhe von 320.510,08 € vom 25.11.2020 zugunsten der MAFZ GmbH bis zum 31.10.2026 sicherten 2022 die Liquidität der GmbH und verhinderten den vollständigen Verzehr des Eigenkapitals der MAFZ GmbH.

Die Tätigkeit der GmbH ist auf den Fortbestand des Unternehmens ausgerichtet.

2.2. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2022 wurde im Januar und Februar von der Corona-Pandemiesituation, deren Folgen und den damit verbundenen Ertragsausfällen geprägt.

Mit dem 12.03.2022 wurde der Saisonstart und die Öffnung des Geländes zur ersten öffentlichen Veranstaltung, Alpaka-Show vorbereitet, beworben und durchgeführt.

Mit der Entscheidung des Landkreises zur kurzfristigen Errichtung einer Notunterkunft für ukrainische Kriegsflüchtlinge ab Mitte März änderten sich die Grundlagen der Geschäftsführung. Die umgehende Schließung des Parks sowie Absage aller geplanten Veranstaltungen bis 30. September 2022 bedurfte der Abstimmungen zur Vermietung an den Landkreis, um bei Betrieb der Notunterkunft und ohne weiteren Veranstaltungsbetrieb ein negatives Ergebnis zu vermeiden.

Für den Betrieb der Notunterkunft wurde von Seiten der Geschäftsführung mit dem Landkreis Havelland ein Mietvertrag vorgelegt. Das Ziel der Verhandlungen, den Fortbestand des Erlebnisparks und der GmbH abzusichern, konnte mit den vereinbarten Mietkonditionen bedingt berücksichtigt werden.

Veranstaltungsabsagen einschließlich traditioneller und neu gewonnener Großveranstalter 2022 als bedeutenden Wirtschaftsfaktor der MAFZ GmbH und der Betrieb der Notunterkunft für Flüchtlinge einschließlich der Schließung des Geländes prägten das wirtschaftliche Geschehen bis Ende September entscheidend.

Die Fortsetzung der Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld war aufgrund der Nutzungsänderung des Geländes nicht mehr zulässig.

Mit der Schließung bis einschließlich 30. September 2022 konnten keine geplanten öffentlichen Veranstaltungen realisiert werden. Die geplanten und vertraglich vereinbarten öffentlichen Veranstaltungen mussten abgesagt werden, Fremdveranstalter meldeten Regress für den Veranstaltungsausfall an, der gewährt wurde.

Die Geschäftsgrundlage der MAFZ GmbH wurde entscheidend beeinflusst. Geplante Projekte mussten auf einen anderen Veranstaltungsort wechseln, eine Wiederkehr zum Erlebnispark Paaren ist offen.

Genehmigte Projektmittel für nicht durchführbare Veranstaltungen konnten nicht abgerufen werden.

Fördermittel des MLUK Brandenburg wurden 2022 aufgrund der BraLa-Absage, im März 2023, für die Landestierschau i.H.v. 1.406,96 € und das Projekt BraLaCampus i.H.v. 3.146,11 € für bereits entstandene Kosten gewährt.

Der Antrag an den Sonderfond des Bundes für Messen und Veranstaltungen für die Absicherung der Kosten bei Absage der Durchführung der BraLa 2022 wurde im November 2021 gestellt, dieser wurde am 28. Oktober 2022 über die Investitionsbank der Landes Brandenburg abgelehnt.

Mit der vollständigen Schließung des Erlebnispark Paaren wurden durch die Mitarbeiter der Erhalt und die Pflege des Geländes, der Instandhaltungsrückstau aufgearbeitet sowie die Versorgung der Tiere abgesichert. Im Projektmanagementbereich und der Geschäftsführung wurden Projekte umgearbeitet und die Öffnung ab Oktober 2022 vorbereitet, so wie folgende Veranstaltungsplanungen vorgenommen. Die Leistungen des Finanzwesens wurden der Situation entsprechend angepasst.

Die Wiedereröffnung des Erlebnisparks ab 01. Oktober 2022 gestattete ein uneingeschränktes Veranstaltungsgeschehen entsprechend der Planung des vierten Quartals 2022.

Die Öffnungszeiten wurden den Veranstaltungen und Gegebenheiten angepasst. Tagesgästen konnte eine gastronomische Versorgung angeboten werden. Das Team Einlass/Parkwache informiert die Besucher zu den Tieren, zum Umgang und Verhalten entsprechend der Parkordnung.

Dem Geschäftsverlauf entsprechend erfolgte eine Fortschreibung des Wirtschaftsplanes 2022 unter Berücksichtigung der Schließung des Geländes und Vermietung an den Landkreis Havelland als Notunterkunft.

Der genehmigte fortgeschriebene Wirtschaftsplan der MAFZ GmbH 2022 wurde den realen Bedingungen angepasst und verweist auf ein ausgeglichenes Jahresergebnis.

Berücksichtigt werden muss jedoch die Beschlussfassung des Landkreises vom 21.06.2021, die Laufzeit des Darlehensvertrages vom 25.11.2020 in Höhe von 320.510,08 € zugunsten der MAFZ GmbH um 5 Jahre, bis zum 31.10.2026 zu verlängern sowie die Stundung der Pacht 2021 bis 31.12.2023.

In Planung des Jahres 2022 wurde von über 300 Veranstaltungen und mehr als 180.000 Besuchern in Anlehnung an das Wirtschaftsjahr 2019 ausgegangen. Kleine und Kleinstveranstaltungen sowie Tagungen wurden zu den Öffnungszeiten umgesetzt. Insgesamt konnten 53 Veranstaltungen, größtenteils Tagungen, aber auch größere Veranstaltungen, wie z.B. Schlachtfest, Kreativmesse, Zuchtschauen Weihnachtskonzert und Family Fun Days realisiert und ca. 31.000 Besucher begrüßt werden.

Die Fortführung der in 2015 begonnenen Umstrukturierung und Neuausrichtung des Erlebnisparks mit dem Charakter des Mehrgenerationenprinzips wurde fortgesetzt. Die Geschäftsführung legte dementsprechend den Fokus verstärkt auf den Erhalt, die Instandsetzung und Modernisierung verschiedener Bereiche des Erlebnisparks. Der erweiterte Bereich des Haustierparks mit Exoten wurde gut angenommen und erhöhte die Verweildauer der Besucher.

Investitionen in die Arbeiten zur Verbesserung der Infrastruktur im Arche Haustierpark und zur Umgestaltung des gesamten Erlebnisparks in Form von Stallerneuerungen und Erweiterungen, Malerarbeiten, Reparaturen und Pflanzungen erfolgten effizient und ergebnisorientiert.

3. Lage des Unternehmens

Die Geschäftsführung zieht für die interne Unternehmenssteuerung im Wesentlichen die Kennzahlen Umsatzerlöse, Kosten des Wareneinkaufs und der Fremdleistungen, Rohertrag und Personalkosten heran. Nach Abschluss und Abrechnung der Veranstaltungen wird deren Auswertung anhand der Monatskennzahlen mit den Projektleitern vorgenommen.

3. 1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse 2022 in Höhe von 1.570,8 T€ stiegen gegenüber dem Vorjahr (608,7 T€) um 962,1 T€. Wesentliche Faktoren hierfür sind die Erlöse aus Hallenmiete und Verpachtung, im Zusammenhang mit der Errichtung der Notunterkunft und der vorzeitigen Beendigung des Pachtvertrages mit der WSG. Weitere Umsatzerlöse konnten während der Schließung im Wesentlichen nur durch das weitere Dauermietverhältnis, Dienstleistungen zur Geländepflege sowie Reparaturen auf dem Gelände realisiert werden. Ab Oktober 2022 konnten Erlöse aus Veranstaltungen und Eintrittsgeldern erwirtschaftet werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 241,9 T€ sanken gegenüber 2021 (427,1 T€) um 185,2 T€, der Materialaufwand in Höhe von 220,7 T€ (2021: 161,2 T€) stieg um 59,5 T€ und führte zu einem Rohergebnis in Höhe von 1.592,0 T€ dass sich um 717,4 T€ gegenüber dem Vorjahr (2021: 874,6 T€) erhöhte.

Der Personalaufwand in Höhe von 672,7 T€ erhöhte sich um 114,6 T€ gegenüber dem Vorjahr (2021: 558,1 T€), wobei die Zuschüsse des Landkreises Havelland und der Agentur für Arbeit durch die Kurzarbeitsregelungen um 88,5 T€ gegenüber dem Vorjahr gesunken sind.

Die Zuschüsse zur Personalförderung des Jobcenters des Landkreises Havelland unterstützen das Selbstwertgefühl schwer vermittelbarer Arbeitskräfte, die Fördermöglichkeiten nach §16i SGB II wirken sich wirtschaftlich positiv aus. Für die temporäre Absicherung eines erhöhten Arbeitskräftebedarfs bzw. Erledigung zusätzlicher spezieller Aufgaben wurden 2022 weniger Aushilfen im Minijob eingesetzt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 613,8 T€ erhöhten sich um 107,0 T€ (2021: 506,8 T€) gegenüber dem Vorjahr. Ursächlich für die Steigerung waren die Pacht (in 2021 gestundet), die Erhöhung der Raumkosten (Gas, Strom, Wasser), der Kosten für Reparaturen und Instandhaltung, Werbekosten (u.a. Homepage), Rechts- und Beratungskosten, ein erhöhter Betriebsbedarf in der Gastronomie infolge der Umstellung auf ein Mehrwegsystem und erhöhte Grundstücksaufwendungen.

Nach Handelsbilanz ergibt sich zum 31.12.2022 ein Jahresüberschuss in Höhe von 171.995,75 €.

3.2. Finanzlage

Die Liquidität des Unternehmens zum 31. Dezember 2022 war aufgrund des Jahresüberschuss und des verlängerten Darlehenszeitraumes des bereitgestellten Liquiditätszuschusses von Seiten des Landkreises in Höhe von 320,5 T€ gesichert.

Das Finanzmanagement der MAFZ GmbH war mit Beginn den veränderten Geschäftssituationen und den Einschränkungen der Geschäftstätigkeit auf die Verhinderung der Insolvenz der MAFZ GmbH fokussiert. Maßnahmen, wie die Nutzung der Kurzarbeitsregelung, Anträge auf Fördermittel und Finanzhilfen sowie der direkte Kontakt zu den Gesellschaftern, insbesondere zum Hauptgesellschafter wurden zur Sicherung der Liquidität der MAFZ GmbH in die Wege geleitet.

Das Finanzmanagement ist darauf gerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfristen zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die Barmittel im Berichtszeitraum unterlagen situationsbedingten Schwankungen, ohne den vereinbarten Dispositionskredit in Anspruch nehmen zu müssen.

Das Mahnwesen blieb im Fokus und führte zu überschaubaren offenen Forderungen. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen i.H.v. 39,4 T€ erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr zum Jahresende um 29,3 T€ (2021: 10,1 T€) erhöht. Hierin sind 33,6 T€ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit einer Restlaufzeit von einem Jahr gegen Gesellschafter ausgewiesen.

Die Summe Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit 42,3 T€ ausgewiesen.

Zum Jahresabschluss 2022 verringerte sich die Summe der Verbindlichkeiten um 44,7 T€ auf insgesamt 507,1 T€ (2021: 551,8 T€), die darin inkludierten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind auf 98,0 T€ gegenüber 91,5 T€ aus dem Vorjahr gestiegen. Die Höhe der sonstigen Verbindlichkeiten 2022 mit 409,1 T€ (2021: 460,3 T€) verringerten sich um 51,2 T€ im Vergleich zum Vorjahr.

Im Wesentlichen bestehen diese aus dem Darlehen und Stundungen des Landkreises Havelland sowie den Darlehen mit kontinuierlichen Tilgungen von über Mietkauf angeschafften Wirtschaftsgütern.

3.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Unternehmens mit 1.506,0 T€ zum Jahresabschluss 2022 (2021: 1.325,5 T€) hat sich gegenüber dem Vorjahr um 180,5 T€ erhöht.

Das Barvermögen zum Stichtag 31.12.2022 betrug 596,7 T€ und lag damit 432,5 T€ über dem Vorjahreswert (2021: 164,2 T€).

3.4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Zur Verbesserung der Übersicht und Steuerung wurden in der MAFZ GmbH mehrere Profitcenter gebildet und ausgewertet. Dies konnte in den Jahren 2021/2022 nur bedingt fortgeführt werden.

Profitcenter 1 umfasst den Veranstaltungsbereich mit Fremdveranstaltungen, Eigenveranstaltungen, Eigenveranstaltungen mit Förderung sowie Veranstaltungen im Bereich von Bildungs- und Sozialaufgaben.

Im Profitcenter 2 werden unsere Dauermieter wirtschaftlich betrachtet.

Profitcenter 3 umfasst die Gastronomie mit dem damit verbundenen Merchandising.

Das Profitcenter 4 bündelt den Bereich des Arche-Haustierparks mit den Exoten sowie die Spielplätze und die Wasserspielewelt.

Das Profitcenter 5 beinhaltet lediglich die Abschreibungen von Materialien, die für die Geländeentwicklung erworben wurden, eine Bewertung entfällt somit.

Zur Auswertung einzelner Projekte innerhalb der Profitcenter wird im Unternehmen eine zweistufige Deckungsbeitragsrechnung genutzt, die zur besseren Darstellung der projektbezogenen Veranstaltungsförderung auf eine dreistufige Deckungsbeitragsrechnung erweitert wurde.

Diese wird p.a. um die Umlage der Gemeinkosten auf die einzelnen Projekte erweitert. Bedingt durch die Einschränkungen während der Pandemie und veränderter Bewirtschaftungen des Geländes können die Gemeinkosten nur auf wenige Projekte umgelegt werden, die Aussagekraft der Gemeinkostenrechnung ist somit stark eingeschränkt.

Darüber hinaus gibt es einen monatlichen Soll-Ist-Vergleich der Jahresplanwerte, erweitert um einen Vorjahresvergleich sowie eine kontinuierliche Fortschreibung des Wirtschaftsplanes.

4. Nachtragsbericht

Für offene Rechtsstreitigkeiten, Steuern, Urlaubstage, Überstunden und offene Zahlungen wurden Rückstellungen gebildet.

Ereignisse nach dem Stichtag, 31. Dezember 2022, wie die weitere Schließung des Geländes und deren Auswirkungen werden im Prognosebericht dargestellt.

5. Prognosebericht

Wir erstellen jährliche Wirtschaftspläne. Diese gehen von einer normalen Geschäftstätigkeit aus Veranstaltungen, Ausstellungen und Gastronomie aus. Für das Geschäftsjahr 2022 kam es seitens des Hauptgesellschafters zu einer kurzfristigen Nutzungsänderung des Geländes, so dass die Planung obsolet wurde und daher nicht ausgewertet werden kann. Für folgende Geschäftsjahre gehen wir wieder von einer normalen Geschäftsentwicklung aus.

Für das Geschäftsjahr 2023 gehen wir von Umsatzerlösen in Höhe von 1.350,0 T€ aus. Gleichzeitig rechnen wir mit steigenden Material- und Energiekosten und rechnen mit einem negativen Jahresergebnis.

Um eine positive Prognose für die Unternehmensentwicklung abgeben zu können, ist der Erhalt der Geschäftsgrundlagen erforderlich. Das heißt, Präsenzveranstaltungen auf dem Gelände des Erlebnisparks durchführen zu können, den Gastronomiebereich umfänglich zu betreiben und allen Besuchern unbeschränkt den Einlass und Teilnahme an Veranstaltungen zu ermöglichen.

Bedingt durch die Schließzeiten des Parks wegen der Corona-Pandemie und Nutzung als Notunterkunft sind die „Neustarts“ von Veranstaltungen schwer kalkulierbar. Zwischenzeitliche Öffnungen und Angebote an die Besucher wurden unterschiedlich angenommen.

Die uneingeschränkte Möglichkeit der Geländenutzung seit Oktober 2022 hat die Fortsetzung einzelner Veranstaltungen abgebrochen. Organisations- und Vorbereitungsarbeiten zeigen infolge der Pandemie und Schließzeiten einen gesellschaftlichen Wandel. Fachpersonal fehlt, Besucher nehmen Veranstaltungsangebote allmählich wieder an, Ansprüche an die eigene work-life-balance erschweren die personelle Veranstaltungsabsicherung.

Die Veranstaltungsplanung für die MAFZ-GmbH 2023 weist Ausfälle gegenüber 2019 aus. Die Planung und Organisation neuer Veranstaltungskonzepte mit neuen Partnern wird angestrebt.

Mit dem 16.05.2023 wird erneut auf Entscheidung des Landkreises Havelland der Erlebnispark in Teilbereichen zur Aufnahme und als Notunterkunft von Geflüchteten aus Krisengebieten bis in das Jahr 2024 genutzt. Damit ist die Gesellschaft erneut in ihrer Geschäftstätigkeit eingeschränkt.

Dementsprechend wird erneut ein Mietvertrag mit dem Landkreis vereinbart, der den Erhalt des Unternehmens sichert und von Beginn an sowie bei Option auf Verlängerung mögliche Schadensregulierungen bzw. Regressforderungen von Vertragspartnern der MAFZ GmbH berücksichtigen muss.

Veranstaltungen sind, sofern möglich, entsprechend abzustimmen. Mit Absagen von Seiten der Mieter ist zu rechnen. Der Mietvertrag sichert zum Teil auch mögliche Schadensregulierungen bzw. Regressforderungen von Vertragspartnern der MAFZ GmbH.

Die Unterstützung der Maßnahmen zur Unterbringung der Flüchtlinge, Pflege und Entwicklung des Erlebnisparks, zukünftige Veranstaltungsplanung und Weiterbewirtschaftung des Geländes während und nach Rückbau der Unterbringung werden durch das Team der MAFZ GmbH umgesetzt.

Dabei wird die Qualität der Entwicklung der MAFZ GmbH durch die Umsetzung und Erweiterung der Projekte in allen Teilbereichen des Geländes des MAFZ Erlebnisparks Paaren bestimmt.

An vorderster Stelle steht der Erhalt und Ausbau des Messe- und Veranstaltungsgeschäfts. Der Ausbau des Tagungsgeschäftes erfolgt durch die Entwicklung der vorhandenen Strukturen und Ressourcen. Weitere Investitionen in den Bereichen technische Ausstattung, räumliche Modernisierungen und Weiterbildung sind dafür erforderlich und in der zukünftigen Planung zu berücksichtigen.

Auf neue Trends, wie z.B. Hybridveranstaltungen muss, unter Berücksichtigung der Geschäftsziele, kurzfristig flexibel reagiert werden.

Fortgesetzt wird die Anpassung der wirtschaftlich wichtigsten Veranstaltung, der „Brandenburgischen Landwirtschaftsausstellung“ (BraLa) an die speziellen Bedingungen des Messegeschäftes und inhaltlichen Herausforderungen der Agrarwirtschaft im Austausch mit dem Verbraucher. Die Vorbereitungen erfolgen in Abstimmung und Kooperation mit den Gremien der Gesellschaft und weiterer Partner. Um die BraLa und das Ausstellungsgelände als Schaufenster des ländlichen Raumes unter Berücksichtigung der Herausforderungen des Klimawandels auch für die folgenden Jahre erfolgreich im Markt zu positionieren werden die Potentiale zur Etablierung einer Fachausstellung weiter herausgearbeitet und deren Umsetzung für 2024 verfolgt.

Weitere bewährte Veranstaltungen werden in moderner Form für 2024 geplant, neue Konzepte für die zukünftigen Veranstaltungsjahre sind in Prüfung.

Die Erweiterung der Erlebnisbereiche um als generationenübergreifender Erlebnispark ein breites Besucherspektrum anzusprechen, wird weiterhin mit der Schaffung neuer und Erhaltung / Modernisierung / Verbesserung vorhandener Elemente verfolgt. Die Geschäftsführung rechnet bei regulärer Öffnung mit einer Verstetigung der Nachfrage durch die Besucher. Hierzu wurden, beginnend im Jahr 2017, intensive Vorbereitung zur Verbesserung der Attraktivität und Nachhaltigkeit getroffen. Seit Eröffnung der Brauereischänke mit Marktplatz werden die Besucher durch das neu geschaffene Ambiente in wesentlich attraktiverer Form im Erlebnispark empfangen und auf die Angebote des Erlebnisparks aufmerksam gemacht. Die historische Brauerei lädt zu Besichtigungen des musealen Teiles ein und weist auf geplante Termine des Schaubrauens mit Braufesten und Möglichkeiten der Buchung der Räumlichkeiten für Familienfeste, Betriebsfeiern oder Team Tage hin. Die Festschmiede als Abschluss des Gebäudeensembles, erweitert die variablen Nutzungsmöglichkeiten.

Der Ausbau des Marketings, ausschließlich durch die Geschäftsführung platziert und kontrolliert, steigert die Wahrnehmung des Erlebnisparks als Messe-, Veranstaltungs-, Tagungs-, Schulungs- und Ausflugsstandort.

Hauptschwerpunkt in der Geschäftstätigkeit ist die Stabilisierung der Ergebniskennzahlen im wichtigsten Geschäftsbereich des MAFZ, dem Ausstellungs- und Veranstaltungsbereich. Die Stabilität im gastronomischen Bereich ist, bedingt durch die Verschiedenartigkeit der Veranstaltungen und das wechselhafte Besucheraufkommen, sehr anspruchsvoll, schwer kalkulierbar aber aufgrund der Erfahrungswerte entwicklungsfähig, um das wirtschaftliche Ergebnis der MAFZ GmbH weiter zu steigern.

Weiterer Schwerpunkt ist die Erhaltung der Attraktivität des Parks und Gewinnung neuer Besucher durch Alleinstellungsmerkmale und Neuheiten auf dem Gelände. Zufriedene Besucher und neue Veranstaltungsthemen, im Zusammenhang mit erweiterten Angeboten wie z.B. mit der zeitlich erweiterten Fortsetzung der Family Fun Days und dem Ausbau der ländlichen Weihnacht werden den Bekanntheitsgrad des Erlebnispark Paaren stärken. Der Zuspruch der Besucher und Aussteller nach der Schließung lässt sich derzeit nicht prognostizieren, bedarf jedoch eines erheblichen Werbeaufwandes für den „Neustart“.

Die Gesellschaft leistet Aufgaben der Geländepflege im Erlebnispark. Mit dem erfolgten Zuschlag durch den Landkreis Havelland begann ab April 2018 die Geländepflege in Eigenregie. Für durch den

Landkreis fremd zu vergebene Aufträge beteiligt sich die Gesellschaft mit Angeboten und nutzt Möglichkeiten, Leistungen für den Landkreis zu erbringen. Die damit verbundene Umsatzsteigerung ist mit dem Erhalt der geschaffenen Arbeitsplätze verbunden und verbessert die Möglichkeiten der termin- und veranstaltungsbezogenen Geländebewirtschaftung. Neue Veranstaltungen und Besucheranstieg fordern eine weitere Intensivierung der Flächenbewirtschaftung und die Entwicklung attraktivitätssteigernder Projekte.

Die MAFZ GmbH vermietet nicht nur Räume für Veranstaltungen, sondern leistet einen aktiven Beitrag zur Umsetzung der Kundenwünsche durch effiziente und kundenorientierte Arbeit, hohe Servicequalität, gute regionale Küche, technische und personelle Unterstützung sowie Beratung zur optimalen Nutzung der vorhandenen Räumlichkeiten und Flächen des MAFZ Erlebnisparks Paaren im Sinne der geplanten Vorhaben. Der Service wird durch Möglichkeiten zur Nutzung der Alleinstellungsmerkmale und die Einzigartigkeit des Erlebnisparks als Ganzes aufgewertet.

Bedingt durch die erneut durchgeführten Maßnahmen des Landkreises Havelland zur Unterbringung der Kriegsflüchtlinge ist der Geschäftsbetrieb in Hinblick auf alle geplanten öffentlichen Veranstaltungen und dem Regelbetrieb des Erlebnispark Paaren ab Sommer 2023 eingeschränkt.

Die Entwicklung hinsichtlich der weltweiten Ausbreitung einer erneuten Pandemie und damit verbundene Restriktionen der Bundes- und Landesregierung sind nicht absehbar.

Sofern die Gesellschaft in den Regelbetrieb zurückkehrt, kann eine erfolgsversprechende Geschäftsentwicklung realisiert werden.

6. Chancen und Risikobericht

6.1. Branchenspezifisches Risiko und Chanceneinschätzung

Allgemein ist bei Verbrauchermessen die Stagnation bzw. ein Rückgang der Besucherzahlen zu verzeichnen. Diese resultiert aus einem stetig wachsenden Angebot, das auf eine begrenzte Nachfrage trifft. Diesem Trend wurde im Erlebnispark bei Eigenveranstaltungen wie z.B. Konzerte, Kreativ- und Ostermarkt, Modellbau, und Havelländer Frühling durch Gestaltung eines interessanten Angebotes und der Fokussierung auf Nischenangebote entgegengewirkt und es konnte eine steigende Besucherresonanz verzeichnet werden. Bei der Kalkulation neuer Veranstaltungen werden die Besucherzahlen maßvoll geplant. Veranstaltungen, die den Erwartungen nicht gerecht werden konnten, werden abgesetzt.

Die Herausforderung liegt weiterhin in der Bindung der bisherigen Besucherklientel und in der Erschließung neuer Besuchergruppen über neue Angebote. Ein erweitertes Angebot im Arche Haustierpark mit Tiererlebnissen und neuen Serviceangeboten für die Besucher wird fortgesetzt. Auch 2022 ist der Tierbesatz erweitert worden, Gehege, Zaunanlagen und Spielgeräte wurden überarbeitet.

Bei regionalen und überregionalen Tagungen ist die MAFZ GmbH in der Lage, gute Bedingungen anzubieten. Dienstleistungen und die Infrastruktur um die Tagung sind, als Beitrag zum Erfolg des Veranstalters, von herausragender Bedeutung für die dauerhafte Zufriedenheit der Veranstalter und Mieter.

Der Sicherheitsgedanke, Schutz der eigenen Gesundheit, Witterungsschutz bei Outdoor-Veranstaltungen, ÖPNV für Besucher ohne PKW sind elementare Faktoren, die sich zunehmend auf die Besucherzahlen auswirken. Für den Erfolg des Erlebnisparks müssen diese Faktoren mehr Berücksichtigung in der Veranstaltungs- und Kostenplanung finden.

Feiern und Feste sind weiterhin ein interessanter Markt. Hier wird der Erfolg neben der besonderen Lokation durch die Qualität und die zielgruppengerechte Thematik der Gastronomie bestimmt. Die

Nachfrage wird sich entsprechend der Veranstaltungsvielfalt und den Zusatzangeboten auf dem Veranstaltungsgelände entwickeln, hier sind stets neue Formate zu schaffen.

Zusatzleistungen, z.B. Spielplatz für Kinder, einmalige Produkte aus eigener Produktion bzw. mit regionaler Herkunft auf dem Buffet und im Getränkesortiment, können die Entscheidung des Kunden wesentlich beeinflussen. Erfolge werden durch standortgerechte Kooperationen, hohe Angebotsqualität und die Hervorhebung der Alleinstellungsmerkmale und Einzigartigkeit dieses Erlebnisparks erarbeitet.

Unter besonderer Beachtung stehen momentan die Folgen der hohen Inflation. Die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung und Möglichkeiten, Geld ausgeben zu können hat sich nicht nur pandemiebedingt, sondern auch durch das Kriegsgeschehen und die Kostenexplosion auf dem Energie- und Rohstoffmarkt stark verändert. Unter diesem Aspekt werden die Planungen der Veranstaltungen und der Entwicklungsmaßnahmen des Erlebnisparks Paaren überarbeitet bzw. angepasst. Dazu kommen steigende Herausforderungen in den Lieferketten, die sich nachteilig auf die Geschäftsentwicklung auswirken. Darüber hinaus stellen die stetig steigenden Energiekosten für die Gesellschaft eine große finanzielle Belastung dar. Diese Faktoren haben ebenso Einfluss auf das Besucherverhalten. In den Kalkulationen und Planungen wird diesem Umstand Rechnung getragen.

Die Geschäftsführung muss die Angebote für Veranstaltungen und Besucher entsprechend den Preisveränderungen des Marktes kalkulieren, wobei ein ausgewogenes Preis-Leistungs-Verhältnis angestrebt wird.

Die personelle Situation ist auf den veranstaltungsbezogenen Einsatz unserer Mitarbeiter orientiert. Eine Fluktuation ist alters- und gesundheitsbedingt zu erwarten, wenngleich unsere Mitarbeiter die Vielfältigkeit und Einsatzmöglichkeiten sowie den Dienstleistungsgedanken für unsere Gäste sehr schätzen. Auf Teammeetings werden sie zum aktuellen Stand des Veranstaltungs- und Geschäftsgeschehens informiert und sind auch kurzfristig zum Dienst bereit. Auf Mitarbeiterbindung durch direkten Bezug zur Arbeit und Ergebnis wird großen Wert gelegt.

6.2. Ertragsorientierte Risiken und Chanceneinschätzung

Der wirtschaftliche Ertrag des MAFZ Erlebnisparks wird durch wenige Großveranstaltungen in Verbindung mit vielen kleinteiligen Ausstellungen, Tagungen, Festen und Feiern bestimmt.

Grundlage ist ein Geschäftsjahr ohne wirtschaftliche Einschränkungen.

2023 wird die Wirtschaftlichkeit durch die Energiewende, stark steigende Rohstoffpreise, Kriegsgeschehen und deren Auswirkungen auf Lieferabkommen, Mangelwirtschaft, Preissteigerungen und Inflation stark beeinflusst. Die erhöhten Energiekosten für den Geländebetrieb sind planungstechnisch berücksichtigt, müssen jedoch über die zu erwartenden Einnahmen erwirtschaftet werden. Steigende Kosten für Material und Fremdleistungen sowie Schwierigkeiten bei der Auftragsvergabe sind ebenfalls nur schwer kalkulierbare Faktoren.

Die Gesellschaft steht mit der Nutzung der Hallen und des Geländes im Vergleich mit vielen Erlebnisanbietern der Region, die ebenso ihre Angebote erweitern und ihre Alleinstellungsmerkmale bewerben.

Überregional, wird der größten Eigenveranstaltung, der „Brandenburgischen Landwirtschaftsausstellung“, BraLa, eine hohe Bedeutung zuerkannt. Die Ansprache der Hauptzielgruppen Landwirte, Praktiker und Wissenschaftler, Fachhändler und Verbraucher erfolgt weiterhin durch differenzierte Angebote und ständige Weiterentwicklung der Programmbausteine und Einzelprojekte, um dauerhaft erfolgreich zu bleiben.

Darüber hinaus arbeitet die Geschäftsführung auf Basis der wirtschaftlichen Auswertung der Profitcenter mit einem strikten Kostenmanagement, dessen Einhaltung überwacht wird.

Die Vielzahl der Projekte und die Forderungen der Veranstalter nach erweiterten Dienstleistungen rund um die Events kann nur durch ein professionelles und eingespieltes Team erfüllt werden. Die angespannte Situation im Bereich der Gewinnung von Fachkräften, sowohl im Gastronomie-, Technik- und Veranstaltungsbereich stellt sich als zunehmend entwicklungshemmend heraus. Um den wirtschaftlichen Erfolg weiterhin zu sichern ist sachlich kompetentes Fachpersonal in Eigenregie zu qualifizieren.

Mit der Umsetzung branchenfremder Aufträge und der Entwicklung neuer Veranstaltungsformate entstehen neue Chancen und Risiken. Ganzjährig bestehen im ländlichen Raum zunehmende witterungsbedingte Risiken für Anreise und Außenaktivitäten, die bei der Planung vorab nicht kalkulierbar sind. Ständige Kontaktpflege zu Veranstaltern, reines Vermietungsgeschäft zu neuen Formaten und Unterstützung durch Dienstleistungen verringern das Erfolgsrisiko für die MAFZ GmbH.

Die Förderung neuer und gewünschter Veranstaltungsthemen durch den Landkreis trägt entscheidend zur Deckung des Risikoanteils bei und ist auch bei etablierten Veranstaltungen im festgelegten Rahmen unabdingbar.

Durch die stark variierende Besucherzahl zu den Veranstaltungen, kann die vorhandene Infrastruktur u.a. im gastronomischen Bereich nur diskontinuierlich ausgelastet werden. Die Personalstruktur ist zu den großen Veranstaltungen stark durch Aushilfen bestimmt. Der kleine ständige Personalbestand ist mit der Organisation und Qualitätssicherung bei großen Veranstaltungen an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit. Dennoch partizipieren unsere Mitarbeiter von den Ergebnissen ihrer Tätigkeit.

6.3. Finanzwirtschaftliche Risiken und Chanceneinschätzung

Die Beobachtung der Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation der MAFZ GmbH lässt derzeit aufgrund des Darlehens des Hauptgesellschafters weniger bedrohliche Liquiditätsrisiken erkennen. Die Liquidität 2023 ist mit der Veranstaltungsplanung 2023 gesichert, der Wirtschaftsplan 2023 weist infolge der veränderten Situation der Vorjahre und fortgesetzte Veranstaltungsabsagen ein negatives Betriebsergebnis aus.

Die planmäßigen projektbezogenen Zuschüsse bzw. Zuwendungen des Landkreises Havelland zum Erhalt der MAFZ GmbH tragen wesentlich zur Liquiditäts- und Eigenkapitalsicherung der MAFZ GmbH bei. Mit einem stringenten Finanzmanagement wird von Seiten der Geschäftsführung verstärkt darauf geachtet, eine Insolvenz zu vermeiden.

Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten sind die wesentlichen zur Verfügung stehenden Finanzinstrumente der Gesellschaft. Sie verfügt über einen solventen Kundenstamm. Forderungsausfälle sind selten, Ausfallrisiken bei neuen und großen Kunden werden durch Nutzung der Möglichkeiten zu Erkundigungen zum Unternehmen geprüft. Verträge basieren auf verbindlichen Zahlungsklauseln einschließlich Vorauszahlungen von Teilleistungen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein Debitorenmanagement.

Verbindlichkeiten der GmbH gegenüber Vertragspartnern werden hauptsächlich innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt. Die Gesellschaft finanziert sich im kurzfristigen Bereich aus der eigenen Liquidität.

Finanz- und Risikomanagement der Gesellschaft sichern den Unternehmenserfolg bedingt gegen finanzielle Risiken. Das finanzwirtschaftliche Risiko einer Naturkatastrophe, einer Pandemie oder einer politisch bedingten Umnutzung kann aufgrund der Unternehmensstruktur und des Gegenstandes der Gesellschaft nicht abgesichert werden.

Bezüglich des Managements der Finanzpositionen betreibt das Unternehmen nach wie vor eine konservative Risikopolitik, die auch unter gesellschaftspolitisch veränderten Bedingungen den Erhalt des Unternehmens verfolgt.

7. Bericht über Zweigniederlassungen

Von der MAFZ GmbH werden keine Zweigniederlassungen unterhalten.

27.06.2023

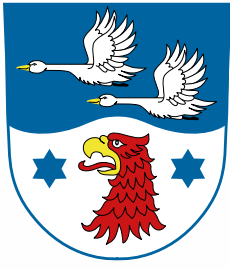


Ute Lagodka



Steffen Krebs

Geschäftsführung MAFZ GmbH Paaren



LANDKREIS
HAVELLAND

3.7 HAW Havelländische Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH

3.7 HAW Havelländische Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH

Unternehmensdaten

Schwanebecker Weg 4
14641 Nauen
Tel.: 03321 7462-0
haw-service@alba.info
www.haw-mbh.de

3.7.1 Gegenstand des Unternehmens

Erfassung, Transport, Beseitigung, Recycling sowie Verwertung von Abfällen und Wertstoffen aller Art aus Haushalten, Gewerbe, Industrie und Einrichtungen im Landkreis Havelland und angrenzenden Gebieten, insbesondere die Hausmüllentsorgung, die Containerabfuhr, die Sperrmüllberäumung, die Straßenreinigung, die Fäkalienerrfassung und -beseitigung, der Betrieb bzw. die Bewirtschaftung von geordneten Deponien und Abfallbehandlungsanlagen, der Winterdienst, die Reinigung von Regenwassereinläufen und Fettabscheidern, der Betrieb von Kompostierungs- und Recyclinganlagen, Reparatur- und Wartungsservice für Kraftfahrzeuge und Spezialaufbauten der kommunalen Entsorgungswirtschaft. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die behandelten Gegenstände im Sinne einer ökologischen Abfallwirtschaft auf möglichst umweltverträgliche Weise zu entsorgen oder erneut dem Wirtschaftskreislauf zuzuführen. Die Gesellschaft unterstützt Bestrebungen zur Abfallvermeidung.

3.7.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 131 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 2 der BbgKVerf gehört die Aufrechterhaltung der öffentlichen Reinlichkeit zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise.

3.7.3 Rechtliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum:	07.02.1997
Gesellschaftsvertrag:	vom 29.08.1995, letzte Änderung vom 30.07.2015
Handelsregister - Nr.:	HRB 1275 P
Sitz der Gesellschaft:	Nauen
Stand der Firmendaten:	30.11.2023
Basis der Finanzdaten:	Jahresabschluss 2022

3.7.4 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt: 512.000,00 Euro		
Die Stammeinlage wird gehalten von:		
Landkreis Havelland	261.120,00 Euro	51 %
ALBA Europe Holding plc & Co. KG	250.880,00 Euro	49 %

3.7.5 Organe der Gesellschaft

<i>Gesellschafterversammlung</i>	Landkreis Havelland, vertreten durch Landrat Roger Lewandowski
	ALBA Europe Holding plc & Co. KG, vertreten durch Rainer Kröger
<i>Aufsichtsrat</i> <i>Vorsitzender:</i>	Michael Koch (Beigeordneter und Dezernent für Ordnung und Sicherheit, Umwelt, Landwirtschaft und Veterinärwesen beim Landkreis Havelland)
<i>Stellvertretender Vorsitzender:</i>	Rainer Kröger (COO, ALBA Europe Holding plc & Co. KG)
<i>Weitere Mitglieder:</i>	Hartmut Rubach (Kreistagsabgeordneter) Jürgen Naujock (Geschäftsführer ALBA Sachsen GmbH) Holger Schiebold (Sachkundiger Einwohner, Kreistag) André Krause (Betriebsrat) Kerstin Neubeck (Betriebsrat)
<i>Geschäftsführung</i>	Matthias Noa

3.7.6 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

3.7.7 Kennzahlen

Bilanz per 31.12.2022

Aktiva	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Anlagevermögen	7.548	6.190
Umlaufvermögen	1.226	1.289
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0
Passiva		
Eigenkapital	3.050	3.078
Rückstellungen	467	437
Verbindlichkeiten	5.247	3.950
Passive latente Steuern	12	14
Bilanzsumme	8.775	7.479

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Umsatzerlöse	12.780	12.464
Sonstige betriebliche Erträge	118	204
Materialaufwand	3.191	3.465
Personalaufwand	4.694	4.526
Abschreibungen	1.315	1.290
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.133	2.789
Jahresergebnis	358	387

Leistungs- und Finanzbeziehungen § 61 Nr. 4 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV)

§ 61 Nr.:	Wirtschaftsjahr 2022	Betrag in €	Kurzbeschreibung
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen		- keine
4.b	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	165.945	- Gewinnausschüttung
4.c	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen		- keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können		- keine

**Analysedaten der Havelländischen Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH gemäß § 61 Nr. 2
Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung***

Kennzahl	Formel	2020	2021	2022
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				
Anlagenintensität (%)	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	84,5	82,8	86,0
Eigenkapitalquote (%) (ohne Sonderposten)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	42,8	41,2	34,8
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Euro)	aus Bilanz	0,0	0,0	0,0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				
Anlagendeckung II (%)	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	81,9	83,2	85,5
Zinsaufwandsquote (%)	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	0,2	0,2	0,3
Liquidität 3. Grades (%)	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	50,3	55,4	54,5
Cashflow aus laufender Geschäfts- tätigkeit (TEuro)	Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zun./Abn. der langfr. Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentl. Erträge	1.575	1.677	1.674
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				
Gesamtkapitalrentabilität(%)	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkap.-zinsen}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	5,7	5,5	4,5
Umsatz (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	10.958.353	12.464.010	12.779.521
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	388.402	386.555	358.254

Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				
Personal- aufwandsquote (%)	$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	38,8	36,3	36,7
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr im Durchschnitt beschäftigtes Personal	122	129	125

*Analysedaten dem Jahresabschluss der Gesellschaft entnommen

3.7.8 Lage des Unternehmens

1. Grundlagen der Gesellschaft

Geschäftsaktivitäten und Organisationsstruktur

Die Havelländische Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (im Folgenden „HAW“ genannt) ist eine Beteiligungsgesellschaft des Landkreises Havelland mit 51% Gesellschafteranteil und der ALBA Europe Holding plc & Co.KG mit 49%. Das Unternehmen ist im Handelsregister des Amtsgerichts Potsdam unter der Nummer 1275 eingetragen. Der Hauptsitz des Unternehmens befindet sich in 14641 Nauen, Schwanebecker Weg 4.

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfassung, die Beseitigung, der Transport sowie das Recycling von Abfällen aller Art aus Haushalt, Gewerbe, Industrie und Einrichtungen im Landkreis Havelland und den angrenzenden Gebieten.

Die HAW ist als beauftragter Dritter des Landkreises Havelland für die Sammlung und den Transport von überlassungspflichtigen Abfällen im Landkreis verantwortlich. Weiterhin ist die HAW ein Dienstleistungs- und Entsorgungsunternehmen mit vielfältigen Geschäftsfeldern, wie bspw. die Sammlung und Transport von Verpackungsabfällen, Gewerbeabfälle, den Winterdienst und Straßenreinigung, Schmutzwasserabfuhr und die Entsorgung von Sonderabfällen.

Hinzukommen Beratungs- und Maklertätigkeiten rundum die Abfallverwertung und Abfallentsorgung sowie Werkstattleistungen für Nutzfahrzeuge.

Das Unternehmen ist Entsorgungsfachbetrieb und nach DIN EN ISO 9001 zertifiziert. Die Zertifikate wurden im Jahr 2022 wiederholt an das Unternehmen vergeben.

Die HAW ist im Landkreis Havelland eines der größten ansässigen Entsorgungsunternehmen. Mit ihren Leistungsspektren bietet sie privaten wie auch gewerblichen Kunden eine Vielzahl von Möglichkeiten für eine erfolgreiche Zusammenarbeit an. Es zeichnet sich dabei für seine Kunden durch ein Höchstmaß an Zuverlässigkeit, Schnelligkeit, Flexibilität und Kompetenz aus.

Das Kontrollgremium der HAW ist der aus fünf Mitgliedern bestehende Aufsichtsrat, dem die Geschäftsführung im Geschäftsjahr 2022 viermal berichtete. Darüber hinaus wurden mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden Monatsgespräche mit den relevanten Geschäftsvorgängen und Unternehmenskennzahlen ausgetauscht. Den Gesellschaftern werden monatlich in Form der Gewinn und Verlustrechnung, die wirtschaftliche Gesamtsituation und der Zielerreichungsgrad zum Wirtschaftsplan der HAW dargestellt. Darüber hinaus erfolgen quartalsweise weitere Lage- und Statusmeldungen an die Gesellschafter.

Produkte und Dienstleistungen

Als ein Unternehmen der ALBA Group gehört die HAW zum Segment Waste and Metals (WaM). Die zu diesem Segment gehörenden Unternehmen erfassen bzw. sammeln sämtliche Abfallarten, bereiten diese gegebenenfalls auf oder behandeln sie und vermarkten sie anschließend weiter.

Die Erfassung der Abfälle erfolgt dabei in der Regel mit eigenen Fahrzeugen, Behältern und Containern im Auftrag von Kommunen wie auch für Privat- und Gewerbekunden. Darüber hinaus werden auf den Umschlagplätzen des Segments werthaltige Abfälle, wie Metallschrott, Kunststoffe, Pappe und Papier; wie auch weitere Abfälle, soweit die konkrete Genehmigungslage der Abfallumschlaganlagen nach Bundesimmissionsschutzgesetz es zu lässt gesammelt, aufbereitet und umgeschlagen.

Die HAW partizipiert bei der Vermarktung von Abfällen jeglicher Art, von der guten Marktposition und Kontakten der ALBA Group. Die Abfälle werden in der Regel vor der Verwertung in Sortieranlagen vorbehandelt. Bei den Sortier- und Verwertungsanlagen werden vornehmlich inländische Anlagen beliefert.

Für die HAW sind neben den Umsätzen aus der kommunalen Beauftragung des Landkreises Havelland, welche einen Anteil von 49,5 % zum Gesamtumsatz aus machen, ihre gewerblichen sowie internen Aktivitäten, mit einem Umsatzvolumen von in Summe 50,5%, von elementarer Bedeutung.

Hierbei hebt sich der Containerdienst mit den Absetz- und Abrollkipperfahrzeugen, welcher die Bereiche Bauabfall- und Gewerbeabfallsammlung sowie Transportleistungen bedient, hervor. Darüber hinaus werden mit den Containerfahrzeugen noch andere Abfallarten eingesammelt und zu Verwertungsanlagen transportiert, oder andere Transport- und Dienstleistungen für Dritte erbracht.

Die Leistungen im Bereich der Fäkalienabfuhr für Verbände, Kommunen und andere Kunden haben sich zum Vorjahr nicht verändert, wie auch die Leistungen zur Erfassung von Verpackungsabfälle im Auftrag der Dualen Systeme.

Die Gewerbepapier- und Gewerbeabfallsammlung wird mittels Umleersystemen, Press- oder Wechselcontainern realisiert. Hier greift die HAW auf einen relativ kontinuierlichen Kundenstamm zurück, der diese Leistungen kontinuierlich bezieht.

Im Bereich der Sonderabfallentsorgung ist das Einsammeln und Transportieren von gefährlichen Abfällen zu Verwertungs- bzw. Beseitigungsanlagen ein wesentlicher Bestandteil. Auch im Bereich der Straßenreinigung und des Winterdienstes besteht eine gute Nachfrage.

Steuerungssystem

In der HAW werden zur Steuerung der Geschäftsaktivitäten verschiedene Kennzahlen genutzt. Die Steuerungskennzahlen Umsatzerlöse, Rohertrag, EBITDA, EBT und Investitionen dienen vorrangig der Steuerung der operativen Tätigkeiten und werden monatlich im Rahmen der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewertet.

Darüber hinaus sind die Kennzahlen: Menge der erfassten/ eingesammelten Abfälle, Fahrzeugauslastung, Krankenstand, Kraftstoffkosten-/verbrauch und Reparaturkosten sowie die Liquidität und Außenstandsdauer von Bedeutung.

Analysiert werden im Rahmen des Unternehmenscontrollings die Kundenumsätze sowie die Aktivitäten der Vertriebsmitarbeiter der HAW in ihren Vertriebsgebieten. Für spezielle Kundendienstprojekte und Produkte erfolgt eine Nachkalkulation durch das eigene Controlling, unterstützt durch das Bereichscontrolling der ALBA Europe. Diese Kennzahlen werden monatlich dem Management der HAW vorgelegt und ausgewertet.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird monatlich dem Beteiligungsmanagement des Landkreises Havelland und der Bereichsleitung der ALBA Europe übergeben und in monatlichen Meetings sowie

nach Bedarf ausgewertet. Den Aufsichtsratsmitgliedern werden mit den Aufsichtsratssitzungen und auf Anfrage, durch die Geschäftsführung die GuV, ein Liquiditätsnachweis und eine Krankenstatistik übergeben.

2. Wirtschaftsbericht

Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen

Die geforderten Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie im Land Brandenburg, wurden vom Unternehmen umgesetzt und in die betrieblichen Abläufe sowie der operativen Leistungserbringung integriert. Die Lockerungen der Schutzmaßnahmen wurden sukzessiv übernommen.

Die seit 1. Juli 2018 auf allen Autobahnen und Bundesstraßen geltende Lkw-Maut sieht weiterhin keine Ausnahme nach § 1, Ziff. 2 Bundesfernstraßenmautgesetz (BFStrMG) für Abfallsammelfahrzeuge vor.

Zum 1. Januar 2023 stiegen die Sätze für die Lkw-Maut. Hintergrund für die Erhöhung sind EU-Vorgaben und das neue Wegekostengutachten. Die Lkw-Maut muss sich an den Kosten für Bau, Betrieb, Erhalt und Ausbau der Verkehrswege orientieren – neben den tatsächlich verursachten Kosten für Luftverschmutzung und Lärmbelastung. Das neue Wegekostengutachten für Deutschland deckt den Zeitraum von 2023 bis 2027 ab. Die mautbedingten Kosten bewegen sich weiterhin auf hohem Niveau. Entsprechend der Nutzung mautpflichtiger Straßen verteuern sich Transport und Logistik.

Das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) führte mit Beginn des Jahres 2021 eine Bepreisung für den CO₂-Ausstoß ein, der bei der Verbrennung von Heizöl, Erdgas, Benzin und Diesel entsteht. Es wurde zunächst ein Preis von 25 Euro pro Tonne CO₂ festgelegt, der im Jahr 2022 auf 30 Euro pro Tonne CO₂ angehoben wurde. Der erhöhte Preis für LKW-Kraftstoffe führt zu einer Verteuierung der Sammlung, Aufbereitung und Logistik.

Stromkunden müssen ab dem 1. Juli 2022 keine EEG-Umlage mehr zahlen. Die Stromanbieter haben die Absenkung in vollem Umfang an die Endverbraucher weiterzugeben. Ein entsprechendes Gesetz zur Absenkung der Kostenbelastung durch die EEG-Umlage ist am 28. Mai 2022 in Kraft getreten.

Am 24. Dezember 2022 sind das Erdgas-Wärme-Preisbremsegesetz und das Strompreisbremsegesetz in Kraft getreten. Die Preisbremsen sollen die steigenden Energiekosten und die schwersten Folgen für Verbraucher und Unternehmen abfedern, die durch den kriegsrischen Überfall Russlands auf die Ukraine ausgelöst wurden. Entlastungen sollen von Januar 2023 bis Dezember 2023 gewährt werden.

Durch die vielen Nachweispflichten und den hohen bürokratischen Aufwand bei der Beantragung der hierfür vorgesehenen Hilfen wird es der Entsorgungswirtschaft allerdings formell und materiell deutlich erschwert, in den Genuss der Entlastungen zu kommen.

Die Regelungen im Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) wurden zum 1. Juli 2022 geändert. Lebensmittelhändler mit einer Gesamtverkaufsfläche von mehr als 800 Quadratmetern sind zur Rücknahme von Elektro-Altgeräten verpflichtet. Das gilt, wenn sie selbst mehrmals im Jahr Elektrogeräte anbieten. Für kleine Elektro-Altgeräte ist dies verpflichtend – unabhängig vom Neukauf eines Gerätes. Für größere Altgeräte gilt dies beim Kauf eines entsprechenden neuen Gerätes. So soll die Sammelquote und die Kreislaufführung verbessert werden. Das Betätigungsfeld der Aufbereitung von Elektroschrott könnte bei entsprechenden Mengen weiter ausgebaut werden.

Das Gesetz über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge legt seit dem 02. August 2021 neue Standards zur Beschaffungsquote von sauberen und energieeffizienten Fahrzeugen für

Entsorgungsunternehmen mit hoheitlichen Aufgaben, wie bspw. die Sammlung von Siedlungsabfällen, fest.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr 2022 wurde im Wesentlichen von hohen Kostensteigerungen in vielen Bereichen sowie Marktpreisvolatilitäten bei weiterhin partiell knappen Mengenverfügbarkeiten geprägt.

Ursächlich für die Rahmenbedingungen in Deutschland waren die noch präsente Corona-Pandemie sowie der im ersten Quartal ausgebrochene Russland-Ukraine-Krieg. Die damit einhergehenden wirtschaftlichen Auswirkungen haben den Aufwand für die Sammlung von Abfällen sowie auch das Abfallaufkommen bei unseren Kunden selbst grundlegend beeinflusst.

Das Gewerbegebiet, bspw. mit den Bereichen Gastronomie/Hotellerie und Messe/Veranstaltungen, wies weiterhin ein vermindertes Mengenaufkommen aufgrund reduzierter Geschäfts-/Produktionsaktivitäten im Vergleich zum Vorkrisenzeitraum auf.

Das Baugewerbe verzeichnete im Jahresverlauf rückläufige Auftragszahlen, insbesondere wegen der sich verschlechternden Konjunktur aufgrund steigender Inflationsraten und Rezessionstendenzen. In regional unterschiedlicher Ausprägung zeigte sich dies unter anderem in einem verringerten Mengenaufkommen bei den Bauabfällen. Hinzukamen, insbesondere bei unseren regionalen Verwertungsanlagen für mineralische Abfälle, wie bspw. Ziegelschutt, Annahmestopps wegen der Gefahr einer Überschreitung der Lagermengen. Diese Situation zwang uns, überregionale Verwertungsanlagen mit einer höheren Transportintensität zu nutzen.

Bei den kommunalen Haushaltsabfällen pendelten sich die Sammelmengen, bis auf den Bioabfall, sukzessiv auf Vor-Corona-Niveau (2019) ein. Die Erfassungsmengen der kommunalen Bioabfälle erfahren eine gute Resonanz bei den privaten Haushalten, was zu einem kontinuierlichen Mengenzuwachs führt.

In anderen Bereichen, wie bspw. den gewerblichen PPK-Mengen, ergab sich zur Mitte des Jahres eine Trendumkehr im Mengenaufkommen und der Mengennachfrage mit den daraus folgenden Preisentwicklungen.

Die durchschnittlichen Papierpreise, ob für die gewerblichen oder kommunalen Mengen, befanden sich in der ersten Jahreshälfte im historischen Vergleich auf einem insgesamt sehr hohen Niveau. Diese Entwicklung in der ersten Jahreshälfte war geprägt von einer starken Nachfrage bei gleichzeitig vollen Lagern und knappen Frachtkapazitäten.

Aufgrund der ab August gesunkenen Nachfrage kam es im weiteren Jahresverlauf zu deutlichen Preisabschlüssen. Getrieben wurde diese Entwicklung zusätzlich von der schlechteren Auftragslage in der Papierindustrie und zunehmenden Unsicherheiten bei der Energieversorgung für die Papierfabriken. Ebenfalls preisbelastend für den inländischen Papiermarkt wirkte der zunehmende Import von Mengen aus dem europäischen Ausland.

Der Preis für die Sorte 1.02 (sortiertes, gemischtes Altpapier) lag Ende 2021 bei 110 Euro pro Tonne und stieg bis Juni 2022 in der Spitze auf 153 Euro pro Tonne. Im weiteren Jahresverlauf sanken die Preise kontinuierlich. Der niedrigste Preis pro Tonne wurde im Dezember mit -2,5 Euro erreicht. Der Jahresdurchschnittspreis belief sich auf 88 Euro pro Tonne (i. Vj.: 100 Euro pro Tonne).

Einen ähnlichen Preisverlauf wies die Sorte 1.04 (Kaufhausaltpapier) auf. Im Dezember 2021 lag der Preis bei 138 Euro pro Tonne. Dieser stieg bis Juni auf 181 Euro pro Tonne an und erreichte hier sein Maximum. Ab Juli setzte sich beim Kaufhausaltpapier ebenfalls ein stetiger Preisrückgang durch und die Preise beendeten das Jahr bei 20 Euro pro Tonne. Im Zwölf-Monats-Mittel kostete die Tonne der Sorte 1.04 112 Euro (i. Vj.: 127 Euro).

Die Altkunststoffpreise entwickelten sich im gleichen Zeitraum analog zu den Papierpreisen und erreichten im Juni ihre Jahreshöchstwerte mit anschließender negativer Tendenz. Im Mittel lagen die Preise jedoch über Vorjahresniveau.

Betrug der Preis für Folien der Qualitätsstufe 80/20 im Januar noch 220 Euro pro Tonne, so lag er zur Jahresmitte bei 275 Euro pro Tonne. Die anschließende rückläufige Preisentwicklung mündete im Dezember in einem Preis von 115 Euro pro Tonne. Im Jahresmittel stieg der Preis von 129 Euro pro Tonne 2021 auf 190 Euro pro Tonne im Jahr 2022.

Einen vergleichbaren Verlauf nahmen die Preise für bunte Folien und buntes PET. Im Zwölf-Monats-Durchschnitt stiegen die Preise für bunte Folien auf 145 Euro pro Tonne (i. Vj.: 104 Euro pro Tonne). Im letzten Quartal des Berichtsjahres wurden für bunte Folien mit 75 Euro pro Tonne die im Mittel niedrigsten Preise erzielt. Die gemittelten Zuzahlungen für buntes PET sanken von 133 Euro pro Tonne 2021 auf 113 Euro pro Tonne 2022. Für beide Sorten konnte eine negative Tendenz im zweiten Halbjahr beobachtet werden, obgleich die Zuzahlungen für buntes PET mit 289 Euro pro Tonne im vierten Quartal ihren Höchstwert erreichten.

Die Preise für Altholz erhöhten sich gegenüber 2021 über alle Sorten hinweg. Die im Jahresverlauf hohen Preise wurden durch geringe Verfügbarkeiten von Altholzmengen bei starker Nachfrage nach thermischen und stofflichen Qualitäten gestützt. Auslöser dieses Nachfrageüberhangs waren gesunkene gewerbliche Altholzmengen, geringere kommunale Mengen aus Sperrmüllsammlungen und auf Wertstoffhöfen sowie die deutlich gesunkenen Importmengen. Die verfügbaren Mengen bewegten sich um 15% bis 30% unter dem Vorjahresniveau.

Bei Qualitäten, die primär aus dem Bausektor stammen, mussten vereinzelt noch stärkere Mengenrückgänge verzeichnet werden. Während bis einschließlich des dritten Quartals Preisanstiege mit regional unterschiedlichen Ausprägungen zu verzeichnen waren, stellte sich im vierten Quartal, unter anderem aufgrund der politisch gebremsten Strompreisentwicklung, erstmals eine Stabilisierung der Angebots-/Nachfragesituation bei hohen Preisen ein.

Die Stahlschrottpreise verzeichneten im Berichtsjahr teilweise hochvolatile Verläufe. Anfang des Jahres bewegte sich die Auftragslage vieler Stahlwerke noch auf hohem Niveau. Infolge der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen reduzierte sich das Auftragspolster im weiteren Jahresverlauf jedoch erheblich und Hochöfen wurden vorübergehend stillgelegt. Demgegenüber stand eine noch immer eingeschränkte Verfügbarkeit an Neuschrotten.

Für NE-Metalle war das Berichtsjahr hingegen ein Ausnahmejahr. Die durch den Russland-Ukraine-Krieg erschwerte Beschaffung von diesen Metallen traf auf eine hohe Nachfrage der Wirtschaft, was zu steigenden Preisen für die Basismetalle führte.

3. Lage

Wir erläutern folgende Leistungsindikatoren:

Ertragslage

Zum Vorjahr haben sich die Umsatzerlöse der HAW in Summe um 2,53%

[TEUR +315,5] erhöht. Gründe hierfür sind vor allem in höheren Verwertungserlösen, insbesondere bei PPK, und Preisanpassungen gegenüber unseren Kunden begründet. Der Materialaufwand reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um -7,9% [TEUR -274,1]. Diese Reduktion ist insbesondere aus den Aufwendungen für bezogene Leistungen mit -18,1% [TEUR -271,2] begründet.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten insbesondere solche aus den Anlagenverkäufen, den periodenfremden sowie den Erträgen aus Auflösungen von Rückstellungen. In Summe sind die sonstigen betrieblichen Erträge um -42,1% [TEUR -86,0] im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

Auf Basis des Rohertrages kann damit im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 5,5% [TEUR +503,6] ausgewiesen werden.

Die Mitarbeiterzahl ist gegenüber dem Vorjahr, insbesondere bei den Auszubildenden, leicht gesunken. Infolge der Übernahme von Auszubildenden und geschuldet der vereinbarten Lohn- und Gehaltserhöhung im laufenden Jahr, stiegen die Personalaufwendungen um 3,7% [TEUR +167,4].

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind vor allem Aufwendungen für Raumkosten, Kosten für Behälter, laufende Kosten Fuhrpark, Instandhaltung und Versicherungen Fuhrpark, Mieten Fremdfahrzeuge, Vertriebs- und Verwaltungskosten, sonstige Personalkosten (Ausgleichsabgaben, Schulungen und Arbeitskleidung), Instandhaltungen Betriebsausstattung sowie andere und neutrale Aufwendungen enthalten. Die Summe der sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhte sich um 12,4% [TEUR +344,4].

Den Kostensteigerungen, insbesondere die der Kraftstoffkosten Diesel [TEUR +285,2], der Anmietungen von LKW und Arbeitsmaschinen [TEUR +36,6], der Vertriebskosten [TEUR +33,0] sowie der sonstigen Verwaltungskosten [TEUR +46,1] stehen die Kostensenkungen in anderen Positionen gegenüber. Insbesondere sinken die Kosten für die Instandhaltungen der eigenen Gebäude und Grundstücke [TEUR -60,4] sowie die sonstigen Personalkosten [TEUR -33,0].

Aufgrund der Investitionstätigkeit erhöhen sich die planmäßigen Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr [TEUR +25,3].

Die Erhöhung der Zinsaufwendungen [TEUR +5,6] begründet sich durch die Investitionstätigkeit im Berichtsjahr. Alle externen Kreditlinien sind planmäßig getilgt worden.

Ausgehend von einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 573,5 im Vorjahr, erzielte die HAW im Berichtsjahr ein um -6,0% [TEUR -34,5] reduziertes Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 539,0.

Nach Steuern ergibt sich für das Geschäftsjahr 2022 ein Jahresüberschuss von TEUR 358,3 (Vorjahr TEUR 386,6).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR +1.296,4 [+17,3%] erhöht.

Im Bereich des Sachanlagevermögens führen Investitionen bei gleichzeitiger Reduzierung durch planmäßige Abschreibungen und Anlagenabgängen insgesamt zu einer Erhöhung des Anlagevermögens um TEUR +1.357,8.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sinken gegenüber dem Vorjahr um TEUR -51,7 auf TEUR 1.105,7.

Die Rückstellungen [TEUR 467,0] beinhalten neben den Steuerrückstellungen [TEUR 1,8] und Personalarückstellungen [TEUR 227,3] für Urlaubsverpflichtungen, Mehrarbeit, variable Vergütungen und Berufsgenossenschaft auch sonstige Rückstellungen [TEUR 237,9] für Archivierung, ausstehenden Rechnungen und Leistungen, insbesondere denen der Instandhaltung und Versicherung sowie denen der Rechtsberatung, Abschlussarbeiten und Rechtsstreitigkeiten.

In Summe steigen die Rückstellungen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR +29,5.

Die Verbindlichkeiten stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR +1.297,6 auf TEUR 5.247,2. Dieser Anstieg resultiert aus der Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten [TEUR +1.599,4]. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, gegenüber Gesellschaftern und Sonstigen sinken gegenüber dem Vorjahr um TEUR -301,8 auf TEUR 719,4.

Der Ansatz der passiven latenten Steuern hat sich um TEUR -2,4 reduziert.

Finanzlage

Zum Bilanzstichtag ist ein Bankguthaben in Höhe von TEUR 120 ausgewiesen. Die Gesellschaft ist zu jedem Zeitpunkt ihren Zahlungsverpflichtungen nachgekommen.

Investitionen

Für das Jahr 2022 hatte die Gesellschaft einen Investitionsplan von CAPEX TEUR 1.527,9 für laufende Investitionen genehmigt bekommen. Infolge von Lieferverzögerungen zum Jahresende 2021 sind TEUR 452,4 (CAPEX) in das Jahr 2022 übernommen worden. Der Investitionsplan beträgt damit insgesamt TEUR 1.980,3 (CAPEX).

Die Anlagenzugänge des Geschäftsjahres 2022 [CAPEX TEUR 708,4] betreffen insbesondere die Fertigstellung des Betriebshofs „Bölkershof“ im Bereich Bürocontainer, Schranken-/Zaunanlagen, Lagerflächen und dem Datennetz TEUR 255,6, der Neuanschaffung von Lagerboxen TEUR 52,9, dem Austausch älterer Büroausstattungen TEUR 30,0, neuer Werkstattausrüstungen TEUR 8,7, neuer Arbeitsplatzmonitore TEUR 3,0, dem Behälter- und Containeraustausch TEUR 106,2 sowie Anschaffung im Bereich Fuhrpark, von einem Hecklader, einem gebrauchten Seitenlader und einem Pool-Fahrzeug im Total TEUR 242,4.

Darüber hinaus werden offene CAPEX Bestellungen in Höhe von TEUR 1.170 in das Jahr 2023 übertragen.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte über Finanzierungen bei Kreditinstituten sowie aus dem operativen Cash-Flow.

4. Chancen und Risikobericht

Prognose der gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen

Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) trat am 1. Januar 2023 in Kraft. Gestärkt werden in globalen Lieferketten Menschenrechte und Umweltschutz.

Das Gesetz verpflichtet Unternehmen in Deutschland mit mindestens 3.000 Mitarbeitenden (ab 2024 auch für Unternehmen ab 1.000 Mitarbeitenden) Menschenrechte zu achten, indem Sorgfaltspflichten umgesetzt werden. Diese Pflichten gelten für den eigenen Geschäftsbereich, für das Handeln eines Vertragspartners und das Handeln weiterer (mittelbarer) Zulieferer. Die neu einzuhaltenden Pflichten bedeuten bürokratischen Mehraufwand, gegebenenfalls müssen auch weitere personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden

Chancenbericht

Die Geschäftsgrundlage der HAW wird durch langfristige Dienstleistungsverträge mit dem Landkreis Havelland gesichert. Die Fortführung dieses Vertrages ermöglicht es der Gesellschaft, in anspruchsvolle Arbeits- und Ausbildungsplätze zu investieren und kontinuierlich umweltfreundliche und moderne Technik zu beschaffen.

Die breite und gut ausgebaute Angebotspalette der HAW, mit Ihrer heterogenen gewerblichen Kundenstruktur aus der herstellenden Industrie, Nahrungsmittel-, Land-, Bau- und Forstwirtschaft, Gesundheitswesen, Gastronomie sowie Dienstleistungsgewerbe, Kommunen und deren kommunalen Verbänden, ermöglichen ihr eine kontinuierliche und auskömmliche Auslastung der Mitarbeiter und der Technik.

Der Ausbau und die Erweiterung dieser Angebotspalette, die Flexibilität und die hohe Kompetenz in der Auftragsumsetzung sowie die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit unseren Kunden und anderen Unternehmen, sind auch für die Zukunft ein Garant für eine solide Entwicklung.

Als IHK-Ausbildungsbetrieb sichert sich die HAW die personellen und qualitativen Voraussetzungen für die kommenden Jahre. Als ein Unternehmen des Landkreises Havelland und der ALBA Group, partizipiert die HAW von dem Knowhow, den Einkaufsbedingungen sowie den Firmenkontakten. Somit können Synergiepotentiale zum beiderseitigen Vorteil gehoben, Prozesse verschlankt und für den Kunden ein optimales Angebot erstellt werden.

Dem Wettbewerb am Markt wird die HAW weiterhin durch ein gutes Preis-/ Leistungsniveau sowie mit guter Erfahrung, Innovation, Zuverlässigkeit und durch ein hohes Maß an Qualität begegnet.

Mit dem eingeleiteten Wechsel des ERP-Systems auf SAP, stellt die HAW die richtigen Weichen für die Zukunft und den Weg in die Digitalisierung sowie Optimierung Ihrer Prozesse.

Risikobericht

Die HAW ist im Rahmen ihrer geschäftlichen Tätigkeit Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit unternehmerischem Handeln verbunden sind. Das Risikomanagement ist daher ein integraler Bestandteil der Geschäftsprozesse und den unternehmerischen Entscheidungen. Es stützt sich auf das auf Unternehmens- und Gruppenebene eingesetzte Planungs-, Berichts- und Informationssystem und wird ergänzt durch eine ständige Überwachung aller Finanzströme.

Mit Hilfe dieses Risikomanagementsystems werden die bestehenden und künftigen Risiken analysiert und bewertet. Für identifizierte Risiken werden geeignete Gegenmaßnahmen eingeleitet und überwacht. Das Risiko-Managementsystem ist eng mit dem Controlling-System und der strategischen Planung verbunden.

Konkret besteht für 2023 und fortfolgende Berichtsperioden das Risiko, dass langfristig laufende Entsorgungsaufträge aufgrund sich kurzfristig ändernder Parameter, nicht zeitnah angepasst werden können bzw. die auf die Gesellschaft einwirkenden Risiken nicht ausreichend kompensieren. Dieses Risiko wird als gering eingeschätzt, da auf den Erfahrungen des Vorjahres aufgebaut wird und für die wesentlichen schlecht einzuschätzenden Kostengruppen, Preisgleitklauseln bzw. Erstattungspreise vereinbart wurden.

Im Bereich der Gewerbekunden wird mit einer weiteren Konzentration sowie Verschärfung des Wettbewerbs zu rechnen sein. Durch Kundenbindungsmaßnahmen, Vertragsgestaltung, Neukundengewinnung, Ausbau der Angebotspalette für Bestands- und Neukunden und der Nachkalkulation größerer Aufträge, wird diesen Risiken entgegengewirkt. Forderungsausfällen begegnet die HAW mit gezielten Bonitätsabfragen im Vorfeld und ggf. Vorauszahlungen.

Im kommunalen Bereich des Leistungsspektrums verfügt das Unternehmen mit den Aufträgen des Landkreises Havelland sowie mit denen von kommunalen Wasser- und Abwasserverbänden über die Abwasserentsorgung, über Verträge mit einer längeren Laufzeit und damit auch einer entsprechenden Planungssicherheit. Die Verträge verfügen ebenfalls über entsprechende Preisgleitklauseln.

Die Erlöse aus der Vermarktung von werthaltigen Abfällen und die Weitergabe von Vergütungen an Kunden sind an branchenübliche und vertraglich fixierte Preisindizes gekoppelt, so dass es hier zu keinem Risiko durch Preisschwankungen auf dem Markt der Sekundärrohstoffe für das Unternehmen kommen kann.

Das Gleiche gilt auch für zuzahlungspflichtige Abfälle, bei denen die HAW ebenfalls den Entsorgungspreis bei Notwendigkeit kurzfristig anpassen könnte. Die Steuerung dafür nimmt das Controlling wahr.

Zum Ausbau und für die Erhaltung des Qualifikationsniveaus der Mitarbeiter, setzt die HAW auf spezifische Aus- und Weiterbildung.

Um dem Risiko Rechnung zu tragen, dass es zu nachhaltigen Störungen des Betriebsablaufes aufgrund der Abwesenheit oder des Ausscheidens von Mitarbeitern kommt, bestehen in der HAW eindeutige Vertretungsregelungen und prozessuale Vorgaben, die regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Die Gesellschaft steht mittelfristig vor der Herausforderung, Mitarbeiter infolge des Erreichens des Renteneintrittsalters ersetzen zu müssen. Hierbei setzt das Unternehmen vorrangig auf die eigene Ausbildung von Nachwuchskräften in den Berufen: Fachkraft für Büromanagement, Berufskraftfahrer und des Land- und Baumaschinen-Mechatronikers.

Aufgrund der Bestandsaufnahme der Risiken, der Einschätzung derer Eintrittswahrscheinlichkeiten und der Beurteilung der Wirksamkeit von Gegenmaßnahmen ist die Geschäftsführung der Ansicht, dass Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, nicht bestehen.

5. Prognosebericht

Prognose

Die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft wird durch eine weitere Konsolidierung entlang folgender Zielstellungen gekennzeichnet sein:

- Stabilisierung der Umsatzerlöse und bei gleichzeitiger Verbesserung der Ertragssituation, indem notwendige Preiserhöhungen im gewerblichen Bereich zeitnah durchgeführt und die Reduzierung der Kosten gewährleistet werden,
- Aufbau eines Web-Shops für den Containerdienst
- Straffung der unternehmensinternen Prozesse bei gleichzeitiger Erhöhung von Transparenz
- der strategischen Neujustierung relevanter Geschäftsfelder sowie
- die Prüfung und Umsetzung von neuen Geschäftsfeldern im Unternehmen

Der Fokus der Geschäftsaktivitäten der nächsten Jahre liegt auf der konsequenten Umsetzung der Unternehmensziele und Stabilisierung der Gesellschaft innerhalb der Gewinnzone. Die notwendigen Schritte dazu sind eingeleitet und bereits erfolgt.

Die HAW plant für 2023 bei einem Umsatz von TEUR 13.760,5 einen Rohertrag von TEUR 10.746,6, ein EBITDA in Höhe von TEUR 2.209,0 sowie ein EvSt und ohne Beteiligungserträge in Höhe von TEUR 505,9. Für das Jahr 2023 erwarten wir aufgrund der derzeitigen Geschäftslage ein positives Geschäftsergebnis.

Die Prognose des Vorjahres 2021, ein EBT ohne Beteiligungserträge in Höhe von TEUR 483,2 zu erreichen, wurde mit einem Plus von 2,3% [TEUR +11,1] erfüllt.

Die Einschätzung der Entwicklung der HAW basiert auf den derzeitigen Erwartungen und Annahmen bezüglich der Auswirkungen zukünftiger Ereignisse und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen.

Entwicklung der Gesellschaft

Die Stärkung der Präsenz des Unternehmens auf dem regionalen Entsorgungsmarkt, die Intensivierung unserer Kundenbeziehungen sowie die Neukundenakquise in Verbindung mit der Entwicklung neuer Geschäftsfelder, führen das Unternehmen zu einem nachhaltigen Wachstum und sichert die Erreichung der im Wirtschaftsplan gesteckten Ergebnisziele.

Mit der Aufrechterhaltung von attraktiven Arbeitsplätzen und dem Ausbau sowie Stärkung unseres Knowhows, wird das Unternehmen den zukünftigen personellen Herausforderungen begegnen.

Die Geschäftsführung erwartet, dass die geplanten Ergebnisse im EBITDA und EBT im folgenden Geschäftsjahr erreicht werden. Vor dem Hintergrund der dargestellten branchenspezifischen Rahmenbedingungen wird das Management der HAW die Stärkung, den Ausbau und die Erweiterung Ihrer Geschäftsfelder weiter forcieren. Das gilt sowohl für die Beschaffungsmärkte, als auch für die Absatzmärkte.

Ein weiterer Bestandteil der Strategie ist die verstärkte Integration von zuverlässigen, geeigneten und kompetenten Unterauftragnehmern bei der direkten Leistungserbringung sowie für Logistikaufgaben bei der Absteuerung von Abfällen.

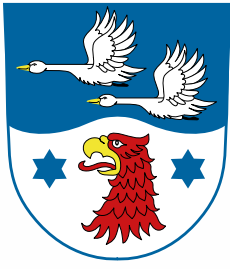
Einhergehen werden diese Maßnahmen mit einem gezielten und kostenbewussten Einsatz der Ressourcen und einer effizienten Nutzung von Kapazitäten bei der HAW.

Zusammenfassend lassen sich maßgebliche oder gar unternehmensgefährdende Entwicklungen für den zukünftigen Geschäftsverlauf der HAW zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erkennen.

Nauen, den 28. Februar 2022

HAW Havelländische Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH

Matthias Noa
Geschäftsführer



LANDKREIS
HAVELLAND

3.8 Abfallbehandlungsgesellschaft Havelland mbH

3.8 Abfallbehandlungsgesellschaft Havelland mbH (abh)

Unternehmensdaten

Schwanebecker Weg 25

14641 Nauen

Tel.: 03321 7489-40

abfallberatung@abfall-havelland.de

www.abfall-havelland.de

3.8.1 Gegenstand des Unternehmens

Planung, Bau und Betrieb bzw. Bewirtschaftung einer mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage nach den Anforderungen der ab dem 01.06.2005 geltenden Umweltnormen am Standort der Hausmüll-deponie Schwanebeck, Entwicklung des Standortes und Bewirtschaftung der Liegenschaft um die Deponie Schwanebeck mit dem Ziel der Erreichung eines Abfallwirtschaftszentrums unter Ausnutzung der entstehenden Stoff- und Energieströme, Zusammenarbeit mit anderen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern und Anlagenbetreibern zur wirtschaftlichen Umsetzung der Entsorgungssicherheit des Landkreises Havelland, Abschluss, Stilllegung und Nachsorge der Altdeponien des Landkreises Havelland, die Bewirtschaftung von Deponien und Wertstoffhöfen für den Landkreis Havelland als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger und die Vermarktung der Wert- und Abfallstoffe sowie sonstige abfallwirtschaftliche Dienstleistungen für den Landkreis Havelland im Rahmen seiner hoheitlichen Aufgabenerfüllung.

3.8.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 131 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Aufrechterhaltung der öffentlichen Reinlichkeit zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise.

3.8.3 Rechtliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum:	05.12.2003
Gesellschaftsvertrag:	vom 11.09.2003, letzte Änderung vom 06.03.2015
Handelsregister - Nr.:	HRB 17292 P
Sitz der Gesellschaft:	Nauen
Stand der Firmendaten:	30.11.2023
Basis der Finanzdaten:	Jahresabschluss 2022

3.8.4 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt: 500.000,00 Euro		
Die Stammeinlage wird gehalten von:		
Landkreis Havelland	500.000,00 Euro	100 %

3.8.5 Organe der Gesellschaft

<i>Gesellschafter:</i>	Landkreis Havelland, vertreten durch den Landrat Roger Lewandowski
<i>Geschäftsführung</i>	Michael Schmidt

3.8.6 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

3.8.7 Kennzahlen

Bilanz per 31.12.2022

	per 31.12.2022	per 31.12.2021
	in T€	in T€
Aktiva		
Anlagevermögen	1.432	1.795
Umlaufvermögen	8.158	8.070
Rechnungsabgrenzungsposten	4	7
Passiva		
Eigenkapital	3.205	3.639
Rückstellungen	200	104
Verbindlichkeiten	6.190	6.129
Bilanzsumme	9.595	9.872

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022

	per 31.12.2022	per 31.12.2021
	in T€	in T€
Umsatzerlöse	10.329	6.887
Sonstige betriebliche Erträge	106	56
Materialaufwand	7.488	8.718
Personalaufwand	1.436	1.339
Abschreibungen	10.774	11.788
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.138	1.043
Jahresergebnis	-23	-172

Leistungs- und Finanzbeziehungen § 61 Nr. 4 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV)

§ 61 Nr.:	Wirtschaftsjahr 2022	Betrag in €	Kurzbeschreibung
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen		
4.b	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	397.330	- Gewinnausschüttung
4.c	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen		- keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können		- keine

Analysedaten der Abfallbehandlungsgesellschaft Havelland mbH gemäß § 61 Nr. 2 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung*

Kennzahl	Formel	2020	2021	2022
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				
Anlagenintensität (%)	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	28,1	18,2	14,9
Eigenkapitalquote (%) (ohne Sonderposten)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	75,8	36,9	33,4
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Euro)	aus Bilanz	0,0	0,0	0,0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				
Anlagendeckung II (%)	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	274,3	206,0	228,8
Zinsaufwandsquote (%)	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	0,0	0,0	0,0
Liquidität 3. Grades (%)	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	313,5	130,7	129,1

Cashflow aus laufender Geschäfts- tätigkeit (TEuro)	Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zun./Abn. der langfr. Rückstellungen + außerordentl. Aufwendg. - außerordentl. Erträge	744	605	116
---	--	-----	-----	-----

Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				
Gesamtkapitalrentabilität(%)	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkap.-zinsen}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	1,5	-1,7	-0,2
Umsatz (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	7.273.006	11.560.811	10.329.141
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	83.162	-172.210	-23.254

Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				
Personal- aufwandsquote (%)	$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	18,9	11,6	13,4
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr im Durchschnitt beschäftigtes Personal	34	33	33

*Analysedaten dem Jahresabschluss der Gesellschaft entnommen

3.8.8 Lage des Unternehmens

1. Grundlagen des Unternehmens

Als 100 %ige Tochtergesellschaft des Landkreises Havelland wurde die Abfallbehandlungsgesellschaft Havelland mbH (*abh*) im Jahr 2003 mit der Zielsetzung gegründet, die umweltverträgliche und gesetzeskonforme Abfallverwertung und -beseitigung der andienungspflichtigen Siedlungsabfälle des Landkreises Havelland zu sichern.

Dies geschieht auf der Basis eines unbefristeten Dienstleistungsvertrages, der mit Wirkung zum 01.10.2020 vollständig überarbeitet und konkretisiert wurde. Die Aufgabenübertragung durch den öffentlich- rechtlichen Entsorgungsträger des Landkreises Havelland beinhaltet die Sparten Betreuung der Mechanisch-biologischen Abfallbehandlung (MBA), Bewirtschaftung der kreiseigenen Deponien und Wertstoffhöfe, Abfallberatung, externe Entsorgungen andienungspflichtiger Siedlungsabfälle und Projektmanagement für abfallwirtschaftliche Investitionen des Landkreises. Die Regelungen für diesen Vertragsbereich sehen eine vollständige Selbstkostenerstattung ohne Gewinnerzielung vor.

Über gesonderte Verträge werden außerdem Leistungen zur Reinigung der territorialen DSD-Standplätze sowie zur Beräumung ordnungswidriger Abfälle im Kreisgebiet für den Gesellschafter erbracht. Hier trägt die *abh* das wirtschaftliche Risiko.

Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt wurde im Jahr 2006 mit der Erweiterung der MBA-Kapazität geschaffen. Im Auftrag der MEAB Märkische Entsorgungsanlagen- Betriebsgesellschaft mbH Potsdam wurden Siedlungsabfälle teilbehandelt. Dieser Vertrag lief planmäßig am 31.12.2020 aus. Die Beendigung dieses Vertrages konnte teilweise durch einen Anschlussvertrag aufgefangen werden, der jedoch wegen zu geringer Anliefermengen Ende 2022 durch die *abh* gekündigt worden ist.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Jahr 2022 konnten weltweit die ökonomischen Verwerfungen als Resultat der Corona-Pandemie nach und nach abgebaut werden, in vielen Bereichen wurde der Stand von 2019 bereits wieder erreicht. Trotzdem überlagerten Themen wie unterbrochene Transportketten und Lieferengpässe, vor allem getrieben durch die strikte Corona-Politik der chinesischen Regierung, die globalen Themen der Vorjahre wie Klimawandel und Artensterben deutlich. Durch den Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 sah man sich in Europa und ganz besonders in Deutschland einer ungünstigen Abhängigkeit von russischem Gas und Öl gegenüber.

Die in der Folge geführte Diskussion über die Lieferung der fossilen Energieträger aus Russland und das Kompensationsverhalten der Bundesregierung sorgte bis zum August 2022 in der Spitze für einen Anstieg der Energiepreise um das teilweise 3,5-fache. Die von russischen Gas- und Öllieferungen stark abhängige deutsche Wirtschaft sendete zwar vielfach Alarmsignale an die Politik, größere Störungen oder Versorgungsengpässe von Industrie und Haushalten konnten jedoch vermieden werden.

Neben erheblichen weltweiten Auswirkungen im Bereich der Nahrungsmittelversorgung sorgte der Russland-Ukraine-Krieg auch für Turbulenzen an den Rohstoffmärkten, beispielhaft sind hier die Preisentwicklungen für Schrotte oder Altpapier zu nennen. wo es im laufenden Jahr 2022 einen extremen Preisverfall gegeben hat, da die Produktion durch die hohen Energiekosten vielfach unrentabel geworden war und deshalb stark gedrosselt wurde.

Besondere Herausforderungen entwickelten sich im Bereich der Beschaffung. Wie bereits erwähnt, sorgen gestörte Lieferketten vor allem im Handwerk für Leistungsstörungen, der Erwerb von Maschinen und Fahrzeugen wurde durch Auftragsannahmestopps z.B. in der Nutzfahrzeugbranche teilweise unmöglich. Die Durchführung von Vergabeverfahren zur Beschaffung von Leistungen und Gütern war geprägt von wenigen Angeboten und extremen Lieferfristen. Der noch erschwerend hinzukommende Fachkräftemangel wird besonders in der Logistikbranche erkennbar, die Disposition von Transportleistungen für Abfälle aller Art glich teilweise eher einer Lotterie.

Schlussendlich führt der leer gefegte Arbeitsmarkt, laut statistischem Bundesamt liegt die Erwerbslosenquote für Dezember 2022 bei einem Wert von 2,9%, für große Anstrengungen seitens der Unternehmen, das Ausscheiden von Mitarbeitern in den Ruhestand bzw. sonstige Fluktuation von Arbeitskräften wieder auszugleichen.

Geschäftsverlauf

Durch die engagierte Tätigkeit der *abh*-Mitarbeiter konnten im Wirtschaftsjahr 2022 die Energiepreisexplosion, der Arbeitskräftemangel, die Leistungsstörungen im Handwerk und bei verschiedensten Lieferleistungen sowie die hohe Volatilität der Verwertungs- bzw. Entsorgungspreise verbunden mit Schwierigkeiten beim Transport von Abfällen soweit aufgefangen werden, dass der Anlagenbetrieb und damit einhergehend die Verwertung und Entsorgung von Abfällen im Landkreis Havelland ohne eine Kostenexplosion aufrecht erhalten werden konnte.

Im Folgenden werden wir die wesentlichen Leistungsindikatoren analysieren und deren Einfluss auf den Geschäftsverlauf darstellen.

Die *abh* erwirtschaftete rund 90 % ihres Betriebsertrages im Rahmen der Auftragsabwicklung des Dienstleistungsvertrages und weiterer Verträge für ihren Gesellschafter, den Landkreis Havelland.

Der Geschäftsverlauf in den einzelnen Sparten für den Kunden Landkreis Havelland verlief weitestgehend planmäßig. Insgesamt verminderten sich die Betriebserträge hier um rund 12 % bzw. TEUR 1.299 auf TEUR 9.729 im Vorjahresvergleich.

Bei der Erfüllung der Aufgaben im Rahmen des Dienstleistungsvertrages stiegen die Betriebserträge um rd. 1 % auf TEUR 6.256 an.

Während in den Vorjahren die Sparte externe Entsorgung hohe Zuwachsraten generierte, sanken hier die Erträge erstmals seit 2018 im Vorjahresvergleich (TEUR – 399) auf rund TEUR 2.861.

Da für die Entsorgung der Massenabfallsorten Sperrmüll und heizwertreiche Fraktion auf Grund vertraglicher Bindungen im Jahr 2022 keine Preissteigerungen zu verzeichnen waren, ist der Ertragsrückgang auf den Rückgang der Entsorgungsmengen zurückzuführen.

Die in der folgenden Tabelle aufgeführten Abfallsorten repräsentieren rund 97 % der im Landkreis extern entsorgten Stoffströme, für die keine Erlöse erzielbar sind.

Über diese Abfallsorten ist ein Mengenrückgang von rd. 11 % zu verzeichnen, der insbesondere von den haushaltsnahen Massenabfälle Sperrmüll und heizwertreiche Fraktion getragen wird. Der Aufräumboom der Coronajahre scheint offensichtlich beendet zu sein.

Das Absinken der spezifischen Kosten beim Sperrmüll ist strukturell bedingt, da es je Standort differente Entsorgungspreise gibt.

Die gesunkenen spezifischen Kosten bei der Entsorgung von Teerpappen und Styropor sind auch strukturell durch eine geringere Annahmemenge der hochpreisigen gefährlichen Untersorten bedingt.

Entsorgungskosten und –mengen ausgewählter Abfallsorten:

Entsorgungskosten und -mengen ausgewählter Sorten	heizwertreiche Fraktion	Sperrmüll inkl. Umschlag	Teerpappen	Altholz	med. Abfälle	Styropor	Gesamt
Entsorgungsmengen ME	Mg	Mg	Mg	Mg	Mg	Mg	Mg
2021	11.255	8.434	146	842	220	10	20.907
2022	10.557	7.107	121	670	214	6	18.675
Mengenveränderung Vj.	-6,2%	-15,7%	-17,1%	-20,4%	-2,9%	-41,2%	-10,7%
Gesamtkosten netto	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
2021	1.276,8	1.267,0	135,0	82,4	43,0	59,2	2.863
2022	1.197,4	1.019,6	60,6	65,3	41,6	30,6	2.415
Gesamtkostenveränderung Vj. um	-6,2%	-19,5%	-55,1%	-20,8%	-3,3%	-48,3%	-15,7%
Entsorgungskosten €/ME netto	€/Mg	€/Mg	€/Mg	€/Mg	€/Mg	€/Mg	€/Mg
2021	113,45	150,22	925,92	97,84	195,19	5.777,63	136,96
2022	113,42	143,46	693,33	97,58	194,55	5.191,51	129,32
Veränderung spezifische Kosten Vj.	0,0%	-4,5%	-25,1%	-0,3%	-0,3%	-10,1%	-5,6%

Die Möglichkeit, für einige Abfallsorten Erlöse zu erzielen, setzte sich 2022 fort. Auch hier geht der Trend in Richtung Mengenrückgang.

Die FE-Schrott-Vermarktung der auf den Wertstoffhöfen angenommenen Menge ist auch in 2022 weiter rückläufig und erreichte das Niveau von Vorcorona. Die spezifischen Erlöse jedoch stiegen, getrieben durch den Krieg in der Ukraine weiter an (+ 8,4 % zu 2021, bzw. + 88,3 % zu 2019).

Die Mengenentwicklung bei Papier, Pappe und Kartonagen (PPK) ist ebenfalls rückläufig, im Vorjahresvergleich -5%, die spezifischen Erlöse stiegen jedoch um rund 5%.

Die Verarbeitung des Hausmülls der Bürger und der andienungspflichtigen hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle in der Mechanisch-Biologischen Abfallbehandlungsanlage sowie die der Bioabfälle aus der freiwilligen Biotonne in der Kompostanlage in Schwanebeck stellt ein wesentliches Element der gesamten Tätigkeit der *abh* dar.

Auch die angelieferte Menge an Hausmüll sank leicht um 1,6 % im Jahr 2022 auf 27.875 Mg (Vorjahr 28.316 Mg) an.

Der Trend bei den Anliefermengen der Bioabfälle steht weiterhin auf Wachstum, verlangsamte sich relativ jedoch weiter. Die Anliefermenge an Bioabfällen stieg um 1.064 Mg (Vj. 1.023 Mg), das sind 22% auf 5.843 Mg (Vj. 4.779 Mg).

Der Betriebsertrag der Sparte Bewirtschaftung der Wertstoffhöfe im Landkreisgeschäft beträgt rd. TEUR 1.017. Sie ist zugleich der personalintensivste Aufgabenbereich der Gesellschaft mit einer enormen Außenwirkung.

Beim Vergleich der Anzahl der Wiegevorgänge mit dem Vorcoronajahr 2019 wird deutlich, dass alle Höfe hohe Zuwachsraten zu verzeichnen haben. Im Durchschnitt wurden fast 14 % mehr Wiegevorgänge durchgeführt. Im Vergleich zum direkten Vorjahr beträgt die durchschnittliche Zuwachsrate an Verwiegunen rd. 2%.

An den drei Wertstoffhöfen wurden insgesamt rd. 5 % weniger Menge der ausgewählten Abfallsorten (alle kostenfrei bei Abgabe durch Bürger des Landkreises HVL) abgegeben. Einzig der Standort Schwanebeck hat eine Mengensteigerung von rd. 1% zu verzeichnen. Kundenswerpunkt bleibt der Standort Falkensee mit rd. 54% der Gesamtannahmen.

Auch der Betrieb der Deponie in Schwanebeck sowie die Nachsorge für Rohrbeck und Bölkershof erfolgte im Jahr 2022 wieder reibungslos. Mit der Fertigstellung eines weiteren Bauabschnittes in Schwanebeck werden nunmehr vier Bauabschnitte bewirtschaftet, von denen zwei nicht mehr aktiv betrieben werden. Die Verfüllung erfolgt seit 2019 auf dem 2. Bauabschnitt. Im Jahr 2022 wurden inkl. zusätzlichem Abdeckmaterial (8.067 Mg) rund 28.607 Mg (im Vj. 13.976 Mg) Abfälle abgelagert.

Im Rahmen des Projektmanagements für den Landkreis Havelland wurden im Jahr 2022 Betriebserträge in Höhe TEUR 3.281 (Vj. TEUR 4.633) generiert. Auch 2022 avanciert diese Sparte somit zum leistungsstärksten Geschäftszweig. Ursache für den hohen Zuwachs in den Jahren 2021 und 2022 ist der Baubeginn von zwei Maßnahmen auf der Deponie Schwanebeck. Es werden parallel die Oberflächenabdichtung des Altkörpers sowie der 3. Ausbauabschnitt der Deponie Schwanebeck errichtet. Die Fertigstellung des Bauabschnitts 3 erfolgte im Jahr 2022. Allein TEUR 2.777 betragen die Betriebserträge 2022 aus diesen Projekten.

Ebenfalls fertig gestellt wurde eine weitere Ausbaustufe des Projekts Erweiterung Wertstoffhof Falkensee mit TEUR 393 TEUR. Die Erweiterung des Wertstoffhofes Bölkershof wird fortgeführt.

Wesentlicher inhaltlicher Schwerpunkt der Arbeit der Abfallberatung im Jahr 2022 ergaben sich durch den Wegfall der Druckausgabe des Abfallkalenders und der Tourenplanänderungen infolge der Einführung der „Gelben Tonne“ im Landkreis. Beide Maßnahmen führten zu einem hohen Beratungsbedarf seitens der Bürger.

Die Aufgabenerfüllung im Rahmen der sonstigen kommunalen Dienstleistungen war nahezu konstant. Die Verträge zur Beräumung der DSD-Standplätze und ordnungswidrigen Ablagerungen wurden vereinbarungsgemäß abgearbeitet.

Die Betriebserträge für Dritte, insgesamt TEUR 1.061 stiegen um rd. 80 % zum Vorjahreswert an. Die Leistungserhöhung resultiert überwiegend aus den Abfallbehandlungen in der MBA II.

Im Jahr 2021 gelang es, einen unbefristeten Vertrag zur Behandlung von hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen mit der Firma Otto-Rüdiger-Schulze Holz- und Baustoff-Recycling GmbH & Co.KG zur Verarbeitung von ca. 10.000 Mg Abfällen abzuschließen. Diese Menge wurde jedoch nur 2021 erreicht. Bereits ab August 2022 erfolgten die Anlieferungen nur noch sporadisch. Der kriegsbedingte Engpass an fossilen Brennstoffen hat die Nachfrage nach verbrennbaren Abfällen in den Heizkraftwerken massiv ansteigen lassen und macht diese Art der Abfallverwertung preislich interessanter als die Abfallbehandlung in einer MBA.

Die Abfallmenge von 5.485 Mg reicht nicht aus, um die MBA II angemessen auszulasten und effektiv zu betreiben, daher wurde der Vertrag zum 28.02.2023 durch die *abh* gekündigt.

Seit Juli 2021 werden 50 % der MBA II als Kompostanlage mit einer Kapazität von 9.900 Mg betrieben. Da der Landkreis Havelland diese Kapazität noch nicht auslastet, wurden auch 2022 Verarbeitungsmengen auf dem Spotmarkt generiert.

Ertragslage

Im Berichtsjahr erzielte die *abh* einen Betriebsertrag in Höhe von rd. TEUR 10.790. Das sind TEUR 828 bzw. rd. 7 % weniger als im Vorjahr. Dabei wurde ein Jahresverlust nach Steuern in Höhe von TEUR - 23 (Vorjahr TEUR -172) erwirtschaftet.

Im Rahmen der Leistungserbringung für den Landkreis Havelland sank der Betriebsertrag um rd. 12% bzw. TEUR 1.299 auf TEUR 9.729 ab.

Die Verminderung des Betriebsertrages resultiert aus den Sparten Projektmanagement (Deponiebaumaßnahme TEUR – 1.352) und externe Entsorgung TEUR – 399.

Die Abrechnung der Leistungen aus dem Dienstleistungsvertrag mit dem Landkreis sowie im Projektmanagement basiert auf der Erstattung der angefallenen Selbstkosten, ohne Gewinnerzielungsabsicht. Für die sonstigen kommunalen Dienstleistungen trägt die *abh* das wirtschaftliche Risiko.

Der im Bereich Dienstleistungsvertrag erzielte Verlust von TEUR – 111 (Vj. TEUR – 94) resultiert, wie im Vorjahr ausschließlich aus Unterschieden zwischen handels- und steuerrechtlichen Bewertungsvorschriften.

In der Sparte sonstige kommunale Dienstleistungen konnte bei einem Betriebsertrag von TEUR 192 (Vj. TEUR 194) ein Jahresgewinn nach Steuern in Höhe von TEUR 41 (Vj. TEUR 47) erzielt werden.

Der Geschäftsverlauf in der MBA II verlief infolge der besseren Kapazitätsauslastung positiver als im Vorjahr. Bei einem um 80 % höheren Betriebsertrag (2022 TEUR 924, 2020 TEUR 514) wurde ein Gewinn von TEUR 9, im Vorjahr ein Verlust von TEUR -136 erzielt. Der nahezu totale Entfall von externen Abfallanlieferungen im 2. Halbjahr 2022 (nur 8 % der Sollmenge) verhinderte jedoch ein deutlich positiveres Jahresergebnis.

Die Betriebserträge für sonstige Kunden betrugen TEUR 137 (2021 TEUR 76). Sie wurden u.a. durch den Verkauf von Handelsware TEUR 42 (Vj. TEUR 50) und Sachanlagevermögen TEUR 47 erzielt. Es wurde ein Jahresüberschuss von TEUR 38 (Vj. 10) erzielt.

Finanzlage

Die *abh* verfügt über eine stabile Finanzlage. Zum Stichtag bilanziert die Gesellschaft liquide Mittel in Höhe von TEUR 1.729 (Vorjahr TEUR 2.393).

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich ein Cashflow von TEUR -664 (Vj. TEUR -781). Die liquiden Mittel haben sich um 27,8 % (Vj. 24,6 %) verringert.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft sank im Vergleich zu Vorjahr um TEUR 278 auf TEUR 9.594. Der Wert des Anlagevermögens, verminderte sich 2022 um TEUR 362 auf TEUR 1.432, das sind 23 % weniger als im Vorjahr. Das Abschreibungsvolumen 2022 stieg um 3% im Vorjahresvergleich auf TEUR 711 (Vj. TEUR 688).

Mit einer Investitionsquote von rd. 25 % wurde der seit Jahren anhaltende Werteverzehr des Anlagevermögens fortgeführt.

Die Anlagenintensität beträgt 2022 15 % (Vj. 18 %) und blieb auf Grund des temporär hohen Wertes des Umlaufvermögens auch 2022 im Vergleich zum Vorjahr niedrig.

Der Wert des Umlaufvermögens stieg 2022, wenn auch geringfügig, um TEUR 87 an. Diese Entwicklung wurde durch die Erhöhung der Bestände an unfertigen Leistungen (vor allem im

Projektmanagement) um rd. TEUR 355 sowie eine Erhöhung des Bestands an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 299 bewirkt.

Das Eigenkapital verringerte sich um 12% bzw. TEUR 434, (Vj. TEUR 644) auf TEUR 3.205.

Die Summe aller Verbindlichkeiten TEUR 6.189 (Vj. TEUR 6.129) stieg nur um rd. 1 %, ausschließlich im Bereich der kurzfristigen Verbindlichkeiten an. Darunter sanken die Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen um TEUR 185, während sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 248 erhöhten.

Die langfristigen Verbindlichkeiten reduzierten sich dagegen um TEUR 9 auf TEUR 0.

Die Rückstellungen insgesamt erhöhten sich um TEUR 96 auf TEUR 200 (Vj. TEUR 104).

Die Finanzlage der Gesellschaft ist stabil. Mit der Eigenkapitalquote von 33,4 % liegt die Gesellschaft noch über dem Branchendurchschnitt von rd. 30 % (Quelle: Branchenreport der Sparkassen Finanzgruppe Stand 11/2019).

Insgesamt beurteilt die Geschäftsführung die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft als positiv.

Prognosebericht

Im Rahmen der Tätigkeit für den kommunalen Auftraggeber gehen wir von einer konstanten Entwicklung in allen Sparten aus. Mit dem Abschluss der Baumaßnahmen auf der Deponie Schwanebeck werden sich jedoch in der Sparte Projektmanagement die Betriebserträge deutlich reduzieren.

Die Gesellschaft wird 2023 mit der Errichtung von Photovoltaikanlagen am Standort Schwanebeck in die Eigenstromerzeugung eintreten, auch um marktunabhängiger bei der Stromversorgung und deren Preisentwicklung zu werden.

Chancen- und Risikobericht

Die *abh* als 100 %ige Tochtergesellschaft des Landkreises Havelland kann auch in den Folgejahren weiterhin auf gesicherte vertragliche Beziehungen zu ihrem Gesellschafter vertrauen.

Eine in den letzten Jahren anwachsende Bevölkerungszahl im Landkreis und die zunehmende Akzeptanz der Biotonne werden die Kapazitätsauslastung der MBA I- Anlage, der Kompostanlage sowie der Wertstoffhöfe auch künftig sichern.

Mit der Fertigstellung des 3. Bauabschnittes der Deponie Schwanebeck im Jahr 2022 wird die Nutzung der MBA I zur Hausmüllverarbeitung bis mindestens 2030/2031 gesichert sein.

Da die Dienstleistungen zur externen Entsorgung der andienungspflichtigen Abfallarten an die Wertstoffhöfe gekoppelt sind, ist auch hier eine kontinuierliche Entwicklung zu erwarten. Die nur schwer vorhersehbaren und volatilen Preise für die Entsorgung der Abfallarten bzw. die erzielbare Höhe der Vergütungen wirken sich nicht wesentlich auf die Ertragslage der Gesellschaft aus, da alle unter dem Dienstleistungsvertrag erfassten Aufgaben auf Selbstkostenbasis verrechnet werden. Wir schätzen das Entwicklungspotenzial im Bereich der Bioabfälle sehr hoch ein. Daher wird noch im 1. Halbjahr 2023 die Genehmigungsplanung für die Nutzung der gesamten MBA II als Kompostanlage abgeschlossen sein und beim Landesumweltamt eingereicht werden.

Sie umfasst auch die Errichtung einer neuen Annahmehalle inkl. Biofilteranlage.

Auf der Basis der guten Liquidität der Gesellschaft sind Mittel für die perspektive Entwicklung von Einzelprojekten und der gesamten Gesellschaft vorhanden.

Der anhaltende Krieg in der Ukraine hatte aufgrund noch gültiger Verträge bisher keine nennenswerten Auswirkungen auf die Lage der Gesellschaft. Allerdings sehen wir Risiken,

insbesondere durch mögliche Engpässe in der Energieversorgung und mögliche Verzögerungen bei der Durchführung von externen Entsorgungsleistungen.

Ein hohes Risikopotential bergen außerdem die Kostensteigerungen bei Entsorgungsleistungen, Instandhaltungs-, Modernisierungs- und Baumaßnahmen.

Das Risiko, Verzögerungen von geplanten Einnahmen hinnehmen zu müssen, schätzen wir auf Grund unserer speziellen Kundenstruktur im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen als gering ein.

Seit dem Jahr 2018 arbeiten verschiedene Gremien an einer landesweiten Bioabfallstrategie für Brandenburg. Danach soll eine gemeinsame Bioabfallbehandlung mehrerer Landkreise im Nordwesten Brandenburgs am Standort Schwanebeck entwickelt werden.

Gegenwärtig ist davon auszugehen, dass die interessierten Landkreise bzw. kreisfreien Städten im Jahr 2024 einen entsprechenden Zweckverband und eine betriebsführende Kapitalgesellschaft gründen werden. Wir sind damit dem Ziel näher gerückt, in Schwanebeck eine Bioabfallbehandlungsanlage mit überregionaler Bedeutung zu errichten. Dies soll dann die Basis für eine langfristige Standortsicherung schaffen.

Den steigenden Anforderungen der Abfalltrennung zur besseren Verwertung von immer mehr Abfallfraktionen soll mit den Erweiterungen der Wertstoffhöfe Falkensee und Bölkershof Rechnung getragen werden. 2023 wird der Bau der zweiten Ausbaustufe am Standort Falkensee fertig gestellt und mit der Erweiterung in Bölkershof begonnen werden.

Für ca. 90% ihres Leistungsvolumens, das die *abh* im Rahmen ihrer Tätigkeit für den Landkreis erbringt, ist auch weiterhin eine stabile vertragliche Situation gegeben.

Das Projektmanagement wird nach Beendigung der beiden Deponiebaumaßnahmen am Standort Schwanebeck im Jahr 2023 deutlich zurückgefahren werden.

Im Bereich der sonstigen Dienstleistungen ist bis Ende 2025 Stabilität in der vertraglichen Situation gegeben.

Das kommunale Leistungsvolumen wird auf Grund von Preis- und Lohnsteigerungen stetig anwachsen, die Gewinnerwartung aus dieser Sparte ist jedoch auf Grund der vertraglichen Regelungen zu reduzieren.

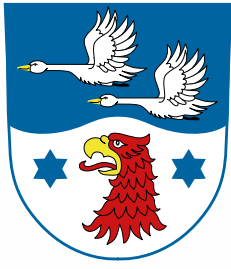
Welche Entwicklungen am Ende die Preise für die externe Verwertung und die Erlössituation für Wertstoffe nehmen werden, lässt sich selbst für kurze Zeiträume kaum mehr voraussagen.

Mittelfristig sehen wir für die MBA II nur als Kompostanlage Chancen. Die strategische Ausrichtung auf eine höherwertige Verarbeitung von Bioabfällen durch die Errichtung einer Abfallvergärungsanlage muss jedoch weiter intensiv verfolgt werden.

Nauen, den 03. April 2023

Michael Schmidt

Geschäftsführer



LANDKREIS
HAVELLAND

3.9 Havelbus Verkehrsgesellschaft mbH

3.9 Havelbus Verkehrsgesellschaft mbH

Unternehmensdaten

Ludwig-Jahn-Straße 1
14641 Nauen
Tel.: 03321 8283-101
mail@havelbus.de
www.havelbus.de

3.9.1 Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft dient dem Zweck der Erfüllung der Aufgaben des ÖPNV auf dem Gebiet des Landkreises Havelland. Sie verfolgt das Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Nahverkehrsangebot als Daseinsvorsorge vorzuhalten und nimmt dazu folgende Aufgaben wahr:

1. die Beförderung von Personen i. S. d. § 1 Abs. 1 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) mit Kraftfahrzeugen, insbesondere die Beförderung von Personen mit Omnibussen im Linienverkehr gemäß §§ 42 und 43 des PBefG, im Gelegenheitsverkehr gemäß §§ 48 und 49 PBefG sowie im freigestellten Verkehr gemäß § 1 der Verordnung über die Freistellung bestimmter Beförderungsfälle von den Vorschriften des PBefG,
2. die Gestaltung eines bedarfsgerechten, nach Vorgaben des Nahverkehrsplanes des Landkreises Havelland strukturierten Verkehrsangebotes unter Integration des Schülerverkehrs und Einbeziehung von Sonderformen des Linienverkehrs,
3. die Anwendung eines einheitlichen Tarif-, Verkaufs- und Informationssystems für das Bediengebiet, die Herausgabe eines Gesamtfahrplanes sowie das Betreiben von ÖPNV-bezogener Öffentlichkeitsarbeit und Werbung.

Das Bediengebiet umfasst den Landkreis Havelland sowie die durch Linienkonzessionen gedeckten und darüberhinausgehenden Bereiche.

3.9.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 131 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise.

3.9.3 Rechtliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum:	11.01.1993
Gesellschaftsvertrag:	vom 30.06.1992; Neufassung vom 28.07.2015
Handelsregister - Nr.:	HRB 4428 P
Sitz der Gesellschaft:	Nauen
Stand der Firmendaten:	30.11.2023
Basis der Finanzdaten:	Jahresabschluss 2022

3.9.4 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt:	105.000,00 Euro
Die Stammeinlage wird gehalten von:	
Landkreis Havelland	105.000,00 Euro 100 %

3.9.5 Organe der Gesellschaft

<i>Gesellschafter:</i>	Landkreis Havelland Elke Nermerich, Erste Beigeordnete und Dezernentin im LK HVL (Betrauung durch Landrat Roger Lewandowski)
<i>Aufsichtsrat</i> <i>Vorsitzender:</i> <i>Stellvertretender Vorsitzender:</i> <i>Weitere Mitglieder</i>	Hans-Jörg Bohm, Dezernent im LK HVL Udo Appenzeller (Kreistagsabgeordneter) Eckhart Johlige (Kreistagsabgeordneter) Tobias Bank (Kreistagsabgeordneter) Stefan Kliche (Betriebsrat) Axel Holodinsky (Betriebsrat)
<i>Geschäftsführung</i>	Mathias Köhler

3.9.6 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

3.9.7 Kennzahlen

Bilanz per 31.12.2022

Aktiva	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Anlagevermögen	26.899	25.987
Umlaufvermögen	14.313	9.050
Rechnungsabgrenzungsposten	203	211
Passiva		
Eigenkapital	12.585	11.948
Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse	1.832	2.181
Rückstellungen	1.582	1.437
Verbindlichkeiten	24.244	18.504
Rechnungsabgrenzungsposten	1.173	1.178
Bilanzsumme	41.415	35.247

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Umsatzerlöse	23.632	20.477
Sonstige betriebliche Erträge	716	1.059
Materialaufwand	9.123	7.332
Personalaufwand	10.490	9.926
Abschreibungen	3.049	2.777
Sonstige betriebliche Aufwendungen	967	864
Jahresergebnis	636	561

Leistungs- und Finanzbeziehungen § 61 Nr. 4 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV)

§ 61 Nr.:	Wirtschaftsjahr 2022	Betrag in €	Kurzbeschreibung
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen		- keine
4.b	Gewinnentnahmen/ Verlustrausgleiche	716.005	- Verlustausgleich
4.c	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen		- keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	868.313 1.427.400 1.000.000	- ÖPNV-Rettungsschirm - Ausgleich von Mehraufwendungen für die Kraftstoffbeschaffung - Risikoabdeckung

Analysedaten der Havelbus Verkehrsgesellschaft mbH gemäß § 61 Nr. 2 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung*

Kennzahl	Formel	2020	2021	2022
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				
Anlagenintensität (%)	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	66,2	73,7	65,0
Eigenkapitalquote (%) (ohne Sonderposten)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	32,5	40,1	30,4
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Euro)	aus Bilanz	0,0	0,0	0,0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				
Anlagendeckung II (%)	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	134,5	78,8	78,8
Zinsaufwandsquote (%)	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	0,7	0,3	0,3
Liquidität 3. Grades (%)	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	947,6	151,4	123,3
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEuro)	Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zun./Abn. der langfr. Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentl. Erträge	385	2.932	8.388
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				
Gesamtkapitalrentabilität(%)	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkap.-zinsen}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	2,1	1,8	1,7
Umsatz (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	19.314.307	20.476.852	23.632.334
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	598.111	560.471	636.184

Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				
Personal- aufwandsquote (%)	<u>Personalaufwand x 100</u> Umsatz	50,3	48,5	44,4
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr im Durchschnitt beschäftigtes Personal	248	242	243

*Analysedaten dem Jahresabschluss der Gesellschaft entnommen

3.9.8 Lage des Unternehmens

Geschäft und Rahmenbedingungen

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Havelbus Verkehrsgesellschaft mbH (HVG) als Betreiber des Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG im Landkreis Havelland (LK HVL) ist ein mittelständisches und zu 100 Prozent kommunales Unternehmen des Landkreises. Auf der Grundlage des öffentlichen Dienstleistungsauftrages (öDA) aus dem Jahr 2016 in der Fassung vom 08.04.2019, zuletzt geändert am 30.08.2021 bezüglich der Anlage 2, erfolgt die Planung, Organisation und Durchführung des Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG auf Basis von insgesamt 44 durch die Genehmigungsbehörde erteilten Linienkonzessionen, wobei die Linie 648 mangels Nachfrage zu Beginn des Jahres mit der Linie 655 Falkensee Bhf. <-> Dallgow-Döberitz Havelpark verschmolzen wurde.

Hat uns das Jahr 2021 vor allem durch die Entwicklung der pandemischen Lage im Land rund um das Coronavirus SARS-CoV-2 im Jahr beschäftigt, wurden wir mit dem Ausbruch des Ukrainekonfliktes zwischen Russland und der Ukraine vor zusätzliche, nicht vorstellbare Herausforderungen bei der Bewältigung der Geschäftsprozesse der HVG im Zusammenhang mit dem Linienverkehr gestellt, die es zu bewältigen galt. Die Geschäftsführung hat frühzeitig auf die sich rasant verschlechternden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verwiesen. Gemeinsam mit dem Aufgabenträger, dem LK HVL, gelang es, den Betrieb im Linienverkehr aufrechtzuerhalten. Zum Ende des Jahres 2022 konnten zusätzlich aus dem Buskonzept weiteres Havelland für Teile des Westhavellandes angestrebte Verbesserungen an den Wochenendverkehren umgesetzt werden. Leichte Erholungen der Geschäftslage im Mietbusverkehr waren ebenfalls zu verzeichnen.

Die durch die Pandemie bereits ohnehin höheren Kostenbelastungen aus dem Vorjahr erreichten völlig neue Dimensionen durch den Ukrainekonflikt. Energiepreisexplosionen, rasant steigende Kraftstoffpreise und zusammenbrechende Lieferketten führten zu erheblichen Kostensteigerungen für das Unternehmen über das geplante Niveau hinaus und erforderten eine vorfristige Anpassung der Wirtschaftsplanung 2022 bereits im 1. Halbjahr. Hier galt es, die steigenden Preise für Material, Ersatzteile und NAN-Leistungen zu korrigieren, um auch deren Handlungssicherheit zu gewährleisten.

Im Verkehrsverbund Berlin Brandenburg (VBB) wurde relativ frühzeitig auf Preisanpassungen der Tarife für das Jahr 2022 verzichtet und das trotz steigender Kosten der Verkehrsunternehmen (VU). Der Aufsichtsrat hat dies in einem entsprechenden Beschluss bestätigt. Gleichzeitig wurde im Frühjahr für das laufende Jahr die Einführung eines bundesweit gültigen 9-Euro-Tickets für die Monate Juni bis August beschlossen, um Fahrgäste in den ÖPNV zurückzugewinnen. Dies war Teil des Entlastungspaketes der Bundesregierung für die Bürgerinnen und Bürger und Antwort auf die Energiekrise. Damit einher ging auch die kostenfreie Beförderung von ukrainischen Kriegsflüchtlingen in den Tarifgebieten. Diese Maßnahmen wurden flankiert von einem erneutem ÖPNV-

Rettungsschirm (Bund und Länder) für das Jahr 2022, der die Fahrgeldausfälle durch neue Tarifprodukte und damit im Zusammenhang stehende Kosten ausgleichen sollte. Der Ausgleich erfolgte auf der Grundlage des Einnahmenniveaus von 2019 und bedeutete für das VU stagnierende Umsätze bei gleichzeitig steigenden Kosten. Der ÖPNV-Rettungsschirm war dennoch eine notwendige und richtige Entscheidung zur finanziellen Sicherstellung des Linienverkehrs.

Die ohnehin sich in den letzten Jahren abzeichnende Abhängigkeit der ÖPNV-Branche verschärfte sich damit erneut und belastet auch die kommunalen Haushalte durch entsprechende Nachträge zusätzlich zur Absicherung der Aufgaben der Daseinsvorsorge im Linienverkehr gemäß 42 PBefG. Auf weite Sicht wird sich daran auch in nächster Zeit keine Änderung abzeichnen, da die Inflationsentwicklung stabil hoch ist und zum Ende des Jahres bereits neue Tarifprodukte wie das 49-Euro-Deutschlandticket (DT) ab Mai 2023 durch die Bundesregierung beschlossen wurde, welches nachhaltig die Fahrgeldeinnahmensituation der VU nicht verbessern wird. Die erhöhten Ausgleichsleistungen der öffentlichen Hand (Bund, Länder und Kommunen) werden scheinbar zum festen Bestandteil der Planungen zur Erfüllung der Aufgaben der Daseinsvorsorge.

2. Personal- und Sozialbereich

Die HVG beschäftigte zum 31.12.2022 insgesamt 243 Arbeitnehmer. Damit konnten wir den Personalbestand gegenüber dem Vorjahr stabil halten. Die Rekrutierung von Fahrpersonal zur Sicherstellung des Linienbetriebes stellte sich jedoch auf Grund des demografischen Wandels und mangels Masse am Arbeitsmarkt als schwierig dar. Die getroffenen Entscheidungen zur Ausbildung junger Menschen als Berufskraftfahrer war folglich die richtige.

Aufbauend auf unseren Erfahrungen aus den letzten Jahren haben wir es geschafft, unter Einbeziehung und Nutzung der unterschiedlichsten Weiterbildungsmessen für das aktuelle Wirtschaftsjahr erneut 11 neue Azubis für unser Unternehmen zu gewinnen. Damit werden insgesamt zum Stichtag 21 junge Menschen als Berufskraftfahrer und Kfz.-Mechatroniker ausgebildet (ein neuer Höchstwert im Unternehmen). Im Jahr 2021 waren es noch 15.

Da jedoch auch diese Anstrengungen nicht ausreichen werden, um die Fehlplanstellen perspektivisch neu zu besetzen oder altersbedingte Abgänge zu kompensieren, setzen wir auf die zusätzliche Qualifizierung von Bewerbern als Quereinsteiger. Diese könnten dem Unternehmen dann nach einer ca. 6-monatigen beschleunigten Weiterbildung zur Verfügung stehen. Dazu befinden wir uns in der Vorbereitung und Einrichtung einer eigenen Fahrschule. Die Rahmenbedingungen dazu sind bereits geschaffen. Wir versprechen uns zudem eine verbesserte Ausbildungsqualität und schnelle Ausbildungszyklen sowohl bei unseren Azubis als auch bei den Quereinsteigern. Zusätzlich wollen wir dann auf freiwilliger Basis allen Mitarbeitenden im Werkstattbereich und aus der Verwaltung dieses Qualifizierungsangebot unterbreiten, um damit im Notfall den Fahrdienst verstärkt unterstützen zu können.

All das ist auch deshalb notwendig, da nicht nur durch die anhaltende Corona-Pandemie mit dauerhaft erhöhten Krankenständen, wie sich im Jahr 2022 zeigte, zu rechnen ist. Diese wirken sich vor allem auf vorzuhaltende Reserven für den Fahrdienst aus. Die Personalsituation bleibt trotz aller Anstrengungen unbefriedigend, obwohl sich die Rahmenbedingungen nach Einschätzung der Geschäftsleitung für unsere Mitarbeitenden weiter verbessert haben. So ist wegen des Personalmangels, der Forderungen nach mehr Wertschätzung den Mitarbeitenden gegenüber sowie der inflationären Kostenentwicklung infolge des Ukrainekonfliktes eine das Einkommen verbessernde Tarifmaßnahme, die erst für den März 2023 geplant wurde, in Abstimmung mit dem KAV und den Aufgabenträgern auf den Oktober 2022 vorgezogen worden.

Mittlerweile wurde jedoch deutlich, dass diese Maßnahmen von der Belegschaft zwar gut angenommen wurden, aber zu keiner Entlastung der angespannten Personalsituation führten.

Die extremen Personalsorgen bedeuteten mitunter extreme Belastungen unserer Mitarbeitenden über das normale Maß hinaus. Trotzdem konnten mit Hilfe der großen Mehrheit der Mitarbeitenden die Aufgaben aus dem Linienverkehr ohne große Linienausfälle im Jahr 2022 sichergestellt werden. Für die gezeigte hohe Einsatzbereitschaft, die vielen Überstunden und das Engagement bedankt sich die Geschäftsführung an dieser Stelle bei allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich. Der TV-Nahverkehr Brandenburg gilt noch bis zum 31.12.2023 und beinhaltet für den September 2023 weitere das Einkommen verbessernde Maßnahmen. Somit verfügen wir zwar über ein gutes Planungsinstrument, der Berufskraftfahrerberuf wird dadurch jedoch nicht attraktiver.

3. Qualitätsmanagement und Umweltschutz

Die HVG ist auch im Jahr 2022 als Bestandteil der QUM-Gruppe gemäß DIN EN ISO 9001:2015 und 1400:15 erfolgreich zertifiziert worden. Damit trugen wir den Erfordernissen des öffentlichen Dienstleistungsauftrages Rechnung und gewährleisteten einen hohen qualitativen, reproduzierbaren und standardisierten Ablauf aller Geschäftsprozesse des Unternehmens, insbesondere im Linienverkehr. Es wurde weiter an kontinuierlichen Verbesserungen gearbeitet, um die Geschäftsprozesse noch besser den tatsächlichen Entwicklungen anzupassen. Dazu haben wir zum Ende des Jahres begonnen, das gesamte Regelwerk der QUM-Dokumente zu prüfen und zu überarbeiten. Dabei werden vor allem gesetzliche Veränderungen berücksichtigt bzw. unsere Prozesse auf die juristischen Rahmenbedingungen hin untersucht und verändert. Die Fertigstellung ist für 2023 geplant. Alle Fachbereiche sind in diesem kontinuierlichen Verbesserungsprozess einbezogen worden.

Ein weiteres Thema, welches uns zum Ende des Jahres 2022 im Rahmen der Digitalisierung beschäftigte, ist die Datensicherheit im Unternehmen. Leider wurden wir im November Opfer eines Cyberangriffes, der unsere digitalen Systeme bis in den Dezember hinein funktionell stark beeinträchtigte. Die Wiederherstellung der Systeme erforderte einen enormen Kraftakt und zeigte die Notwendigkeit weiterer Investitionen zur Erhöhung der Sicherheitssysteme, auch unter Beachtung neuer Anforderungen für das Jahr 2023/2024 für Unternehmen der kritischen Infrastruktur. Mittlerweile sind wesentliche Empfehlungen des Abschlussberichtes umgesetzt, die Systeme laufen wieder im Normalbetrieb und die Einrichtung weiterer Schutzvorrichtungen befindet sich in der Umsetzungsphase.

Dass Umweltschutz nicht nur fahrzeugbezogen eine wichtige Rolle in der Führungs- und Leitungstätigkeit der Geschäftsführung spielt, haben eindrucksvoll unsere Auszubildenden vor allem des 1. Lehrjahres bewiesen. Sie nahmen im Nauener Stadtfurst an einer gemeinsam geplanten Aufforstungsaktion teil, bei der 3.000 Baumsetzlinge unter nicht immer leichten Bedingungen gepflanzt wurden. Wir werden an solchen oder ähnlichen Projekten auch in den kommenden Jahren festhalten.

Im laufenden Geschäftsjahr sind aus der 3-Jahres-Ausschreibung (2021 - 2023) erneut 10 Busse in den Flottenbestand übernommen bzw. neue gegen alte Fahrzeuge ausgetauscht worden. Es sind 7 Solo-Fahrzeuge Low Entry (13 m) und 3 Gelenkbusse in Dienst gestellt worden. Alle entsprechen hohen Qualitäts- und Ausstattungsstandards. Die Fahrzeuge mit der Abgasnorm Euro VI verfügen über Fahrgastzähleinrichtungen, Klima- und Videoanlagen und sind durchgängig niederflurig. Den hohen Ausstattungsgrad ergänzen Abbiegeassistenten und antivirale Filter zur Verringerung der Bakterien- und Virenbelastung. Das ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Sicherung der Bestandsflotte und zur Erhöhung der aktiven und passiven Sicherheit unsere Fahrgäste und unserer Mitarbeitenden. Nach Aussonderung der Altfahrzeuge beträgt das Flottenalter im Durchschnitt 7,15 Jahre, 68 Fahrzeuge verfügen über eine Fahrgastzählanlage und bei Klimaanlage liegt der Anteil inzwischen bei 100 %.

Für die weitere Entwicklung unserer Fahrzeugflotte hin zu alternativen Antrieben ist im Juni 2022 auf einer Strategietagung mit dem Aufgabenträger festgeschrieben worden, dass der Standort Falkensee

entsprechend seiner konzipierten Bauplanung vollständig mit batteriebetriebenen Fahrzeugen beginnend ab 2024 ausgestattet wird. Ein diesbezüglich gestellter Förderantrag bzw. die Einreichung einer entsprechenden Projektskizze ist leider abgelehnt worden. Dennoch soll mit dem Aufgabenträger an der Umrüstung der Fahrzeugflotte festgehalten werden.

Die beiden anderen Standorte in Nauen und Rathenow bleiben alternativoffen bezüglich der Antriebssysteme.

Das Erfolgsmodell Havelbus-Schule fand auch im Jahr 2022 wieder statt und großen Zuspruch unter unseren Erstklässlern im Landkreis. Die Vermittlung von sicheren Verhaltensweisen, Bewusstmachen von Gefahrensituationen und das anschauliche Vorbeugen von Unfällen standen dabei im Vordergrund. In Zusammenarbeit mit der Landesverkehrswacht und der Mittelbrandenburgischen Sparkasse wurden insgesamt 31 Schulen mit 85 Klassen und 1911 Schülern in das Havelbus-Schulungsangebot einbezogen.

Kosten und Ertrag

Die HVG wurde gemäß der 2. Fortschreibung des Wirtschaftsplanes mit einem Leistungsvolumen im Linienverkehr gemäß § 42 PBefG für das Jahr 2022 mit ca. 7.596 T-Nkm beauftragt. Gemäß Trennungsrechnung sind 7.523 T-Nkm abgerechnet. Die geringfügigen Abweichungen entstanden durch die verspätete Umsetzung der Maßnahmen zur Wochenendbedienung im Milower Land (Westhavelland), die bereits mit dem Fahrplanwechsel im Oktober angedacht waren, auf Grund des Cyberangriffes jedoch erst im Dezember realisiert werden konnten. Damit ist das Leistungsangebot gegenüber dem Vorjahr erneut leicht ausgebaut worden. Der Linienverkehr gemäß § 42 PBefG hält dabei mit 98,91 % den Hauptanteil an der Verkehrsleistung. Der Gelegenheitsverkehr zeigt tendenziell eine leichte Erholung, spielt in der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung nur eine untergeordnete Rolle. Er stieg auf ca. 83 T-Nkm.

Die Tabelle weist für das aktuelle Jahr einen saldierten Zuwachs bei den Erlösen und Erträgen in Höhe von 391 T€ aus. Ursächlich dafür sind Umsatzsteigerungen in Höhe von + 790 T€ und Ertragsschmälerungen in Höhe von -343 T€ bei relativ stabilen sonstigen Ausgleichszahlungen +48 T€. Die Umsatzsteigerungen resultieren jedoch nicht direkt aus Fahrgeldeinnahmen (-331 T€), sondern vielmehr aus höherer Inanspruchnahme des ÖPNV-Rettungsschirms sowie höheren Ausgleichsleistungen im Zusammenhang mit dem 9-Euro-Ticket.

Die rückläufigen sonstigen Erträge ergeben sich im Wesentlichen aus geringeren Rückstellungsaufösungen gegenüber dem Vorjahr und geringeren Schadenersatzleistungen gegenüber dem Fahrzeugversicherer.

Die Schadenersatzleistungen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm 2022 machen deutlich, wie sehr sich die Einführung neuer Tarifprodukte auf die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens auswirkten. Trotz stabiler Fahrgastzahlen, bis zu 90 % des Niveaus von 2019, sind die tatsächlichen Fahrgeldeinnahmen aus dem Linienverkehr um ca. 331 T€ zurückgegangen. Die angestrebten Effekte des Fahrgastgewinns und der Erlöszuwächse blieben aus.

Dieser Fakt ist besonders auch vor dem Hintergrund weiter gestiegener Kosten wichtig, da die Ausgleichsleistungen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm nicht geeignet waren die erneuten enormen Kostensteigerungen gegenüber dem Vorjahr auszugleichen. Der Gesamtaufwand erhöhte sich um 2.731 T€.

Mit rund 930 T€ verzeichnete der Materialaufwand bei den Aufwandsposten den höchsten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr. Hier machte sich insbesondere die Energiekrise durch den Ukraine Konflikt bemerkbar, mit deutlichen Steigerungen des Einkaufspreises für Dieselmotorkraftstoff (DK), die, wenn auch nur kurzfristig, bei über 2 €/Liter lagen. Insgesamt verursachte der DK rund 929 T€ höhere Kosten bei fast gleichbleibenden Kosten für Material und Ersatzteile. Auf Grund der sich abzeichnenden

Kostenexplosion war ein frühzeitiges Nachsteuern im Wirtschaftsplan notwendig, um gemeinsam mit dem Aufgabenträger die Kostenentwicklung aufzufangen. Die Geschäftsführung stellte bereits im März 2022 entsprechende Nachträge beim Aufgabenträger, die dann im September Gegenstand eines Kreistagsbeschlusses waren und zu zusätzlichen Ausgleichsleistungen für die HVG führten.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt auch die Betrachtung der NAN-Leistungen, die wegen der Energiekrise höhere Vergütungssätze geltend machten. Der Mehraufwand bezifferte sich auf bis zu 706 T€, insbesondere für Dieselskostenzuschläge und Personalkostensteigerungen.

Die Personalkosten stiegen um ca. 564 T€ gegenüber dem Vorjahr. Die Entwicklung beruhte auf den im TV-Nahverkehr Brandenburg verhandelten Gehaltsanpassungen in den Grundvergütungen sowie weiteren Erhöhungen von Einmalzahlungen. Außerplanmäßig erfolgte auf der Grundlage eines KAV-Beschlusses die Anpassung der Grundvergütung durch eine im Oktober 2022 vorgezogene Tarifierung, die erst für März 2023 vorgesehen war. Es ging hier um eine zusätzliche Entlastung der Beschäftigten auf Grund der gestiegenen Lebenshaltungskosten und anhaltenden Inflation. Auch diese Maßnahmen erfolgten in Abstimmung mit dem Aufgabenträger und führten zu einer erneuten Beschlusslage im Kreistag mit dem Ergebnis weiterer zusätzlicher Zahlungen des Aufgabenträgers noch im Dezember 2022.

Die Abschreibungskosten stiegen gegenüber dem Vorjahr um ca. 272 T€ und ist den erhöhten Investitionsaufwendungen mit dem neuen Betriebshof in Falkensee geschuldet, die sich nun über das gesamte Jahr erhöhend auswirkten.

Der sonstige betriebliche Aufwand stieg um ca. 104 T€, wobei hier die Instandhaltungsmaßnahmen von Anlagegütern mit ca. 86 T€ den größten Anteil ausmachten. Weitere wesentliche Kostenpositionen waren die um 33 T€ höheren Aufwendungen für die Aus- und Weiterbildung unserer Mitarbeitenden, die gestiegene Anzahl von Auszubildenden sowie die notwendigen, aber auch höheren Kosten für die Mitarbeiterwerbung in Höhe von + 15 T€.

Das Ergebnis nach Trennungsrechnung und geleisteten Ausgleichszahlungen durch den LK HVL für das Jahr 2022 beziffert ein Gewinn in Höhe von 636 T€.

Entwicklung der Leistungen und Verkehrserlöse

Gemäß der 2. Fortschreibung des Wirtschaftsplanes 2022 wurde für den Linienverkehr gemäß § 42 PBefG eine Verkehrsleistung von 7.596,9 T-Nkm geplant. Diese ist mit 7.523,6 T-Nkm im Wesentlichen erfüllt worden und das trotz der sich verschlechternden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Der Aufgabenträger hat mit erhöhten Ausgleichsleistungen an der Umsetzung der bestellten Leistungen festgehalten und somit zur Absicherung eines stabilen und zuverlässigen Linienverkehrs in hoher Qualität/Quantität den Grundstein gelegt.

So konnten die aus den Maßnahmen der Buskonzepte resultierenden Angebotserweiterungen wie die PlusBus-Linie, die Freizeitangebote im Westhavelland (Tourismus-Verbindung) fortgesetzt werden. Darüber hinaus ist es gelungen, Leistungsangebote an den Wochenenden im Milower Land zum Dezember 2022 als weitere Forderung aus dem Buskonzept Westhavelland umzusetzen, was den Linienverkehr im ländlichen Raum zusätzlich quantitativ aufwertete. Die Umsetzung erfolgte unter Einsatz eigener Ressourcen. Die Nutzerzahlen für die touristische Verbindung und das Angebot im Milower Land erreichten jedoch noch nicht unsere Erwartungen. Eine Evaluierung ist dazu in den Folgejahren erforderlich.

Für 2022 kann festgehalten werden, dass alle Aufgaben der Daseinsvorsorge im LK HVL trotz fehlenden Personals, trotz Pandemieeinschränkungen und des enormen Kostendrucks ohne wesentliche Ausfälle im Linienverkehr gesichert und umgesetzt wurden. Der Pünktlichkeitsgrad aller Fahrten im Linienverkehr betrug für das Jahr 2022 99,94 %. Die HVG erwies sich damit als stabiler und zuverlässiger Mobilitätsdienstleister im Havelland für unsere Fahrgäste. Durch das

uneingeschränkte ÖPNV-Angebot im Havelland stabilisierten sich die Fahrgastzahlen auf ca. 90 % im Vergleich zur Vorpandemiezeit.

Der von den Verkehrsunternehmen (VU) und Branchenverbänden für 2022 geforderte ÖPNV-Rettungsschirm wurde durch den Bund und das Land Brandenburg mit entsprechenden Gesetzesnovellierungen beschlossen. Diese Maßnahme trug wesentlich zur Stabilisierung der Finanzlage der VU bei, so auch der HVG, da die Fahrgeldeinnahmen die Erwartungen erneut nicht erreichten, sondern zum Vergleichsjahr (vor Pandemie) sogar erstmalig wieder sanken und lediglich 81,85 % des Jahres 2019 betrugen. Dabei war aus unserer Sicht nicht nur das Pandemiegeschehen die Ursache für diese Mindereinnahmen, sondern auch die im VBB beschlossene kostenlose Beförderung von Ukraineflüchtlingen (ohne Ausgleichsleistungen) und die im Zuge des Energieentlastungsgesetzes beschlossene bundesweite Einführung eines 9-Euro-Tickets für die Monate Juni bis August 2022. Das führte zu höheren Ausgleichsleistungen des Aufgabenträgers (Mehrkosten wurden durch den ÖPNV-Rettungsschirm nicht berücksichtigt) sowie zu höheren Ansprüchen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm in Bezug auf die pandemie- und temporär 9-Euro-Ticket bedingten Fahrgeldausfälle. Wobei die Ausgleichsleistungen für das 9-Euro-Ticket die der pandemiebedingten Fahrgeldausfälle in unserem Unternehmen deutlich überstiegen. Die pandemiebedingten Ausgleichszahlungen erfolgten im Rahmen der Corona-Billigkeits-Richtlinie im pauschalierten Verfahren auf der Basis des Vorjahreswertes in Höhe von 719 T€, die Fahrgeldausfälle durch das 9-Euro-Ticket wurden auf der Grundlage verbundgestützter Vergleichsrechnung mit 868 T€ beziffert und über das Landesamt für Bauen und Verkehr ausgeglichen.

Der ÖPNV-Rettungsschirm war nicht nur richtig, sondern auf Grund der Eingriffe in die Tarifangebote der Verbünde absolut notwendig zur Gewährleistung der Liquidität des Unternehmens.

Eine leichte tendenzielle Erholung ist im Gelegenheitsverkehr zu verzeichnen. Sowohl die Verkehrsleistungen als auch die daraus resultierenden Umsätze sind im Vergleichszeitraum zum Vorjahr gestiegen (+120 T€), können aber keine Kompensation für Fahrgeldausfälle im Linienverkehr sein.

Die Ausgleichszahlungen gemäß § 228 SGB IX als Kompensationsleistungen für die kostenlose Beförderung mobilitätseingeschränkter Fahrgäste und ihrer Begleitpersonen innerhalb des ÖPNV verbesserten sich leicht auf Grund der zu erwartenden Nachzahlungen für das Jahr 2021 in Höhe von ca. 40 T€. Diese werden auf der Grundlage der Fahrgeldeinnahmen des Vorjahres ermittelt. Die Spitzabrechnung des ÖPNV-Rettungsschirmes für das Jahr 2021 erhöhte unsere Ansprüche für Fahrgeldausfälle, somit auch für unsere Ansprüche gemäß § 228 SGB IX.

Die für das Wirtschaftsjahr 2022 geplante Verkehrserhebung von Leistungsdaten der VU ist begonnen worden und trotz veränderter Rahmenbedingungen wie z. B. das veränderte Fahrverhalten der Fahrgäste durch neue temporäre Tarifprodukte weitergeführt worden. Ergebnisse liegen nicht vor, werden auf Grund der Besonderheit des Jahres 2022 für die Einnahmenaufteilung auch nicht relevant sein. Diese erfolgt nun weiterhin auf der Grundlage der Verkehrserhebung 2016 und führt somit zu nicht leistungsgerechten Verteilungen der Einnahmen. Die Leistungserweiterungen im Havelland werden sich auch für die Jahre 2022 und 2023 nicht adäquat widerspiegeln.

Die Einnahmenaufteilung der Poole ist für das Jahr 2021 abgeschlossen. Offen sind somit nur noch die Poolabrechnungen für das Jahr 2022, entsprechende Rückstellungen sind in ausreichender Höhe dafür gebildet.

Wegen der geplanten Einführung des Deutschlandtickets (49-Euro-Ticket) ist bezogen auf diese Einnahmen eine Einnahmenaufteilung zwischen den Bundesländern, Verbünden und VU für das Jahr 2023 ausgeschlossen worden. Dies soll, so die Zielstellung, eine stabilisierende Wirkung auf die Liquidität der VU entfalten.

Da es für das Jahr 2022 keine durch die Gremien im VBB beschlossene Anpassung von Tarifmaßnahmen trotz Drängens der VU gab, wirkte sich die inflationäre Kostenentwicklung auf die Wirtschaftlichkeit der VU aus. Innerhalb des Tarifentwicklungsverfahrens ist für April 2023 eine Tarifsteigerung in Höhe von 5,61 % beschlossen worden und wird zumindest teilweise steigende Kosten auffangen.

Die vom Bund beschlossene Einführung des Deutschlandtickets (DT) für die Jahre 2023 bis möglicherweise 2025 wird zu einer weiteren Kostenbelastung der VU führen. Die Weiterführung des ÖPNV-Rettungsschirmes für das Jahr 2023 ist deshalb richtig, aber vor allem auch notwendig zur finanziellen Absicherung des Linienverkehrs der VU in den Bediengebieten. Es ist jedoch bereits heute absehbar, dass die Fortführung dieser Maßnahme für 2024 und 2025 erforderlich ist. Bisher hat die Einführung neuer Tarifprodukte nicht zu der erhofften Erhöhung von Fahrgeldeinnahmen geführt. Richtiger wäre aus unserer Sicht die Finanzierung eine Angebotssicherung und Angebotserweiterung, um die Kostenexplosion im ÖPNV abzufedern. Nur dann werden Aufgabenträger und VU dauerhaft in der Lage sein, die Aufgaben der Daseinsvorsorge künftig zu erfüllen.

Finanzlage der Gesellschaft

Das Eigenkapital der HVG erhöhte sich um 636 T€ auf Grund des ausgewiesenen Jahresgewinns und wird weiterhin als gut und ausreichend eingeschätzt. Die Eigenkapitalquote sank auf 31,8 %, wobei die Ursache dafür in den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, hier die Fahrzeugbeschaffung, gesehen wird.

Das lang- und mittelfristige Fremdkapital erhöhte sich um saldiert ca. 684 T€ aufgrund der planmäßigen Tilgungen von Darlehen für die Busbeschaffungen der Vorjahre, der Umgliederung von mittelfristigem Fremdkapital in kurzfristiges Fremdkapital und der Neuaufnahme eines Darlehens für die aktuelle KOM-Beschaffung.

Die lang- und mittelfristigen Rückstellungen konnten leicht um 13 T€ auf insgesamt 460 T€ reduziert werden. Darin enthalten sind Rückstellungen für Fahrzeugversicherungen, Jubiläen, Archivierungskosten und Rückzahlungen im Zusammenhang mit Ausgleichsleistungen nach dem SGB IX infolge sinkender Fahrgeldeinnahmen.

Das kurzfristige Fremdkapital stieg mit +5.196 T€ gegenüber dem Vorjahr deutlich, wobei hier die Investitionskosten der Fahrzeugbeschaffung hauptsächlich dafür verantwortlich sind, so die Erhöhungen der kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von +219 T€ und der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um +4.182 T€.

Die kurzfristigen Rückstellungen stiegen ebenfalls um 158 T€ gegenüber dem Vorjahr und widerspiegeln teilweise die Personalsituation durch höhere Resturlaubsverbindlichkeiten und höhere Vergütungen der Arbeitszeitkonten. Den Hauptteil jedoch machen offene EAV-Abrechnungen aus, für die Rückstellungen in Höhe von 635 T€ gebildet wurden.

Die übrigen Verbindlichkeiten und Abgrenzungen, die um 636 T€ auf 2.046 T€ stiegen, beinhalten insbesondere die Abgrenzungen von Jahreskarten in Höhe von 1.172,8 T€, offene Abrechnungen der Schulträgerkarten mit ca. 231,1 T€ und Rückzahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit den AZUBI-Tickets.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen waren zum Zeitpunkt der Berichtserstellung ausgeglichen.

Die Liquidität der HVG war dem Geschäftsverlauf entsprechend zu jeder Zeit gesichert.

Vermögenslage der Gesellschaft

Der Anlagendeckungsgrad I der HVG beträgt gegenüber dem Vorjahr unverändert 50,2 % und wird als gut bzw. stabil eingeschätzt. Das zeigt sich ebenso beim Anlagendeckungsgrad II, der unverändert bei 113 % liegt und gleichermaßen mit gut bewertet wird. Das Anlagevermögen ist somit stabil durch langfristiges Fremdkapital finanziert.

Die HVG hat auch im Jahr 2022 in das Anlagevermögen investiert. Die Gesamtinvestitionen für das laufende Geschäftsjahr betrugen ca. 3.962 T€.

In neue Software wurden 232,9 T€ investiert. Diese betrafen insbesondere erneute RBL-Erweiterungen für die Fahrdienstleitung, das Haltestellenmanagement sowie verbesserte Ansagen für in ihrer Mobilität eingeschränkte Fahrgäste, die Einführung einer Software für das Vertragscontrolling (Otris), Abo-Onlinetools für die Schülerverwaltung und Abo-Verwaltung zur Erleichterung der Antragsbearbeitung sowie notwendige Erweiterungen für die IT im Zusammenhang mit der Erhöhung deren Sicherheit nach dem Cyber-Angriff im November.

Weitere Investitionen beziehen sich auf abschließende Tätigkeiten an den Außenanlagen in Falkensee, Betriebshoferweiterung in Höhe von 7,1 T€.

Der Hauptteil der Investitionen entfiel in diesem Jahr erneut auf die Fahrzeugbeschaffung. Diese bezifferten sich auf insgesamt 3.443,7 T€. Zur Finanzierung wurde ein Darlehen in Höhe von 3.215,8 T€ aufgenommen. Auf Grund der veränderten Zinssituation an den Finanzmärkten hat sich die HVG mit einem Eigenanteil gemäß Investitionsplan in Höhe von 227,8 T€ beteiligt. Es wurden 7 Solo-Fahrzeuge LE und 3 Gelenkzüge neu beschafft.

Ergänzende Investitionen erfolgten zur Komplettierung der Werkstattausrüstung in Falkensee in Höhe von 10 T€ für verschiedene Prüf- und Messgeräte sowie in Höhe von 207,4 T€ für andere Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattungen, so z. B. für einen neuen Sprinter-Werkstattwagen, Hochregale in Falkensee und diverse Server-Hardware im Zusammenhang mit unserer geplanten Neustrukturierung der Serverlandschaft. Nach mehreren Verschiebungen konnte endlich auch mit dem Austausch der Waschanlage in Rathenow in Höhe von 60,3 T€ begonnen werden.

Das kurzfristig gebundene Vermögen verringerte sich um saldiert -122 T€, wobei die wesentlichsten Veränderungen die Forderungen gegenüber dem Gesellschafter mit – 543 T€ betrafen, welche sich aus offenen Zahlungen der Bonus-/Malus-Vereinbarung, der PlusBus-Förderung (Förderrichtlinie) sowie Nachzahlungen gemäß Trennungsrechnung zusammensetzten. Auf Grund der höheren unterjährigen Ausgleichszahlungen haben sich die ausgewiesenen Forderungen gegenüber dem Vorjahr entsprechend verringert.

Die sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich um + 430 T€ und beinhalten Vorsteuerforderungen im Zusammenhang mit der Busbeschaffung sowie dem Quartalsabschluss und sonstigen Forderungen, die sich insbesondere aus Forderungen zur Mineralölsteuer, der Abrechnung des ÖPNV-Rettungsschirmes 2021 (Nachzahlung) und offenen Abschlagszahlungen zum Azubi-Ticket IV. Quartal 2022 und dem Handyticket zusammensetzen.

Die stichtagsbezogene Betrachtung der liquiden Mittel weist eine Erhöhung um 5.377 T€ auf 11.413 T€ aus und steht ursächlich im Zusammenhang mit der Auszahlung des Darlehens im Dezember 2022 für die Fahrzeugbeschaffung und die Bezahlung im Januar 2023.

Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Gesellschaft war zu keiner Zeit eingeschränkt.

Risikobericht

Für die Geschäftsführung lag im Berichtsjahr der Fokus auf der Risikoanalyse, vor allem mit Sicht auf die Aufrechterhaltung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Gesellschaft infolge der Ukraine Krise und der damit einhergehenden Kostensteigerungen im Energiebereich, insbesondere mit den Auswirkungen rapide gestiegener Dieselskosten, permanenter Personalengpässe und erneuter Fahrgeldausfälle durch die Corona-Pandemie genauso wie durch die Einführung neuer Tarifprodukte (9-Euro-Ticket, kostenfreie Beförderung von Ukraine-Flüchtlings).

Die Risikoanalyse hat somit im Berichtsjahr auch zur Gewährleistung der Aufgaben der Daseinsvorsorge im Bediengebiet durch die Sicherung des Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG beigetragen.

Die sich im Jahr 2021 bereits abzeichnenden Tendenzen hinsichtlich der Einkaufspreise für Energie, Material, Ersatzteile und Nachauftragnehmerleistungen setzten sich in 2022 mit wesentlichen Auswirkungen auf die finanzielle Stabilität und die wirtschaftlichen Kennziffern unseres Unternehmens in nicht vorhersehbarer Art und Weise fort. Die Krise wirkt bis in das Jahr 2023 und darüber hinaus weiter, sodass wir für unser Unternehmen aus dieser Entwicklung folgende Risiken sehen:

1. Das VU unterlag auch im Jahr 2022 pandemiebedingten Fahrgeldausfällen. Durch das Entlastungspaket der Bundesregierung zur Bewältigung der Energiekrise erhöhte sich der diesbezügliche Druck auf das VU durch die Einführung des nicht kostendeckenden 9-Euro-Tickets, die sich aus unserer Sicht als falsch erwies. Die Erwartungen an dieses Tarifprodukt wurden nicht erfüllt. Dies belegen gestiegene Ansprüche an Ausgleichsleistungen gegenüber dem Bund und dem Land Brandenburg von ca. 1.588 Mio. Euro (ca. + 870 T€ gegenüber dem Vorjahr), ohne dass sich der Anteil der Nutzer des ÖPNV signifikant erhöht hat.
2. Politische Ziele verhinderten 2022 Tarifierungsmaßnahmen innerhalb des VBB. Vor dem Hintergrund des Punktes 1 und der Energiekrise ist das eine klare Entscheidung zu Lasten der VU, die zu noch stärkeren finanziellen Abhängigkeiten durch entsprechende zusätzliche Ausgleichsleistungen führen.
3. Die Einführung politisch motivierter Tarifprodukte wie das 9-Euro-Ticket oder das für 2023 geplante Deutschlandticket zeigen erfahrungsgemäß, dass die Kostenbelastungen bei den VU steigen, keine nachhaltige Fahrgelderlösverbesserung erzielt wird und das VU weiter von Zahlungen aus einem Rettungsschirm 2022 und 2023 abhängig ist. Qualitativer und quantitativer Ausbau des ÖPNV findet so nicht statt.
4. Sollte dieser Trend fortgeführt werden, verändert sich dadurch die Erlöscharakteristik des VU mit möglichen Auswirkungen auf die Anwendung rechtlicher Vorschriften für die künftige Gestaltung des öffentlichen Dienstleistungsauftrages (öDA).
5. Am permanenten Fachkräftemangel hat sich auch im Jahr 2022 nichts geändert. Zum einen besteht dadurch das Ausfallrisiko im Linienverkehr gemäß § 42 PBefG, was u. U. im Allgemeinen zu Vertragsstrafen führen kann. Im Besonderen ist jedoch gewichtiger, dass die Aufgaben der Daseinsvorsorge im Bediengebiet und somit der öDA nicht erfüllt werden können. Dieses Risiko zu verhindern, führt zu neuen Ausbildungsmaßnahmen, die mit erheblichem Kostenrisiko für unser VU verbunden sind.
6. Die fortschreitende Digitalisierung erhöht das Sicherheitsrisiko in Bezug auf zu schützende digitale Daten und deren mögliche Verluste sowie den Schutz vor gezielten Angriffen von Cyberkriminellen, die zu erheblichen Beeinträchtigungen der allgemeinen Geschäftstätigkeit führten und ebenso die Durchführung und Sicherung des Linienverkehrs in Frage stellen. Damit

werden zusätzliche Investitionen in Sicherheitssoftware bzw. in den Ausbau vorhandener Sicherheitssysteme dauerhaft notwendig.

7. Wir sehen als VU ein erhebliches Investitionsrisiko auf Grund der Wirksamkeit der EU-Richtlinie 2019/1169 und des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes auf der einen Seite und der mangelhaften Ausgestaltung mit Fördermitteln, hier vor allem durch das Land Brandenburg und dem Bund auf der anderen Seite. Die investiven Herausforderungen für die Fahrzeugbeschaffung ab 2024 sind durch unser mittelständisches Unternehmen allein nicht leistbar. Ein diesbezüglicher Förderantrag ist im September 2022 abgelehnt worden.
8. Die Risiken durch Fahrgeldverluste, fehlendes Fahrpersonal und Investitionen - derzeit kombiniert mit dem sich permanent verschärfenden Kostenrisiko - stehen im Widerspruch zu den Aufgaben des ÖPNV im Linienverkehr des Bediengebietes und gefährden die Gewährleistung der Aufgaben der Daseinsvorsorge und den Beitrag des VU zur Mobilitätswende. Die Umsetzung der Ziele des Klimaschutzes sehen wir in unserem Verantwortungsbereich damit als unsicher an.
9. Kurzfristig wirkende ÖPNV-Rettungsschirme sind wichtiger Bestandteil der Sicherung der Liquidität der VU in den Krisenzeiten geworden bilden langfristig jedoch keine Finanzierungsgrundlage für das Erreichen der Klimaziele und der notwendigen Ausgestaltung des ÖPNV.
10. Das erhöhte Betriebskostenrisiko führt zu weiter steigenden Abhängigkeiten der Geschäftstätigkeit von Ausgleichsleistungen des Aufgabenträgers ohne einen Mehrwert für die Fahrgäste im Bediengebiet. Mit sinkenden Fahrgeldeinnahmen verschlechtert sich die Wettbewerbsfähigkeit der HVG am Markt.
11. Die permanente Krisensituation, in der sich unser Unternehmen derzeit bewegt, ist Bestandteil der Wirtschaftsplanung 2023 geworden, die alle vorhersehbaren Entwicklungen in angemessenem Kostenumfang abgebildet hat, um den Linienverkehr im Bediengebiet des LK Havelland zu gewährleisten bzw. aufrechtzuerhalten. Die vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Aufgabenträger sind somit erfüllbar.

Bestandsgefährdende Risiken für unser VU sehen wir trotz der sich verschlechternden Rahmenbedingungen derzeit nicht.

Chancen und Prognosebericht

Der aktuelle öDA zwischen dem LK HVL und der HVG in der Fassung vom 01.06.2016 vereinbart und zuletzt geändert am 30.08.2021 bildet noch bis 31.05.2026 die Grundlage für die Planung, Organisation und Durchführung des Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG im Landkreis. Die bestellten Verkehrsleistungen sind seit mehreren Jahren nach der Verabschiedung der Buskonzepte im Kreistag mit derzeit 7,7 Mio. Fahrplan-Km unsere Geschäftsgrundlage für das Berichtsjahr und maßgeblich für den aktuellen Wirtschaftsjahr 2023.

Ungeachtet der Kostenrisiken (siehe oben) hat der Aufgabenträger an der bestellten Leistung festgehalten, durch entsprechende Kreistagsbeschlüsse im September und Dezember 2022 für die Bereitstellung zusätzlicher Ausgleichsleistungen zur Kompensation gestiegener Energie- und Personalkosten der HVG gestimmt und für das Jahr 2023 zusätzliche Mittel für Leistungserweiterungen in Aussicht gestellt.

Daraus resultiert unsere Einschätzung zu weiteren Chancen wie folgt:

1. Das Festhalten an stabilen Verkehrsleistungen im Bediengebiet des LK HVL trotz höherer Kosten bietet die Chance für eine stabile Geschäftstätigkeit auch über das Jahr 2022 hinaus. Es ist

Ausdruck dessen, dass der Aufgabenträger entsprechendes Vertrauen ins Unternehmen zur Erfüllung der Aufgaben der Daseinsvorsorge und damit positive Signale trotz krisenbedingter Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Linienverkehrs im Bediengebiet setzt.

2. Der Aufgabenträger hat sich auch im Krisenjahr als zuverlässig erwiesen und alle vertraglichen Verpflichtungen zur Finanzierung des Linienverkehrs gemäß öDA erfüllt. Mit dem Kreistagsbeschluss aus dem Dezember 2022 sind für weitere mögliche Angebotserweiterungen in 2023 mit der Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel die Grundlagen geschaffen worden, die wir als Chance sehen und nutzen wollen.
3. Im Rahmen der weiteren Digitalisierung von Verwaltungsprozessen in der HVG ist mit Hilfe von Fördermitteln des Landkreises ein Onlineportal zur effektiveren Bearbeitung von Abo-Anträgen und Anträgen zur Erlangung von subventionierten Schülerfahrkarten gelungen. Weitere Verbesserungen von Arbeits- und Planungsprozessen können durch die Einführung von ebenfalls durch den LK geförderter Software zur Vertragsverwaltung von Dienstleistungsverträgen, insbesondere für die Unternehmensplanung und das Unternehmenscontrolling, erzielt werden, die u. a. die Planungsflexibilität zur Sicherung der Handlungsfähigkeit des VU in Krisensituationen für die Zukunft erhöht.
4. Im Zuge der Aufarbeitung des Cyberangriffes festgestellte Schwachstellen im Sicherheitssystem sind beseitigt, Datensicherungssysteme sind verbessert worden, durch die Einführung einer 24/7-Überwachungssoftware mit Monitoring-Funktion ist die IT-Struktur und die Sicherheit der digitalen Daten im Unternehmen auf ein Sicherheitslevel angehoben worden, welches in Abstimmung mit dem Versicherer erfolgte und den Empfehlungen der EU NIS 2 und des zu erwartenden IT-Sicherheitsgesetzes 3.0 zum Schutz kritischer Infrastruktur ab 2024 entsprechen wird.
5. Die Softwareerweiterungen erweisen sich gerade in Vorbereitung der Einführung des Deutschlandtickets als richtige Entscheidung. Sie sollen zum einen zur Fahrgastbindung und Neukundengewinnung und somit zur Erlössteigerung im aktuellen Wirtschaftsjahr führen und zum anderen die Marktposition des Unternehmens durch die Möglichkeit der schnellen und flexiblen Einführung neuer Tarifprodukte stärken.
6. Die Einführung des politisch gewollten 49-Euro-Deutschlandtickets und die zur finanziellen Absicherung beschlossenen flankierenden Maßnahmen wie der ÖPNV-Rettungsschirm 2023 sowie der für 2023 festgelegte Verbleib der Einnahmen aus diesem Ticket (im Einführungsjahr ohne Einnahmenaufteilung) werden zur Liquiditätsstabilität des VU beitragen.
7. Flankierend wird sich das durch die Landesregierung Brandenburg beschlossene Brandenburg-Paket für den ÖPNV in Höhe von 41 Mio. € für 2023 und 49 Mio. € für das Jahr 2024 zur Kompensation steigender Energiepreise positiv auf die Bewältigung der Energiekrise auswirken und die Haushalte der VU und Aufgabenträger noch im Wirtschaftsjahr 2023 entlasten. Eine Anpassung der Wirtschaftspläne im Unternehmen ist dazu zeitnah umzusetzen und erhöht die Handlungsmöglichkeiten unseres Unternehmens hinsichtlich geplanter Angebotserweiterungen.
8. Den TV-Nahverkehr Brandenburg mit seiner Laufzeit bis 31.12.2023 sehen wir als stabilisierenden Faktor für die Personalplanung. Vorgezogene Vergütungsmaßnahmen vom 01.03.2023 auf den 01.10.2022 wegen inflationärer Entwicklungen der Lebenshaltungskosten sind in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt und entsprechendes Signal an unsere motivierten Mitarbeitenden. Die erreichten und künftigen finanziellen Verbesserungen in den Grundvergütungen allein reichen sicher nicht aus, um Motivation für qualifizierungswillige Umsteiger, aber auch Neueinsteiger in die ÖPNV-Branche zu sein. Die Chance der HVG besteht darin, dass sie ein moderner und attraktiver Arbeitgeber bleibt und über vielfältige Möglichkeiten der Weiterbildung und Qualifizierung der Mitarbeitenden verfügt und diese je

nach Erfordernis anpasst. Trotz zusätzlicher Kosten sehen wir die in Gründung befindliche eigene Fahrschule als weiteren Schritt, flexibel auf die Personalbeschaffung und -ausbildung reagieren zu können.

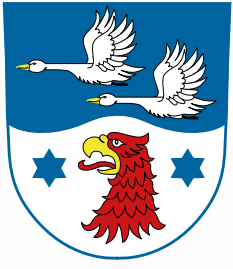
9. Die im Juni 2022 durchgeführte Strategietagung mit Vertretern des Landkreises HVL legte im Ergebnis dessen die Strategie zur Entwicklung der HVG für die nächsten Jahre in Bezug auf die Umrüstung der Fahrzeugflotte auf alternative Antriebssysteme zur Erfüllung des Saubere-Fahrzeug-Beschaffungs-Gesetzes und der Clean Vehicle Directive EU RL 2019/1169 fest und eröffnet die Möglichkeit zur Beschaffung von bis zu 30 batteriebetriebenen Fahrzeugen am Standort Falkensee in den Jahren 2024 - 2026. Eine europaweite Ausschreibung für die ersten 10 Fahrzeuge ist veröffentlicht. An einem Finanzierungskonzept arbeiten wir derzeit.
10. Dies ist die Erfüllung einer wesentlichen technischen Voraussetzung dafür, dass sich die HVG an einer möglichen Ausschreibung für die Verkehrsleistungen im LK HVL im Wettbewerbsverfahren oder als mögliche Direktvergabe ab dem Jahr 2026 beteiligen kann. Das sehen wir als sehr große Chance für die Bestandssicherheit der HVG und letztlich für den Erhalt der Arbeitsplätze in der Region.

Die seit Februar 2022 anhaltende kriegerische Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine nimmt weiter starken Einfluss auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen insbesondere auf die Energie- und Mineralölpreise. Die bundespolitischen Entscheidungen und die umzusetzenden Maßnahmen zur CO₂-Einsparung sind zusätzliche Herausforderungen, denen sich die HVG im Jahr 2023 gegenübergestellt sieht und viel Planungsflexibilität zur Sicherung der Aufgaben der Daseinsvorsorge im LK HVL erfordern wird. Dazu werden wir in bewährter Form und kontinuierlicher, abgestimmter Art und Weise mit dem Aufgabenträger alle notwendigen Schritte zur Anpassung der kurz- und mittelfristigen Wirtschaftsplanung unternehmen und so die Aufgaben aus dem öffentlichen Dienstleistungsauftrag in hoher Qualität mit unseren Beschäftigten erfüllen.

Nauen, 23.04.2023

Havelbus Verkehrsgesellschaft mbH

Mathias Köhler
Geschäftsführer



LANDKREIS
HAVELLAND

3.10 Havelländische Eisenbahn AG

3.10 Havelländische Eisenbahn AG

Unternehmensdaten

Bahnhofstraße 2
14641 Wustermark OT Elstal
Tel.: 033234 300100-0
info@hvle.de
www.hvle.de

3.10.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer normalspurigen Eisenbahn des allgemeinen öffentlichen Verkehrs, die Errichtung, der Erwerb, die Pachtung, die Verpachtung und der Betrieb auch von anderen Verkehrsunternehmen aller Art, jede Förderung des Verkehrs.

3.10.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Beteiligung an der Havelländischen Eisenbahn AG ist mit keiner kommunalen Aufgabenerfüllung im Sinne des § 131 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 2 BbgKVerf befasst. Sie dient ausschließlich der kommunalen Vermögensverwaltung und stellt gemäß § 91 Abs. 7 BbgKVerf keine wirtschaftliche Betätigung dar.

3.10.3 Rechtliche Verhältnisse

Rechtsform	Aktiengesellschaft
Gründungsdatum:	17.08.1892
Gesellschaftsvertrag:	gültig in der Fassung vom 15.11.2018, letzte Änderung am 12. Juli 2022
Handelsregister - Nr.:	HRB 31905 P
Sitz der Gesellschaft:	Wustermark
Stand der Firmendaten:	30.11.2023
Basis der Finanzdaten:	Jahresabschluss 2022

3.10.4 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt:	10.000.000,00 Euro
Die Stammeinlage wird gehalten von:	
Landkreis Havelland	50,47 %
Oberhavel Holding Besitz- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Oranienburg	32,50 %
BUG Vermietungsgesellschaft mbH, Dahlwitz-Hoppegarten	11,24 %
Städte- und Gemeindebund Brandenburg und Landkreistag Brandenburg	5,26 %
Stadt Ketzin/Havel	0,03 %
Havelländische Eisenbahn AG	0,50 %

3.10.5 Aktiengattung und Nennbeträge

Namensaktien; eingeteilt in 2.000.000 Aktien zum Nennbetrag von 5,00 Euro.

3.10.6 Organe der Gesellschaft

<i>Hauptversammlung:</i>	Landkreis Havelland vertreten durch den Landrat Roger Lewandowski
	Oberhavel Holding Besitz- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Oranienburg vertreten durch Klaus-Peter Fischer
	BUG Vermietungsgesellschaft mbH, Dahlwitz-Hoppegarten vertreten durch Martin Thomas
	Städte- und Gemeindebund Brandenburg/ Landkreistag Brandenburg
	Stadt Ketzin/Havel
	Havelländische Eisenbahn AG

Aufsichtsrat

Vorsitzender: Glenn Jankowski (Amtsleiter für Kommunalaufsicht,
Rechnungs- und Gemeindeprüfung im LK HVL)

Stellvertretender Vorsitzender: Andreas Ernst (Geschäftsführer der Oberhavel Holding

Weitere Mitglieder Besitz- und Verwaltungsgesellschaft mbH)
Jürgen Tschirch (Kreistagsabgeordneter LK HVL)
Alexander Tonnies (Landrat, Landkreis Oberhavel)
Martin Thomas (Aufsichtsratsmitglied BUG)
Holger Schiebold (sachkundiger Einwohner des Kreistages)
Frank Ruschke (Arbeitnehmervertreter)
Harald Nitzsche (Arbeitnehmervertreter)
Knut Ehrig (Arbeitnehmervertreter)

Vorstände

Ludolf Kerkeling
Martin Wischner

3.10.7 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Havelländische Eisenbahn AG hält folgende Beteiligungen:

Beteiligungsumfang:

WGM-TEC GmbH Lübben (Spreewald)	100,00 %
BahnLogistik Terminal Wustermark GmbH, Wustermark	100,00 %
Rail & Logistik Center Wustermark GmbH & Co. KG (RLCW), Wustermark	70,00 %
GER Ghana Eastern Railway Beteiligungsgesellschaft mbH, Wustermark	55,00 %
Bohnhorst Rail & Logistik GmbH, Wustermark	50,00 %
BahnTechnologie Campus Havelland GmbH	45,00 %
IFB Institut für Bahntechnik GmbH	6,67 %

Auf eine detaillierte Darstellung der Unternehmensbeteiligungen der Havelländischen Eisenbahn AG wird, mit Ausnahme der Bahntechnologie Campus Havelland GmbH, verzichtet, da die Beteiligung des Landkreises an der Muttergesellschaft ausschließlich der kommunalen Vermögensverwaltung dient.

3.10.8 Kennzahlen

Bilanz per 31.12.2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Aktiva		
Anlagevermögen	22.554	21.396
Umlaufvermögen	23.303	11.723
Rechnungsabgrenzungsposten	1.406	620
Passiva		
Eigenkapital	12.457	11.872
Rückstellungen	5.455	6.523
Verbindlichkeiten	29.350	15.343
Bilanzsumme	47.262	33.738

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Umsatzerlöse	64.092	55.765
Sonstige betriebliche Erträge	3.913	3.205
Materialaufwand	42.732	32.822
Personalaufwand	15.987	15.482
Abschreibungen	1.573	1.832
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.214	6.609
Jahresergebnis	978	1.204

Leistungs- und Finanzbeziehungen § 61 Nr. 4 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV)

§ 61 Nr.:	Wirtschaftsjahr 2022	Betrag in €	Kurzbeschreibung
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen		- keine
4.b	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	167.970	- Gewinnausschüttung
4.c	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen		- keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können		- keine

Analysedaten der Havelländischen Eisenbahn AG gemäß § 61 Nr. 2 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung*

Kennzahl	Formel	2020	2021	2022
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				
Anlagenintensität (%)	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	48,9	100,0	47,7
Eigenkapitalquote (%) (ohne Sonderposten)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	45,1	55,5	26,4
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Euro)	aus Bilanz	0,0	0,0	0,0

Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				
Anlagendeckung II (%)	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	124,5	80,2	106,6
Zinsaufwandsquote (%)	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	1,7	0,7	0,6
Liquidität 3. Grades (%)	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	127,8	70,7	100,3
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEuro)	Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zun./Abn. der langfr. Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentl. Erträge	3.363	3.363	2.579

Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				
Gesamtkapitalrentabilität(%)	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkap.-zinsen}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	13,1	7,6	
Umsatz (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	49.564.390	55.765.412	64.092.411
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	2.248.427	1.227.434	977.786

Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				
Personal-aufwandsquote (%)	$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	28,4	27,8	24,9
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr im Durchschnitt beschäftigtes Personal	202	222	229

*Analysedaten dem Jahresabschluss der Gesellschaft entnommen

3.10.9 Lage des Unternehmens

1. Grundlagen des Unternehmens

Die Havelländische Eisenbahn AG (HVLE) ist eine Eisenbahn des öffentlichen Verkehrs. Das Unternehmen wurde am 17. August 1892 als Osthavelländische Kreisbahnen AG in Nauen gegründet. Am 1. Januar 2006 wurde die Gesellschaft in Havelländische Eisenbahn Aktiengesellschaft (HVLE) umbenannt.

Wesentliche Betriebsanlagen, die aus einem Verwaltungsgebäude, der Servicewerkstatt für Schienenfahrzeuge und 18,5 km Gleis bestehen, befinden sich in Berlin-Spandau. Darüber hinaus bestehen Verwaltungseinrichtungen am Standort Wustermark.

Am Bahnhof Berlin-Spandau schließt das Gleis der HVLE an das Streckennetz der DB Netz AG an.

Seit April 2002 betreibt die HVLE die Industriebahn Premnitz.

Am 1. Januar 2004 übernahm die HVLE die Betriebsführung der Anschlussbahn der Alstom/Bombardier Transportation in Hennigsdorf bei Berlin.

Für die Entwicklung der Betriebsstätte im Harz wurde in 2007 ein Verwaltungs- und Sozialgebäude errichtet. Die vorhandene Werkstatt mit Gleisanschluss wurde erweitert, um Wartung, Pflege und Instandhaltung an Diesel- und E-Lokomotiven durchzuführen.

In 2016 wurde eine weitere Betriebsstätte in Celle errichtet. Die Räumlichkeiten der Betriebsstätte sind angemietet.

Durch die Öffnung des Streckennetzes besteht für jedes zugelassene Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) die Möglichkeit, Schienenverkehr auf dem zugänglichen Streckennetz durchzuführen. Dazu können zugelassene Eisenbahnverkehrsunternehmen entsprechende Fahrplanfenster einkaufen und eigenen Schienenverkehr abwickeln. Von über 400 EVU in Deutschland sind ca. 50 Unternehmen außerhalb der eigenen Gleisanschlüsse im Schienengüterverkehr aktiv. Das hat zu Wettbewerb im Schienengüterverkehr geführt. Der Marktanteil der im Wettbewerb zur marktbeherrschenden DB tätigen EVU liegt bei 55,7 % (Stand 2020).

Die größten Wettbewerber der DB auf dem deutschen Markt sind Töchter von ausländischen Staatsbahnen:

- SBB Cargo Deutschland (gehört zur schweizerischen Staatsbahn SBB),
- Captrain (gehört zur französischen Staatsbahn SNCF),
- TX Logistik (gehört zur italienischen Staatsbahn Trenitalia).

Von den Wettbewerbern der DB ist die HVLE gemessen an der Verkehrsleistung (tkm) die elftgrößte (Quelle: Wettbewerber-Report 2019/20 des Netzwerks Europäischer Eisenbahnen).

Die nicht vollzogene Trennung des natürlichen Monopols Infrastruktur von den im Wettbewerb stehenden Betriebsgesellschaften der DB AG ist eine wichtige Ursache dafür, dass die von der Bundesrepublik genannten Ziele, durch mehr Wettbewerb wesentlich mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen, verfehlt werden.

Die HVLE hat sich seit 2004 zu einem Transporteur für bahnaffine Massengüter entwickelt. Seit 2005 verfügt die Gesellschaft über langfristig zur Verfügung stehenden Transportraum für Schüttguttransporte.

In 2022 verfügte die HVLE über 51 aktive Lokomotiven, darunter moderne Zweikraftlokomotiven, E-Lokomotiven und drei Klassen von Diesellokomotiven zwischen 1300 kW und 4000 kW Motorleistung, sowie eine Flotte Rangierlokomotiven.

Seit Februar 2014 ist die HVLE im Besitz der durch das Eisenbahnbundesamt ausgestellten Sicherheitsbescheinigung für die Teile A und B. Mit der Sicherheitsbescheinigung Teil A ist die HVLE berechtigt, in der gesamten EU selbstständig Eisenbahnverkehrsleistungen zu erbringen. Der Teil B bescheinigt der HVLE, dass sie alle nationalen Anforderungen in Deutschland zur Ausübung eines sicheren Eisenbahnverkehrs erfüllt.

Zudem verfügt die HVLE seit Februar 2014 über die Zertifizierung als ECM (Entity in Charge of Maintenance – für die „Instandhaltung zuständige Stelle“ von Güterwagen). Diese Bescheinigung ist der Nachweis, dass alle Prozesse für die Instandhaltung von Güterwagen den Sicherheitsanforderungen der EU entsprechen. Damit ist die HVLE berechtigt, die Instandhaltungsverantwortung für eigene Wagen zu übernehmen und diese Dienstleistung auch anderen Eisenbahnverkehrsunternehmen und Haltern von Güterwagen anzubieten.

Der HVLE wurde in 2016 das Zertifikat für das Managementsystem nach DIN EN ISO 9001:2015 sowie DIN EN ISO 50001:2011 für alle Standorte erteilt.

Im Juni 2017 hat die HVLE die Zertifizierung nach SQAS (Safety and Quality Assessment for Sustainability) erhalten.

Güterverkehr

Die HVLE betätigt sich in folgenden Geschäftsfeldern:

Zugverkehr

In 2002 hat die HVLE die ersten nennenswerten Zugverkehrsprojekte gestartet. Im April 2002 begann die HVLE, aus dem Raum Leipzig mineralische Baustoffe in Ganzzügen zu unterschiedlichen Empfängerbahnhöfen zu transportieren. Diese Transporte wurden in den Folgejahren ausgebaut und der Kundenstamm deutlich erweitert.

Am 1. April 2009 wurde auf der Rübelandbahn (Harz) der E-Betrieb aufgenommen. Dazu wurden 2 Traxx E-Lokomotiven angeschafft. Die Transporte wurden im Verlauf der Folgejahre weiter optimiert und die Leistungen gesteigert. Der Zugverkehr auf der Steilstrecke mit mehr als 63 % Steigung ist eine technische Herausforderung. Trotzdem gelang es der HVLE, ein System der „Präzisionslogistik“ aufzubauen und hohen Kundennutzen zu erzielen.

Die HVLE entwickelte gemeinsam mit der tschechischen Waggonbaufirma Legios Faccns-Wagen für den Transport mineralischer Baustoffe. In 2011 wurden 96 dieser selbstentwickelten Wagen beschafft, die ab 2012 in Kombination mit den schweren Streckenlokomotiven (Maxima 40 und Blue Tiger) erfolgreich im „Schwerlastkonzept“ der HVLE eingesetzt werden. Im Geschäftsjahr 2014 wurde das nunmehr bewährte Schwerlastkonzept mit weiter optimierten Faccns-Wagen verbessert. In 2014 wurden zusätzliche 96 Faccns-Wagen in Auftrag gegeben, welche ab Mitte 2015 zum Einsatz kamen.

Weitere Transporte fanden deutschlandweit mit verschiedenen Gutarten, wie Gefahrgut, Chemieprodukte, Holz, Mineralöle, Biokraftstoffe, Getreide u. a. statt. In Kooperation mit anderen EVU werden auch europaweit Transporte angeboten und durchgeführt.

Im Rahmen eines Outsourcingprojektes übernahm die HVLE in 2004 die Betriebsführung der Bahnanlagen inkl. der Prüfstrecken und den Rangierbetrieb im Schienenfahrzeugwerk Hennigsdorf des Fahrzeugherstellers Bombardier, heute Alstom. Diese Kooperation wurde in 2012 deutlich ausgeweitet. Die Vorbereitung, Planung und Durchführung von Prüf- und Messfahrten gehört seitdem zum Dienstleistungsangebot.

Durch die örtliche Nähe der HVLE zu mehreren Schienenfahrzeugherstellern und zum Verkehrsverbund Berlin/Brandenburg, insbesondere zur BVG und der S-Bahn, führt die HVLE Überführungsfahrten mit SPNV-Fahrzeugen durch.

Betriebsführung von Infrastrukturen Dritter

Die HVLE betreibt Eisenbahninfrastruktur im Kundenauftrag an folgenden Standorten:

- Wustermark
- Industriebahn Premnitz
- Hennigsdorf (Werk Alstom)
- Potsdam Rehbrücke
- NN- Rail (Dönstedt)
- Löbejün
- Binnenhafen Anklam
- Spandau
- Blankenburg
- GVZ Wustermark
- Wagenwerkstatt Elstal

Eisenbahnbaulogistik

Seit 1998 betätigt sich die HVLE als Kooperationspartner der Gleisbauunternehmen.

Die HVLE ist als „Entsorgungsfachbetrieb“ zertifiziert und hat die Genehmigung zum Transport von Abfällen, wie Bodenaushub, Altschotter und anderen Abfallprodukten aus dem Rückbau von Bahnanlagen.

Zum Leistungsangebot der HVLE gehören die Stellung von Arbeitszuglokomotiven, die Umsetzung von Gleisbaumaschinen und der Transport von Bahnbaustoffen. Dazu verfügt die HVLE über Lokomotiven verschiedener Leistungsklassen und den entsprechenden Wagenraum.

Verkehrsleistung

Im Jahr 2022 betrug die Verkehrsleistung der Gesellschaft 1,78 Mrd. Tkm (netto), die beförderte Tonnage 5,0 Mio. t (netto). Die Verkehrsleistung entspricht einer Steigerung von rund 6% gegenüber dem Vorjahr.

Eigene Infrastruktur und Beteiligungen

Die HVLE ist seit 2011 Eigentümer der Strecke (Neugarten) - Anschluss Mosolf-Ketzin. Für den Bereich vom Anschluss Mosolf bis Ketzin wurde 2017 ein Stilllegungsverfahren erfolgreich durchgeführt, sodass es sich nicht mehr um öffentliche Infrastruktur handelt. Der Bereich wird aber als Anschlussbahn weiterbetrieben. Derzeit gibt es Bestrebungen des Landkreises Havelland, die Strecke für den Personenverkehr zu reaktivieren.

Am 23. April 2008 wurde der ehemalige Rangierbahnhof Wustermark von der DB Netz AG erworben. Zum Betrieb der Anlage wurde eine Tochtergesellschaft, die Rail & Logistik Center Wustermark GmbH (RLCW) gegründet, an der die HVLE mit 70 % beteiligt ist. RLCW entwickelte sich zu einem Dienstleistungsstandort für den Schienenverkehr. Im Güterverkehr soll der Standort mit dem in unmittelbarer Nähe liegenden KV-Bahnhof des GVZ Wustermark auf den Achsen Ostsee – Adria und ARA-Häfen-Osteuropa eine bedeutende Rolle spielen.

Im Dezember 2012 wurde die Firma WGM-TEC GmbH übernommen und als eine 100 %ige Tochtergesellschaft in den Unternehmensverbund eingegliedert. Die Gesellschaft ist als Dienstleister für Eisenbahnverkehrsunternehmen bundesweit im Rahmen der Gestellung von Wagenmeistern tätig.

Im Geschäftsjahr 2015 wurde zusammen mit dem Landkreis Havelland die Bahntechnologie Campus Havelland GmbH gegründet. Ziel der Gesellschaft ist die Entwicklung des Standortes Wustermark zu einem Eisenbahnzentrum.

Die HVLE hat in 2015 zusammen mit der Bohnhorst-Gruppe die Gemeinschaftsgesellschaft Bohnhorst Rail & Logistik GmbH gegründet. Das Unternehmen betätigt sich als Bahn-Spedition für Agrarprodukte und führt seit 2015 Transporte durch.

Im Geschäftsjahr 2020 wurden die restlichen 14,9 % der Anteile an der BahnLogistik Terminal Wustermark GmbH erworben. Damit ist die Gesellschaft zu 100% im Besitz der HVLE.

Seit 2022 hält die HVLE einen Anteil von 6,67 % an der IfB Institut für Bahntechnik GmbH, einem in Berlin ansässigen Ingenieurbüro, dass schwerpunktmäßig im Bahnsektor tätig ist.

Forschung und Entwicklung

Die HVLE beteiligt sich immer wieder an Forschungs- und Entwicklungsprojekten in Zusammenarbeit mit namhaften Forschungsinstituten und Partnern der Industrie. Im Jahr 2022 wurden u.a. Versuche zur technischen Unterstützung der Bremsprobe sowie zum autonomen Fahren und zum Testen der DAK durchgeführt.

Eigene Forschungstätigkeiten in eigenen Abteilungen werden nicht durchgeführt. Vielmehr unterstützt die HVLE ihre Kooperationspartner durch Beratungstätigkeiten und Durchführung von Praxiserprobungen.

2. Wirtschaftsbericht

Nach den Erhebungen der Bundesnetzagentur wurde 2021 (Zahlen für 2022 liegen noch nicht vor) insgesamt eine Rekord-Verkehrsleistung von 139 Milliarden Tonnenkilometern auf der Schiene erbracht. Der Anteil der Schiene im Güterverkehrsmarkt stieg damit erstmals seit längerer Zeit wieder über 20 Prozent. Das Wachstum wurde erneut von den nicht zur DB gehörenden Güterbahnen getragen. Sie erhöhten ihren Anteil am Schienengüterverkehr mit einem Plus von drei Milliarden Tonnenkilometern auf über 58 Prozent.

Die verladende Wirtschaft trifft Verkehrsträgerentscheidungen fast ausschließlich nach dem Preis. Die Wettbewerbssituation gegenüber der Straße ist für die Schiene insbesondere bei Infrastrukturnutzungsentgelten, bei den Energiekosten und beim Kontrollniveau schwierig, wobei die Vorteile (geringer Energieverbrauch, hohe Sicherheit) sich in den Preisen nicht ausreichend niederschlagen.

Da die Schiene für das Erreichen der Klimaschutzziele im Verkehrssektor eine Lösung darstellt, hat die Branche gemeinsam mit dem BMVI einen Masterplan Schienengüterverkehr entwickelt und verabschiedet, der auch Niederschlag in der Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung gefunden hat. Die 2018 eingeführte Trassenpreisförderung soll nach den neuesten Informationen auch über 2024 hinaus fortgesetzt werden.

Ertragslage

Unser wichtigster finanzieller Leistungsindikator, das Ergebnis vor Ertragsteuern, ist in 2022 (TEUR 1.447; i. Vj. TEUR 1.843) gesunken. Das Ergebnis ist wesentlich durch die Energiepreisentwicklungen im Jahr 2022 beeinflusst. Im Jahr 2022 hat der Preis für eine MWh in der Spitze den Betrag von über EUR 1.300 erreicht, was einer Vervielfachung des langjährigen Mittelwertes von rund EUR 40-50 entspricht.

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 8.327 gestiegen. Auch die Verkehrsleistung steigt gegenüber dem Jahr 2021 um rund 6%. Die Umsatzerlöse betreffen das Tätigkeitsfeld des Schienengüterverkehrs als Eisenbahnverkehrsunternehmen und als Eisenbahninfrastrukturunternehmen. Neben der gestiegenen Verkehrsleistung sind auch die teilweise erfolgte Weiterbelastung der erhöhten Energiepreise an die Kunden für den Anstieg der Umsatzerlöse verantwortlich.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten vor allem Erträge aus dem Verkauf von zwei Loks (TEUR 2.388) sowie periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 293).

Die Materialaufwandsquote $\left(\frac{\text{Materialaufwand}}{\text{Umsatz}}\right)$ ist auf 66,7 % (i. Vj. 58,9 %) gestiegen.

Der Anstieg des Personalaufwands entfällt auf den höheren durchschnittlichen Personalbestand (229; i.Vj. 222) zur Sicherung und Erweiterung unserer Personalkapazitäten sowie Gehaltssteigerungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfallen v.a. auf Aufwendungen zur Erhaltung der Gleisinfrastuktur, Verwaltungsaufwand sowie Versicherungsaufwendungen.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Grund hierfür sind die höheren Gewinnausschüttungen der Tochtergesellschaften des Vorjahres.

Vermögenslage

Das Sachanlagevermögen ist im Umfang von TEUR 1.004 gestiegen. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus Zugängen in Höhe von TEUR 6.024 denen Abschreibungen in Höhe von TEUR 1.460 sowie Abgänge in Höhe von TEUR 3.559 gegenüberstehen. Die Abgänge betreffen in Höhe von TEUR 2.101 Fördermittel nach Maßgabe der Richtlinie über die Förderung der Energieeffizienz des elektrischen Eisenbahnverkehrs, welche anschaffungskostenmindernd berücksichtigt wurden. Die Zugänge betreffen vor allem Loks sowie Güterwagen. Die Sachanlagenquote $\left(\frac{\text{Sachanlagevermögen}}{\text{Bilanzsumme}}\right)$ liegt bei 43,9 % (i. Vj. 56,8 %).

Das Umlaufvermögen hat sich zum Vorjahr um TEUR 11.580 erhöht. Ferner ist der aktive Rechnungsabgrenzungsposten um TEUR 786 gestiegen.

Die Eigenkapitalquote beträgt 26,4 % (i. Vj. 35,2 %). Das Sinken der Eigenkapitalquote resultiert aus einem Anstieg der Bilanzsumme um TEUR 13.524.

Die sonstigen Rückstellungen entfallen vor allem auf ausstehende Eingangsrechnungen, Personalverpflichtungen und Clearingverpflichtungen.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beruht i. W. auf der Aufnahme von Darlehen zur Finanzierung von Anlagevermögen. Dem gegenüber stehen planmäßige Darlehenstilgungen.

Der Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten beruht i. W. auf abgeschlossenen Mietkaufverträgen. Ferner sind in dem Posten Verpflichtungen gegenüber der Pensionskasse sowie Lohnsteuer enthalten.

Finanzlage

Der Finanzmittelfonds enthält einen Kontokorrentkredit in Höhe von EUR 3,2 Mio. welcher der Zwischenfinanzierung zum Erwerb einer Lok dient. Der Kontokorrentkredit wurde Anfang des Jahres 2023 in einen langfristigen Kredit umgeschuldet.

Der Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt im Geschäftsjahr 2022 TEUR - 4.234 (i. Vj. Zufluss in Höhe von TEUR 4.116).

Der Finanzmittelbestand umfasst Kassenbestände sowie Guthaben und Inanspruchnahmen von Kontokorrent- bzw. Geldmarktdarlehen bei Kreditinstituten.

Die Liquidität des Unternehmens war zu jedem Zeitpunkt gesichert.

Das Bankenrating hat aktuell auf einer 18-stufigen Skala den guten Faktor 4 ausgewiesen.

3. Risikobericht

Der Geschäftsverlauf im Jahr 2022 war trotz der Unsicherheiten wegen des Ukraine-Konfliktes, der Inflation und dadurch enorm gestiegenen Energiepreisen für die HVLE dennoch zufriedenstellend.

Bei der HVLE ist ein Risiko- und Chancenmanagement-System implementiert, das sich an den internationalen Standards nach DIN ISO 31000ff und ONR 49000ff orientiert.

Markt- und Ertragsrisiken

Nach wie vor ist die HVLE einem erheblichen Preisdruck durch Wettbewerbsbahnen ausgesetzt. Unsere seit vielen Jahren gelebte Geschäftspolitik, nach der wir ein bestimmtes Preisniveau aus prinzipiellen Überlegungen nicht unterschreiten, wird fortgesetzt. Hieraus resultiert ein Auslastungsrisiko für das Anlagevermögen. Diesen Risiken wird mit langfristigen Kundenverträgen, einem guten Service sowie einem hohen Grad an Zuverlässigkeit begegnet. Die Entwicklung der Auslastungen wird durch das Controlling und die Geschäftsleitung fortlaufend überwacht.

Finanz-/Bilanzierungsrisiken

Für unsere Investitionen sehen wir derzeit primär ein Zinsänderungsrisiko im langfristigen Zinsbereich. Wir haben deshalb unsere Finanzierungen und Leasingverträge überwiegend mit sehr langen Zinsbindungen versehen. Es ist vorgesehen, diese Finanzierungspolitik auch in 2023 weiter zu verfolgen. Die Zinsentwicklung wird über enge Kontakte zu unseren Finanzierungspartnern laufend beobachtet, um bei Änderungen zeitnah reagieren zu können. Insgesamt ist das Zinsänderungsrisiko durch langfristig gesicherte Zinssätze begrenzt.

Basierend auf einem Jahreswirtschaftsplan werden monatlich Plan-Ist-Vergleiche durchgeführt. Bei Abweichung ist die Einleitung gegensteuernder Maßnahmen somit zeitnah möglich. Das zur Erstellung der Jahresplanung verwendete Planungstool hat sich über Jahre hinweg nachweislich bewährt.

Die Vorbereitung und Durchführung von Neugeschäften werden durch das innerbetriebliche Controlling überwacht. Die verwendeten Planungsparameter werden aus einer Analyse von Ist-Verkehrsdaten abgeleitet. Die Kalkulationsannahmen werden regelmäßig überprüft. Dem Unternehmen liegen hierzu teils langjährige Messreihen vor.

Durch die gewachsene Anzahl von Geschäftsbeziehungen in voneinander relativ unabhängigen Marktsegmenten ist eine breitere Streuung der Auftraggeber gelungen. Dies mindert Abhängigkeiten und damit Kundenstrukturrisiken.

Die Liquidität der Gesellschaft wird täglich überwacht und war zu jeder Zeit gesichert. Zusätzlich ist in der HVLE ein Mahnwesen installiert, welches die Zahlungsziele der Debitoren kontinuierlich überwacht.

Gegen erkennbare Risiken besteht Versicherungsschutz. Die Betriebshaftpflichtversicherung ist bereits seit 2010 auf eine Deckungssumme von EUR 50 Mio. aufgestockt. Die Bonität von Kunden wird laufend überwacht.

Einkaufsrisiken

Im Einkaufsbereich bestehen Preisänderungsrisiken insbesondere beim Einkauf der für die Lokomotiven benötigten Energie (Strom und Diesel). Der Aufwand für Energie stellt innerhalb des RHB-Aufwands einen wichtigen Posten dar. Im Jahr 2022 hat sich der Preis für Traktionsstrom im Verlauf des Jahres vervielfacht. Der mehrjährige Durchschnittspreis für Strom lag in der Vergangenheit bei rund 45 bis EUR 50 pro MWh. Im August 2022 war mit einem Preis von rund EUR 1.300 pro MWh der bisherige Höchststand erreicht.

Die Entwicklung wird fortlaufend durch die Geschäftsleitung beobachtet, ist aber aktuell nicht zuverlässig vorhersagbar. Seit 2021 werden speziell im Stromeinkauf Sicherungsgeschäften durchgeführt, bei denen ein Teil der benötigten Mengen auf Ziel eingekauft wird. Darüber hinaus sind in mehrjährig abgeschlossenen Verträgen Preisgleitklauseln eingearbeitet, mit denen Energiepreissteigerungen auch unterjährig an Kunden durchgereicht werden können.

Schadensrisiken

Schulung, Training und Überwachung des Personals wird durch interne und externe Experten gesichert. So wird ein hohes Niveau der Betriebssicherheit gehalten. Schulung und Überwachung von Gefahrguttransporten nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein. Der Fortbildungsstand der Mitarbeiter folgt einem festgelegten Schulungsplan und wird seitens des Eisenbahnbetriebsleiters kontinuierlich überwacht.

Bestandsgefährdende Risiken aus der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sind nicht erkennbar.

Politische Umfeldrisiken

Weitere Risiken aber auch Chancen können von politischen Entscheidungen in Deutschland und Europa ausgehen. Für die Verbesserung der Wettbewerbsposition des Schienengüterverkehrs ist die Herauslösung des natürlichen Monopols Infrastruktur aus dem Konzern des größten Wettbewerbers DB die wichtigste Voraussetzung. Eine ausreichende Finanzierung der Infrastruktur und im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern faire Bedingungen hinsichtlich Infrastrukturverfügbarkeit sowie Belastung mit Steuern und Abgaben sind erforderlich, damit der Schienengüterverkehr seine volkswirtschaftlichen Stärken (geringer Energieverbrauch, Umweltfreundlichkeit, Sicherheit) auch tatsächlich im Wettbewerb mit anderen Verkehrsträgern umsetzen kann. Dies ist aktuell nicht gegeben. Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wurde vereinbart, dass die Infrastruktur zukünftig gemeinwohlorientiert betrieben werden soll. Dies wäre zumindest ein Schritt in die richtige Richtung.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat bislang keinen Einfluss auf den Transportbedarf der Kunden der HVLE.

Gesundheitsökonomische Risiken

Am 30. Januar 2020 hat die Weltgesundheitsorganisation WHO den internationalen Gesundheitsnotstand aufgrund des Ausbruchs des Coronavirus ausgerufen. Seit dem 11. März 2020 stuft die WHO die Verbreitung des Coronavirus als Pandemie ein.

Der weitere Verlauf der Ausbreitung des Coronavirus und die Folgen auf den Geschäftsverlauf der Gesellschaft werden laufend überwacht. Als Folge könnten sich Umsatzrückgänge gegenüber der Planung ergeben. Aktuell ist die Buchungslage der Kunden unverändert gut, sodass weiterhin keine wesentlichen finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft aus der Corona-Krise erwartet werden.

4. Geschäftslage, Ausblick und Chancen 2023

Die bisherige Unternehmenspolitik wird fortgesetzt. Die Grundlage der Geschäftstätigkeit ist auch für 2023 durch eine hohe Qualität und Pünktlichkeit charakterisiert. Kundennutzen ist unser oberstes Primat. Nur dadurch kann der Schienengüterverkehr im Wettbewerb zu anderen Verkehrsträgern bestehen. Die strategische Geschäftsausrichtung der HVLE in den Segmenten Zugverkehr, Anschlussbahnen und Eisenbahnbaulogistik wird beibehalten. Das Unternehmenswachstum wird durch die Leistungssteigerung vorangetrieben. Neue Geschäftsbeziehungen im Segment Massengüter werden weiterentwickelt.

Die Auslastung des Anlagevermögens wird im Jahr 2023 höher erwartet als im Vorjahr.

Die begonnene Erneuerung und Erweiterung des Schienenfahrzeugparks wird fortgesetzt. In diesem Zusammenhang hatte die HVLE im März 2017 einen Vertrag zur Lieferung von zehn neuen Schwerlast-Hybridlokomotiven abgeschlossen. Die letzten sieben Lokomotiven wurden im Jahr 2021 in Betrieb genommen und laufen stabil. Eine elfte Schwerlast-Hybridlokomotive wurde in 2021 bestellt und wird in 2023 zur Auslieferung kommen.

Die HVLE ist im Jahr 2022 mit allen Verwaltungsabteilungen an den Unternehmenssitz nach Wustermark OT Elstal umgezogen. Der ehemalige Verwaltungssitz in Spandau wird überwiegend an andere Unternehmen vermietet.

Aufgrund der guten Auftragsbindung gehen wir für das Geschäftsjahr 2023 von einer Umsatzsteigerung auf rund EUR 73 Mio. aus. Das Ergebnis vor Steuern wird wieder deutlich im positiven Bereich in Höhe von EUR 1,47 Mio. erwartet.

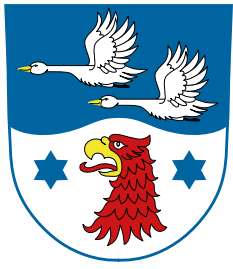
In 2023 ist die Bestellung von drei weiteren EuroDUAL Lokomotiven erfolgt. Weitere wesentliche neue Investitionen sind für 2023 nicht vorgesehen.

Die Ergebnisse der ersten drei Monate im Geschäftsjahr 2023 entsprechen unseren Erwartungen.

Wustermark, 3. Mai 2023

Ludolf Kerkeling
Vorstand

Martin Wischner
Vorstand



LANDKREIS
HAVELLAND

3.11 Bahntechnologie Campus Havelland GmbH

3.11 Bahntechnologie Campus Havelland GmbH

Unternehmensdaten

Bahnhofstraße 2
14641 Wustermark OT Elstal
Tel.: 033234 30023-10
info@btc-havelland.de
www.btc-havelland.de

3.11.1 Gegenstand des Unternehmens

Im Auftrag des Landkreises Havelland Standortentwicklung durch Bodenordnungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den Bereichen Städtebau, Gewerbe und Verkehr sowie Umwelt- und Naturschutz zu betreiben.

3.11.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 131 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehören die harmonische Gestaltung der Gemeindeentwicklung einschließlich der Standortentscheidungen unter Beachtung der Umweltverträglichkeit und des Denkmalschutzes, die Förderung von Wirtschaft und Gewerbe sowie die Sicherung und Förderung eines breiten Angebotes an Bildungseinrichtungen zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise.

3.11.3 Rechtliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum:	04.05.2015
Gesellschaftsvertrag:	vom 05.11.2015, geändert am 30.08.2022
Handelsregister - Nr.:	HRB 27951 P
Sitz der Gesellschaft:	Wustermark OT Elstal
Stand der Firmendaten:	30.11.2023
Basis der Finanzdaten:	Jahresabschluss 2022

3.11.4 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt: 500.000,00 Euro		
Die Stammeinlage wird gehalten von:		
Landkreis Havelland	255.000,00 Euro	51 %
Havelländische Eisenbahn AG	225.000,00 Euro	45 %
IPG Infrastruktur- und Projektentwicklungs GmbH	15.000,00 Euro	3 %
Gemeinde Wustermark	5.000,00 Euro	1 %

3.11.5 Organe der Gesellschaft

<i>Gesellschafter:</i>	Landkreis Havelland, vertreten durch Landrat Roger Lewandowski
	Havelländische Eisenbahn AG, vertreten durch Martin Wischner und Ludolf Kerkeling
	IPG Infrastruktur- und Projektentwicklungs GmbH, vertreten durch Rüdiger Hage
	Gemeinde Wustermark, vertreten durch Bürgermeister Holger Schreiber
<i>Geschäftsführung</i>	Andreas Guttschau

3.11.6 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen

3.11.7 Kennzahlen

Bilanz per 31.12.2022

Aktiva	per 31.12.2022 in €	per 31.12.2021 in €
Anlagevermögen	61.325	68.380
Umlaufvermögen	1.430.159	1.662.650
Rechnungsabgrenzungsposten	8.131	8.667
Passiva		
Eigenkapital	717.443	1.016.545
Rückstellungen	149.320	181.473
Verbindlichkeiten	597.968	541.678
Rechnungsabgrenzungsposten	34.883	0
Bilanzsumme	1.499.614	1.739.696

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022

	per 31.12.2022	per 31.12.2021
Umsatzerlöse	130.700	317.407
Personalaufwand	236.457	231.933
Abschreibungen	8.449	8.434
Sonstige betriebliche Aufwendungen	216.559	249.804
Jahresergebnis	-139.102	668.273

Leistungs- und Finanzbeziehungen § 61 Nr. 4 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV)

§ 61 Nr.:	Wirtschaftsjahr 2022	Betrag in €	Kurzbeschreibung
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen		- keine
4.b	Gewinnentnahmen/ Verlустаusgleiche	50.505	- Gewinnausschüttung
4.c	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen		- keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können		- keine

Analysedaten der Bahntechnologie Campus Havelland GmbH gemäß § 61 Nr. 2 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung*

Kennzahl	Formel	2020	2021	2022
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				
Anlagenintensität (%)	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	7,2	3,9	4,1
Eigenkapitalquote (%) (ohne Sonderposten)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	35,2	58,4	47,8
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Euro)	aus Bilanz	0,0	0,0	0,0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				

Anlagendeckung II (%)	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	489,0	1.486,6	1.169,9
Zinsaufwandsquote (%)	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	0,0	0,0	0,0
Liquidität 3. Grades (%)	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	0,0	229,9	182,8
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEuro)	Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zun./Abn. der langfr. Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentl. Erträge	-149	677	131

Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				
Gesamtkapitalrentabilität(%)	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkap.-zinsen}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	-16,2	38,4	-9,3
Umsatz (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	317.407	214.042	130.700
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	-160.314	668.434	-139.102

Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				
Personal-aufwandsquote (%)	$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	**	**	**
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr im Durchschnitt beschäftigtes Personal	4	4	5

*Analysedaten dem Jahresabschluss der Gesellschaft entnommen

** Zahlen ohne Aussagekraft

3.11.8 Lage des Unternehmens

Grundlagen des Unternehmens

Die BahnTechnologie Campus Havelland GmbH – folgend kurz BTC GmbH – wurde in 2015 unter der Bezeichnung Rangierbahnhof Wustermark Immobiliengesellschaft mbH gegründet und im Jahr 2015 identitätswahrend umfirmiert in BahnTechnologie Campus Havelland GmbH. Aufgabe der BTC GmbH ist es, im Auftrag des Landkreises Havelland seiner Städte und Gemeinden sowie von Unternehmen Standortentwicklung durch Bodenordnungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den Bereichen Städtebau, Gewerbe und Verkehr sowie Umwelt- und Naturschutz zu betreiben.

Zu diesen Aufgaben zählen Maßnahmen der Stadterneuerung, der Wiedernutzbarmachung brachgefallener Bahn-, Industrie-, Gewerbe- und ggf. Militärfächen für eine den Zielen entsprechende Nutzung, die Entwicklung von Infrastruktureinrichtungen sowie die Instandsetzung, Modernisierung, Neubau und Bewirtschaftung von Gebäuden.

Zur Erfüllung der Aufgaben kann die Gesellschaft u. a. Planungen, insbesondere im Bereich der Stadterneuerung koordinierende Maßnahmen und projektbezogene Entwicklungspläne, für den Kreis, seine Städte und Gemeinden erstellen.

Die im Eigentum der BTC GmbH befindlichen Flurstücke bilden den Bauabschnitt BA West des ehemaligen Rangierbahnhofs Wustermark im Ortsteil Elstal der Gemeinde Wustermark sowie weitere Flurstücke im östlichen Teil des Rangierbahnhofs (BA Ost), die im Jahr 2018 vom Bundeseisenbahnvermögen (BEV) erworben wurden, insgesamt befinden sich nach Verkäufen, Stand 01.01.2023, noch rund 420.000 m² im Eigentum der BTC GmbH.

Der Bauabschnitt West (BA West) wird im Auftrag des Vorhabenträgers, Landkreis Havelland, infrastrukturell entwickelt und vermarktet. Aus dem BTC-Gelände soll ein campusartiges Gewerbegebiet entwickelt werden, welches für bahnaffines Gewerbe, Schulung- und Ausbildungsbetriebe für Bahnberufe und bahntechnischer Entwicklung und Forschung dienen soll.

Die inhaltlichen Themen zur Entwicklung des BTC hin zu einem Wissenschafts- und Ausbildungscampus werden seit 2016 kontinuierlich vorangetrieben. Strategische und konzeptionelle Ansätze für eine mögliche Herangehensweise zur Umsetzung einer Bildungsakademie stehen auf der Agenda. Die Realisierungsvariante wird seit Dezember 2022 konkretisiert, steht aber schlussendlich noch aus.

Nach einer sechsmonatigen Projektphase in 2019, ist im Jahr 2020 eine sich anschließende zweijährige, aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Brandenburg, geförderte modellhafte Erprobungsphase „Innovative Bildungskonzepte am BTC Havelland“ beantragt und bewilligt worden; Laufzeit des Modellprojekts ist von Juli 2020 bis Juni 2022. Die wesentlichen Themen, wie beispielsweise InfoTage (Standort-/Berufsmesse), Unternehmensberatungen, die Plattform „BTCDigital“ und das MitmachLab, wurden in dieser Zeit initiiert, erprobt, am Markt platziert und konnten noch bis Juni 2022 im Rahmen des Modellprojektes angeboten werden.

Die inhaltliche Etablierung und Fortführung über Juni 2022 hinaus ist nur in einem Verbund der Akteure zu lösen und ist die maßgebliche Voraussetzung zur Komplettierung des Standortes. Ziel ist, neben der Vermarktung der Ansiedlungsflächen, ein Gebäude als Bildungseinrichtung zu errichten/zu betreiben und ein Campusmanagement zu installieren. Gespräche zur Finanzierung einer Bildungsakademie wurden bereits mit Vertretern des zuständigen Ministeriums im Jahr 2021 mehrfach geführt und konnten im Jahr 2022 erfolgreich fortgeführt werden.

Da in der ab 2022 geltenden Förderrichtlinie nach GRW-I eine Förderung von Bildungseinrichtungen nicht mehr aufgenommen wurde, musste eine abschließende weitere Vorgehensweise vereinbart werden. Nach intensiven Gesprächen mit Landtagsabgeordneten konnte erreicht werden, dass im Doppelhaushalt 2023/24 des Landes insgesamt 5 Millionen EURO (inkl. Verpflichtungsermächtigung für 2025) für den Bau einer „Bildungsakademie für Bahnberufe“ aus dem Zukunftsinvestitionsfonds zur Verfügung gestellt werden.

Gespräche mit dem zuständigen Ministerium wurden im IV. Quartal 2022 mit dem Ziel fortgeführt, eine entsprechende Richtlinie zur Mittelbeantragung und Mittelverwendung durch den Vorhabenträger zu erarbeiten. Ein Antrag wird von Seiten des Landkreises Anfang 2023 zu stellen sein. Die Baumaßnahme muss bis Ende 2025 abgeschlossen werden.

Der BTC ist sowohl im Koalitionsvertrag der Landesregierung wie auch im Zukunftsinvestitionsfonds des Landes Brandenburg gelistet.

Wirtschaftsbericht

Die bisherigen Erfolge der Entwicklungsmaßnahme des BahnTechnologie-Campus-Geländes ist insbesondere im Bereich der nichtbundeseigenen Bahn-Unternehmen und privaten Dienstleister im Bahnsektor mit Interesse aufgenommen worden. Auf Grund des möglichen Zusammenwirkens am Standort in Elstal eines bereits etablierten Eisenbahn-Infrastrukturunternehmens (EIU), welches den Rangierbahnhof privat betreibt, eines Eisenbahnverkehrsunternehmens (EVU) und weiterer bahnaffiner Gewerbebetriebe bis hin zur Ausbildung und Forschung & Entwicklung im Bahnsektor, sind eine Vielzahl von Interessenten auf den BTC aufmerksam geworden.

Im Jahr 2017 wurde durch die Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH (WFBB) eine Studie in Auftrag gegeben, in der u. a. die Fragen zur Etablierung eines Campus für Innovationen im Schienenverkehr im Land Brandenburg wie auch nach einem geeigneten Standort untersucht und beantwortet werden sollten. Im Rahmen einer SWOT-Analyse wurden mehrere Standorte im Land Brandenburg betrachtet. Unter Abwägung aller bekannten Parameter wurde der Standort BahnTechnologie Campus Havelland in Wustermark als der prädestinierte Standort innerhalb des Landes Brandenburg ermittelt.

Vor diesem Hintergrund erfolgte u. a. auch der Grundstücksankauf BA Ost unter Beachtung des mit dem Vorhabenträger Landkreis Havelland geschlossenen städtebaulichen und Erschließungs-Vertrag zur Erweiterung und Flächenbevorratung. Für den BA Ost war ein gesonderter Förderantrag des Landkreises Havelland nach der RL GRW-I bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) gestellt, dieser ist im Oktober 2020 zurückgezogen worden. Im Jahresverlauf 2021 vielfach geführte Gespräche und Verhandlungen über eine rund 10 ha große und bahngewidmete Fläche im BA Ost mit der Stadler Deutschland GmbH konnten insoweit erfolgreich abgeschlossen werden, als dass in einer gemeinsamen Pressemitteilung der Gemeinde Wustermark, der Stadler Deutschland GmbH und der BTC GmbH Anfang Dezember 2021 öffentlich die Ansiedlungsabsicht des Unternehmens am BTC kundgetan werden konnte. Aufgrund unabsehbarer behördlicher Zuständigkeitswechsel hinsichtlich des Planungsverfahrens, sah sich die Stadler Deutschland GmbH der unkalkulierbaren Kosten und Ausführungszeiten wegen zur Aufgabe der Projektidee gezwungen. Die angedachten Kaufvertragsverhandlungen 2022 blieben in der Folge aus. Ein weiterer Interessent für dieses Flurstück hatte auf Nachfrage seine einstige Interessenbekundung zurückgezogen. Stand März 2023 kam es zu keinem neuen Kaufgesuch eines Weiteren.

Die WFBB unterstützt und bewirbt das Projekt BTC aktiv – am Standort der Geschäftsstelle im Ortsteil Elstal wird ein Büro der WFBB, Cluster Verkehr, Mobilität, Logistik, unterhalten und ist tageweise besetzt. Vermarktungsaktivitäten werden durch die WFBB aktiv flankiert und interessierte Unternehmen, die am Standort und einer Ansiedlung interessiert sind, akquiriert. Die RWS Railway Service GmbH hat mit dem Vorhaben „Bau einer Service- und Wartungshalle“ im I. Quartal 2020 begonnen. Das Vorhaben wurde im Jahr 2021 fertiggestellt und der Betrieb im III. Quartal 2021 aufgenommen.

Mit weiteren (bahnaffinen) Unternehmen wurden und werden Ansiedlungsgespräche geführt. Mit einem Unternehmen wurde in konkrete Verkaufsverhandlungen eingetreten, die im März 2021 zu einem Abschluss eines Kaufvertrages mit der Prettl Rail Tech Campus GmbH geführt haben.

Im Geschäftsjahr 2022 wurde ein Grundstück an die HVLE AG (Havelländische Eisenbahn AG) zur Erweiterung der vorhandenen Werkstatt- und Lagerflächen auf dem BTC-Campusareal veräußert.

Die bundespolitischen Entwicklungen auch der neuen Bundesregierung hin zu einer Stärkung des Schienenpersonen- und Schienengüterverkehrs befördert weiterhin das Interesse am Standort BTC.

Am Standort BTC wurde ein Verein zur Bildung eines (Standort)Netzwerkes gegründet. Zweck des Vereins RAIL-BB Railway Areas Innovation Lab – Berlin Brandenburg e.V. ist, u. a. die Förderung von

Wissenschaft und Forschung durch Bereitstellen von Infrastruktur und Förderung von Innovationen auf dem Gebiet der digitalisierten, vernetzten, automatisierten und nachhaltigen Mobilitätswende.

RAIL-BB e. V. ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und fördert den gemeinnützigen Zweck „Förderung von Wissenschaft und Forschung“ (§ 52 Absatz 2 Nummer 1 AO). Ein Antrag auf eine Förderung zum Aufbau eines Netzwerkes nach GRW wurde im November 2021 in Abstimmung und mit Zustimmung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie an die ILB gestellt, so dass bei einer Förderung die gesetzten Ziele des Vereins erreicht und der BTC als Einrichtung mit den Partnern in Gänze für Unternehmen und Forschungseinrichtungen in der Branche eine deutlicher erkennbare Marktstellung entwickeln kann. Eine Bewilligung des gestellten Antrags steht mangels zweitem KMU gemäß einer Auflage durch den Landesförderausschuss noch immer aus. Die BTC wirbt seit Jahresbeginn verstärkt um ein zweites KMU, ein potenzieller Kandidat ist gefunden worden.

Gründungsmitglieder des RAIL-BB e.V. sind neben der BTC GmbH die HVLE AG, RLCW GmbH&Co.KG, RWS GmbH, DESAG, TU Berlin SG Schienenfahrzeuge, HPI Betriebssysteme und Middleware, TITUS Research GmbH sowie als natürliche Person Professor Dr. Uwe Höft (TH Brandenburg a.d.H.). Zwischenzeitlich sind in den Verein eingetreten: L&B Leit- und Sicherungstechnische Dienstleistungs GmbH, Freunde und Förderer des Eisenbahn-Betriebs- & Experimentfelds e. V (BBI an der TU Berlin), Fraunhofer Heinrich Hertz Institut HHI, Prettl Rail Campus GmbH sowie als natürliche Person Professor Dr.-Ing. Jens-Uwe Fischer. Ende des Jahres 2022 hat das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt („Institut für Verkehrssystemtechnik“) Interesse an der Aufnahme im RAIL-BB bekundet, eine Aufnahmeantrag wurde bereits gestellt.

Geschäftsverlauf und Lage

Die Vergabeentscheidungen zum Straßen- und Gleisbau sowie der Trinkwasserver- und Schmutzwasserentsorgung erfolgten im I. Quartal 2020 und Baubeginn war im März 2020. Die Erschließungsarbeiten auf dem Gelände von bis zu fünf Gewerken gleichzeitig galt es gleichzeitig zu koordinieren – unter Einbeziehung des Vorhabens der RWS.

Im Zuge des Verlaufs der COVID 19-Pandemie und den einsetzenden Restriktionen durch Erlass von sog. Eindämmungsverordnungen im Land Brandenburg gab es nicht unerhebliche Verschiebungen im Bauablauf und damit in der vorgesehenen Bauzeitenplanung.

Insbesondere die Abstimmungen mit den verschiedenen zuständigen Bereichen der Deutschen Bahn AG stellten sich als sehr kompliziert dar, da Umverlegungen der teilweise noch in Betrieb befindlichen Streckenfernmeldekanäle durch die DB AG selbst durchgeführt werden mussten, dies zu Lasten des Bauablaufs aber auch des vorgegebenen Budgets des Vorhabens.

Nach alledem konnte das gesetzte Ziel der Fertigstellung bis Ende 2020 nicht erreicht werden – der Durchführungszeitraum wurde auf Antrag mit Bescheid der ILB vom 18.12.2020 bis Ende 2021, der Bewilligungszeitraum bis zum 30.06.2022, verlängert.

Die Leistungen konnten im Jahr 2021 weitestgehend abgeschlossen werden. Die Straßen wurden an die Gemeinde Wustermark übergeben und sind nunmehr als öffentliche Straßen gewidmet. Die Gleisbauarbeiten mit Fundamentarbeiten für die Gleisfeldbeleuchtung und die Oberleitungsanlagen wurden fertiggestellt und durch die Landeseisenbahnaufsicht für den Betrieb freigegeben. Seither nimmt die Rail & Logistik Center Wustermark GmbH (vormals firmiert als GmbH & Co KG) befristet die Betreibung der Infrastruktur wahr. Eine notwendige öffentliche Ausschreibung im Auftrag des Landkreises wurde im Dezember 2021 vorbereitet und im Februar 2022 angekündigt. Das Verfahren wurde Ende März 2022 abgeschlossen und die Rail & Logistik Center Wustermark GmbH erhielt als einziger Bieter den Zuschlag. Die Betreiberschaft ist vertraglich für die kommenden drei Jahre gebunden und kann dann erneut ausgeschrieben werden.

Einzelne Restleistungen aus den soeben angeführten Gewerken konnten im Jahr 2021 nicht abgeschlossen werden. Zusätzlich erbrachte die öffentliche Ausschreibung 2021 für die Leit- und Sicherungstechnik inkl. komplettem Kabeltiefbau ein Ergebnis, welches zur Aufhebung der Ausschreibung und in einen Verhandlungsprozess mit dem einzigen Anbieter führte. Im Ergebnis enger notwendiger Abstimmungen insbesondere mit dem Vorhabenträger, konnte im Jahr 2021 noch die Leistung für die Gleisfeldbeleuchtung/50 Hz vergeben und begonnen werden. Die Ausschreibungen und die Vergaben für die Leit- und Sicherungstechnik, Kabeltiefbau und die Oberleitungsanlagen konnten Ende des Jahres 2021/Anfang des Jahres 2022 erfolgen.

Mit Bescheid der ILB vom 13.09.2022 wurde der Durchführungszeitraum bis 31.03.2023 und der Bewilligungszeitraum bis zum 31.03.2024 schlussendlich verlängert.

Der Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft wird nachfolgend unter Einbeziehung der für die Geschäftstätigkeit bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren erläutert.

a. Ertragslage

Der Jahresfehlbetrag für das Jahr 2022 beträgt 139 T€. Im Jahr 2021 konnte noch ein Jahresüberschuss i. v. H. 668 T€ erzielt werden.

Die typische Prägung dieser Zahlen begründet sich durch die Weiterberechnung von Vorleistungen der BTC GmbH an den Landkreis Havelland sowie Erlöse aus der Vermietung. Die Grundstücksverkäufe und damit entsprechende Erlöse liegen unter Plan, so konnten im Geschäftsjahr 2022 lediglich 66 T€ aus einem Grundstückverkauf erzielt werden.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind neben allgemeinen Verwaltungskosten und notwendigen Instandhaltungs- und Unterhaltungskosten auch die an den Landkreis weiterbelasteten Vorleistungen der Gesellschaft für die Projektsteuerung enthalten.

Nennenswert sind die allgemeinen Preissteigerungen, insbesondere für Heizöl, das mithin 50 % über dem Vorjahresniveau eingekauft werden musste. Aber auch die Baupreise haben sich gegenüber den Vorjahren um 5-10 % merklich verteuert.

b. Finanzlage

Im Laufe des Jahres 2018 wurde ein „Durchlaufkonto“ eingerichtet, über das mittlerweile eingehende Rechnungen an den Vorhabenträger und Abschlagszahlungen, die unmittelbar die Entwicklungsmaßnahme BTC betreffen und durch beauftragte Unternehmen gestellt werden, abgerechnet werden. Das Durchlaufkonto wurde mit einem Betrag von 500 T€ ausgestattet und wird nach Abrechnung mit dem Landkreis entsprechend wieder ausgeglichen/aufgestockt.

Die BTC GmbH war im Jahr 2022 jederzeit in der Lage, kurzfristig ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die liquiden Mittel i. H. v. 1.357 T€ sind gegenüber dem Vorjahr (1.460 T€) nur leicht gesunken.

c. Vermögenslage

Die Eigenkapitalquote hat sich zum Bilanzstichtag, unter Einbeziehung des Jahresfehlbetrags, von 58 % (2021) auf 48 % (2022) reduziert. Bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich um kurzfristig liquidierbare Posten. Die Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag resultieren im Wesentlichen aus dem laufenden Geschäftsverkehr, die zeitnah im neuen Geschäftsjahr 2022 ausgeglichen wurden.

Gesamtaussage

Die wesentlichen Tätigkeiten zur Erfüllung der unter I.1 genannten Aufgaben aus dem Städtebaulichen und Erschließungs-Vertrag – und der weiteren im Gesellschaftervertrag aufgeführten Aufgaben – konnten erledigt werden. Die Zeitplanung mit dem Ziel, im Geschäftsjahr

2021 die Fertigstellung der Erschließungsleistungen abschließend zu erreichen, konnte, ob der nicht vorhersehbaren Unwägbarkeiten – vgl. unter II.2 – und der Einschränkungen durch die COVID 19-Pandemie, nur teilweise eingehalten werden. Der Vorhabenträger hatte daher im Rahmen eines finalen Änderungsbescheides die Verlängerung des Durchführungszeitraumes (31.03.2023) und des Bewilligungszeitraumes (Verwendungsnachweis/kaufmännische Abrechnung) bis März 2024 eine Bewilligung durch ILB erhalten. BTC GmbH wird das Projekt BTC weiterhin begleiten und umsetzen. Ziel ist u. a, die Ansiedlungsverhandlungen bis hin zu Grundstücksveräußerungen im Jahr 2023 zu forcieren sowie die offenen Gewerke innerhalb des Durchführungszeitraumes abzuschließen.

Prognosebericht

Im Jahr 2022 wurden die beauftragten Leistungen Leit- und Sicherungstechnik, Bahnübergang, Gleisfeldbeleuchtung und Oberleitung weitestgehend abgeschlossen. Ebenso noch zu erbringende Restleistungen vorangegangener Gewerke. Die VOB-Abnahmen der letzten Gewerke sind bis Ende des I. Quartals 2023 terminiert. Etwaige Restarbeiten und Mängel werden dann in der Folge planmäßig bis zum II. Quartal 2023 abgearbeitet.

Die Erarbeitung des Verwendungsnachweises für den Vorhabenträger ist eine der wichtigen Aufgaben für die ersten zwei Quartale 2023.

Die Erarbeitung eines Städtebaulichen Rahmenplanes mit der Gemeinde Wustermark wurde im Jahr 2021 abgeschlossen. Dieses Verfahren diene der Vorbereitung eines folgenden Bebauungsplan-Verfahrens. Teilflächen des BTC-Geländes sollen in die kommunale Bauleitplanung überführt werden, so dass planungsrechtlich auch nicht bahnbetriebsnotwendige Gebäude/Anlagen, aber weiterhin dem Konzept eines BahnTechnologie Campus dienliche Gebäude/Anlagen für bahnaffine Unternehmen, ermöglicht werden.

In diesem Zusammenhang wurden und werden Gespräche mit Investoren bis hin zu Kaufvertragsverhandlungen geführt. In der Prognose ist davon auszugehen, dass im Jahr 2023 Veräußerungen von Flächen auf dem BTC folgen. Ob noch im Jahr 2023 eine Kaufpreisfälligkeit und damit ein entsprechender Umsatzerlös gelingen wird, ist im Zuge der Abstimmungsprozesse der Investoren mit Planungs-/Genehmigungsbehörden jedoch nicht verlässlich zu prognostizieren.

Die Wissenschaftliche- und die Bildungs-Komponente befindet sich in kontinuierlichen Abstimmungsprozessen mit Unternehmen und Hochschulen einerseits und mit dem zuständigen Resort im Land andererseits. Der Fokus wird auf einer zukunftsfähigen inhaltlichen Entwicklung des Areals weiterhin liegen müssen. Der gegründete Verein RAIL-BB wird flankierend den BTC in der Entwicklung unterstützen.

Ein in die Zukunft gerichtetes Geschäftsfeld könnte der Betrieb und das Management des Bildungsbereiches sein. Dem voran ist eine Beauftragung für die Planungs- und Bauphase der Bildungsakademie durch den Vorhabenträger zu erteilen. Vor dem Hintergrund des für die Umsetzung zur Verfügung stehenden Zeitfensters bis Ende 2025, ist eine stringente Herangehensweise erforderlich. Konzeptionelle Überlegungen zu Inhalten und Aufgaben eines BTC-Campusmanagements werden im Jahr 2023 weiter erarbeitet, dies insbesondere mit Blick auf die Bildungsakademie.

Bei vergleichbaren Umsatzerlösen aus Vermietung hängt die Entwicklung des Rohergebnisses im Jahr 2023 von der Höhe der weiterberechneten Vorleistungen und insbesondere der Realisierung von Grundstücksveräußerungen ab, insofern weist die Planung für 2023 einen Jahresüberschuss in der Größenordnung von 628 T€ aus.

Die weiteren Grundstücksveräußerungen der westlichen Flächen könnten bei Fortführen der aktuellen Annahmen im Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss von 900 T€ bedeuten.

Chancen- und Risikobericht

Die Chancen für die Standortentwicklung und anschließende Vermarktung sind aus Sicht der Geschäftsführung weiterhin als gut zu beurteilen. Interessierte Unternehmen fragen zu Ansiedlungsflächen/freiem Büroraum an oder informieren sich vor Ort und prüfen eine Investition am Standort BTC. Der im September 2022 abermals durchgeführte ‚Tag der Schiene‘ (im Vorjahr beworben und organisiert als ‚InfoTag Eisenbahn‘) war ein Erfolg und ist erneut auf große Resonanz gestoßen. Die wiederholte Teilnahme BTC am bundesweiten Tag der Schiene 2023 (15./16. September 2023) ist fest vorgesehen, hierzu sind mit den Unternehmen und Hochschulen noch Abstimmungen zeitnah vorgesehen. All dies wird den (Standort) BahnTechnologie Campus Havelland als Dachmarke weiter bekannt machen.

Die in diesem Kontext herausragende Bildungskomponente und die wissenschaftliche Ausrichtung bedürfen weiterer kontinuierlicher Anstrengungen, so dass neben der Vermarktung der potenziellen Ansiedlungsflächen für bahnaffine Unternehmen, Voraussetzungen für die bahnahe Forschung- und Entwicklungsarbeit sowie insbesondere für die Ausbildung in Bahnberufen geschaffen werden. Mit dem im Jahr 2022 abgeschlossenen Modellprojekt wurde der Grundstein gelegt – darauf ist weiter aufzubauen. Mit dem Beginn des Bauvorhabens „Bildungsakademie für Bahnberufe“ wird das Fundament und ein Meilenstein gesetzt. In der Umsetzung dieser Konzeption liegt das besondere Potenzial für den Standort, der den BahnTechnologie Campus Havelland über die Grenzen Brandenburgs hinaus für die Bahnindustrie interessant macht und den Mehrwert für die Unternehmen vor Ort bringt.

Der BTC kann als Standort mit interessanten und zukunftsorientierten Arbeitsplätzen, die für hochqualifizierte Arbeitnehmer/innen angeboten werden und darüber hinaus in einem Segment der Forschung & Entwicklung entstehen, der zunehmend in den Fokus der Politik rückt, Themen bedienen, die dem Landkreis Havelland ein Alleinstellungsmerkmal und Imagegewinn verschaffen. Hierzu bedarf es professioneller Unterstützung für die Unternehmen durch ein BTC-Standortmanagement, welches ein „WIR-Gefühl“ aller Beteiligten vor Ort fördert. Erste Gespräche wurden bereits geführt und sind auf positive Resonanz gestoßen, dies gilt es weiter zu intensivieren.

Die Risiken beschränken sich nach fast vollständig abgeschlossener Erschließung des BahnTechnologie-Campus nunmehr hauptsächlich auf Vermarktungserfolge. Der Verkauf von Grundstücken geht mit der weiteren Entwicklung des BahnTechnologie Campus einher und ist nur sehr eingeschränkt planbar.

Die aktiven Beziehungen zu Interessenten und Investoren sind zu pflegen und kontinuierlich auszubauen, so dass die Bemühungen in Verkaufserlöse und in der weiteren Steigerung der Attraktivität des Geländes münden. Die Attraktivitätssteigerung und damit Vermarktungserfolge stehen wesentlich mit der inhaltlichen Entwicklung des Geländes – hier der erfolgreichen Initiierung eines Forschungs- und Bildungscampus – im Zusammenhang. Ein kontinuierliches Angebot an Maßnahmen am BTC ist über das Jahr 2022 hinaus weiterhin dringend geboten und insbesondere die Umsetzung des Bauvorhabens BTC-Bildungsakademie wird den Bekanntheitsgrad weiter steigern. Schlussendlich sind auch in diesem Kontext Unterstützungsmöglichkeiten von Land und Bund stets zu prüfen und konsequent einzufordern, um das Projekt BahnTechnologie Campus Havelland zum Erfolg zu führen.

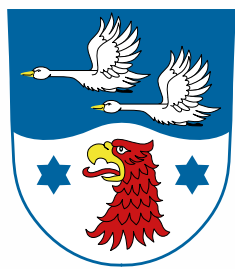
Die weiteren, möglichen Auswirkungen und Risiken der kriegerischen Auseinandersetzung Russlands mit dem Nachbarland Ukraine können nach wie vor nicht eingeschätzt werden. Deutliche Einschnitte in das bundesdeutsche Wirtschaftsleben (Wirtschaftsstruktur, Finanzierungsbedingungen etc.) sind weiterhin nicht auszuschließen. Geringere Investitionslaune und Kaufzurückhaltung aufgrund gestiegener Rohstoff- und Baupreise sind unterdessen schon spürbare Folgen.

Die weitere Vermarktung von Ansiedlungsflächen ist von der Situation der am Standort interessierten Unternehmen abhängig und kann möglicherweise zu rückläufigen Nachfragen bis hin zur Aussetzung von Investitionen am Standort BTC führen.

Wustermark, im Juni 2023

Andreas Guttschau

Geschäftsführer



LANDKREIS
HAVELLAND

3.12 Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH

3.12. Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH

Unternehmensdaten

Stralauer Platz 29

10243 Berlin

Tel.: 030 2541-40

info@vbb.de

www.vbb.de

3.12.1 Gegenstand des Unternehmens

Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des ÖPNV im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarungen der Länder Berlin und Brandenburg vom 30. Dezember 1993.

Zur Verwirklichung dieses Zwecks hat die Gesellschaft insbesondere folgende Aufgaben:

- Erarbeitung eines den regionalen Bedingungen angepassten Bedienungskonzeptes und Erstellung eines daraufhin gerichteten Fahrplans,
- Konzipierung, Einführung und Fortentwicklung eines einheitlichen Beförderungssystems,
- Erarbeitung und Anwendung eines Einnahmeaufteilungsverfahrens für das Verbundgebiet,
- Vergabe (einschließlich Vertragskontrolle und Abrechnung) der Schienenpersonennahverkehrs-Leistungen,
- Mitwirkung bei der Aufstellung und Fortschreibung der ÖPNV-Bedarfspläne und der Nahverkehrspläne der Aufgabenträger,
- Mitwirkung bei der Aufstellung und Umsetzung der Investitions- und Finanzierungspläne der Aufgabenträger für den Verkehrsverbund und Ermittlung des Zuschussbedarfs für den Verbundverkehr,
- Schaffung einer einheitlichen Bedien- und Nutzeroberfläche des ÖPNV im Verbundgebiet,
- Erarbeitung einheitlicher und qualifizierter und quantitativer Standards für die Verkehrsbedienung des Verbundgebietes nach Maßgabe der Nahverkehrsplanung, Finanzierungs- und sonstigen Vorgaben der Aufgabenträger,
- Koordination von Förderungsmaßnahmen der Aufgabenträger,
- Abschluss von Kooperations-, Verkehrs- und anderen Verträgen mit Leistungserstellern.

3.12.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 131 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise.

3.12.3 Rechtliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum:	06.03.1995
Gesellschaftsvertrag:	vom 30. Dezember 1996, in der zuletzt gültigen Fassung vom 1. Dezember 2005
Handelsregister - Nr.:	HRB 54603 B
Sitz der Gesellschaft:	Berlin
Stand der Firmendaten:	30.11.2023
Basis der Finanzdaten:	Jahresabschluss 2022

3.12.4 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt:	324.000,00 Euro	
Die Stammeinlage wird gehalten von:		
Land Berlin	108.000 €	33,33%
Land Brandenburg	108.000 €	33,33%
Stadt Brandenburg an der Havel	6.000 €	1,85%
Stadt Frankfurt (Oder)	6.000 €	1,85%
Stadt Cottbus	6.000 €	1,85%
Landeshauptstadt Potsdam	6.000 €	1,85%
Landkreis Barnim	6.000 €	1,85%
Landkreis Dahme-Spreewald	6.000 €	1,85%
Landkreis Elbe-Elster	6.000 €	1,85%
Landkreis Havelland	6.000 €	1,85%
Landkreis Märkisch-Oderland	6.000 €	1,85%
Landkreis Oberhavel	6.000 €	1,85%
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	6.000 €	1,85%
Landkreis Oder-Spree	6.000 €	1,85%
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	6.000 €	1,85%
Landkreis Potsdam-Mittelmark	6.000 €	1,85%
Landkreis Prignitz	6.000 €	1,85%
Landkreis Spree-Neiße	6.000 €	1,85%
Landkreis Teltow-Fläming	6.000 €	1,85%
Landkreis Uckermark	6.000 €	1,85%

3.12.5 Organe der Gesellschaft

<i>Gesellschafterversammlung:</i>	Land Berlin Land Brandenburg Stadt Brandenburg an der Havel Stadt Frankfurt (Oder) Stadt Cottbus Landeshauptstadt Potsdam Landkreis Barnim Landkreis Dahme-Spreewald Landkreis Elbe-Elster Landkreis Havelland Landkreis Märkisch-Oderland Landkreis Oberhavel Landkreis Oberspreewald-Lausitz Landkreis Oder-Spree Landkreis Ostprignitz-Ruppin Landkreis Potsdam-Mittelmark Landkreis Prignitz Landkreis Spree-Neiße Landkreis Teltow-Fläming Landkreis Uckermark	
<i>Aufsichtsrat</i>		
<i>Vorsitzender:</i>	Dr. Meike Niedbal	
<i>1. stellvertretender Vorsitzender:</i>	Rainer Genilke	
<i>2. stellvertretender Vorsitzender:</i>	Stephan Loge	
<i>Weitere Mitglieder</i>	Carsten Billing Michael Buhrke Karina Dörk Ulrich Hartmann Christian Jaschinski Grit Klug Holger Lampe Roger Lewandowski Christian Müller André-Benedict Prusa Torsten Puhst Ralf Reinhardt	Debra Reußner Heidrun Rhode-Mühlenhoff Dr. Heike Richter Steffen Scheller Thomas Schlinkert Prof. Dr. Hans-Jörg Schmedes Gernot Schmidt Jan Schubert Mike Schubert Alexander Tönnies Marietta Tzschoppe Kornelia Wehlan
<i>Geschäftsführung</i>	Ute Bonde	

3.12.6 Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

3.12.7 Kennzahlen

Bilanz per 31.12.2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Aktiva		
Anlagevermögen	301	478
Umlaufvermögen	5.633	4.901
Rechnungsabgrenzungsposten	65	84
Passiva		
Eigenkapital	324	324
Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	1	2
Rückstellungen	1.492	1.429
Verbindlichkeiten	3.882	3.182
Rechnungsabgrenzungsposten	0	35
Bilanzsumme	5.999	5.463

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022

	per 31.12.2022 in T€	per 31.12.2021 in T€
Umsatzerlöse	502	558
Erträge aus Gesellschafterbeiträgen und Zuwendungen	13.320	14.197
Projekterträge	4.279	3.266
Sonstige betriebliche Erträge	789	596
Materialaufwand	376	415
Personalaufwand	8.106	7.964
Abschreibungen	246	337
Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.160	9.900
Jahresergebnis	0	0

Leistungs- und Finanzbeziehungen § 61 Nr. 4 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV)

§ 61 Nr.:	Wirtschaftsjahr 2022	Betrag in €	Kurzbeschreibung
4.a	Kapitalzuführungen und -entnahmen		- keine
4.b	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche		- keine
4.c	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen		- keine
4.d	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	104.039	- Gesellschafterbeitrag

Analysedaten der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH gemäß § 61 Nr. 2 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung*

Kennzahl	Formel	2020	2021	2022
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				
Anlagenintensität (%)	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	6,4	8,8	5,0
Eigenkapitalquote (%) (ohne Sonderposten)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	4,5	15,0	5,4
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Euro)	aus Bilanz	0,0	0,0	0,0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				
Anlagendeckung II (%)	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	70,0	67,8	107,8
Zinsaufwandsquote (%)	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	1,0	0,3	1,0
Liquidität 3. Grades (%)	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	103,4	106,3	104,8

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEuro)*	Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zun./Abn. der langfr. Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentl. Erträge	204	-1.637	543
--	--	-----	--------	-----

Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				
Gesamtkapitalrentabilität(%)	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkap.-zinsen}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	VBB GmbH weist keinen Gewinn und keine Fremdkapital-Zinsen aus		
Umsatz (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	674.781	558.387	501.750
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (Euro)	aus Gewinn- und Verlustrechnung	0	0	0

Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				
Personal-aufwandsquote (%)	$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	44,4	42,8	42,9
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr im Durchschnitt beschäftigtes Personal	110	122	125

*Analysedaten dem Jahresabschluss der Gesellschaft entnommen

3.12.8 Lage des Unternehmens

Allgemeine Grundlagen

Die VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH (VBB GmbH) ist der Verkehrsverbund für die beiden Bundesländer Berlin und Brandenburg und als Zusammenschluss von 14 Landkreisen und vier kreisfreien Städten des Landes Brandenburg sowie der Bundeshauptstadt Berlin tätig.

Gesellschafter der VBB GmbH sind das Land Berlin, das Land Brandenburg sowie die Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg.

Im Verkehrsverbund kooperieren aktuell 36 öffentliche und private Verkehrsunternehmen. Flächendeckend gilt seit 1999 der einheitliche VBB-Tarif mit einheitlichem Fahrausweissortiment sowie einheitlichen Beförderungsbedingungen, Tarifbestimmungen und Informationssystemen. Die Verkehrsunternehmen sind für die Leistungserstellung zuständig.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarungen der Länder Berlin und Brandenburg vom 30.12.1993.

Die VBB GmbH bildet die Schnittstelle zwischen Gesellschaftern und Verkehrsunternehmen, bestellt im Auftrag der Länder Berlin und Brandenburg den Eisenbahnregional- sowie den S- Bahnverkehr und kooperiert mit öffentlichen und privaten Verkehrsunternehmen, um ein abgestimmtes und umfassendes Nahverkehrsangebot für die Bevölkerung im Verbundgebiet zu gewährleisten.

Organisatorische Struktur

Gesellschafterversammlung

Land Berlin	33 1/3 %
Land Brandenburg	33 1/3 %
18 Kommunale Gebietskörperschaften	33 1/3 %

Aufsichtsrat

Land Berlin	4 Vertreter*Innen
Land Brandenburg	4 Vertreter*Innen
Kommunale Gebietskörperschaften	je 1 Vertreter*in der 14 Landkreise und der 4 kreisfreien Städte

Klassische Verbundaufgaben

Im Kerngeschäft der VBB GmbH wurden im Geschäftsjahr 2022 gemeinsam mit den Gesellschaftern und Verkehrsunternehmen wichtige Themen fokussiert und die nachfolgend dargestellten Meilensteine erreicht:

Tarif/Vertrieb

a) Tarif

- Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen zum Gesetz für faire Verbraucherverträge
- Verhandlungen mit den Studierendenvertretungen zur Fortschreibung der Semesterticketverträge ab Sommersemester 2023
- Konzeption der Tarifanpassung zum 1. April 2023 im Rahmen des VBB-Tarifentwicklungsverfahrens
- Umsetzung des 9-Euro-Tickets im Aktionszeitraum Juni – August 2022
- Umsetzung der Aktion 29-Euro-Abo Berlin AB für ausgewählte Abo-Produkte ab Oktober 2022
- Diskussion und Vorbereitung des Deutschlandtickets
- Durchführung von Tarifanalysen (u.a. Einnahmenanalysen)
- Evaluierung der flexiblen Tarifangebote (VBB-FlexTicket und VBB-AboFlex), die zur Rückgewinnung von Fahrgästen infolge der pandemiebedingten Fahrgastverluste eingeführt wurden
- Analyse von Prüfaufträgen
- Konzeption von Weiterentwicklungsmöglichkeiten des VBB-Firmentickets
- Prüfung eines einfachen und gleichzeitig leistungsgerechten elektronischen Tarifs
- Vorbereitung eines Gutachtens als Basis für die künftige Preisfindung des Semestertickets für Berlin und Brandenburg
- Einführung einer digitalen Fahrausweis-Mustersammlung
- Entwicklung und Umsetzung von Vorgaben zur einheitlichen Tarifanwendung sowie Zurverfügungstellung geeigneter Prüf- und Kontrollvorgaben
- Koordination der tariflichen und vertrieblichen Umsetzung des VBB-Abo Azubi

b) Vertrieb

- Begleitung des geplanten Wechsels von Kundenvertragspartner und Backendsystem im digitalen Vertrieb über die VBB-App Bus & Bahn (Wechsel von der OVG zur BVG)
- Begleitung innovativer Piloten zur Erprobung neuer Tarifstrukturen (Check in/Check out)
- Prüfung von Möglichkeiten der Ausgabe von Semestertickets und Abonnements als Handyticket
- Prüfung von Fördermöglichkeiten für die digitale Ausgabe hochpreisiger Tickets und für die Erhöhung der Ticket-Sicherheit
- Durchführung der Chipkarten- und Fahrausweisbestellungen für die Verkehrsunternehmen
- Umsetzung des VDV-KA-Sicherheitsmanagements, der Schlüsselbeschaffung und der Secure Application Module-Bestellung
- Leistungsverbesserungen des Produktverantwortlichen-Systems, Vertragsänderungen und Klärung der Neufinanzierung
- Ausstattung des VBB-Testcenters mit weiterer Vertriebs- und Kontrolltechnik
- Weiterentwicklung der VBB-prüfApp
- Sukzessive Umsetzung von Kontrollmodulen (nationaler Standard zur Tarifdatenversorgung in Bezug auf den digitalen Vertrieb)

c) Einnahmenaufteilung

- Abschluss sämtlicher EA-Abrechnungen bis einschließlich 2021
- Spitzabrechnung des ÖPNV-Rettungsschirms 2021 (Berechnungen für VU)
- Antragsstellung für den ÖPNV-Rettungsschirm 2022 (Berechnungen für VU)
- Koordinierung und fachliche Begleitung der Feldarbeit zur Verkehrserhebung 2022
- Verlängerung der Feldarbeit ins Jahr 2023, soweit aus Fahrplansicht möglich
 - Upgrade des Betriebssystems und der Datenbankserver der Einnahmenaufteilungs- Datenbank DBMIT
 - Weitere Vereinheitlichung der Meldeverfahren der Verkehrsunternehmen
 - Weitere Automatisierung beim Abrechnungsversand, Mahn- und Zahlungswesen Weiterentwicklung der Anbindung der Verkehrsunternehmen an die Datenbank DBMIT

Planung

- Durchführung verkehrlicher Untersuchungen zur Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebots
- Fertigstellung der Konzeption für einen erweiterten Busverkehr im Korridor Erkner <> Königs Wusterhausen / Flughafen BER / Müggelheim
- Entwicklung von Angebotskonzepten im Stadt-Umland-Verkehr für Expressbusse
- Erarbeitung von Kriterien für ein ÖPNV-Zielnetz für Brandenburg
- Kontinuierliches Monitoring des Mobilitätsverhaltens der Menschen in Berlin und Brandenburg im Nachgang der Corona-Pandemie sowie im Zusammenhang mit dem 9-Euro-Ticket
- Kontinuierliche Begleitung der verkehrlichen Entwicklung im Zusammenhang mit dem Tesla-Werk in Grünheide
- Anpassung kommunaler ÖPNV-Konzepte an die neuen Fahrpläne in den SPNV- Netzen Elbe-Spree und Lausitz; Entwicklung eines neuen Stadtbuskonzepts für Fürstenwalde
- Begleitung der laufenden bzw. verlängerten Inno-Mob-Projekte
- Weiterentwicklung der Stadt-Umland-Verkehre
- Vorbereitung von Taktverdichtungen
- Etablierung eines Prozesses zwischen Berlin und dem Umland zur Weiterentwicklung der Umlandverkehre; Ermittlung erster Ideen für Verbesserungen bis Mitte Januar 2023

- Fortführung der regionalen Betreuung
- Durchführung der Veranstaltungen VBB vor Ort in den fünf Planungsregionen im Land Brandenburg
- Unterstützung des Landkreises Potsdam-Mittelmark im InnoMob-Projekt Mobilstationen bezüglich der Übertragung auf das gesamte Verbundgebiet
- Teilnahme an den Werkstattssitzungen der Wirtschaftsregion Lausitz im Strukturwandelprozess Lausitz
- Teilnahme an Gremien (z.B. Nahverkehrsbeiräte, Arbeitsgruppen des kommunalen Nachbarschaftsforums) und Veranstaltungen
- Aufbau und Implementierung der neuen VBB-Haltestellendatenbank
- Abstimmung Bahn-Bus und Schnittstelle Bahnhof

Fahrgastinformation

- Konzeption, Grundlagen und Projekte
 - Fortsetzung der Umsetzung zur Integration innovativer Mobilitätsangebote in die VBB- Fahrinfo
 - Konzeptionelle Abstimmung für eine regionale VBB-Mobilitätsplattform auf Basis von Vorarbeiten der Digitalagentur Brandenburg (BBNavi) sowie den Ergebnissen des
 - „InnoMob-Projektes“ des Landkreises Potsdam-Mittelmark
 - Fortsetzung des Ausbaus der VBB-Fahrgastinformation zur Voll-Anbindung von Rufbus- bzw. Pooling-Systemen unterschiedlicher Hersteller
 - Fortsetzung der Bearbeitung des Projekts SAFIRA (Laufzeit 2021-2024) des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) im Rahmen des mFUND-Programms „Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie“, das sich schwerpunktmäßig mit der Auslastungsprognose und einem kapazitätsbasierten Routing beschäftigt.
 - Start der Bearbeitung des BMDV-Projekts „DELFI-Tarif (DELTA)“ im Rahmen des mFUND-Programms „Digitalisierung der Braunkohleregionen (Laufzeit 2022-2024)“
 - Bearbeitung des Projektes „Olympklusion - mit Bus & Bahn inklusiv zu den Special Olympics mit dem ÖPNV“ zur Entwicklung einer „VBB easy“-App inkl. digitaler Hilfsfunktion für Menschen mit kognitiven Einschränkungen (Finanzierung aus dem Berliner Nachhaltigkeitsprogramm sowie durch die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz des Landes Berlin zu den Special Olympic World Games (SOWG) in Berlin 2023).
 - Intensive Vorbereitung der Betriebsaufnahme der Netze Elbe-Spree und Lausitz
 - Daten- und Informationsmanagement Fahrgastinformation
 - Integration von flexiblen Rufbussen und kommunalen „on Demand“-Verkehren (z.B. DALLI) in die Datenpflege
 - Laufende Umsetzung der Maßnahmen aus den Corona-Verordnungen in die Kundeninformation von VBB und Verkehrsunternehmen
- Dienste und Services
 - Implementierung neuer Features in die VBB-App Bus & Bahn
 - Sicherstellung des laufenden Betriebes der Auskunftssysteme
- Fortführung der Tätigkeiten im VBB-Infocenter

Kommunikation

- Konzeption und strategische Einordnung von Kommunikationsmaßnahmen rund um die Sonder-Ticket-Angebote im Jahr 2022 (9-Euro-Ticket, 29-Euro-Abo Berlin AB) sowie zur Imagestärkung des ÖPNV
- Kommunikation von Angebotsausweitungen und Mehrwerten unter der kommunikativen Klammer „Jahr der Schiene“ durch Betriebsaufnahmen, insbesondere in den SPNV- Netzen Elbe-Spree und Lausitz im Dezember 2022 (u.a. neue Fahrzeuge, dichtere Takte), sowie der ersten sicht- und spürbaren Maßnahmen des Infrastrukturprojekts i2030 (z.B. RE1-Bahnsteigverlängerungen)

Neben der kommunikativen Begleitung aller tariflichen Maßnahmen werden Kommunikation, Kampagnen und Botschaften zu Mehrleistungen und Infrastrukturausbau im Verbundgebiet sowie zur ÖPNV-Nutzung als wichtige Bausteine beim Erreichen der Verkehrswende forciert. Auf dieser Basis fließen folgende Eckpunkte in die VBB-Strategie ein:

- Positionierung des ÖPNV und damit des VBB und seiner Partner als Mitgestalter der Verkehrswende in der Metropolregion Berlin-Brandenburg
- Stärkung des Umweltverbunds bei allen relevanten Meinungsbildnern auf regionaler und überregionaler Ebene. Stärkung der Schiene (S-Bahn und SPNV) als Rückgrat der Mobilitätswende und des damit zusammenhängenden Angebotsausbaus und des gemeinsam mit den Ländern bei den Infrastruktureigentümern zu koordinierenden Ausbaus von Stationen, Schiene sowie Leit- und Sicherungstechnik.

Der VBB agiert dabei gemeinsam mit seinen Partnern im Verkehrsverbund, um zudem den Bekanntheits- und damit Nutzungsgrad aller Angebote rund um den ÖPNV und insbesondere des gemeinsamen VBB-Tarifs kontinuierlich zu steigern. Ziel aller Partner im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg ist es, in der Öffentlichkeit eine einheitliche Wahrnehmung und breite Nutzung des Verbundsystems zu erreichen. Dies trägt wesentlich dazu bei, die Attraktivität der Angebote im VBB zu erhöhen und eine Steigerung der

Einnahmen zu realisieren. Die VBB GmbH steht bei allen Themen und Aktivitäten im steten Austausch mit den Verkehrsunternehmen; sie entwickelt Angebote und Kampagnenmodule für alle Kommunikationskanäle und setzt diese mit den Partnern im Verbund um.

Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement

Projekt i2030: Die Sitzungen des Lenkungskreises haben im April, Juni und November 2022 stattgefunden. Themen waren die Kommunikationsstrategie, die Sicherstellung der Finanzierung für den weiteren Fortgang der Planungen und aktueller Entscheidungsbedarf in den Teilprojekten. Generelle Fragestellungen waren Möglichkeiten zur Beschleunigung des Projektfortschrittes und die noch effizientere Zusammenarbeit der Projektpartner. Ferner haben die den Lenkungskreis vorbereitende Projektarbeitsgruppe und Unterarbeitsgruppen (Finanzierung, Kommunikation) getagt. Teilprojektspezifische Finanzierungsvereinbarungen für die weiteren Planungen wurden geschlossen.

Die VBB GmbH ist verantwortlicher Projektpartner für die Kommunikationsarbeit im Projekt. Dazu haben regelmäßige Treffen der AG Kommunikation stattgefunden. Es wurden Broschüren und Flyer zum Gesamtprojekt und den Teilprojekten erstellt. Ferner erfolgten die Pflege der i2030-Website, die Erstellung eines regelmäßigen Newsletters, die kommunikative Begleitung der inhaltlichen Fortschritte im Projekt, das Stakeholdermanagement, die Entwicklung eines Imagefilms, die Vorstellung des Projektes in den Kommunalen Nachbarschaftsforen, die Durchführung von Korridorgesprächen und Pressehintergrundgespräche.

Qualitätsmanagement: Die VBB GmbH führt ein kontinuierliches Qualitätsmanagement durch. Dazu wird die betriebliche Situation bei den einzelnen Eisenbahnverkehrsunternehmen beobachtet (z.B. Fahrzeugverfügbarkeit). Ferner werden Kennzahlen zur Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit erhoben und Umfragen zur Kundenzufriedenheit durchgeführt. Darüber hinaus erfasst und veröffentlicht die VBB GmbH die Verfügbarkeit von Aufzügen sowohl nach Gebieten (Berlin, Brandenburg, VBB-Gesamt) als auch nach Linien. Die Qualitätskennziffern werden transparent auf der VBB-Website veröffentlicht.

SPNV-Vergabeverfahren: Die Vergabeverfahren für SPNV-Leistungen wurden fortgeführt, abgeschlossen oder neu begonnen. Abgeschlossen wurden folgende Verfahren:

- Zuschlag im Vergabeverfahren Netz Nord-Süd und Netz Berlin-Stettin
- Vertragsschluss zum Forschungs- und Verkehrsvertrag auf der Heidekrautbahn mit Einführung von 7 Fahrzeugen, die über eine Wasserstoff- Brennstoffzelle verfügen, ab Dezember 2024 und Abschluss des Übergangsvertrages mit der NEB für den Zeitraum Dezember 2022 bis 2024
- Vergaberechtskonforme Einbeziehung der Linie RE11 Hoyerswerda – Falkenberg (Elster) – Leipzig in den Verkehrsvertrag Netz Lausitz

In Durchführung/Vorbereitung befinden sich die Verfahren zum Netz Prignitz, zum Elektronetz Oberelbe, zu den Verkehren nach Polen und zum Netz Nordwestbrandenburg. Die Vergabeverfahren zur Berliner S-Bahn (Netze Stadtbahn und Nord-Süd) werden kontinuierlich weitergeführt.

Bestellung der Jahresfahrpläne: Zur Bestellung der Jahresfahrpläne 2023 und 2024 (SPNV-Regionalverkehr und S-Bahn) hat die VBB GmbH umfangreiche Abstimmungen mit Eisenbahnverkehrsunternehmen, Aufgabenträgern und der DB Netz AG durchgeführt.

VBB-Qualitätsanalysen: Die Netzanalyse 2021 und die Stationsanalyse 2021 wurden ausgewertet. Die Erhebungen zu den VBB-Qualitätsanalysen Netzzustand 2022 und VBB- Qualitätsanalyse Stationen 2022 wurden begonnen.

Umsteigefreie Verbindungen von und nach Polen: Der Kulturzug hat bis zum Jahresende 2022 wieder Berlin, Cottbus und Breslau verbunden. Die Fortsetzung des Angebotes im Jahr 2023 wurde intensiv begleitet. Daneben konzipieren die VBB GmbH und die polnische Wojewodschaft Lubuskie im EU-Projekt RailBlu Erleichterungen im grenzüberschreitenden Fahrausweisvertrieb sowie pilothafte Shuttleverbindungen zu ortsfernliegenden Bahnhöfen.

Vertragsmanagement: Im Rahmen des Vertragsmanagements werden das Vertragscontrolling und die Vertragsabrechnung kontinuierlich weitergeführt sowie damit zusammenhängende juristische Fragenstellungen bearbeitet.

Geschäftsbetrieb der VBB GmbH

Das im Zuge der Corona-Pandemie auf Basis der geltenden gesetzlichen Regelungen entwickelte Hygienekonzept für die Mitarbeiter*innen wurde gemäß den gesetzlichen Regelungen fortgeschrieben. Besprechungen wurden in der Regel als Videokonferenzen abgehalten. Die Mitarbeiter*innen wurden zudem weiterhin angehalten, möglichst mobil zu arbeiten, um Ansteckungsrisiken noch weiter zu minimieren. Der Besucherverkehr im VBB- Infocenter wurde weiterhin eingeschränkt. Die dynamische Entwicklung der Pandemielage und der gesetzlichen Bestimmungen zur Verminderung der Infektionsrisiken wurden stetig beobachtet und für die VBB GmbH adaptiert. Der Geschäftsbetrieb war zu jeder Zeit sichergestellt.

Die VBB GmbH war auch im Jahr 2022 im Rahmen des Projektes CNB III für das Land Berlin als Gesellschafterin der ARGE Center Nahverkehr Berlin (CNB) tätig.

Das Treuhandvermögen wurde im Jahr 2022 einer Mittelverwendungsprüfung unterzogen. Die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel wurde von der beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft uneingeschränkt bestätigt

Das nach DIN EN ISO 9001:2015 zertifizierte Qualitätsmanagementsystem der VBB GmbH wurde im Jahr 2022 durch einen unabhängigen Gutachter rezertifiziert. Das Zertifikat im Sinne der Norm ist bis zum 14. November 2025 gültig.

Ertragslage

Positionen	2020 T Euro	2021 T Euro	2022 T Euro
Gesellschafterbeiträge	8.089	8.217	9.896
Gesellschafterbeiträge Center	5.532	5.626	5.805
Umsatzerlöse / sonstige betriebliche Erträge	823	855	1.005
Akquiseprojekte	3.680	3.069	4.032
Einnahmen aus Kooperationen	375	370	453
Gesamt	18.499	18.137	21.190

Die Mittelzuflüsse umfassen alle Erträge im Rahmen des Wirtschaftsplanes und der zusätzlichen Akquiseprojekte.

Die Geschäftsführung beurteilt die Entwicklung der Ertragslage insgesamt als positiv.

Finanzlage

Die Kapitalstruktur der VBB GmbH ist von einem stabilen hohen Anteil an Gesellschaftermitteln gekennzeichnet. Das Fremdkapital ist jeweils durch die ausgewiesenen liquiden Mittel finanziert. Grundlage bilden die Artikel 2 und 3 des Konsortialvertrages in der Fassung vom 1. Dezember 2005 und der Wirtschaftsplan 2022.

Erläuterung der Abweichung in Bezug auf die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern: Die Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern – nicht verausgabte Gesellschafterbeiträge, deren Gebundenheit zur Finanzierung laufender Aufgaben und begonnener Projekte gegeben ist.

Erläuterung der Abweichung der sonstigen Verbindlichkeiten: Die Reduzierung resultiert aus Zahlung der Verbindlichkeiten in Bezug auf Lohn- und Gehaltszahlungen (Corona Prämie).

Im Geschäftsjahr 2022 wurden Investitionen in Höhe von 112 T€ geplant, 128 T€ wurden getätigt

Die VBB GmbH war jederzeit in der Lage, ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Geschäftsführung beurteilt die Entwicklung der Finanzlage als positiv.

Vermögenslage

Die Entwicklung der Vermögenspositionen spiegelt das operative Geschäft wider. Die Geschäftsführung beurteilt die Entwicklung der Vermögenslage als positiv.

Personal

Im Jahr 2022 umfasste der Stellenplan, der Bestandteil des Wirtschaftsplanes ist, insgesamt 103,5 Stellen.

Für zusätzliche Aufträge und Aufgaben wurden acht neue Mitarbeiter*innen (darunter vier ehemalige Auszubildende) sachgrundbefristet eingestellt. Von den sachgrundbefristeten Mitarbeiter*innen sind drei dem Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement zugeordnet.

Elf Mitarbeiter*innen, davon sechs mit unbefristeten Verträgen, verließen das Unternehmen im Jahr 2022. Am 18.04.2022 verließ die damalige Geschäftsführerin Susanne Henckel das Unternehmen. Seit dem 19.04.2022 sind Martin Fuchs und Andreas Kuck die Interimsgeschäftsführer des VBB.

Im Jahr 2022 wurden drei neue Auszubildende für den Ausbildungsberuf „Kaufmann/-frau für Büromanagement“ eingestellt.

Chancen- und Risikobericht

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass vor allem das Vertrauen der Menschen in den ÖPNV durch ein überzeugendes Angebot zurückgewonnen werden muss. Die VBB GmbH treibt deshalb bei Fahrgastinformation, Planung, Angebots- und Tarifgestaltung die Vernetzung mit ihren Nachbarn voran, sowohl mit den Nachbarbundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Sachsen als auch mit den benachbarten polnischen Wojewodschaften.

Zur nachhaltigen Gestaltung der Mobilität in der Region verfolgt die VBB GmbH weiterhin folgende Bausteine:

- **Angebot und Infrastruktur:** Im Projekt i2030 und den wettbewerblichen Ausschreibungen im SPNV treibt die VBB GmbH den Ausbau der Schieneninfrastruktur voran, sorgt für eine Verdichtung der Angebote auf Schiene und Straße sowie für den Ausbau der Fahrzeugkapazitäten. Die Konzeption und Umsetzung neuer PlusBus- Linien stärken die öffentliche Mobilität auf dem Land.
- **Qualität des ÖPNV-Angebots:** Für das Gelingen der Verkehrswende ist ein gut abgestimmtes ÖPNV-System notwendig. Die Fahrgäste erwarten Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Sauberkeit von Bussen und Bahnen. Die VBB GmbH kontrolliert die Einhaltung dieser Qualitätskriterien, setzt Anreize in Verkehrsverträgen und macht die aktuellen Qualitätskennziffern transparent.
- **Digitalisierung:** Digitale Angebote können die Nutzerfreundlichkeit des vorhandenen Systems enorm erhöhen und dazu beitragen, mehr Fahrgäste für den ÖPNV zu gewinnen. Die VBB GmbH entwickelt dafür das Routing in der VBB- Fahrinfo weiter, unterstützt bei der Entwicklung neuer Angebote für die sog. letzte Meile, plant Pilotprojekte für einen elektronischen Tarif und entwickelt die VBB- *fahr*Card sowie die Handyticket-Angebote weiter.
- **Technische Innovationen:** Der elektrifizierte Schienenverkehr ist bereits heute das emissionsarme Transportmittel, mit dem bereits 70 Prozent der Fahrgäste klimafreundlich unterwegs sind. Um diesen Anteil noch zu vergrößern, setzt die VBB GmbH in den wettbewerblichen SPNV-Vergaben auf bisher dieselbetriebenen Strecken weiterhin konsequent auf alternative Antriebstechnologien, wie z.B. Wasserstoff- und Batterietechnologie.

Prognosebericht

- **Kommunikation:** Zentrale Elemente der kommunikativen Arbeit stellen weiterhin die Rückgewinnung des Vertrauens der Fahrgäste in den ÖPNV und die strategische Positionierung des ÖPNV beim Erreichen der Verkehrswende dar. Die Kommunikationsschwerpunkte liegen im Jahr 2023 u.a. auf der Kommunikation neuer Tarifangebote (z.B. Deutschlandticket), neuen regionalen Angeboten sowie auf Erfolgen des Projektes i2030. Die Strategische Positionierung des ÖPNV beim Erreichen der Verkehrswende und ein entsprechendes Stakeholdermanagement stehen ebenfalls im Fokus.
- **Tarif:** Der Fokus im Jahr 2023 liegt u.a. auf der Gestaltung und Weiterentwicklung des VBB-Tarifes im Rahmen der umfangreichen Abstimmungen im VBB- Tarifentwicklungsverfahren. Die Einführung des Deutschlandtickets und alle zugehörigen Themen werden begleitet; die Wechselwirkungen zum VBB-Tarif werden kontinuierlich beobachtet. Die Ansätze zur Vereinfachung des VBB-Tarifes werden weiterverfolgt.
- **Vertrieb:** Zentral ist die Weiterentwicklung der digitalen Vertriebsangebote (VBB-fahrCard und Handyticket), die Diskussion damit einhergehender Fragestellungen und die erfolgreiche Umsetzung technischer Arbeiten. Die Umsetzung des Wechsels von Kundenvertragspartner und Backendsystem im digitalen Vertrieb über die VBB-App Bus & Bahn, die vertriebliche Begleitung innovativer Pilotprojekte zur Erprobung neuer Tarifstrukturen sowie die Weiterentwicklung des VBB-Testcenters bilden ebenfalls Schwerpunkte im Jahr 2023.
- **Einnahmenaufteilung:** Die VBB GmbH unterstützt die Verkehrsunternehmen bei der Ermittlung der tatsächlichen Mindereinnahmen für die Spitzabrechnung des ÖPNV-Rettungsschirms sowie bei der Antragsstellung für die finanziellen Hilfen. Die VBB GmbH wirkt an der Entwicklung eines bundesweiten Verfahrens zur Einnahmenaufteilung des Deutschlandtickets mit. Zudem wird die Fortschreibung des Trilateralen Einnahmenaufteilungsvertrag begleitet. Die VBB GmbH koordiniert ferner die Auswertung der Verkehrserhebung 2022. Die Vertragswerke zum Mobilitätsticket Brandenburg und zum VBB-Abo Azubi für das Jahr 2024 werden ebenfalls fortgeschrieben.

Fahrgastinformation: Wesentlich sind die Tätigkeiten im Rahmen der digitalen Dienste und Services, des Daten- und Informationsmanagements der Fahrgastinformation, konzeptionelle und projektbezogene Arbeiten sowie die Bereitstellung und technische Weiterentwicklung der Website vbb.de. Wichtige Themenfelder sind in diesem Zusammenhang die Integration innovativer Mobilitätsangebote in die VBB-Fahrinfo, die Steuerung des Kundenverhaltens durch die Implementierung von Live- Auslastungsinformationen in die VBB-Auskunftssysteme und die Übernahme des neuen Handyticketings (Betrieb durch BVG) in die VBB-Apps in den laufenden Betrieb.

- **Planung:** Die VBB GmbH setzt die verkehrlichen Untersuchungen und Weiterentwicklungen des ÖPNV-Angebotes sowie die Erstellung von Angebotskonzeptionen im Rahmen der Stadt-Umland-Verkehre fort. Die Abstimmung der Fahrpläne zwischen SPNV und kommunalem ÖPNV erfolgt weiterhin. Im Kontext des Strukturwandelprozesses forciert die VBB GmbH die Zusammenarbeit mit der Region Lausitz. Die Entwicklung von Pilotprojekten für innovative Mobilitätslösungen im Land Brandenburg wird von der VBB GmbH unterstützt und begleitet. Zudem ist die Einführung weiterer PlusBus-Linien geplant. Die Kompetenzstelle Bahnhof setzt ihre Arbeit fort. Daneben werden die Arbeiten in der Vernetzungsstelle Bike and Ride weitergeführt.
- **Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement:** Im Rahmen des Vertragscontrollings werden die Schlussabrechnungen der Verkehrsverträge erstellt. Die Professionalisierung der Datenbank zur Abrechnung der Einnahmen aus den Bruttoverträgen steht im Fokus.

In Bezug auf die *Vergabe von SPNV-Leistungen* bereitet die VBB GmbH diverse Vergabeverfahren vor und führt sie im Auftrag der Länder Berlin und Brandenburg durch. Die Vergabeverfahren der Berliner S-Bahn werden fortgeführt (Netz SBSNS-II und Vorbereitung der Vergabe Vertrieb S-Bahn).

Im Qualitätsmanagement kontrolliert die VBB GmbH kontinuierlich die von den Eisenbahnverkehrsunternehmen erbrachte Qualität. Die erhobenen Qualitätsdaten werden ausgewertet und Handlungsbedarfe abgeleitet. Die regelmäßigen Kundenzufriedenheitsbefragungen werden vorbereitet, begleitet und ausgewertet. Die VBB GmbH entwickelt die bestehenden Qualitätsstandards stetig weiter. Geplant ist die Erweiterung des öffentlichen digitalen Linienrankings um die Linien der Berliner S-Bahn.

Mit Blick auf das Themenfeld SPNV-Angebotsplanung und Infrastruktur stehen die Bestellung bzw. die Vorbereitung der Bestellung des Jahresfahrplans im Fokus. Daneben sind die Entwicklung von Betriebskonzepten sowie die Etappierung und Regulierung in Bezug auf den Deutschlandtakt wichtige Aufgaben. Die Arbeiten am Landesnahverkehrsplan Brandenburg 2023-2027, für den die VBB GmbH u.a. strategische und inhaltliche Fragestellungen bearbeitet hat, werden finalisiert. Die VBB GmbH begleitet weiterhin das Projekt RailBlu, das im Jahr 2023 endet. Im Projekt i2030 stehen der Abschluss weiterer Finanzierungsvereinbarungen, die Begleitung der Vorplanungen in den Korridoren sowie die Sicherung der Finanzierung für Planung und Bau aus EU-, Landes- und Bundesmitteln im Fokus. Die VBB GmbH koordiniert weiterhin die kommunikativen Aktivitäten und den Lenkungsreis im Projekt.

Im Vertragsmanagement S-Bahn ist die Fortschreibung des Verkehrsangebotes im Rahmen der Bestellung des Fahrplanes 2024 eine maßgebliche Aufgabe. Daneben werden mit Baumaßnahmen verbundene Konzepte für Schienenersatzverkehre planerisch begleitet. Die VBB GmbH setzt das Leistungscontrolling und die Erstellung der Jahresschlussabrechnungen fort. Profitester kontrollieren die von der S-Bahn Berlin GmbH erbrachte Qualität. Die Aufnahme des digitalen Berichtswesens durch der S-Bahn Berlin GmbH wird vorbereitet.

Berlin, 31. März 2023

Andreas Kuck
Geschäftsführer

Martin Fuchs
Geschäftsführer